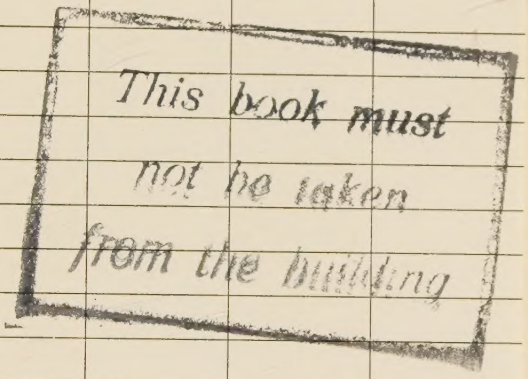
v.23 pt.1
JACKSON LIBRARY-UNCG
3 0510 0278454$

The Woman's College of
University of North Carolina

The LIBRARY

G940.28
G37g
v.23
pt.1

Date Due



PRINTED IN U. S. A.

Die

Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914

Herausgegeben
im Auftrage des Auswärtigen Amtes

Digitized by the Internet Archive
in 2025

https://archive.org/details/diediplomatische0023vari

D
394
G4
v.23
pt.1

Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914

Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

herausgegeben von

Johannes Lepsius
Albrecht Mendelssohn Bartholdy
Friedrich Thimme

Germany. Auswärtiges amt.

1 9 2 5

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M.B.H. IN BERLIN W 8

23. Band:

Die Zweite Haager Friedenskonferenz

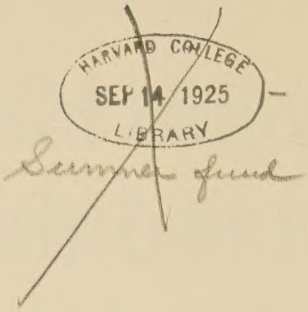
Nordsee- und Ostsee-Abkommen

Erste Hälfte

1 9 2 5

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M.B.H. IN BERLIN W 8

G 2330.5



1. Auflage

Alle Rechte, besonders das der Übersetzung, vorbehalten / Für Rußland auf Grund der deutsch-russischen Übereinkunft / Amerikanisches Copyright 1925 by Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8, Unter den Linden 17/18 / Amerikanische Schutzzollformel: Made in Germany / Gesetzt und gedruckt in der Roßberg'schen Buchdruckerei in Leipzig

G940.28
G37t
B
v.23
pt.1

Inhaltsübersicht des dreiundzwanzigsten Bandes (1. Hälfte)

ABSCHNITT I
DIE FRIEDENSKONFERENZ

KAPITEL CLXV

Deutschland-England-Amerika und der Schiedsgedanke 1904 1
A. Das Deutsch-Englische Schiedsabkommen von 1904 3
B. Das Projekt eines Deutsch-Amerikanischen Schiedsabkommens 13

KAPITEL CLXVI

England - Deutschland und der Abrüstungsgedanke. Der Flotten-Standard 1906 25

KAPITEL CLXVII

Die ersten Vorverhandlungen vor der Konferenz 1904—1906 55

KAPITEL CLXVIII

Programm und Vorbereitung der Konferenz 1907 99

KAPITEL CLXIX

Der Verlauf der Konferenz 255

Ein Namenverzeichnis für die Bände XIX—XXV erscheint am Schlusse des XXV. Bandes; ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis zum Schlusse des gesamten Werkes.

192545

Kapitel CLXV

Deutschland — England — Amerika und der Schiedsgedanke 1904

A. Das Deutsch-Englische Schiedsabkommen von 1904

Nr. 7749

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt von Mühlberg an den Staatssekretär Freiherrn von Richthofen

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Berlin, den 24. Juni 1904

Die befohlenen beiden, unter Berücksichtigung des Alternats hergestellten Exemplare des deutsch-englischen Schiedsabkommens* werden anbei gehorsamst vorgelegt**.

Mühlberg

Anlage

*Schiedsabkommen****

Die Kaiserlich Deutsche Regierung und die Königlich Großbritannische Regierung als Mitunterzeichner des am 29. Juli 1899 im Haag unter-

* Die Anregung zu dem deutsch-englischen Schiedsabkommen vom 12. Juli 1904 findet sich zuerst in einem Bericht des deutschen Geschäftsträgers in London Grafen Bernstorff vom 16. April 1904 und wurde aufgenommen in einer Aufzeichnung des Reichskanzlers Grafen von Bülow für den Staatssekretär Freiherrn von Richthofen vom 19. April 1904 (siehe Bd. XX, Kap. CXLIII, Nr. 6444), in der die Gegenstände aufgezählt werden, über die Deutschland sich mit England nach Analogie des englisch-französischen Abkommens vom 8. April 1904 vergleichen könne. Englischerseits erklärte man sich zwar mit dem Abschluß eines Schiedsabkommens einverstanden, jedoch nicht als Teil eines generellen Abkommens nach Art des englisch-französischen Vertrags vom 8. April. Am 20. Juni telegraphierte darauf Freiherr von Richthofen an Graf Metternich: „Nach Erledigung der ägyptischen Frage kommt naturgemäß das Schiedsabkommen an die Reihe, zu dessen ungesäumtem Abschluß die englische Regierung, wie mir Sir Frank Lascelles seinerzeit mitgeteilt hat, sich bereit erklärt hat. Auch wir möchten keine unnötige Verschleppung, müssen aber vor allen Dingen den Anschein ungeduldigen Drängens vermeiden. Ew. pp. stelle ich anheim, nach Ihrem Ermessen die Sache entweder noch vor Ihrer Abreise einzuleiten oder demnächstiger Besprechung mit Sir Frank Lascelles in Kiel vorzubehalten.“ Da das Telegramm den Botschafter, der im Hinblick auf den bevorstehenden Besuch König Eduards VII. bei Kaiser Wilhelm II. in Kiel (25.—30. Juni; vgl. darüber Bd. XIX, Kap. CXXXI, Nr. 6038) dorthin abgereist war, nicht mehr in London traf, so ergab sich von selbst, daß die Verhandlungen über den obigen von Deutschland vorgelegten Entwurf in Kiel geführt wurden, wo sich rasch eine prinzipielle Einigung ergab. Der Entwurf wurde von Graf Metternich bei seiner Rückkehr nach England zwecks Fortführung der Verhandlungen mit Lord Lansdowne mitgenommen.

** Siehe Anlage.

*** Zum Abdruck gelangt hier nur der deutsche Text des Entwurfs für das Schiedsabkommen. Er ist wörtlich gleichlautend mit dem nachher zum Abschluß gelangten Vertragstext.

zeichneten Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle,

in Erwägung, daß die hohen vertragschließenden Teile durch Artikel 19 des Abkommens sich vorbehalten haben, Übereinkommen abzuschließen, um alle Fragen der Schiedssprechung zuzuführen, die dieser nach ihrer Ansicht unterworfen werden können,

haben die Unterzeichneten ermächtigt, folgendes Abkommen zu schließen:

Artikel 1.

Streitige Rechtsfragen und Streitfragen, die sich auf die Auslegung der zwischen den beiden vertragschließenden Teilen bestehenden Verträge beziehen, sollen, sofern sie nicht auf diplomatischem Wege haben erledigt werden können, dem durch das Abkommen vom 29. Juli 1899 eingesetzten Ständigen Schiedshof im Haag überwiesen werden. Dabei ist jedoch vorausgesetzt, daß solche Streitfragen nicht die vitalen Interessen, die Unabhängigkeit oder die Ehre der beiden vertragschließenden Staaten berühren und nicht die Interessen dritter Mächte angehen.

Artikel 2.

In jedem Einzelfalle sollen die hohen vertragschließenden Teile, bevor sie den Ständigen Schiedshof anrufen, einen besonderen Schiedsvertrag abschließen, der den Streitgegenstand, den Umfang der Befugnisse der Schiedsrichter und die Fristen klar bestimmt, die für die Bildung des Schiedsgerichts und die verschiedenen Abschnitte des Verfahrens festzusetzen sind.

Artikel 3.

Das gegenwärtige Abkommen ist für einen Zeitraum von fünf Jahren vom Tage der Unterzeichnung ab geschlossen.

In doppelter Ausfertigung vollzogen

....., den ..... 1904.

Nr. 7750

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 199 London, den 6. Juli 1904

Mit Bezug auf die drei Punkte, die mir in Kiel vom Herrn Reichskanzler und dem Herrn Staatssekretär zur eventuellen Besprechung mit Lord Lansdowne angegeben worden sind:

1) Lord Lansdowne ist vollkommen bereit, ein Abkommen über Schiedsvertrag mit uns abzuschließen.

Bitte um Weisung, ob ich die mir vom Herrn Staatssekretär persönlich mitgegebenen Entwürfe* Lord Lansdowne zur Unterzeichnung durch ihn und mich vorlegen soll, oder ob es hierzu zunächst einer Spezialvollmacht für mich bedarf.

2) Ich habe Lord Lansdowne in privater Form auf die Schwierigkeiten der Landung in Swakopmund hingewiesen und ebenfalls privatim Landung in Walfischbay und Durchzug deutscher Truppen angeregt mit der Begründung, daß aufständische Hereros nicht als kriegführende Partei angesehen werden könnten. Der Minister äußerte keine Bedenken, wünscht sich die Sache zu überlegen und will mir bei der nächsten Besprechung seine Privatansicht mitteilen.

Ich fürchte, daß das Colonial Office gegen Landung und Durchzugbewilligung deutscher Truppen ist aus Furcht, daß die Schwarzen sich dann auf englischem Gebiet regen könnten, und daß es mutatis mutandis denselben Standpunkt wie seinerzeit in Zeila vertritt**.

3) Auf die samoanischen Schadensersatzansprüche*** will Lord Lansdowne bei nächster Besprechung mit mir zurückkommen. Ich glaube nicht, daß eine fernere Erörterung über die Auslegung des Schiedsabkommens zum Ziel führen wird.

Falls Lord Lansdowne mir nächste Woche keine annehmbaren Vorschläge macht, dürfte Überweisung an Haager Schiedsgericht das zweckmäßigste sein.

Metternich

---

* Vgl. Nr. 7749, Fußnote *.

** Die private Sondierung Graf Metternichs bei Lord Lansdowne war erfolgt auf einen Schritt des Generalstabschefs Graf Schlieffen hin, der im Auswärtigen Amt vorgestellt hatte, wie außerordentlich viel vom militärischen Standpunkt im Interesse der Beschleunigung der Operationen gegen die im vollen Aufstande befindlichen Hereros in Südwestafrika daran gelegen sei, der schwierigen Landung in Swakopmund (wo bald darauf der Dampfer „Gertrud Woermann" strandete) enthoben zu sein. Die Besorgnis Graf Metternichs, daß das englische Kolonialamt und die englische Regierung sich nicht geneigt finden würden, den deutschen Wunsch zu erfüllen, sollte sich bewahrheiten: Lord Lansdowne beschied den Grafen Metternich dahin, die englische Regierung wünsche den Eindruck zu vermeiden, als ob sie „in any way cooperated with the German troops". Telegramm des Geschäftsträgers in London Grafen Bernstorff vom 25. August 1904 (Nr. 256).

*** Am 14. Oktober 1902 hatte König Oskar von Schweden, dem durch ein deutsch-englisch-amerikanisches Abkommen vom 7. November 1900 die schiedsrichterliche Entscheidung wegen Entschädigung der Weißen für die während der Samoaunruhen 1898/99 erlittenen Schäden übertragen war, seinen Spruch dahin gefällt, daß England und die Vereinigten Staaten für die durch ihre ungerechtfertigte militärische Aktion entstandenen Schäden verantwortlich seien. Seither waren Verhandlungen über diese Entschädigungen im Gange, die aber immer wieder ins Stocken gerieten. Erst am 29. Mai 1905 erhielt der Geschäftsträger in London Graf Bernstorff von dem Unterstaatssekretär Villiers die formelle Zusage, „die englische Regierung werde ihren Anteil an der für die geschädigten deutschen Ansiedler vereinbarten Pauschalabfindung nunmehr auszahlen, nachdem die amerikanische Regierung sich hiermit einverstanden erklärt habe". Vgl. das folgende Schriftstück.

Nr. 7751

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 151 Berlin, den 9. Juli 1904

Auf Telegramm Nr. 199*.

1. Reichskanzler hält Zeitpunkt der Anwesenheit unserer Kriegsschiffe in Plymouth** für besonders geeignet zum Abschluß Schiedsvertrags. Gegen Mitteilung der Entwürfe an Lord Lansdowne bestehen hier keine Bedenken. Spezialvollmacht zur Unterzeichnung bedürfen Ew. pp. nicht infolge Ihrer Eigenschaft als Botschafter. Sie sind ohne weiteres zur Unterzeichnung ermächtigt.

Gut wäre es, wenn Sie erreichen könnten, daß am Schluß des Artikels 3, hinter „geschlossen", eine Verlängerungsklausel hinzugefügt würde, etwa in folgender Fassung: „Wird dasselbe nicht mindestens ein Jahr vor seinem Ablauf von dem einen oder dem andren Teile ausdrücklich gekündigt, so bleibt es für einen weiteren Zeitraum von fünf Jahren in Kraft." („Unless this stipulation is expressly denounced at least one year in advance, the period shall be extended for five years at a time".) Indes wollen Sie solche Hinzufügung nur anregen, wenn Sie davon keine Weiterungen oder gar Gefährdung des Abschlusses besorgen.

2. Wegen Walfischbay wird Lord Lansdownes fernere Äußerung abzuwarten sein. Zu Ew. pp. persönlicher Information bemerke ich, daß England den Wunsch hegt, Walfischbay an unsere Bahnlinie Swakopmund—Windhoek angeschlossen zu sehen. Da durch solchen Anschluß der wirtschaftliche Schwerpunkt unserer südwestafrikanischen Kolonie von Swakopmund fort auf englisches Gebiet verlegt werden würde, wäre Verquickung dieser Anschlußfrage mit Frage der Truppenlandung für uns äußerst unerwünscht.

3. Mein Brief vom 6. d. Mts. über Samoaschäden wird inzwischen in Euerer Exzellenz Händen sein. Haager Tribunal kommt nicht in Betracht, sondern nur, daß vom König von Schweden übernommene Schiedssprechung fortgeführt wird bezüglich der streitig gebliebenen Einzelheiten.

Richthofen

---

* Siehe Nr. 7750.

** Am 10. Juli traf ein deutsches Geschwader von 33 Kriegsschiffen zum Besuch in Plymouth ein.

Nr. 7752

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 202 London, den 11. Juli 1904

Antwort auf Telegramm Nr. 151*.

Zu Nr. 1. Ich habe heute Lord Lansdowne den Entwurf zum Schiedsvertrag in deutscher und englischer Sprache übergeben. Er will den Entwurf zunächst von seiner Behörde prüfen lassen. Ich habe ihm auch den Zusatz, der mit „unless" beginnt, aufgeschrieben; er schien damit einverstanden. Es ist zweifelhaft, ob er mich morgen schon zur Unterzeichnung empfangen kann, da er morgen sehr beschäftigt ist. Es wird aber spätestens nächsten Mittwoch, dem Tage der Abfahrt unseres Geschwaders, zur Unterzeichnung kommen. Den Grund, weshalb ich lieber morgen unterzeichnen möchte, habe ich für besser gehalten ihm nicht zu sagen.

Zu Nr. 2, glaube ich, erwartete.....** befürchtet Lord Lansdowne Aufstand eines Eingeborenen-Stammes auf englischem Boden, wenn Landung und Durchzug deutscher Truppen in Walfischbay gestattet würde. Ich habe daraufhin die Sache fallen lassen.

Zu Nr. 3. Ich habe inhaltlich den Privatbrief des Herrn Staatssekretärs vom 6. d. Mts. an mich betreffs Samoa heute mit Lord Lansdowne besprochen. Er wird mir demnächst Antwort geben.

Metternich

Nr. 7753

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 203 London, den 12. Juli 1904

Schiedsvertrag heute mittag durch Lord Lansdowne und mich unterzeichnet. Werde ein Exemplar einreichen. Der in Euerer Exzellenz Telegramm Nr. 151*** angeregte Zusatz ist nicht in das Abkommen aufgenommen worden, da sich Weiterungen ergeben haben würden und das Abkommen nicht während Anwesenheit unseres Geschwaders in Plymouth unterzeichnet worden wäre. Hierauf bezüglicher Privatbrief Lord Lansdownes an mich geht heute abend mit Post nach Berlin†.

---

* Siehe Nr. 7751.

** Zifferngruppen fehlen.

*** Siehe Nr. 7751.

† Es hieß in dem vom 11. Juli datierten Briefe Lord Lansdownes: „I have no objection to the addition which you suggested to the last clause of our arbitration

Lord Lansdowne hat sich auf meinen Vorschlag mit gleichzeitiger Mitteilung an die Presse einverstanden erklärt. Er wird zur Veröffentlichung für morgen früh an die hiesige Presse gelangen lassen, daß ein Schiedsabkommen auf der gleichen Grundlage wie das von England mit Frankreich, Spanien und Italien vereinbarte auch mit Deutschland abgeschlossen worden ist. Stelle ähnliche Mitteilung an unsere Presse gehorsamst anheim. Der etwaigen Mitteilung des Wortlauts des Abkommens für unsere Presse steht natürlich nichts im Wege.

Metternich

Nr. 7754

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Lindenau

Nr. 153 Berlin, den 12. Juli 1904

Auf Telegramm Nr. 203*.

Begrüße Ihre Meldung mit lebhafter Genugtuung. Bedarf Schiedsvertrag der Genehmigung durch englisches Parlament oder einer Ratifikation, oder ist Vertrag durch heutige Unterzeichnung definitiv perfekt? Drahtantwort**.

Richthofen

Nr. 7755

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. 639 London, den 14. Juli 1904

Die freundlichere Haltung, die ein großer Teil der hiesigen Presse uns gegenüber während der Kieler Feste eingenommen hatte, scheint leider

---

agreement — but, unless you press it, I would rather prefer to accept your draft as it stands. It corresponds with the agreements into which we have entered with other powers, and there is some advantage in adhering closely to the ‚sealed pattern'. — There is the further advantage that, if you are content with the drafts as they are, we might sign them to-morrow."

* Siehe Nr. 7753.

** Nach telegraphischer Antwort Graf Metternichs vom 13. Juli (Nr. 205) wäre der Schiedsvertrag durch Unterzeichnung perfekt geworden; einer Ratifikation bedürfte es nicht: „Wie mir Unterstaatssekretär Mr. H. Campbell sagte, würden nach hiesigen Gepflogenheiten nur Verträge, die förmlich im Namen der beiden Herrscher abgeschlossen seien, ratifiziert, nicht aber Abkommen zwischen den beiden Regierungen." Im Widerspruch damit ist der französisch-englische Schiedsvertrag vom 14. Oktober 1903, obwohl auch er sich als ein Abkommen zwischen den beiden Regierungen darstellt, beiderseits ratifiziert worden.

nicht andauern zu sollen. Wie ich bereits zu berichten die Ehre hatte, ist unser Geschwader in Plymouth von einer Reihe von Blättern mit Äußerungen des Mißtrauens und mit unwürdigen Verdächtigungen empfangen worden. Die Nachricht vom Abschluß unseres Schiedsabkommens findet zwar bei der großen Popularität, deren sich hier das ihm zugrunde liegende Prinzip erfreut, eine günstigere Aufnahme, doch fehlt es auch dieses Mal nicht an Stimmen, die vor allem darauf hinweisen, daß dem Abkommen im Vergleiche zu der englisch-französischen entente cordiale keine Bedeutung zukomme, und daß durch derartige Abmachungen der zwischen Deutschland und Großbritannien bestehende Gegensatz nicht aus der Welt geschafft werde.

An der Spitze der Blätter, die dem Abkommen gegenüber eine ablehnende Haltung einnehmen, steht „Morning Post". Das Blatt hält den Abschluß eines Schiedsvertrags mit Deutschland für einen politischen Fehler, da dadurch der Eindruck der Verständigung mit Frankreich vermindert werde. Das Abkommen möge allerdings denen als ein Ausbund politischer Weisheit erscheinen, die Englands Aufgabe nur darin sähen, das europäische Gleichgewicht zu erhalten und nach keiner Seite hin feste Verpflichtungen einzugehen. Eine derartige Politik unsichern Schwankens müsse aber auf die Dauer einer bestimmten nationalen Politik weichen, und diese werde nach den Lehren der Geschichte in Deutschland ihren natürlichen Rivalen sehen, das jetzt auf dem Kontinent die gleiche Führerrolle erstrebe, die Ludwig XIV. und Napoleon für Frankreich in Anspruch genommen hätten.

Daß „Daily Mail", die in den letzten Tagen besonders rührig gegen Deutschland gehetzt hat[1], auch unser Schiedsabkommen mit England nicht freundlich begrüßen würde, war zu erwarten. Das Blatt weist auf das bereits an anderer Stelle erwähnte Buch „Deutsche Träume" hin, das von einem künftigen Weltkrieg gegen England handelt, und meint, erst wenn Deutschland einwillige, sein Marinebudget herabzusetzen[2], könne man an eine Wandlung seiner Gesinnung gegenüber England glauben. Vor der Hand bilde die enge Freundschaft mit Frankreich den Schlußstein der britischen Politik.

„Globe" meint, wenn es auch an sich erwünscht sei, mit Deutschland in Frieden zu leben, so dürfe man sich doch nicht durch derartige Abmachungen täuschen lassen und vergessen, daß Deutschland seine Flotte nur gegen England baue.

„Pall Mall Gazette" weist darauf hin, daß die möglichen Differenzen zwischen England und Deutschland nicht aus bestimmten Fragen entspringen würden, die zwischen beiden Ländern schwebten, sondern aus Gegensätzen in der großen internationalen Politik, die kein Abkommen aus der Welt schaffen könne.

Im Gegensatz zu den erwähnten Blättern wird das Abkommen von „Daily Graphic" und „Standard" in sehr freundlichem Tone begrüßt. „Daily Graphic" meint dabei, die Frage der schiedsgerichtlichen Ent-

scheidung hätte bezüglich des kanadischen Zolltarifs praktisch werden können. Beide Blätter benutzen den Anlaß, um auch des Besuches unserer Schiffe in Plymouth in einigen freundlichen Worten zu gedenken. „Standard" erklärt besonders, daß England der Versicherung, die deutsche Flotte solle nur der Verteidigung dienen, rückhaltlos Glauben schenke.

„Daily Telegraph", der in einem an anderer Stelle eingereichten Artikel unser Geschwader in Plymouth freundlicher begrüßt hatte wie der Rest der hiesigen Presse, ist auch mit dem Schiedsvertrage einverstanden. Dabei gibt er dem Wunsche Ausdruck, daß mit den Vereinigten Staaten und später auch mit Rußland ähnliche Vereinbarungen zustande kommen möchten.

Die führenden liberalen Organe, „Daily News", „Daily Chronicle", „Manchester Guardian", sind als erklärte Anhänger der Schiedsgerichtsidee über das Abkommen erfreut.

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Lipton!
[2] Nein!

Nr. 7756

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 154 Washington, den 20. Juli 1904

Die mit der Präsidentenwahl lebhaft beschäftigte amerikanische Presse hat dem deutsch-englischen Schiedsgerichtsvertrag weit weniger Beachtung geschenkt wie den früheren Schiedsgerichtsverträgen. Zwar die Tatsache des Abschlusses und die Unzufriedenheit der meisten englischen Zeitungen mit demselben sind in allen Blättern als telegraphische Nachricht verbreitet worden, Kommentare haben aber leitende Preßorgane nur wenig gebracht.

Die New Yorker „Evening Post" stellt fest, daß leider ein tiefeingewurzeltes Mißtrauen in England gegen Deutschland herrsche; der an und für sich empfehlenswerte Vertrag sei unter diesen Umständen als politisch verfrüht anzusehen.

Das Regierungsblatt, die „New York Tribune", bedauert lebhaft die gereizte Stimmung des englischen Volkes gegen Deutschland, die in dem Unwillen über den Vertrag zum Ausdruck komme. Sie hält es für wünschenswert, daß derartige Verträge zwischen möglichst vielen Ländern geschlossen werden.

Die „New York World" hält die abfälligen Kritiken der englischen Presse für übertrieben. Ein Schiedsgerichtsvertrag sei kein politisches Abkommen, das zu gemeinsamer politischer Aktion verpflichte, er sei aber eine Friedensbürgschaft, die mit Freuden zu begrüßen sei.

Sternburg

B. Das Projekt eines Deutsch-Amerikanischen Schiedsabkommens

Nr. 7757

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 101 Washington, den 25. Oktober 1904

Im Laufe eines Gesprächs sagte mir der Präsident folgendes:

„Ich würde einen Arbitrationsvertrag mit Deutschland mit Freuden begrüßen. Ich wünsche nicht einen solchen mit England allein[1]. Er braucht nur einige wenige Paragraphen zu enthalten. Bitte, teilen Sie dies Seiner Majestät dem Kaiser mit."

Als ich dem Präsidenten antwortete, daß der Staatssekretär* mir im November v. Js. mitteilte, daß hiesige Regierung Arbitrationsverträge nicht befürworte, da das Haager Schiedsgericht geschaffen worden sei, antwortete er: „Die Verhältnisse haben sich inzwischen geändert.[2]"

Sternburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Ja sehr gerne! Ich würde einen Vertrag vorschlagen in dem auch eine kleine Sicherung gegen Britische Uebergriffe am Yangtze auf der Basis der Vertheidigung von Freetrade enthalten wäre** W.

[2] circumstances alter cases! d. h. das Haager Schiedsgericht zieht nicht mehr!

Randvermerk des Grafen von Bülow auf einem Duplikat der Entzifferung:

Ja, und bitte mit möglichster Beschleunigung. B. 26./10.

Nr. 7758

Der Reichskanzler Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Berlin, den 28. Oktober 1904

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät beehre ich mich das anliegende Telegramm*** Euerer Majestät Botschafters in Washington alleruntertänigst zu unterbreiten, wonach Präsident Roosevelt persön-

* Hay.

** Diesem Gedanken wurde natürlich vom Auswärtigen Amt im Zusammenhang des Schiedsgerichtsvertrages keine Folge gegeben, doch fand er nach einem Immediatbericht Graf Bülows vom 23. November in einer „entsprechenden Weisung an Baron Sternburg" Verwertung.

*** Siehe Nr. 7757.

lichen und großen Wert darauf legt, mit Euerer Majestät einen Schiedsvertrag abzuschließen.

Euere Majestät bitte ich um Allergnädigste Bestimmung, ob ich dem Präsidenten antworten lassen darf, daß Euere Majestät gern bereit seien, seiner Anregung näher zu treten.

Ich würde dann dafür Sorge tragen, daß in den Schiedsvertrag keine Bestimmungen aufgenommen werden, die uns mehr binden als diejenigen des deutsch-englischen Schiedsvertrags vom Sommer d. Js.

Bülow

Nr. 7759

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Telegramm. Konzept

Nr. 100 Berlin, den 2. November 1904

Seine Majestät der Kaiser haben auf Vorlegung Euerer Exzellenz Telegramms Nr. 101* sofort sich „sehr gern" bereit erklärt, auf die Idee eines Arbitragevertrags einzugehen.

Bitte, dies Präsident Roosevelt zur Kenntnis zu bringen.

Wir werden im übrigen nunmehr abwarten, welcher Text für den Schiedsvertrag uns von dort vorgeschlagen wird.

Bülow

Nr. 7760

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 107 Washington, den 5. November 1904

Antwort auf Telegramm Nr. 100**.

Ich teilte Präsidenten gestern Inhalt von Telegramm Nr. 100 mit. Präsident versicherte mich, daß Erklärung Seiner Majestät des Kaisers und Königs ihn im höchsten Grade erfreut habe. Er instruierte Staatssekretär sofort, Text für den Schiedsvertrag mit mir zu besprechen. Als Text bringt Mr. Hay Wortlaut von Artikel I bis III des englisch-französischen Schiedsvertrags in Vorschlag, den er in allen anderen jetzt abzuschließenden Schiedsverträgen beibehalten möchte, da dessen Ratifikation im Senat keine Schwierigkeiten bereiten wird. Am Schluß von Artikel III

---

* Siehe Nr. 7757.

** Siehe Nr. 7759.

würde nur einzufügen sein: to go into effect after ratification of Senate of United States.

Präsident würde baldige Zeichnung des Vertrags mit Genugtuung begrüßen. Text des englisch-französischen Vertrags vom 14. Oktober 1903 dürfte bereits durch amerikanischen Geschäftsträger in Berlin* dem Auswärtigen Amt übermittelt worden sein**.

Sternburg

Nr. 7761

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 103 Berlin, den 15. November 1904

Auf Telegramm Nr. 107***.

Einverstanden mit Herrn Hays Vorschlag, Artikel 1—3 des englisch-französischen Vertrags als Text zu nehmen. Auch haben wir selbstver-

---

* H. Percival Dodge.

** Nach Eingang des Telegramms Nr. 107 erfolgte eine offiziöse Verlautbarung in der „Nationalzeitung" vom 6. November über den bevorstehenden Abschluß eines deutsch-amerikanischen Schiedsvertrags, die mit den Worten schloß: „Dieser bedeutsame Vorgang ist auch deshalb bemerkenswert, weil daraus erhellt, daß Deutschland im Gegensatze zu gewissen Ausstreuungen ausländischer Blätter der Abschließung von Schiedsgerichtsverträgen, da, wo sie am Platze sind, durchaus sympathisch gegenübersteht." Dazu bemerkte Reichskanzler Graf Bülow: „Gewiß."
Nicht am Platze fand das Auswärtige Amt, wie sich aus den Akten ergibt, den Abschluß von Schiedsgerichtsverträgen mit kleineren Staaten, mit denen man schon auf diplomatischem Wege unschwer fertig zu werden hoffte. Diesen Standpunkt kehrte Reichskanzler Graf Bülow einmal in einem Erlaß an den Gesandten in Lissabon Grafen Tattenbach vom 13. September 1904 mit den Worten heraus: „Schon jetzt möchte ich bemerken, daß im allgemeinen Schiedsverträge mit solchen Staaten, mit denen wir auch diplomatisch fertig werden können, schon aus dem Grunde wenig erwünscht erscheinen, weil sie uns leicht unbequem werden können." Derselbe Standpunkt wurde auch gegenüber der Schweiz eingenommen, die sich seit Juli 1904 um einen Schiedsvertrag mit Deutschland bemühte. Den gleichen Standpunkt kehrte aber auch England gegenüber dem von ihm abhängigen Portugal heraus (Bericht des Gesandten in Lissabon Grafen Tattenbach vom 21. August 1904). Zu dem Grundsatz, Schiedsgerichtsverträge nur da abzuschließen, „wo sie am Platze sind", bekannte sich auch Graf Goluchowski, der zwar der Schweiz bereitwillig den Abschluß eines Schiedsvertrags konzedierte, ihn aber Italien konsequent abschlug.
Daß Deutschland dem Schiedsgedanken nicht an sich feindlich gegenüberstand, wird noch durch die Tatsache erhärtet, daß es gerade seit 1904 die Schiedsklausel in zahlreiche Handelsverträge (u. a. mit Belgien, Rumänien, der Schweiz, Serbien, Italien, Österreich-Ungarn, Bulgarien und Schweden) aufnahm.

*** Siehe Nr. 7760.

ständlich dagegen nichts einzuwenden, daß der Vertrag gemäß dem amerikanischen Staatsrecht dem dortigen Senat zur Ratifikation unterbreitet wird. Es wäre uns aber aus Gründen der Gesetzestechnik lieb, wenn eine Form gefunden werden könnte, um von der vorgeschlagenen diesbezüglichen Hinzufügung abzusehen.

Nach Auffassung der Kaiserlichen Regierung bedarf nämlich der in Aussicht genommene Schiedsvertrag als einfaches Abkommen von Regierung zu Regierung auf deutscher Seite nicht der Genehmigung von Bundesrat und Reichstag und überhaupt keiner Ratifikation. Demgemäß ist auch der deutsch-englische Schiedsvertrag weder der Genehmigung unserer gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet noch vom Kaiser ratifiziert worden (übrigens hat ebensowenig auf englischer Seite Ratifikation stattgefunden)*.

Wenn daher der Zusatz „to go into effect after ratification of Senate of United States" nicht als innere Angelegenheit des amerikanischen Staatsrechts ganz fortbleiben kann, könnte vielleicht statt dessen in einer besondren, womöglich nicht zu veröffentlichenden Erklärung etwa gesagt werden:

„Man ist beiderseits darüber einverstanden, daß das gleichzeitig hiermit unterzeichnete Schiedsabkommen nach amerikanischem Staatsrecht zu seiner Gültigkeit der Ratifikation durch den Senat der Vereinigten Staaten bedarf."

Bitte, diese Formfrage mit Herrn Hay zu besprechen.

Richthofen

Nr. 7762

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 119 Washington, den 17. November 1904

Unter Bezug auf Telegramm Nr. 103 vom 15. d. Mts.**

Staatssekretär teilte mir mit, daß in Vorschlag gebrachte Modifikation des Abkommens kaum Schwierigkeiten bereiten werde. Er wird dieselbe sofort prüfen und drückte den Wunsch aus, Abkommen vor meiner Abreise, die am 21. d. Mts. nachmittags erfolgen soll, zu zeichnen, falls die Kaiserliche Regierung ihre Zustimmung hierzu gibt. Erbitte Drahtantwort, ob Abkommen unter Weglassung des dortseitig beanstandeten Passus gezeichnet werden kann.

Sternburg

---

* Vgl. Nr. 7754, Fußnote **.

** Siehe Nr. 7761.

Nr. 7763

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 122 Washington, den 17. November 1904

Im Anschluß an Telegramm 119*.

Staatssekretär schlägt vor, daß in Artikel 3 ausgedrückt wird, daß das Abkommen auf fünf Jahre, vom Datum der Unterzeichnung an gerechnet, abgeschlossen wird. Tatsächlich könne es aber nicht in Kraft treten, bis Ratifikation des Senats erfolgt sei. Dann sei aber die Gültigkeit vom Tag der Unterzeichnung an zu rechnen.

Staatssekretär fragt, ob dasselbe so in duplo je in englischer und deutscher Ausfertigung abgefaßt am Montag, den 21. d. Mts., vormittags 10 Uhr gezeichnet werden kann.

Bitte Drahtantwort.

Sternburg

Nr. 7764

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 125 Washington, den 18. November 1904

Unter Bezug auf Telegramm Nr. 122**.

Staatssekretär Hay schlägt vor, folgende geheim zu haltende Deklaration zusammen mit Schiedsvertrag zu unterzeichnen:

The contracting parties agree that the arbitration agreement between the United States of America and His Majesty the German Emperor signed simultaneously with this declaration will according to the constitution of the United States need the ratification of the President of the United States by and with the advice and consent of the Senate thereof so as to give it its full legal force.

Sternburg

---

* Siehe Nr. 7762.
** Siehe Nr. 7763.

Nr. 7765

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 108 Berlin, den 20. November 1904

I. Auf Telegramme Nr. 119 und 122*.

Einverstanden, daß das Abkommen unter Weglassung des hierseits beanstandeten Passus, im übrigen in Einleitung und drei Artikeln genau nach dem Wortlaut des englisch-französischen Abkommens in duplo je in deutscher und englischer Ausfertigung unter Anwendung des Alternats und mit Gültigkeit auf fünf Jahre, vom Datum der Unterzeichnung an gerechnet, vollzogen wird.

II. Auf Telegramm Nr. 125**.

Da gemäß vorstehender Nr. I der Eingang des Abkommens lauten wird: „The Imperial German Government and the Government of the United States of America signatories" usw., wird auch der Eingang der geheimen Deklaration in folgender Weise zu fassen sein: „The contracting parties agree that the arbitration agreement between the Imperial German Government and the Government of the United States of America (Alternat) signed" usw.

Wir legen auf diese, genau dem englisch-französischen und dem deutsch-englischen Schiedsabkommen entsprechende Fassung auch deshalb Wert, weil andernfalls bei Anführung der Person Seiner Majestät als Kontrahent bei uns Weiterungen und parlamentarische Schwierigkeiten nicht ausgeschlossen sein würden.

Wenn es zur Behebung etwaiger dortiger Bedenken dienlich sein sollte, können Sie übrigens zusagen, daß auch unsererseits das Abkommen Seiner Majestät dem Kaiser zur Ratifikation unterbreitet werden wird, ohne daß in diesem Falle Text von Abkommen oder Deklaration zu ändern wäre.

Ew. pp sind mit vorstehender Maßgabe zur Unterzeichnung des Abkommens und der geheimen Deklaration ermächtigt.

Bülow

Nr. 7766

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 218 Washington, den 23. November 1904

Euerer Exzellenz beehre ich mich anbei den von Herrn Hay und mir gestern früh gezeichneten Schiedsvertrag sowie die geheime Erklärung im Original einzureichen.

* Siehe Nr. 7762 und Nr. 7763.
** Siehe Nr. 7764.

Bei Anfertigung des deutschen Textes habe ich mich soweit als möglich an die im Reichsgesetzblatt Nr. 44 von 1901 Seite 393ff. befindliche Übersetzung des Haager Vertrags gehalten.

Nach Zeichnung des Schiedsvertrags sagte mir gestern Staatssekretär Hay folgendes:

„If in my humble position I may be permitted to address such an exalted personage as His Majesty the German Emperor I beg you to convey to His Majesty the expression of my profound admiration for His August Person and to further assure His Majesty of the deep sympathy and admiration felt for Him and His wise Government throughout the United States."

Am 21. d. Mts. zeichnete der schweizer Geschäftsträger einen Schiedsvertrag mit Herrn Hay, der gleich dem unsern genau mit dem englisch-französischen übereinstimmt und als Zusatz eine Ratifikationsklausel enthält, und heute soll den Zeitungen zufolge ein gleicher Vertrag von dem portugiesischen Gesandten und Herrn Hay unterschrieben worden sein.

Sternburg

Nr. 7767

Der Geschäftsträger in Washington Freiherr von dem Bussche-Haddenhausen an den Reichskanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 32 Washington, den 28. Januar 1905

pp*. Ich fragte bei dieser Gelegenheit, ob der Senat die Schiedsverträge ohne Amendements annehmen werde. Herr Hay äußerte sich sehr skeptisch. Es sei seit einigen Jahren bei den Senatoren die Tendenz eingerissen, an allen Verträgen Veränderungen vorzunehmen, selbst wenn sie ganz belanglos seien und an dem Inhalte nichts änderten. Die Herren glaubten offenbar, es sich schuldig zu sein, auf diese Weise darzutun, daß ohne ihren Willen kein Vertrag zustande kommen könne. Die Senatoren des Südens, meist ängstliche und zum Teil beschränkte Leute, meinten, durch ihre Wähler und Staaten beeinflußt, daß die „repudiated bonds" einzelner Südstaaten einem Schiedsgericht auf Grund der Schiedsverträge unterworfen werden könnten. Er wisse noch nicht, wie Präsident Roosevelt sich zu einem hierauf bezüglichen Amendement stellen werde; würden die Verträge wesentlich verändert, so sei kein Zweifel, daß der Präsident sie dann zurückziehen werde. Herr Hay schien mir der Ansicht zuzu-

* Der Anfang des Berichts betrifft den Abschluß von Schiedsverträgen zwischen Mexiko, Schweden und Norwegen sowie Rußland einerseits, den Vereinigten Staaten von Nordamerika andererseits.

neigen, daß Herr Roosevelt das von den Senatoren des Südens gewünschte Amendement annehmen und die Mächte angehen werde, sich hiermit einverstanden zu erklären.

Bussche

Nr. 7768

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an den Reichkanzler Grafen von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 43 Washington, den 13. Februar 1905

Die Bemühungen des Präsidenten Roosevelt, die unveränderte Ratifikation der auf seinen Wunsch vom Staatssekretär Hay mit den Vertretern fremder Mächte abgeschlossenen Schiedsverträge durch den Senat zu erreichen, sind vergeblich gewesen. Nach längeren Beratungen in dem Komitee für Auswärtige Angelegenheiten und im Plenum hat der Senat am 11. d. Mts. mit 50 gegen 9 Stimmen die acht ihm vorgelegten Schiedsverträge — darunter auch den deutsch-amerikanischen — mit der Änderung angenommen, daß das Wort „agreement" in Artikel II durch „treaty" ersetzt würde. Präsident Roosevelt hatte sich wiederholt gegen diese Änderung ausgesprochen und hat heute durch seinen Staatssekretär offiziell in der Presse erklären lassen, daß es ihm nicht möglich sei, die so veränderten Verträge den fremden Mächten mit dem Antrag vorzulegen, ihre Zustimmung zu dem vom Senat beschlossenen Amendement zu erteilen, da diese veränderte Fassung einen Schritt rückwärts in der Bewegung für allgemeine Schiedsverträge darstelle*.

Die vom Senat beschlossene Änderung des Artikels II der Verträge gründet sich auf Artikel 2, Sektion 2, Absatz 2 der amerikanischen Verfassung, nach dem der Präsident nur mit Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit des Senats „treaties" abschließen kann. Ein „agreement", ein Abkommen, durch das nach Artikel II der Schiedsverträge das einem Schiedsspruch zu unterwerfende Streitobjekt genau definiert werden sollte, hätte nach Ansicht des Präsidenten dagegen ohne Zustimmung des Senats abgeschlossen werden können. Hierin erblickten die Senatoren eine Minderung ihrer Rechte, während der Präsident in der nach der Ansicht der Senatoren in jedem Falle einzuholenden Zustimmung des Senats wohl mit Recht eine unnötige Erschwerung der Beilegung von internationalen Konflikten durch Schiedssprüche sah.

Der Streit zwischen Präsident und Senat ist lediglich als eine Machtfrage aufzufassen und nicht als eine Feindseligkeit dieser Körperschaft

* In der Tat ließ Präsident Roosevelt nach den Abänderungen des Senats die Frage der Schiedsverträge einstweilen ruhen. Sie wurde erst nach der zweiten Haager Konferenz wieder aufgenommen.

gegen die fremden Mächte. Die Eitelkeit der Senatoren sowohl im ganzen wie einzelner von ihnen war wiederholt vom Präsidenten verletzt worden; dafür wollten sie nun ihr Mütchen kühlen. Der Versuch des Präsidenten, in der San Domingo-Frage* den Senat auszuschalten, hat sicherlich wesentlich mitgewirkt; ohne diesen Vorfall würde es vielleicht nicht zu diesem Konflikt gekommen sein. Verwundert hat es, daß gerade die bisher treusten Freunde Roosevelts, die sonst immer für seine Ideen und Wünsche eintraten, wie Lodge und Spooner, in der ersten Reihe derer zu finden waren, die für die Annahme des Amendements wirkten, wobei sie allerdings dem Präsidenten die Pille dadurch zu versüßen suchten, daß sie wiederholt ihrer Bewunderung und Verehrung für ihn Ausdruck gaben.

An dem formellen Rechte des Senats, jeden Vertrag zu amendieren oder zu verwerfen, ist nicht zu rütteln; dies wird allgemein, auch vom Präsidenten, zugegeben; dennoch steht das amerikanische Volk in seiner Mehrzahl auf Seite des Präsidenten gegen den an und für sich unpopulären Senat. Von Bedeutung erscheint die Niederlage des Präsidenten für seine weiteren Pläne. Er hat zwar erklärt, daß er die Handlung des Senats nicht übelnehme; allein es ist mir bekannt, daß er über den Vorfall sehr aufgebracht ist. Werden die Senatoren es bei dieser Mahnung bewenden lassen, oder werden sie noch weiterhin sich dem Präsidenten in den Weg stellen, wenn es ihm nicht gelingt, bald wieder bessere Beziehungen zu ihnen herzustellen? Gefährdet erscheinen in erster Linie das Abkommen mit San Domingo*, das dieser Tage dem Senat zur Ratifikation zugehen soll, sowie das vom Repräsentantenhause angenommene Gesetz über Eisenbahntarife.

Erwähnen möchte ich noch, daß der japanische Gesandte** am Tage der Abstimmung im Senat über die acht Schiedsverträge mit Staatssekretär Hay einen den bisher abgeschlossenen Verträgen gleichlautenden Arbitrationsvertrag unterzeichnete.

Rußland hat bisher keinen Vertrag abgeschlossen, obwohl es sich bereit erklärt hatte, die amerikanische Fassung anzunehmen, da Graf Lamsdorff darauf bestand, daß die Unterzeichnung in St. Petersburg stattfinden sollte, wozu sich, wie mir Graf Cassini erzählte, Herr Hay nicht gern verstehen wollte.

Sternburg

---

* Am 20. Januar 1905 war zwischen den Vereinigten Staaten und der Republik San Domingo ein Abkommen in der Form eines Memorandums getroffen worden, das die Ordnung der Finanzverhältnisse der Republik bezweckte. Präsident Roosevelt und das Staatsdepartement hatten anfänglich nicht beabsichtigt, das Abkommen dem Senat zur Ratifikation vorzulegen, mußten sich aber nachträglich dazu bequemen.
** Takahira.

Kapitel CLXVI

England — Deutschland und der Abrüstungsgedanke
Der Flotten-Standard 1906

Nr. 7769

*Der Marineattaché in London Kapitän zur See Coerper an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz**

Abschrift

London, den 10. Mai 1906

Im Unterhause wurde der Antrag des liberalen Mitgliedes Mr. Vivian: „Die britische Regierung solle auf der nächsten Haager Konferenz die Frage einer internationalen Verständigung über die allgemeine Verringerung der Rüstungen zu See und zu Land in ihr Programm aufnehmen" — ohne Abstimmung und mit lauten Beifallsbezeichnungen angenommen.

Mr. Vivian sagte, das Volk erwarte mit Bestimmtheit, daß die Regierung nun im Laufe der nächsten zwölf Monate ihre bei den Wahlen gegebenen Versprechungen bezüglich einer erheblichen Verminderung der Ausgaben für Flotte und Heer einlöse**. Sie müsse die veränderte Lage

* Vgl. auch den Bericht Stumms vom gleichen Datum in Kap. CLXVII, Nr. 7809 nebst den Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.

** Die am Ruder befindliche liberale Partei war namentlich festgelegt durch die große Programmrede, die ihr Führer Sir Henry Campbell-Bannerman am 21. Dezember 1905, kurz nachdem er an Balfours Stelle das Ministerpräsidium übernommen hatte, gehalten hatte. Diese Rede wandte sich mit voller Schärfe gegen das Prinzip des Wettrüstens: „A policy of huge armaments keeps alive and stimulates and feeds the belief that force is the best, if not the only, solution of international differences. It is a policy that tends to inflame old sores and to create new sores. And I submit to you that as the principle of peaceful arbitration gains ground it becomes one of the highest tasks of a statesman to adjust those armaments to the newer and happier condition of things. What nobler rôle could this great country assume than at the fitting moment to place itself at the head of a league of peace, through whose instrumentality this great work could be effected." Sehr nachdrücklich setzte sich die Rede dann für die möglichste Beschränkung der Rüstungsausgaben ein: „We want relief from the pressure of excessive taxation, and at the same time we want money to meet our own domestic needs at home, which have been too long starved and neglected owing to the demands of the taxpayer for military purposes abroad. How are these desirable things to be secured if in the time of peace our armaments are maintained on a war footing? Remember that we are spending at this moment, I think twice as much on the Army and Navy as we spent ten years ago.... But even so, with an increasing military expenditure how can we do the work of reform that remains to be done at home and at the same time bring relief to the taxpayers?... Militarism, extravagance, protection are weeds which grow in the same field, and if you want to clear the field

Rußlands für die britischen Rüstungen in Betracht ziehen, und das englische Programm dürfe immer nur einen defensiven, nie einen aggressiven Charakter tragen.

Ein Mitglied der Arbeiterpartei unterstützte den Antrag. Mr. Carlyon Bellairs* versuchte vergeblich, durch folgendes Amendement den Vivianschen Antrag zu Fall zu bringen:

„But this House relies on the Government to maintain British Naval Supremacy and is of opinion that it is unadvisable for the Government to initiate a discussion concerning the armaments which foreign powers may deem necessary pp."

Bellairs zog am Schluß der Debatte seinen Antrag zurück. Die Stimmung des Parlaments wird vielleicht am besten durch die Zwischenrufe und Beifallsbezeugungen charakterisiert, mit denen einzelne Behauptungen der Redner aufgenommen wurden. Ich führe nachstehend einige an:

Bellairs: „Lord Goschen sagte seinerzeit, die Initiative dazu (zur Reduktion) müsse von fremden Regierungen ausgehen."

Zwischenrufe: „Warum?"

B.: „Weil wir uns in unseren Rüstungen nach den anderen Nationen richten." (Gelächter.)

B.: „The feeling in Germany towards this country was one of great antagonism" (Rufe: „Nein" und „Hört, hört").

Sir Edward Greys zustimmende Antwort auf den Antrag läßt erkennen, daß letzterer mit Wissen und Zustimmung der Regierung gestellt wurde.

Er führte aus, daß alle Nationen mit Rüstungen überbürdet seien, aber eine warte darauf, daß die andere mit der Reduzierung beginne. Zu keiner Zeit sei je vorher die absolute und relative Oberherrschaft Englands zur See größer gewesen als jetzt, und nie sei sie so gesichert gewesen wie jetzt**.

---

for honest cultivation you must root them all out." „The Times" vom 22. Dezember 1905. Auch in dem Manifest, das Sir H. Campbell-Bannerman am Tage der Auflösung des Unterhauses (8. Januar 1906) an seine Wähler erließ, spielte die Frage der übertriebenen militärischen Ausgaben, die eben damals durch den einseitigen Übergang der englischen Marine zum Dreadnoughtbau akut wurde, eine große Rolle. Die Erkenntnis freilich, daß England durch den Dreadnoughtbau zu dem System des allgemeinen Wettrüstens, das es sich zu bekämpfen anschickte, selbst einen der stärksten Anstöße gegeben hat, war Campbell-Bannerman Ende 1905 noch nicht aufgegangen; sie bricht erst durch in seiner Unterhausrede vom 28. Juli 1906. Vgl. Nr. 7773.

* Liberaler Abgeordneter für King's Lynn, Marinekorrespondent des „Daily Graphic".

** Wörtlich lauteten die Ausführungen Sir E. Greys: „I believe there never has been a time when the relative and comparative supremacy of the British Navy was greater than it is at the present moment, and that at the present moment it is at least as sure as it ever has been in our history. If that be so, surely we can, at any rate for one evening, devote our attention to pressing upon the House and upon public opinion generally, the need for economy." Die Feststellungen Sir E. Greys waren in keiner Weise übertrieben, im Gegenteil. Durch den plötzlich in Angriff genommenen Bau

Deshalb könne die Regierung der ernsten Frage erhöhter Sparsamkeit in den Ausgaben für Rüstungen näher treten, und er hoffe, die Annahme des Vivianschen Antrages im Parlament würde von den anderen Nationen als eine Einladung aufgefaßt zu einem gegenseitigen Entgegenkommen in der Rüstungsfrage.

(gez.) Coerper

Nr. 7770

Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 508 London, den 26. Mai 1906

Gestern entspann sich auf eine Anfrage des bekannten Lord Avebury im Oberhaus eine längere und interessante Debatte über die Abrüstungsfrage, bei welcher der Unterstaatssekretär im Foreign Office, Lord Fitzmaurice, folgende Erklärung abgab:

Die Regierung hoffe und glaube, im nächsten Jahre imstande zu sein, einige Einschränkungen in den Rüstungsausgaben vorzuschlagen. Es sei schwierig, eine Einheit für die Abrüstung und ein Tribunal zu finden, welches entscheiden sollte, wie die gesamten Mächte in einheitlicher Weise abrüsten sollten. Der Haager Schiedsgerichtshof sei ein ungeheuerer Schritt vorwärts, und es sei sicher zu hoffen, daß seine Rechtsprechung eine weitere Ausdehnung erfahren werde. England sei keine aggressive Nation, und man müsse hoffen, daß, wenn es mit dem Beispiel der Rüstungseinschränkung vorangehe, Europa seinem Beispiele folgen werde.

Lord Fitzmaurice protestierte energisch gegen den Gedanken, daß England sich für irgend einen großen aggressiven Coup rüste, und vertrat im allgemeinen die vom Premierminister am 21. Dezember v. Js.* gemachte Erklärung über diesen Punkt.

---

der „Dreadnought"-Schiffe hatte sich England auf lange hinaus einen Vorsprung gesichert, der seiner Flotte eine bisher nicht vorhanden gewesene Überlegenheit verlieh; zwar sah auch die am 17. November 1905 veröffentlichte neue deutsche Marinevorlage die Vergrößerung der neu zu bauenden Schiffe und Torpedoboote vor, aber diese Vorlage konnte erst nach Vornahme von Neuwahlen im Mai 1906 unter Dach und Fach gebracht werden. Noch im Herbst 1907 war die Situation so, daß Admiral Sir John Fisher in einem Briefe an König Eduard VII. triumphierend ausrufen konnte, daß Deutschland durch die „Dreadnought" paralysiert sei: „Now this is the truth: England has seven ‚Dreadnoughts' and three ‚Dreadnought' Battle Cruisers; total, ten ‚Dreadnoughts' built and building, while Germany in March last had not begun even one ‚Dreadnought'. It is doubtful if, even so late as May last, a German ‚Dreadnought' had been commenced." Ausdrücklich konstatiert Sir John Fisher, daß die englische Flotte nunmehr viermal stärker als die deutsche sei, und daß man dieses Verhältnis absolutester Überlegenheit festhalten werde. Lord Fisher, Memories p. 14ff.

* Vgl. Nr. 7769, Fußnote. **

An der Diskussion nahmen unter anderen auch Lord Lansdowne teil, welcher seiner Sympathie für das schiedsgerichtliche Verfahren und der Hoffnung Ausdruck gab, daß man bei der nächstjährigen Haager Konferenz zu einigen Einschränkungen auf dem Gebiet der Rüstungen kommen werde, sich aber gegen jede Bindung Englands in dieser Beziehung erklärte. England liebe den Frieden, müsse aber bereit zum Kriege sein, wenn dieser unvermeidlich sei.

Mehrere hiesige Zeitungen besprechen die Debatte heute an leitender Stelle.

Die „Times" erkennt an, wie wünschenswert es sein würde, die ungeheuren Lasten der Kriegsrüstungen zu verringern, verlangt aber zuvor bei den großen Militärmächten[1] eine nationale Bewegung zugunsten der Abrüstung zu sehen, welche bisher noch nicht zu entdecken sei.

Auch die beiden liberalen Blätter „Daily Chronicle" und „Manchester Guardian" sprechen sich ziemlich skeptisch über diesen Punkt aus und treten nur bedingt für eine Abrüstung ein.

Stumm

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] I[d] e[st] Deutschland!

Nr. 7771

Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 542 London, den 8. Juni 1906

Anknüpfend an die in der Presse aufgetauchte Nachricht, daß bei einer demnächst in London geplanten Zusammenkunft der interparlamentarischen Union* die Abrüstungsfrage erörtert werden solle, bat ich den Kriegsminister, mir zu sagen, was eigentlich die Absichten der englischen Regierung in der Sache seien. Herr Haldane erwiderte mir, daß die liberale Regierung, gestützt auf die große Majorität, die sie im Lande habe, entschlossen sei, in der Abrüstungsfrage eine ernste Initiative zu ergreifen und sie auf der nächsten Haager Friedenskonferenz anzuschneiden. Was England betreffe, so werde die Regierung zunächst unbedingt daran festhalten, das Flottenprogramm nicht weiter auszudehnen, die Armee nur organisatorisch zu vervollkommnen**. Was dann

* Sie begann am 23. Juli. Vgl. Nr. 7775, Fußnote.

** Bereits am 12. Juli legte Kriegsminister Haldane im Unterhause einen Plan zur Reorganisation der englischen Armee vor. Seine Einführungsrede rückte den Plan geflissentlich in den Zusammenhang der Abrüstungsidee: „The democracies of the world however they may be devided on other points, are at one in making manifest at this moment their desire that the crushing burdens of armaments, which press upon them should be somewhat lightened. We in this great, rich, and powerful country have the opportunity of taking our share in that movement." Tatsächlich sah der

sonst noch geschehen könne, werde natürlich von der Haltung der übrigen Mächte abhängen müssen. Auf Deutschland übergehend, meinte Herr Haldane, die deutsche Flotte, welche die Aufgabe habe, dem deutschen Handel gleichsam einen Polizeischutz zu bieten, sei ja noch nicht ganz vollendet. Es würde sich daher, soweit Deutschland in Betracht komme, wohl nur darum handeln können, die Möglichkeit etwaiger Abstriche von der Landarmee ins Auge zu fassen.

Ich habe Herrn Haldane gesagt, daß wegen unserer geographischen Lage sowie angesichts der Überlegenheit der englischen und französischen Flotte die Frage für uns eine ganz besonders schwierige sei. Mir seien die Ansichten meiner Regierung über dieselbe ferner nicht bekannt. Ich glaube aber aus gewissen Äußerungen unserer Presse schließen zu können, daß wir es nicht von vornherein ablehnen würden, uns an einer Diskussion derselben zu beteiligen. Herr Haldane meinte, damit werde schon viel gewonnen sein, und erging sich dann in Betrachtungen über die Friedensfrage, in denen die ideale Weltanschauung des Ministers zum Ausdruck kam.

Stumm

Nr. 7772

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Telegramm. Entzifferung

Nr. 204 London, den 27. Juli 1906

„Im Parlament beantragte die Regierung heute folgende Verminderung des Bauprogramms 1906/1907:

Reorganisationsplan auch eine Abschaffung von zwei Gardebataillonen und acht Linienbataillonen und insoweit eine nicht unbeträchtliche Ersparnis vor. Aber schon damals gab Haldane in seiner Rede zu verstehen, daß der eigentliche Endzweck des Reorganisationsplans auf eine Erhöhung der Wehrkraft des Landes gerichtet sei. Mit Grund bemerkte der Militärattaché Graf von der Schulenburg in einem Bericht vom 17. Juli 1906: „Die Herabsetzung der Heeresstärke um 20000 Mann ist lediglich bezweckt durch den Druck der Regierungspartei nach Verbilligung der Heeresausgaben. Ihr liegt nicht der humane Impuls zugrunde, in der Abrüstung mit gutem Beispiel voranzugehen. Deswegen ist diesen Worten kein ernstes Gewicht beizulegen, und zwar um so weniger, als Haldane im Verlauf seiner Rede sich selbst widerlegt und mehrfach betont, daß die englische Flotte in ihrer überwältigenden Stärke und ihrem großen Übergewicht dauernd erhalten bleiben muß, und daß seine Reformen und Ersparnisse die gesamte Wehrmacht zu Lande nicht etwa schwächen, sondern im Gegenteil um 50% erhöhen werden."
Welches die letzten Zwecke der englischen Heeresorganisation von 1906ff. gewesen sind, hat inzwischen Haldane in seinem Buche „Before the War" (1920) p. 32ff. enthüllt. Es handelte sich um nichts weniger und nichts mehr als darum, die englische Armeeverwaltung zu befähigen, anstatt der 80000 Mann, die sie allenfalls in einem deutsch-französischen Kriege in die Wagschale werfen konnte, und auch das erst nach Ablauf einer Zeitspanne von mehr als zwei Monaten, ein Expeditionskorps von 160000 Mann, also in doppelter Höhe, binnen zwölf Tagen auf das Festland zu überführen.

3 Linienschiffe statt 4,
2 Seezerstörer statt 5,
8 Unterseeboote statt 10.
Längere Bauzeiten der einzelnen Schiffe.
Gesamtverminderung der Kosten für Neubauten Pfund Sterling 2500000.
Im Jahre 1907/08 statt 4 Panzerschiffe 2 und kleine erste Rate, um zu zeigen, daß England bereit ist, in der Abrüstung den ersten Schritt zu tun. Verläuft Haager Konferenz erfolglos, wird noch ein 3. Panzerschiff niedergelegt. Coerper."

Metternich

Nr. 7773

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 761 London, den 28. Juli 1906

Bei den gestrigen Parlamentsverhandlungen über die Verringerung des Flottenbauprogramms 1906/07 zeigte sich Mr. Balfour, wie die heutige „Westminster Gazette" sagt, als das „enfant terrible" gegenüber der Haager Konferenz. Der frühere Premierminister wies nämlich in seinen gestrigen Reden darauf hin, wie die Regierung Abrüstung predige und sich selbst als gutes Beispiel allen anderen Völkern gegenüber hinstelle, während sie durch den Mund derselben Staatsmänner ihren Landsleuten erkläre: Wir verringern die Heeresausgaben, aber unsere Macht wird durch unsere Reform um 50 Prozent schlagfertiger*; wir verringern unsere Flotte, bleiben aber jedem „Two-Power-Standard" gegenüber gewachsen**.

---

* Vgl. Nr. 7771, Fußnote**.

** Vgl. Nr. 7769. Bei der Einbringung der Vorlage am 27. sagte der Admiralitäts-Unterstaatssekretär Robertson: „I must say once more that the Board of the Admiralty are unanimously satisfied that, whilst the reductions I have explained to the House may be made, we shall nevertheless be maintaining the strength required to secure the naval supremacy of this country." Die eigentlichen Gründe für die Verringerung des Flottenbauprogramms 1906/07 lagen, wie aus den Verhandlungen des Unterhauses vom 28. Juli deutlich hervorgeht, nicht in einer beabsichtigten Verbeugung vor dem Abrüstungsgedanken, sondern in technischen Fragen des Schiffsbaus, genau gesagt des Dreadnoughtbaus. Kein Geringerer als der englische Ministerpräsident Sir Henry Campbell-Bannerman hat in der Debatte des 28. zugestanden: „We admit that there ought to be some progress made with these huge ships of our invention, and accordingly we propose that there should be three ships laid down ... Until 1909 we shall be the only Power that has one of the great Dreadnought class, said to be almost incapable of defeat. Until 1909 we shall have one and no other Power will have any;

Sir Henry Campbell-Bannerman entgegnete, es sei selbstverständlich, daß die Mächte, die auf der Haager Konferenz den Abrüstungsgedanken vertreten wollten, nicht schon jetzt ohne weiteres so abrüsten könnten, daß sie nicht mehr imstande seien, ihre Interessen zu schützen. England wünsche nur den anderen Ländern zu zeigen, daß es nicht in unaufhörlicher Weiterrüstung das Heil erblicke.

P. Metternich

Nr. 7774

Der Geschäftsträger in Brüssel Graf von Oberndorff an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 164 Brüssel, den 30. Juli 1906

Der Antwerpener Korrespondent des hiesigen „Petit Bleu" hat den Kommandanten des britischen Kreuzers „Antrim" gefragt, was er von der geplanten Einschränkung des britischen Marinebudgets denke. Kapitän Inglefield erklärte, man könne diesem „beau geste" nur Beifall spenden und hoffen, daß die englische Initiative bei den anderen Nationen Nachahmung fände. Allerdings sei es fraglich, ob der Entschluß der britischen Marineverwaltung der deutschen Regierung weittragend genug scheinen werde, um ihrerseits dem Wachstum der werdenden deutschen Flotte Einhalt zu tun.

Auf eine Frage des Korrespondenten verwahrte sich der Kapitän Inglefield gegen den Verdacht, daß die Maßnahme der britischen Regierung nur ein geschicktes Manöver sein könnte, um die Vermehrung der deutschen Flotte zu verhindern. Es wäre beleidigend für Deutschland, wollte man eine derartige Verkennung der englischen Absichten dort für möglich halten.

Im übrigen erkannte der britische Kommandant an, daß die geplanten Striche im Marinebudget die britische Hegemonie zur See in keiner Weise gefährden könnten.

A. Oberndorff

---

while in 1909 we shall have four and other Powers will only be building." Also weil England um die Mitte 1906 mit dem Dreadnoughtbau noch nicht ganz im reinen war und noch auf manche Verbesserungen dieses Schiffstyps hoffte, weil es andererseits alle Kräfte auf diese großen Schiffsbauten konzentriert hatte, darum verringerte es sein Flottenprogramm. Der Kernpunkt der Dinge war genau, wie es Sir E. Grey noch am Vorabend der Haager Konferenz formulierte (siehe Nr. 7787): „Nowadays it is a question of Dreadnoughts."

Nr. 7775

Der Geschäftsträger in Brüssel Graf von Oberndorff an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 165 Brüssel, den 1. August 1906

Die Friedensrede des englischen Premierministers* und die Verminderung des englischen Marinebudgets haben hier im neutralen Belgien, wo alle Abrüstungsvorschläge äußerst populär sind, eine sehr günstige Presse gefunden.

Vor allen die „Indépendance Belge" begrüßt die englische Initiative mit warmer Anerkennung und ist durchdrungen von der Ehrlichkeit der englischen Absichten. Das liberale Blatt bedauert lebhaft, daß die kontinentale Presse großenteils diese Absichten verkenne. Die französischen und deutschen Blätter sollten doch lieber offen eingestehen, daß ihnen das Prinzip der Abrüstung überhaupt mißfalle.

Das offiziöse „Journal de Bruxelles" meint, auch diejenigen, die zuerst geneigt waren, den Erklärungen Sir Henry Campbell-Bannermans zu mißtrauen, seien jetzt durch die Tat von deren Aufrichtigkeit überzeugt worden.

„Etoile Belge" und „Petit Bleu" äußern sich gleichfalls anerkennend.

Das letztgenannte Blatt läßt sich aus Berlin melden, man sei dort hoch erfreut über die Haltung der französischen Presse, die Deutschland von dem Odium befreie, allein durch seinen Widerstand die Abrüstung zu vereiteln.

Im Gegensatz zu den genannten Blättern vertritt „XXe Siècle" die Auffassung, diese Abrüstungsvorschläge, die in einem Moment erfolgten, da die Überlegenheit der britischen Flotte über die der anderen Staaten den Höhepunkt erreicht habe, seien lediglich bestimmt, dem britischen Interesse zu dienen. Dies sei vom britischen Standpunkt aus durchaus verständlich und berechtigt, nur wäre es naiv, von „générosité" und „humanitarisme" zu sprechen.

Den Belgiern, so schließt „XXe Siècle", könne es übrigens nur recht sein, wenn England mit seinen Plänen durchdringe, denn England sei der erste Bürge der belgischen Neutralität.

A. Oberndorff

---

* Bei der Eröffnungsfeier des 14. Interparlamentarischen Kongresses in London am 23. Juli hatte Sir H. Campbell-Bannerman die Versammlung namens der englischen Regierung mit einer Ansprache begrüßt, die die Fortschritte des Schiedsgerichtsgedankens feierte und mit dem Ausdruck der Hoffnung schloß, daß die neue Haager Konferenz die drückende Last der Rüstungsausgaben herabmindern werde.

Nr. 7776

Der Marineattaché in London Kapitän zur See Coerper an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz

Abschrift

London, den 30. August 1906

Die vor kurzem von der „Daily Mail" eingeleitete Agitation für Wiederherstellung des ursprünglichen (Cawdor-)Schiffbauprogramms*, bzw. überhaupt einer Vermehrung der Neubauten ist neuerdings von Mr. Bellairs in der „Daily Graphic" aufgenommen worden, und heute bringt der „Standard" den anliegenden, durch einen Leitartikel eingeführten Aufsatz über die „Naval Reduction" und ihre Folge**.

Nicht zum wenigsten ist diese Frage aufgerollt worden dadurch, daß in der englischen Flotte seit dem Verluste der „Montagu"*** die Zahl der kriegsbereiten Linienschiffe und Panzerkreuzer durch eine Reihe kleinerer Havarien vorübergehend nicht unerheblich vermindert worden ist. Diese Vorkommnisse, an sich unbedeutend, haben aber doch dazu beigetragen, das bisher so starke Vertrauen in die Überlegenheit der Flotte und besonders in das Personal zu erschüttern.

(gez.) Coerper

Nr. 7777

Der Marineattaché in London Kapitän zur See Coerper an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz

Abschrift

London, den 19. November 1906

Wie Euere Exzellenz aus den Zeitungen gesehen haben werden, fragte am 13. d. Mts. Lord Turnour den Vertreter der Marine im Parlament, „ob die Admiralität bei Aufstellung ihres Bauprogrammes lediglich diejenigen Programme fremder Seemächte in Rechnung zöge, die tatsächlich bereits von den betreffenden Parlamenten genehmigt seien."

Mr. Robertson erwiderte:

„Die Antwort hierauf ist: Ja. Aber die Admiralität wird auch beeinflußt durch die Zahl der Schiffe, die tatsächlich auf Stapel gelegt sind, und den Fortschritt in ihrem Bau."

---

* Das ursprüngliche Schiffsbauprogramm, genannt nach dem Anfang Dezember mit dem Kabinett Balfour zurückgetretenen Ersten Lord der Admiralität Earl Cawdor, sah den Bau von vier Dreadnoughts anstatt drei vor.

** Hier nicht abgedruckt.

*** Das englische Linienschiff „Montagu" war im Juli 1906 im Nebel auf ein Riff bei Lundy Island gelaufen.

Mit Bezug hierauf melde ich, daß hier, und zwar auch in der Admiralität, die Ansicht besteht, daß unsere neuen Linienschiffe vorläufig noch nicht auf Stapel gelegt werden könnten, weil „die Pläne für diese Schiffe in letzter Stunde noch, als den Anforderungen nicht genügend, verworfen worden seien und dann auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers ein Konkurrenzausschreiben für diesen Typ erlassen worden sei".

Die Admiralität hat diese Mitteilung von Sir William White* erhalten.

Wenn, wie es den Anschein hat, die Admiralität sich infolgedessen mit dem Bau der drei neuen Linienschiffe nicht übermäßig beeilt, so kann es uns ja nur angenehm sein, und es erscheint besonders erwünscht, daß unsere Zeitungen über die Kiellegung und später den Baufortschritt unserer Linienschiffe und Panzerkreuzer so wenig wie möglich berichten.

Ich erinnere daran, daß beim Bau der „Dreadnought" selbst englische Flaggoffiziere nicht in die Nähe der Helling kommen durften, und daß selbst heute kein englischer Seeoffizier, wes Ranges er auch sei, ohne schriftliche Erlaubnis des Stationschefs an Bord dieses Schiffes gehen darf.

Die große Unzufriedenheit der englischen Flottenfreunde mit dem kleinen Bauprogramm ist nicht zum mindesten auf die Erkenntnis zurückzuführen, daß der Bau der „Dreadnought" und das große Triumphgeschrei über ihre Gefechtsstärke ein schwerer Fehler war**. Man hatte bestimmt gehofft und angenommen, daß die hohen Kosten, die Abmessungen des Kaiser-Wilhelm-Kanals und unserer Docks uns davon abhalten würden, England im Bau von Schiffen des „Dreadnought"-Typs nachzufolgen, daß somit die Überlegenheit der englischen Flotte auch ohne weitere finanzielle Belastung gesichert sei.

Um so größer war die Enttäuschung, als man sich der Gewißheit nicht verschließen konnte, daß Deutschland trotz aller Schwierigkeiten Schiffe gleicher Stärke zu bauen entschlossen sei, und groß die Bestürzung, als man anfing einzusehen, daß mit der Einführung dieses Typs bei allen großen Seemächten eine ganze Reihe von bisher noch als vollwertig angesehenen Schiffen nunmehr nur noch reif für den Alteisenhaufen geworden seien. Jedenfalls ist das Vertrauen in die in der Wasserlinie dürftig gepanzerten Majestics, Canopus und Duncans stark erschüttert.

Daher die Fragen im Parlament:

Ist sich die Admiralität darüber klar, daß 34 englische Linienschiffe vorn und achtern in der Wasserlinie ungepanzert sind und nur die 13

---

* Ehemaliger Direktor der Schiffsbauten in der britischen Admiralität.

** Diese Erkenntnis sprach sich auch in den Reden Balfours und Sir Campbell-Bannermans vom 28. Juli aus. Der Premier sagte darüber u. a.: „The Right Honourable Gentleman — Balfour — said a thing which is very true. He said that possibly we made a mistake in laying down this one great Dreadnought, because it has undoubtedly set the pace for other nations. By that action we deliberately encouraged other nations to go on in this unceasing rivalry. I dare say that the Right Honourable Gentleman was right in saying that we might have been better off in relative strength to-day if we had not built this vessel." „The Times" vom 28. Juli 1906.

modernsten vollen Gürtelpanzer haben, daß die ungeschützten Enden die ersteren selbst für Kreuzer zweiter Klasse verwundbar machen, daß alle deutschen und französischen Linienschiffe volle Gürtelpanzer haben, daß in der Schlacht von Tschusima Granaten in ungepanzerte Teile Löcher von 10′ zu 8′ gerissen haben? usw.?

Alle diese Fragen sind von der Befürchtung diktiert, daß mit „Dreadnought" ein neuer Wettlauf in den Flottenprogrammen eingeleitet ist, als dessen Startpunkt man in England allenfalls noch den „King Edward VII", in Deutschland die „Braunschweig" ansehen kann.

(gez.) Coerper

Nr. 7778

Der Marineattaché in London Kapitän zur See Coerper an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz

Abschrift

London, den 8. Dezember 1906

Nach dem Vortrage Mr. Bellairs über „The Standard of Naval Strength" und der sich daran schließenden Diskussion verließ ich die Royal United Service Institution mit der Überzeugung: Wir stehen hier wieder vor dem Beginn einer starken „naval scare"!

Seit langer Zeit habe ich den Hörsaal der Institution nicht so gefüllt gesehen wie vorgestern und gestern (für die Diskussion mußte noch ein zweiter Tag angesetzt werden) und nie in dieser sonst bis zum Einschlafen würdevollen und leidenschaftslosen Versammlung so lebhaften Applaus und eine so erregte Diskussion gehört — trotzdem eigentlich alle Zuhörer einer Meinung und eines Sinnes waren. Und über dem Ganzen schwebte das Gespenst: „The German Navy!"

Leider konnte ich nur das eine beifolgende Exemplar des Vortrags* bekommen, und darf ich bitten, es zur Kenntnis des Admiralstabes zu bringen.

Bellairs hat in seinem Vortrage mit großem Geschick alle Schwächen der neuerdings eingeleiteten Marinepolitik hervorgehoben und eine Menge statistischen Materials zur Bekräftigung seiner Ausführungen zusammengestellt. Er ist auch der erste, dem es aufdämmert, wie sich die Verhältnisse — wenigstens bei den Linienschiffen — mit den Jahren zugunsten Deutschlands verändern, wenn nicht wieder einmal plötzlich ein großes Programm aufgestellt wird.

---

* Nicht bei den Akten.

Die Zusammenstellung Seite 7 ist in dieser Beziehung zwar interessant, es ist aber nicht zu sehen, wie er zu diesen Zahlen gekommen ist, die wohl so arrangiert sind, daß die englische Flotte im Vergleich zur deutschen zu kurz kommt.

Wie ich hier einschalten möchte, traf ich heute früh auf dem Wege zur Botschaft einen der Redakteure der „Daily Mail". Im Laufe des Gesprächs über Bellairs Vortrag sagte er: „You will see, in 1908 we shall have a big ‚scare-programme'. It is bound to come, we all work hard for it."

Bemerkenswert sind die dem Vortrage beigegebenen Kurven, welche die sprunghafte, systemlose Baupolitik der verschiedenen englischen Admiralitäten sehr klar veranschaulichen.

In der Diskussion trat denn Admiral Fremantle auch für ein definitives Bauprogramm ein.

Admiral Bouden-Smith war der einzige Redner, der erklärte, nach eingehendem Studium aller Stärkeverhältnisse sehe er zurzeit keinen Grund zu irgend welchen Befürchtungen. Er fand aber wenig Beifall.

Dagegen wurde Admiral Sir Charles Campbell stark applaudiert, als er mit Stentorstimme rief: „I don't want a Two-Power-Standard, I am a Three-Power-Standard-man," und einen Kanal für Kriegsschiffe von der Nord- nach der Irischen See und einen Ausfallhafen an der nördlichen Nordsee befürwortete.

Von den vielen anderen Reden möchte ich nur noch die Sir William Whites hervorheben.

Bellairs hatte gesagt (Seite 3), das Deplacement als Maßstab für die Beurteilung der Gefechtsstärke zu nehmen, sei unsinnig und kindisch; dann hatte er die „soft ended" Schiffe als „ohne Gefechtswert" bezeichnet.

Sir William White verteidigte beide Punkte. Bei dieser Gelegenheit sagte er (dem Sinne nach): „Tatsächlich ist bei den englischen Schiffen das Deplacement sehr viel größer als das offiziell angegebene, denn die Konstruktionswasserlinie wird bei uns immer sehr tief nach unten gelegt."

Betreffend die fehlenden Panzergürtel der älteren Schiffe sagte er: das sei nicht seine Schuld. Er habe damals dem „Committee on Warship design" zwei Projekte vorgelegt, eins mit vollem, eins mit halbem Panzergürtel. Die Kommission habe sich für das letztere entschieden. Er halte übrigens heute noch diese Schiffe für besser als später gebaute „einer anderen Nation", welche einen vollen Gürtelpanzer hätten. Bei diesen sei der Gürtel schmal, läge nur wenige Fuß über der Wasserlinie und zwischen ihm und den Geschützkasematten und Türmen sei ein gänzlich ungeschützter Raum.

Das sei ein ganz gefährliches Arrangement, wie es ein Konstrukteur mit einigermaßen common sense überhaupt nie ausführen würde.

(gez.) Coerper

Nr. 7779

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 178 Berlin, den 12. Januar 1907
Ganz geheim

Euerer Durchlaucht glaube ich nicht unterlassen zu sollen, den in der Anlage skizzierten Inhalt eines Gesprächs* zur Kenntnis zu bringen, das ich mit dem englischen Marineattaché hierselbst** gelegentlich eines von ihm mir erstatteten offiziellen Besuchs gehabt habe.

Zur Charakteristik dieses Herrn möge es dienen, daß er vor Antritt seines jetzigen Kommandos mehr als zehn Jahre ununterbrochen Dienst an Bord getan hat.

v. Tirpitz

Anlage

Ganz geheim

Gestern — am 9. Januar 1907 — besuchte mich der englische Marineattaché Commander Dumas, wie sich aus dem ganzen Inhalt des Gesprächs ergibt, offenbar im Auftrage von Lord Fisher.

Nachdem er zunächst einen allgemeinen Dank für das Entgegenkommen zum Ausdruck gebracht hatte, welches ihm im vergangenen Jahre geworden wäre, sprach er aus, wie sehr Lord Fisher und die übrigen Lords der Admiralität die unpassende Karrikaturzeichnung im „Punch" („Without prejudice")*** bedauerten.

Er erklärte mir dann, daß er kein Diplomat sei und sich diplomatisch auszudrücken nie gelernt hätte; ob ich ihm nicht erlauben wolle, ein paar Worte in offener Sprache über die Beziehungen zwischen England und Deutschland auszusprechen. Er tue dies auf seine persönliche Verantwortung, denn er habe keinen Auftrag dazu.

Immer wenn er nach London gekommen wäre, sei ihm die Ansicht der Admiralität entgegengetreten, daß Deutschland (v. Tirpitz) die Absicht habe, England zu überfallen, während er umgekehrt hier überall der Ansicht begegne, daß England und speziell Lord Fisher einen Überfall

---

* Siehe Anlage.

** Commander Dumas.

*** Der „Punch" vom 26. Dezember 1906 hatte eine Zeichnung gebracht, in der die Figur der Britannia dem erschreckten Wilhelm II. eine Tafel mit den Treffresultaten der englischen Schiffsartillerie aus den drei letzten Jahren präsentierte. Die Zeichnung egte der Britannia die Worte in den Mund: „Accept my congratulations, Sire, on the splendid growth of your Navy! And, since I have your assurance that your programme is not an aggressive one, I feel sure you will be interested to see what I have been doing in the last three years!"

auf Deutschland plane[1]. Lord Fisher hätte ihm aber versichert, daß er an etwas derartiges gar nicht dächte*; er habe natürlich für die Sicherheit des Landes zu arbeiten, das sei ja selbstverständlich. Dumas hätte sich nun in seinem Kopfe den Gedanken zurecht gelegt, ob nicht das gegenseitige Mißverstehen beseitigt oder wesentlich gemindert würde, wenn die Lords der Admiralität mit uns, speziell Lord Fisher mit mir, eine Zusammenkunft hätten; die Kieler Woche zum Beispiel würde eine ausgezeichnete Gelegenheit hierzu bieten[2].

Ich bin über das letzte Anerbieten, welches zweifelsohne einem Auftrage von Lord Fisher entspricht, in meiner Antwort ganz hinweggegangen; im übrigen habe ich erwidert, daß ich mir schwer vorstellen könnte, wie die Experten der englischen Marine, die Lords der Admiralität, ernsthaft denken könnten, daß Deutschland sich mit derartigen Absichten trüge. Ich hätte eine zu hohe Meinung von der ausgezeichneten Urteilskraft der englischen Lords, um ihnen das zutrauen zu können. Außerdem sprächen ja die nackten Zahlen zu sehr gegen eine solche Auffassung. Unser Budget betrüge noch nicht ein Drittel des englischen Budgets und dementsprechend wären auch die Seestreitkräfte Englands mehr als dreimal so groß als die unsrigen. Ich könnte mir von meinem Standpunkt aus auch gar keinen Zweck vorstellen, den wir bei einem solchen Vorgehen haben könnten. Man könne doch nicht glauben, daß wir Indien erobern oder noch mehr Afrika besitzen wollten, als wir schon hätten, kurz es gebe auf der ganzen Welt keine einzige Frage, die uns zu einem aggressiven Vorgehen gegen England veranlassen könne[3]. Im übrigen hätten wir ja, und ich im speziellen, den Lords der Admiralität im vorigen Jahre den positiven Beweis geliefert, daß wir bei der Entwicklung unserer Flotte nicht daran dächten, in eine Konkurrenz mit England eintreten zu wollen. Er (Dumas) würde ja selbst wissen, daß wir im vorigen Jahre leicht das Doppelte hätten fordern können von dem, was wir tatsächlich gefordert haben**. Nach diesen Darlegungen erschiene mir doch, wenn man dem einfachen common sense folgte, die Stellung Deutschlands England gegenüber als eine völlig klare und einwandfreie. Daß es hier in Deutschland Leute gebe, die umgekehrt eine Zeitlang geglaubt hätten, daß England Deutschland überfallen wolle, wäre ja eher zu verstehen, wenn man den unwidersprochenen Nachrichten Glauben schenkte, daß England ohne ein sichtbares Bedürfnis zu einem agreement mit Frankreich gekommen wäre, bei dem ja die Unterstützung durch die englische Armee eine Rolle spielen solle. Man sehe ja außerdem eine Konzentration der englischen Streitmacht in der Nordsee in solch ungeheurem Maße, daß sie als bloße Verteidigungsmaßregel bei der Kleinheit unserer Kräfte doch einen merkwürdigen Eindruck auf den Unbefangenen machen müsse***[4]. Da Dumas

* Vgl. dazu Lord Fishers Bekenntnisse in den „Memories", p. 18ff.
** Vgl. dazu v. Tirpitz, Erinnerungen S. 174.
*** Vgl. dazu Lord Fisher, „Memories", p. 5, der das Wort Mahans als richtig unterstellt, daß 88% der englischen Schiffskanonen auf Deutschland gerichtet gewesen seien.

als Seeoffizier zum Seeoffizier offen zu mir gesprochen hätte, so müßte er natürlich auch eine Antwort von mir als Seeoffizier erwarten; auf irgend eine politische Bedeutung könnten natürlich meine Ansichten als Seeoffizier keinen Anspruch machen. Im übrigen könne ich mich ja nur freuen, wenn ich aus seinem Munde hörte, daß Lord Fisher und die übrigen Lords der Admiralität nicht an ein aggressives Vorgehen gegen Deutschland dächten, die in Deutschland darüber also teilweise vorhandenen Ideen irrig wären.

Darauf erwiderte Dumas, daß eben Seine Majestät der Kaiser ihn im vorigen Sommer point-blank gefragt hätte, ob denn Lord Fisher darauf hinarbeitete, Deutschland anzugreifen. Er hätte daraufhin sich verpflichtet gefühlt, über diese Bemerkung nach London zu berichten.

Auf meinen Einwand, daß es doch nicht sicher wäre, daß Seine Majestät eine wirklich ernsthafte Frage dieser Richtung an ihn gestellt hätte, beharrte er bei der Richtigkeit seiner Auffassung.

Er ging dann über auf die Frage der Haager Friedenskonferenz, und indem er wieder hervorhob, daß ihm die diplomatische Ausdrucksweise nicht geläufig wäre, führte er aus, daß man ja auch in England in den urteilsfähigen Kreisen die Möglichkeit einer Abrüstung nicht als vorhanden betrachten könnte. Trotzdem würde die englische Regierung einen derartigen Abrüstungsantrag stellen; das sei eben erklärlich aus der Art und Richtung Sir Campbell Bannermans, der nach seiner religiösen und philosophischen Denkungsweise sich verpflichtet fühlte, in diesem Sinne vorzugehen. Er (Dumas) würde dankbar sein zu hören, wie wir dieses Vorgehen Englands aufnehmen würden.

Ich habe ihm etwa geantwortet, daß das, was er mir da mitgeteilt hätte, ja sehr interessant sei. Die Abrüstungsfrage wäre ja auch etwas, was manche Geister beschäftigte. Wie ein englisches Vorgehen in dem von Dumas angedeuteten Sinne in Deutschland aufgenommen werden würde, könnte ich nicht wissen. Wie er ja aber selbst zugäbe, müßte das Vorbringen eines Abrüstungsvorschlages von England in dem Augenblicke, wo es sich mit Frankreich und Japan verbündet und eine gewaltige Flotte in der Nordsee konzentriert hätte, in fremden Staaten einen sonderbaren Eindruck machen (a queer impression)[5].

Dumas antwortete darauf, er könne das wohl verstehen, durch seine Mitteilung wollte er jedoch verhindern, daß der Eindruck hervorgerufen würde, daß ein derartiger Vorschlag von Sir Campbell Bannerman nicht ehrlich gemeint sei; daß überhaupt dieser Vorschlag von England gemacht werden würde, läge eben im Charakter Sir Campbell Bannermans.

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:

[1] Pansa* sagte mir gestern, nach seiner} Ansicht und Überzeugung denke kein maßgebender Engländer an einen Angriff gegen Deutschland. Da aber die englische Weltstellung und Sicherheit lediglich auf der britischen Seeübermacht beruhten und England ohne gesicherte Getreidezufuhr in einigen Wochen auszu-

---

* Italienischer Botschafter in Berlin.

hungern wäre, sei man in England unendlich nervös gegenüber fremden Flottenrüstungen und Anwachsen fremder Seestreitkräfte.

[2] Wäre das nützlich? Meines Erachtens ja — wenn die englischen Admiräle nur nicht einen zu hohen Begriff von unseren Seestreitkräften mitnehmen, der doch sie auf den Gedanken bringen würde, vorzugehen, ehe wir fertig wären.

[3] Sehr gut und richtig.

[4] richtig. — Der Grund ist derselbe wie für die russischen Truppenkonzentrationen an unserer Ostgrenze nach dem Berliner Kongreß: Gereiztheit infolge stattgehabter persönlicher und sachlicher Friktionen; Eifersucht; Furcht vor Angriff von unserer Seite; Wunsch, auf alle Fälle einen Druck auf uns auszuüben et de nous tenir sous leur coupe.

[5] Die Seestreitkräfte jedes Landes dürfen und müssen dem Umfange seiner See- und Handelsinteressen entsprechen. Das Mißverhältnis zwischen beiden dürfte bei uns noch größer sein als irgendwo anders. Und wollen Frankreich, Nordamerika, Japan mit ihren Seerüstungen aufhören?

Nr. 7780

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz

Konzept

Geheim Berlin, den 16. Januar 1907

Ew. pp. danke ich verbindlichst für die mit Schreiben vom 12. d. Mts. erfolgte Übersendung der Aufzeichnung über ein Gespräch, das Sie mit dem hiesigen britischen Marineattaché gehabt haben.

Nach uns zugegangenen Nachrichten soll im Grunde kein Engländer in maßgebender Stellung an einen Angriff auf Deutschland denken. Da aber die britische Weltstellung lediglich auf seiner Seeübermacht beruht und England ohne gesicherte Getreidezufuhr in einigen Wochen auszuhungern sein würde, so ist man in Großbritannien außerordentlich nervös gegenüber fremden Flottenvermehrungen und dem Anwachsen fremder Seestreitkräfte. Unter diesen Umständen würde ich es für durchaus erwünscht halten, wenn Ew. pp. gelegentlich eine Aussprache mit den britischen Lords der Admiralität, besonders mit Admiral Fisher haben könnten. Es würde sich aber meines Erachtens vielleicht nicht empfehlen, diese Zusammenkunft grade für die Kieler Woche oder auch sonst grade in Kiel in Aussicht zu nehmen, da die englischen Admiräle dort vielleicht doch einen falschen Begriff von unseren Seestreitkräften gewinnen würden, wodurch leicht das gerade Gegenteil einer Beruhigung herbeigeführt werden könnte*.

* Vgl. dazu v. Tirpitz, Erinnerungen S. 172: „Mit anderen Augen wurde unser Flottenprogramm — seitens Englands — zuerst angesehen im Jahre 1904. Damals führte man, mir unerwünscht, Eduard VII. alles, was wir an Schiffen überhaupt besaßen, bei der Kieler Woche vor, und der Kaiser feierte in seinem Trinkspruch ‚die wiedererstarkende Seegeltung des neugeschaffenen Deutschen Reiches'. König Eduard antwortete kühl und wechselte bei der Besichtigung unserer Schiffe mit dem ersten Lord der Admiralität Selborne bedeutungsvolle Blicke und Worte, die mir unangenehm auffielen."

Mit den Ausführungen Ew. pp. dem Commander Dumas gegenüber bin ich vollkommen einverstanden. Die Seestreitkräfte eines jeden Landes dürfen und müssen dem Umfange seiner See- und Handelsinteressen entsprechen. Das Mißverhältnis zwischen beiden dürfte bei uns weit größer sein als in irgend einem anderen Lande.

Bülow

Nr. 7781

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 184 London, den 6. März 1907

Bei der gestrigen Beratung des Marineetats im Unterhause wurde die Regierung heftig wegen ihrer Marinepolitik angegriffen und auch die Stellung der Regierung zu der Abrüstungsfrage erörtert.

Auf die mit Ausfällen auf Deutschland gewürzten Angriffe des bekannten Mr. Lee*, betreffend die Äußerungen des Premierministers zur Abrüstungsfrage** und dem Two-Power-Standard, erwiderte Sir Henry

---

* Zivillord der Admiralität im Kabinett Balfour, Parlamentsmitglied für Hants. Er war in Deutschland bekannt geworden durch die aufreizende Rede, die er am 2. Februar 1905 in East-Leigh gehalten hatte. Es war in der Rede u. a. gesagt: Die Regierung habe nicht mehr so sehr Frankreich und das Mittelmeer zu überwachen, als mit Unruhe, obschon nicht mit Furcht, nach der Nordsee hin zu blicken. Aus diesem Grunde seien die englischen Flotten so umgestaltet worden, daß sie der Gefahr von dieser Seite trotzen könnten. Wenn es unglücklicherweise zu einer Kriegserklärung kommen sollte, würde die englische Flotte den ersten Schlag führen, noch ehe man auf der anderen Seite Zeit gehabt hätte, die Kriegserklärung in den Blättern zu lesen. Die letzte vorgenommene Reform beziehe sich ausschließlich auf die Schiffsbauten; nur die besten, schnellsten und stärkstgepanzerten Schiffe würden in den Seeschlachten der Zukunft eine Rolle spielen. Es sei infolgedessen beschlossen worden, keine Ausgaben mehr für die Reparatur alter Schiffe zu machen. Man werde mit dem Betrage dieser Ausgaben Schiffe von dem größten und schnellsten Typ, ausschließlich armiert mit der schwersten Artillerie und durch die stärksten Panzer geschützt, herstellen. Diese Schiffe würden nicht so zahlreich sein, würden aber eine größere Zerstörungskraft besitzen.

** Gemeint sind die Ausführungen des englischen Premierministers in dem am 2. März 1907 in der Zeitschrift „The Nation" erschienenen Aufsatz „The Hague Conference and the Limitation of Armaments" (wiederabgedruckt neuerdings bei H. H. Asquith, The Genesis of the War, p. 270ff. und bei J. A. Spender, The Life of the Right Hon. Sir Henry Campbell-Bannerman II, 328ff.). Es hieß in diesem Aufsatz mit Bezug auf Englands Rolle in der Abrüstungsfrage: „We have already given earnest of our sincerity by the considerable reductions that have been effected in our naval and military expenditure, as well as by the undertaking that we are prepared to go further if we find a similar disposition in other quarters. Our delegates, therefore, will not go into the Conference empty-handed. It has, however, been suggested that our example will count for nothing, because our preponderant naval position will still remain unimpaired. I do not believe it. The sea power of this country implies no challenge to any single State or group of States. I am persuaded that throughout the world that power

Campbell-Bannerman, er bedauere, daß der Vorredner auf eine spezielle Macht, Deutschland, bei seinen Ausführungen Bezug genommen habe, und erklärte, wenn auch in etwas gewundener Form, daß auch er ein Anhänger des Two-Power-Standard-Prinzips sei. Der parlamentarische Sekretär der Admiralität habe dargelegt, daß der Two-Power-Standard völlig aufrechterhalten und auch für die nächsten $3^1/_2$ Jahre vor einer Gefährdung gesichert sei. Er halte es deshalb für nutzlos, jetzt in akademische Erörterungen darüber einzutreten, ob der Two-Power-Standard erhalten bleiben müsse oder nicht. „Im allgemeinen sei er, wie gesagt, selbst ein Anhänger dieses Prinzips."

Übergehend zu der Abrüstungsfrage, führte der Premierminister aus, daß keine böse Absicht vorliege, irgend eine Macht zur Abrüstung zu zwingen, selbst wenn England es könnte. Man wolle sich nicht in die Angelegenheiten anderer mischen, die englische Regierung halte es aber für ihre Pflicht, entsprechend den Wünschen des Landes, sich mit an die Spitze einer Bewegung zu stellen, die dem Zunehmen der Rüstungen eine Schranke setze.

---

is recognized as non-aggressive, and innocent of designs against the independence, the commercial freedom, and the legitimate development of other States, and that it is, therefore, a mistake to imagine that the naval Powers will be disposed to regard our position on the sea as a bar to any proposal for the arrest of armaments, or to the calling of a temporary truce. The truth appears to me to lie in the opposite direction. Our known adhesion to those two dominant principles— the independence of nationalities and the freedom of trade — entitles us of itself to claim that if our fleets be invulnerable, they carry with them no menace across the waters of the world, but a message of the most cordial good will, based on a belief in the community of interests between the nations." An dem Artikel Sir Henrys wurde gerade auch in der französischen Presse eine scharfe Kritik geübt. „Le Temps" bemerkte am 4. März mit Grund, wenn das Übergewicht der englischen Flotte weiter nichts bedeute als eine Botschaft herzlichsten guten Willens, wozu dann der Ruf nach Abrüstung? „Si la flotte anglaise a le double mérite de n'inquiéter personne et d'assurer la sécurité de la Grande-Bretagne pourquoi parler de la réduire? Réduction, au surplus, qui d'après l'article même de Sir Henry, ne serait pas exclusive du maintien de la supériorité relative de l'Angleterre. On voit ici que même chez un pacifiste résolu — quand il est Anglais — le souci patriotique survit. Sir Henry Campbell-Bannerman ne se résignerait pas à ce que la Grande-Bretagne cessât d'être la plus forte sur mer. Pourquoi s'étonne-t-il que la préoccupation qu'il éprouve — et à laquelle il répond par une simple affirmation — se retrouve chez d'autres aussi vive que chez lui?"

Auch der Biograph Sir H. Campbell-Bannermans, J. A. Spender, gibt (a. a. O. II, 330) zu, daß der Artikel vom 2. März, zusammengehalten mit den tatsächlichen Vorgängen in der englischen Marine und dem englischen Heer, seine Wirkung, speziell in Deutschland, habe verfehlen müssen. „To the German mind an intimation from the Supreme Naval Power that it desired the naval competition to cease at the moment of its own greatest preponderance — the moment when it had invented a new type of battleship which it claimed to be vastly superior to any possessed by its rivals — seemed the reverse of conciliatory. The German General Staff could not imagine such a proposal being made unless the Government making it was prepared to enforce it; and it was seriously argued in Berlin that this démarche, coinciding as it did with a great scheme for reforming the British Army and providing it with an Expeditionary Force, was a concerted plan, arising out of the Entente, to put pressure on Germany."

Mr. Balfour wandte sich in längerer Rede gegen den Premierminister und wies auf den Gegensatz hin, der zwischen der von der Regierung vertretenen Abrüstungsidee und den Erklärungen liege, die dieselbe über die organisatorische Vermehrung der Wehrkraft Englands zu Lande und zu Wasser abgebe.

Die in ihren Einzelheiten sehr interessanten Parlamentsverhandlungen beehre ich mich im Ausschnitt aus der „Times" hier beizufügen. Ich möchte daraus nur noch hervorheben, daß der Premierminister Mr. Lee in seiner Erwiderung an die „most indiscreet and improper speeches" erinnerte, die er vor einem oder zwei Jahren gehalten habe.

P. Metternich

Nr. 7782

Der Marineattaché in London Kapitän zur See Coerper an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz

Abschrift

London, den 6. März 1907

Bei der Vorlage des Marineetats im Parlament nahm die Frage, wie sich die Regierung zu dem „Two-Power-Standard" stelle, das Hauptinteresse in Anspruch. Offenbar wollten beide, der Premierminister wie der Sekretär der Admiralität, einer direkten bindenden Erklärung entgehen, und ihre Antwort war daher gewunden und unklar. „Ich bin durchaus für einen ‚Two-Power-Standard', aber nicht für ein sklavisches Festhalten an dieser Phrase. Sollten wir zum Beispiel, wenn wir mit den beiden stärksten Seemächten alliiert wären, nun trotzdem Schiff für Schiff gegen deren beider gemeinsames Programm niederlegen?" — meinte der Premierminister, und Mr. Robertson sprach sich in ähnlichem Sinne aus. „Ursprünglich hatten wir bei dem ‚Two-Power-Standard' zwei bestimmte Seemächte im Auge." „Es war damals nichts Abstraktes, sondern etwas sehr Konkretes. Es gibt aber Fälle, in denen ein Two-Power-Standard zuviel sein kann. Es ist eine rein politische und eine technische, keine Parteifrage." Die Opposition, unter denen sich der durch seine derzeitige Indiskretion bei uns wohlbekannte frühere Zivillord Mr. Lee hervortat, versuchte Campbell-Bannerman zu einer festen und bestimmten Erklärung zu veranlassen, und das gelang ihr auch. Denn als Mr. Balfour sagte: „Ich hoffe bestimmt, daß, wenn die Zeit der Gefahr kommt, Regierung und Parlament alle Maßregeln ergreifen werden, um uns gegen irgend eine Kombination irgend welcher zwei Nationen sicher zu stellen," sah er sich durch die zustimmenden Rufe aller Seiten, auch seiner eigenen Parteigenossen, veranlaßt mitzustimmen, und Balfour nagelte ihn damit sofort fest. Ein Antrag Bellairs, daß das Parlament eine feste Er-

klärung dahin abgeben sollte, daß es unentwegt an dem „Two-Power-Standard" plus einem Übergewicht zugunsten der englischen Flotte festhalten wolle, wurde auf dringenden Wunsch Campbell-Bannermans rechtzeitig zurückgezogen. Es ist nur zu erklärlich, daß eine Regierung, welche die Abrüstungsfrage anregen will, sich nicht klar und präzise für einen „Two-Power-Standard" aussprechen kann. Denn das kann sie selbst ihren besten Freunden und Alliierten nicht zumuten, daß diese und die andern Nationen die Hegemonie Englands zur See vertragsmäßig in Permanenz erklären sollen.

Daß die Konservativen, welche jederzeit wieder an die Regierung kommen können, sich jetzt wieder ausdrücklich für den „Two-Power-Standard" ausgesprochen haben, ist für die Besprechungen auf der Haager Konferenz von Bedeutung, und nicht minder die Ausführungen Balfours über die „benevolent platitudes" des Premierministers über die Abrüstungsfrage.

Im übrigen sind aus den Angaben Mr. Robertsons diejenigen über den Stand und Gefechtswert der fertigen Schiffe Ende 1909 und 1910 und über die Organisation der „Home Fleet" von Interesse.

(gez.) Coerper

Nr. 7783

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 196 London, den 8. März 1907

In der gestrigen Debatte im Unterhause über den Marineetat wies Mr. Balfour darauf hin, daß andere Mächte es sich fernerhin wohl überlegen würden, mit England Bündnisse abzuschließen, wenn dessen bisherige Macht zur See vermindert würde. Die Freundschaft der Mächte zu England beruhe zum großen Teil auf der Stärke der englischen Flotte. Er fordere die Admiralität auf, sich darüber zu äußern, ob die zum Schutze des Handels erforderlichen Kreuzer zahlreich genug wären. Er wünsche ferner zu wissen, warum die Regierung Zeit verliere in dem Bau von Docks; seiner Ansicht nach erfordere der größere Tonnengehalt der neuen Schlachtschiffe größere Docks. Was die Home Fleet in ihrer neuen Gestaltung* betreffe, so fürchte er, daß sie sich ihrer Aufgabe nicht ge-

* Am 23. Oktober 1906 war die englische Admiralität mit dem Plane der Schaffung einer Reserveflotte unter dem Namen „Home Fleet" an die Öffentlichkeit getreten, die dem Zweck dienen sollte, durch eventuelle Abgabe einzelner Schiffe an die drei Schlachtflotten diese auch in den Fällen vollzählig und schlagfertig zu erhalten, wo eine oder die andere Einheit aus ihnen zu Reparatur- oder Umbauzwecken vorübergehend aus-

wachsen erweisen werde. Zum Schlusse forderte Herr Balfour die Regierung auf, sich darüber zu äußern, ob die Flotte imstande sein werde, ihre Pflichten in den auswärtigen Gewässern zu erfüllen.

Der Regierungsvertreter betonte, der vorgesehene Bau eines weiteren ungedeckten Kreuzers erscheine der Regierung vollauf genügend. Der der neuen Gestaltung der Home Fleet gemachte Vorwurf sei ungerechtfertigt. Was vollends die Tätigkeit der Flotte in fremden Gewässern betreffe, so sei die englische Flagge dort in letzter Zeit öfter als früher gezeigt worden. Immerhin sei diese Frage einer Kommission überwiesen worden.

P. Metternich

Nr. 7784

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 210 London, den 15. März 1907

Je mehr die Frage der Abrüstung in die öffentliche Diskussion rückt, um so stärker tritt der Widerstand gegen diese Utopie hervor. Besonders in Frankreich und England. Ein lehrreiches Beispiel hierfür bietet die gestrige Marinedebatte im Unterhause. Den Rednern, welche sich für den schönen Gedanken der Abrüstung erwärmten, wurde nicht nur von dem Führer der Opposition, Herrn Balfour, sondern auch von anderen entgegengehalten, daß die Suprematie Englands zur See eine Lebensfrage für dieses Land bilde. Einzelne Redner betonten, daß England nur dann seine Rüstungen zur See einschränken dürfe, wenn andere Mächte damit begännen. Herr Balfour wies nach, daß die Existenz des großbritannischen Weltreichs von der überwiegenden Macht Englands zur See abhänge, und daß nur dann an ein Einhalten der Rüstungen gedacht werden dürfe, wenn der jetzige Vorsprung Englands von den anderen Mächten anerkannt würde, das heißt wenn alle den Status quo der Seerüstungen beibehielten, so daß keine Verschiebungen zu Ungunsten Englands einträten. Ein liberaler Redner bemerkte, daß, wenn die Regierung eine Verringerung der Streitkräfte zur See vornähme, die liberale Partei bei den nächsten Wahlen unterliegen würde. Wenn es eine Frage gibt, in der die Masse der Engländer einig ist, so ist es der Glaube an die Notwendigkeit der Überlegen-

---

scheiden mußte. Die Admiralität sprach in dem Memorandum ihre Überzeugung aus, daß die Bildung dieser Heimatflotte die sofortige Schlagfertigkeit der Schlachtflotte wesentlich erhöhen werde. Bericht des Marineattachés in London Kapitän zur See Coerper an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz vom 13. März 1907, dem ein Artikel der „Morning Post" vom 13. März über „The Home Fleet. Its composition and duties" beilag. Coerper bezeichnet diesen Artikel ausdrücklich als das Beste, was bisher über die Heimatflotte geschrieben sei.

heit Englands zur See. Dies weiß auch die Regierung trotz ihres Anhangs von humanitären Idealisten.

Der etwaige Wunsch der englischen Regierung, die jetzige Relation der Seestreitkräfte unter den Mächten dauernd zu fixieren, braucht aber von niemand ernst genommen zu werden und wird es auch nicht und kann lächelnd abgewiesen werden. Abrüstung bedeutet nicht die internationale Festlegung der überwiegenden Machtstellung eines einzelnen Landes.

Die liberale Regierung hat sich mit ihrer Theorie der Rüstungseinschränkung ihren eigenen Landsleuten gegenüber in ein dorniges Feld begeben und kann froh sein, wenn sie mit heiler Haut daraus herauskommt. Die konservative Partei faßt schon, wie ich von mancher Seite erfahre, die Abrüstungsfrage als ein vorzügliches Agitationsmittel auf, um die Stellung der liberalen Partei im Lande zu untergraben. Wenn die Abrüstungstheorie abgetan sein wird auf dem Haag oder vielleicht schon vorher, wird die Regierung aber der eigenen Partei und dem Lande gegenüber berechtigt erscheinen, die Rüstungen zur See mit erneutem Eifer aufzunehmen. Das Ergebnis der unfruchtbaren Erörterungen über Einschränkung der Rüstungen wird darin bestehen, daß auf allgemeines Verlangen Großbritanniens für je einen deutschen „Dreadnought" zwei englische „Dreadnoughts" gebaut werden.

Wir können die Erörterung der Abrüstungsfrage in dem Sinne, wie sie England versteht, ebenso ruhig abwarten wie andere Großmächte. Wir haben eine Fülle von Argumenten auf unserer Seite, und wir sollten uns nur davor hüten, im Bunde mit Österreich allein als die Spaßverderber aufzutreten.

P. Metternich

Nr. 7785

*Aufzeichnung des Marineattachés in London Kapitäns zur See Coerper**

London, den 14. März 1907

Marinepolitisches

Die stetig wachsende Seemacht Deutschlands bildet das größte Hindernis für Englands politische Aktionsfreiheit.

Das ist der Kernpunkt des mangelhaften Verhältnisses der beiden Nationen zueinander. Alle anderen häufig angeführten Gründe — Konkurrenz in Handel, Industrie und Schiffahrt, Parteinahme im Transvaalkriege pp. — sind nebensächlicher Art.

* Am 14. März 1907 übersandte der kurz vorher abberufene Marineattaché Coerper dem Admiral Tirpitz „einige Notizen über die englische Presse und anderes, die ich für meinen Nachfolger zusammengestellt habe". Aus diesen „Notizen" mag hier der die Politik streifende Abschnitt „Marinepolitisches" wiedergegeben werden.

Der Befürchtung, daß in einem künftigen Kriege Englands mit einer andern Seemacht, der neutralen Macht — Deutschland oder Amerika — die Siegesbeute — die Seeherrschaft — zufallen würde, hat Admiral Fisher einmal in einer Rede Ausdruck gegeben, indem er sagte:

„We want such a number of battleships left over intact after settling with the first hostile combination, as will be ready to deal with — say our cousin — who has kept neutral in order to bag the booty". —

Und daß der englische Steuerzahler die enormen Kosten einer fast Three-Power-Standard Flotte aufzubringen hat und sich trotzdem nicht mehr ganz sicher fühlt, daran ist, seiner Ansicht nach, lediglich Deutschland schuld.

Ich habe hier drei Stadien mitgemacht.

Im ersten — 1898 — wurde die deutsche Flotte noch als eine quantité négligeable betrachtet. Das erste Flottenprogramm sah nicht gefährlich aus, man hielt es nicht für möglich, daß Deutschland neben seiner Riesenarmee auch noch eine starke Flotte erhalten könne. Die Haltung des Reichstags in Flottenfragen in früheren Jahren schien zu verbürgen, daß Deutschland nie ein nennenswerter Mitbewerber um die Seeherrschaft werden würde. Dann kam das Programm von 1899, das Erscheinen des Manövergeschwaders an der irischen Küste, die Versammlung unserer Flotte in Kiel gelegentlich der Anwesenheit des Königs dort. Man sah, daß wir fest entschlossen waren, unser Programm durchzuführen, und daß bereits eine nicht unbeträchtliche fleet in being existierte. Es trat der Zeitpunkt ein, wo in der Presse und im täglichen Gespräch die Idee erörtert wurde, ob man nicht unserer Flottenpolitik Halt gebieten, im Weigerungsfalle die deutsche Flotte vernichten solle, ehe sie zu stark werde.

Die Schlacht von Tschusima zeigte, daß es das Material allein nicht ist, das Seeschlachten gewinnt. Diese Erkenntnis und das Erstarken unserer und der amerikanischen Flotte ließ die Verfechter eines Ultimatums an Deutschland verstummen. Es trat das Stadium ein, in dem die deutsche Flotte als Machtfaktor erkannt wurde, wenn auch noch nicht als ein an und für sich gefährlicher Gegner, aber als die dritte Macht, welche, wie Fisher sagte, „would bag the booty" bei einem Zerwürfnis Englands mit einem anderen.

Die Dreadnoughts und Invincibles sollten hier das englische Übergewicht wieder unbestritten herstellen.

Man hielt es für ausgeschlossen, daß wir hierin nachfolgen könnten angesichts der enormen Kosten der Schiffe selbst und der notwendigen Erweiterung der Wasserwege.

Noch vor zwei Monaten schrieb ein von Fisher informierter Marinekorrespondent: „The German Naval Policy has completely broken down", — eben wegen der Dreadnoughts.

Das nächste Stadium wird — falls der Frieden erhalten bleibt — etwa Ende 1910 eintreten, wenn sich an wirklich erstklassigen modernen Linienschiffen gegenüberstehen:

England	Deutschland
Dreadnought 6 oder 7	Ersatz Bayern 4
Lord Nelson 2	Braunschweig 5
King Edward VII 8	Deutschland 5

Es sind dann zwei Fälle möglich:

Entweder es wird bis dahin wieder eine „naval scare" inszeniert, der die Regierung zum Opfer fällt, oder, was das wahrscheinlichere ist, die jetztige Regierung bleibt am Ruder und verzichtet auf den Two-Power-Standard. Daß sie dem nicht abgeneigt ist, hat der Premierminister bereits einmal sehr deutlich ausgesprochen, indem er sagte: „Is it really a very likely combination that France and Germany should be allied and should go to war with us? This is a Two-Power-Standard of almost a preposterous kind" — und das Parlament nahm diese Erklärung ohne großen Widerspruch auf*.

Gewiß aber scheint es mir, daß mit der zunehmenden Stärke Deutschlands zur See die Preßhetzereien gegen uns abnehmen, der Wunsch nach Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Ländern in England immer stärker werden wird. Viel kommt darauf an, daß die jetzige liberale Regierung, die ihrer Marinepolitik das Motto „efficiency

* Diese Deutung der Campbell-Bannermanschen Unterhausrede vom 28. Juli 1906 geht doch wohl zu weit. Der englische Premier hatte in seiner Rede keineswegs zu verstehen geben wollen, daß die Regierung nicht abgeneigt sei, den Zweimächtestandard aufzugeben, sondern er hatte sich nur gegen das törichte allgemeine Geschrei von der Notwendigkeit eines Two-Power-Standard schlechthin gewandt: „When you talk of the Two-Power-Standard, after all you cannot quite keep out of your mind who the two Powers are. When we have elaborate calculations made as to what France and Germany are building, is it really a very likely combination that France and Germany should be allied and should go to war with us? I do not object to the Two-Power-Standard as a rough guide, but this is a Two-Power-Standard of almost a preposterous kind when we come to examine the details of that Two-Power-Standard, we find that the figures of that combination do not justify any extraordinary capacity and speed in shipbuilding in this country." „The Times" vom 28. Juli 1906. Die volle Überlegenheit Englands zur See gegenüber jeder irgend in Betracht zu ziehenden Mächtekombination aufzugeben, daran hat natürlich weder Sir Campbell-Bannerman noch ein anderer Träger der englischen Regierung gedacht. Der Standpunkt der englischen Regierung, daß man von der englischen maritimen Überlegenheit nichts aufgeben dürfe, kommt besonders nachdrücklich in den Reden des Ersten Lords der Admiralität Lord Tweedmouth zur Geltung. So hat dieser am 10. März 1907 in einer Oxforder Rede betont, daß England keinerlei Absicht habe, seine Seemacht zu schwächen, daß es vielmehr in der Zukunft wie in der Vergangenheit ohne Rücksicht auf die Kosten an dem Zweimächtestandard festhalten werde. Ähnlich äußerte sich der Erste Lord der Admiralität in der Sitzung des Oberhauses vom 17. April. Auch Unterstaatssekretär Sir Ch. Hardinge betonte am 10. Mai 1907 gegenüber dem Botschafter Grafen Metternich: „Er wisse, und alle einsichtigen Leute in England wüßten ganz genau, daß die englische Flotte stark genug sei, um einen Angriff der deutschen Flotte nicht fürchten zu müssen. Aber England werde auch alles daran setzen, um das gegenwärtig bestehende Übergewicht der englischen Flotte über die deutsche aufrechtzuerhalten." Siehe Bd. XXI, Kap. CLV, Nr. 7218.

with economy" — aber mit dem Ton auf economy — zugrunde gelegt hat, noch lange im Amte bleibt.

Sie wird sich auf kein Scare-Programm einlassen und unbeeinflußt bleiben von den Marinepolitikern der Presse.

Nr. 7786

Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 338 London, den 25. April 1907

Der heutige „Daily Telegraph" kritisiert mit ziemlich scharfen Worten die Absicht der englischen Regierung, den Abrüstungsvorschlag vor der Haager Konferenz zur Sprache zu bringen.

Es sei doch schwer miteinander zu vereinigen, wenn einerseits der Kriegsminister auf eine Verbesserung des englischen Heeres hinarbeite und der Erste Lord der Admiralität erkläre, daß die Herrschaft zur See erforderlich sei für den Bestand des britischen Reichs, andererseits aber die englischen Delegierten beauftragt würden, andere Mächte zur Einschränkung ihrer Rüstungen aufzufordern. Und dabei wisse der Premierminister, daß diese Vorschläge nicht angenommen werden würden, mit denen er nur den „little Englanders" eine Freude machen wolle.

Vielleicht würde der englische Vorschlag eine platonische Unterstützung seitens Spaniens und der Vereinigten Staaten von Nordamerika finden; alle anderen Mächte würden sich ablehnend verhalten. Deutschland sei völlig berechtigt, den englischen Friedensbestrebungen nicht zu trauen, wenn England gleichzeitig erkläre, daß es unter allen Umständen, ob mit oder ohne Abrüstung, die Vorherrschaft zur See haben müsse.

Die englischen Delegierten hätten offenbar die Instruktion, im Haag England dem Gelächter der Welt preiszugeben.

Stumm

Nr. 7787

Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 405 London, den 13. Mai 1907

Ich habe bereits in der letzten Unterredung, die ich mit Sir Edward Grey über die Abrüstungsfrage hatte, als der Minister wieder auf die automatisch vor sich gehende gegenseitige Steigerung in den Rüstungen zur

See zu sprechen kam, denselben darauf hingewiesen, daß unser Flottenprogramm schon seit lange bekannt sei und feststehe. Dasselbe bezwecke, die deutsche Flotte innerhalb eines bestimmten Zeitraums auf eine gewisse Höhe zu bringen. Soviel mir bekannt sei, werde es sich dann für uns nur noch darum handeln, unsere Flotte auf dieser Höhe zu erhalten, so daß wir keinen Vorwand für die Steigerung der Flottenprogramme durch andere böten. Dagegen wären wir naturgemäß gezwungen, wenn England plötzlich neue Schiffstypen nach Art des „Dreadnought" einführe, denn auch unser Schiffsbauprogramm entsprechend zu modifizieren, da anderenfalls unsere Flotte aus minderwertigem Material bestehen würde.

Dem Minister schien das einzuleuchten, denn er erwiderte mir: „Yes, nowadays it is a question of Dreadnoughts"[1].

Stumm

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig

Nr. 7788

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 442 London, den 31. Mai 1907

Bei meiner heutigen Unterredung mit Sir E. Grey über die Haager Konferenz bemerkte der Minister retrospektiv wiederum*, er habe mit der Anregung der Rüstungsfrage bezweckt, daß die Mächte sich gegenseitig im voraus ihre Flottenprogramme mitteilten, so daß jeder wisse, woran er sei, und keine Macht aus Unkenntnis über die Absichten der anderen unnötig Rüstungen vornehme. Hierin sei doch gewiß keine „Falle" zu erblicken**.

Ich erwiderte, dieser Wunsch sei erfüllt, denn wir hätten durch unser Flottengesetz öffentlich den Inhalt und Umfang unserer Seerüstungen

* In demselben Sinne hatte sich Sir E. Grey schon am 20. April zu dem Geschäftsträger von Stumm geäußert. Vgl. Kap. CLXVIII, Nr. 7927.

** Mit diesen Äußerungen, die der den englischen Konferenzdelegierten unter dem 12. Juni erteilten Instruktion („you are authorized to say that His Majesty's Government would agree to a proposal that the Great Powers should communicate to each other in advance their programmes of new naval construction") entsprachen, hat sich Sir E. Grey in einen gewissen Gegensatz zu seinem Kollegen Sir Henry Campbell-Bannerman gesetzt, der ständig an der These festgehalten hat, daß das Übermaß der militärischen Ausgaben eine Beschränkung der Rüstungen erforderlich mache. In Deutschland hielt man schon seit dem Sommer 1906 für gewiß, daß die eigentliche Absicht des englischen Kabinetts bei dem Vorhaben, die Abrüstungsfrage im Haag vorzubringen, dahin gehe, hinter die Geheimnisse der deutschen Flottenpläne zu kommen. Vgl. Kap. CLXVII, Nr. 7813, Seite 81, Fußnote*, wo diesbezügliche Randbemerkungen des Kaisers mitgeteilt werden.

festgelegt. Auf der englischen Seite herrsche hingegen, wie mir scheine, ein gewisses Dunkel in dieser Beziehung durch die Geheimhaltung der Bauten der Dreadnought- und Invincible-Klasse.

Der Minister bemerkte hierauf, hier werde das navale Programm von Jahr zu Jahr festgelegt. Das Tempo, mit dem unser Flottenprogramm verwirklicht werden solle, sei aber nicht bekannt. Auch wisse man nicht, ob nicht bald eine neue Flottenvorlage bei uns kommen würde.

Ich erwiderte, von einer neuen Vorlage sei mir nichts bekannt. Unser Flottenprogramm sei auf Jahre hinaus bestimmt.

P. Metternich

Kapitel CLXVII

Die ersten Vorverhandlungen vor der Konferenz 1904—1906

Nr. 7789

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Geschäftsträger in Petersburg Freiherrn von Romberg

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 295 Berlin, den 27. Oktober 1904

Zu Ew. vertraulichen Orientierung.

Graf Osten-Sacken hat hier um möglichst umgehende Auskunft gebeten über unsere eventuelle Stellungnahme zu einer von Washington aus angeblich zu erwartenden Einladung zu einer Wiederholung der Haager Friedenskonferenz*. Der Botschafter fügte hinzu, daß seine Regierung

* Die im September 1904 in St. Louis, dem Sitz der am 30. April durch Präsident Roosevelt eröffneten Weltausstellung, tagende Interparlamentarische Union hatte eine Resolution zugunsten der Abhaltung einer neuen Friedenskonferenz beschlossen, die am 24. September Roosevelt überreicht wurde. Der Präsident sagte in seiner Erwiderung zu, in Bälde eine Einladung an die Haager Konferenzmächte zur Einberufung einer neuen Konferenz ergehen lassen zu wollen. Tatsächlich richtete Staatssekretär Hay am 21. Oktober ein Rundschreiben an die Mächte über die Berufung einer zweiten Konferenz, das bereits eine Anzahl von Anregungen bezüglich des Konferenzprogramms enthielt und vor allem die Rechte und Pflichten der Neutralen, die Unverletzlichkeit von Privateigentum in Seekriegen und die Unterscheidung zwischen absoluter und bedingungsweiser Kriegskonterbande nannte: Fragen, deren große Bedeutung sich eben erst wieder im russisch-japanischen Kriege herausgestellt hatte. Die Abrüstung gehörte nicht zu den von dem Präsidenten angeregten Themen; daß er keineswegs ein Anhänger des Abrüstungsgedankens war, hat er ja kurz darauf in seiner bei dem Zusammentritt des Kongresses am 4. Dezember 1904 verlesenen Jahresbotschaft betont, in der es hieß: Bei dem gegenwärtigen Zustande der Welt könnten die Vereinigten Staaten nicht abrüsten; täten sie es, so würden sie vielleicht in manchen Fällen ein Blutvergießen hindern, aber sie würden nicht mehr in der Lage sein, für den Frieden der Gerechtigkeit (peace of justice), den einzig wahren Frieden zu wirken. Überhaupt war Roosevelts Eifer für den Zusammentritt einer neuen Friedenskonferenz an sich nicht groß. Am 26. September machte er dem deutschen Botschafter darüber Andeutungen, daß er sich nur aus Rücksichten auf seine Wiederwahl, die im November bevorstand, der pazifistischen Anregung der Interparlamentarischen Union nicht habe entziehen mögen. Telegramm Freiherrn Speck von Sternburgs Nr. 89 vom 27. September 1904: „Über die Bestrebungen der Delegierten der Friedenskonferenz, welche er am 23. d. Mts. empfing, sprach sich der Präsident skeptisch aus. Seine scheinbar lebhafte Unterstützung ihrer Wünsche dürfte, wie ich aus seinen mir gemachten Andeutungen schließe, hauptsächlich als ein Wahlmanöver zu betrachten sein, selbst wenn eine bezügliche Einladung zu einer neuen Haager Konferenz an die Mächte ergehen sollte."

eine solche Einladung bei dem gegenwärtigen Kriegszustande für durchaus inopportun halten müsse und sie ohne weiteres ablehnen würde.

Ich habe dem Grafen Osten-Sacken auf seine mündliche Anfrage mündlich erwidert:

Wir bezweifelten auf Grund unserer Nachrichten vorläufig das Bevorstehen einer solchen Einladung. Wir würden übrigens keinenfalls geneigt sein, uns an der Konferenz zu beteiligen, soweit dieselbe sich mit dem gegenwärtigen Kriege beschäftigen, also insbesondere über eine von den Streitenden nicht gewünschte Vermittlung oder über Beschränkungen der Kriegführenden über die Beschlüsse der Haager Konferenz von 1899 hinaus beraten sollte.

Richthofen

Nr. 7790

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Geschäftsträger in Petersburg Freiherrn von Romberg

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 297 Berlin, den 1. November 1904

Im Anschluß an Telegramm Nr. 295*.

Baron Sternburg war ermächtigt worden, in Washington auf die Bedenken hinzuweisen, welche uns verhindern würden, an einer Konferenz uns zu beteiligen, welche den gegenwärtigen Krieg mit in die Erörterung zöge.

Baron Sternburg antwortet:

„Instruktionen bevorstehender zweiter Konferenz im Haag an amerikanische Vertreter im Auslande abgegangen. Präsident versicherte mich, daß er jeden Mediationsversuch sorgfältig vermeiden würde. Staatssekretär betonte, daß russischer Kaiser zur Teilnahme an Friedenskonferenz aufgefordert, als Amerika und Spanien sich im Kriegszustande befanden. Zweite Konferenz habe ebenfalls mit dem Kriege nichts zu tun, sie solle sich lediglich mit unvollendeten Aufgaben der ersten Konferenz beschäftigen. Hiesige Regierung wünsche in erster Linie folgende Punkte zu erörtern: Pflichten und Rechte Neutraler, Unverletzbarkeit von Privateigentum im Seekriege, Bombardement von Küstenplätzen durch Kriegsschiffe. Datum des Zusammentritts nicht erwähnt."

Bitte vorstehendes dort vertraulich zu besprechen und dabei zu sondieren, ob gleichwohl russische Regierung an Ablehnung der Konferenzeinladung festhalten wird.

Richthofen

---

* Siehe Nr. 7789.

Nr. 7791

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Romberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 487 St. Petersburg, den 2. November 1904

Antwort auf Telegramm Nr. 295*.

Graf Lamsdorff sagte mir, Rußland würde keinenfalls Friedenskonferenz beschicken, und wiederholte dies nochmals, nachdem ich ihm die aus Washington gemeldeten Äußerungen des Präsidenten Roosevelt und Staatssekretärs mitgeteilt hatte**. Nach dem Kriege werde gewiß eine neue Konferenz erwünscht sein, jetzt sei sie inopportun. Entre amis müsse er auch sagen, es erscheine unwürdig, wenn die Mächte durch Annahme der Einladung zu einem amerikanischen Wahlmanöver die Hand böten.

Amerikanischer Geschäftsträger*** bestreitet entschieden, Instruktionen erhalten zu haben, glaubt auch nicht, daß sie erfolgen werden. Dagegen erzählt französischer Geschäftsträger†, daß dem französischen Vertreter in Washington gleichfalls Konferenzeinladung mit Angabe der Programmpunkte und Zeitpunkts des Zusammentritts Sommer 1905 offiziell angekündigt sei.

Romberg

Nr. 7792

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Geschäftsträger in Petersburg Freiherrn von Romberg

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 300 Berlin, den 5. November 1904

Auf Telegramm Nr. 487††.

Wir hatten angenommen, daß es vielleicht möglich sein würde, auf der zweiten Friedenskonferenz durch Hand-in-Hand-Gehen mit Rußland in gewissen Neutralitätsfragen, zum Beispiel Benutzung neutraler Häfen durch Kriegführende, Behandlung neutraler Schiffe, einer Regelung solcher Fragen im einseitigen englischen Interesse entgegenzuwirken.

Bitte dort beiläufig und ohne Empressement zum Ausdruck zu bringen, daß wir aus diesem Gesichtspunkt die Nichtbeteiligung Rußlands an der Konferenz bedauern werden.

Richthofen

---

* Siehe Nr. 7789.
** Vgl. Nr. 7790.
*** Eddy.
† Boutiron.
†† Siehe Nr. 7791.

Nr. 7793

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein

Reinschrift

Berlin, den 6. November 1904

Der Herr Reichskanzler wünscht über den Inhalt der amerikanischen Konferenzeinladung vom 5. d. Mts.* die gutachtliche Äußerung der von ihm bezeichneten Herren als Völkerrechtsspezialisten** zu haben; besonders über die zwei Fragen, ob das Schriftstück die Aufgaben der Konferenz genügend präzisiert, das heißt begrenzt, und ob nicht die Möglichkeit vorliegt, daß man versuchen werde, die Entscheidungen der Konferenz schon für Verhältnisse des jetzigen russisch-japanischen Krieges, zum Beispiel für Kohlenlieferungen an Kriegführende, wirksam zu machen. Welche Vorteile würde Deutschland eventuell aus der Konferenz zu ziehen suchen? Die Erwähnung der Interparlamentarischen Union berührt unsympathisch. Selbstredend würde diese unsrerseits in allen Fällen zu ignorieren sein.

---

* Die Konferenzeinladung war am 5. November 1904 von dem amerikanischen Geschäftsträger H. Percival Dodge mittels Note überreicht worden.

** Gemeint waren die beiden Vortragenden Räte Klehmet und Kriege. Die gutachtliche Äußerung erfolgte in Form einer Ende des Jahres erstatteten „Denkschrift über die Beteiligung Deutschlands an der vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika vorgeschlagenen zweiten Haager Friedenskonferenz". Die Denkschrift stützte sich auf die Beratungen einer Sachverständigenkonferenz aus den verschiedenen Ressorts, die schon am 12. November im Auswärtigen Amte zu dem Zwecke getagt hatte, „um die von dem Herrn Reichskanzler vorgelegte Frage zu besprechen, welche Vorteile Deutschland auf der von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika vorgeschlagenen zweiten Haager Konferenz zu erstreben haben würde". Laut Protokoll kam die Konferenz im allgemeinen zu dem Schluß, „daß die auf der zweiten Friedenskonferenz anzustrebende Lösung völkerrechtlicher Zweifelsfragen für Deutschland zunächst insofern von Vorteil sei, als durch eine solche Festlegung von Rechten und Pflichten der Vertragsstaaten unsern Gegnern die Gelegenheit zu übelwollender Kritik entzogen und die dem Handel nachteilige Unsicherheit des Verkehrs beseitigt werde". Eine allgemeine Revision der auf der ersten Haager Konferenz unterzeichneten Abkommen fand die Konferenz im deutschen Interesse nicht erwünscht, weil „alsdann gewisse von uns früher bekämpfte Anträge zum Beispiel wegen Einführung der obligatorischen Schiedsklausel wiederkehren könnten." Das Gesamtergebnis der Besprechung wurde in dem Konferenzprotokoll dahin zusammengefaßt, „daß, soweit es sich um das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten angeregte Programm — das vor allem die Abrüstung nicht vorsah — handelt, Deutschland von der zweiten Haager Friedenskonferenz mehr zu hoffen wie zu fürchten hat."

In der Klehmet-Kriegeschen Denkschrift werden die drei Fragen erörtert: 1. Sind die Aufgaben der Konferenz genügend begrenzt? 2. Besteht die Möglichkeit, daß versucht wird, die Entscheidungen der Konferenz schon für Verhältnisse des jetzigen russisch-japanischen Krieges wirksam zu machen? 3. Welche Vorteile würde Deutschland auf der Konferenz zu erreichen suchen? Die Denkschrift schloß sich durchweg den Ausführungen der Sachverständigenkonferenz an, ohne daß die beiden Verfasser ein eigenes Urteil, sei es über die Abrüstungs-, sei es über die Schiedsgerichtsfrage, produzierten.

Für die Antwort, welche dem Herrn Reichskanzler vorzulegen ist, empfiehlt sich der Standpunkt, daß wir annehmen werden, si omnes. Bei der mündlichen Besprechung mit dem hiesigen amerikanischen Botschafter* könnte wohl hinzugefügt werden, daß wir vermuteten, auch für die amerikanische Regierung werde der Grundsatz si omnes maßgebend sein, da eine Rumpfkonferenz von Hause aus eine Spitze gegen die nichtbeteiligten Mächte kehre, somit also dem Zwecke, Frieden und Wohlwollen zu fördern, direkt zuwiderlaufe.

Als Beweis weitgehenden Entgegenkommens für Amerika könnten wir in der Antwort noch erwähnen, daß wir uns bemüht hätten — wie das ja tatsächlich nach Petersburg hin geschehen ist —, auch anderswo Stimmung für die Konferenz zu machen. Diese Ausdehnung der Antwort würde jedoch nur in dem Fall ratsam sein, daß der Inhalt der amerikanischen Einladungsnote bei genauer Prüfung sich als einwandfrei vom deutschen Standpunkte aus erwiese, und zwar namentlich hinsichtlich der beiden anfangs erwähnten Fragen.

Holstein

Nr. 7794

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Romberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 504 St. Petersburg, den 16. November 1904

Graf Lamsdorff hat heute dem amerikanischen Geschäftsträger anscheinend in sehr freundlicher Form gesagt, daß Rußland prinzipiell mit dem Gedanken einer zweiten Friedenskonferenz sympathisiere und auch selbst daran gedacht habe, nach Beendigung des Krieges eine solche anzuregen. Solange der Krieg dauere, halte Rußland aber Konferenz für inopportun und würde nicht in der Lage sein, teilzunehmen. Mir sagte Graf Lamsdorff ungefähr dasselbe und meinte, das würde wohl der Standpunkt der meisten Regierungen sein. Auf die Frage des Ministers, wie sich die deutsche Regierung zur Einladung gestellt habe, erwiderte ich, indem ich auf die von Freiherrn von Sternburg in Washington schon vor Eingang der Einladung gemachten Vorbehalte hinwies.

Als ich dann eine Bemerkung im Sinne der telegraphischen Instruktion vom 5. d. Mts.** einfließen ließ, erwiderte der Minister nur, es sei für Rußland unmöglich, über derartige Fragen während des Kriegs zu beraten.

Amerikanischer Geschäftsträger sagt mir, England habe auf Einladung sehr „vage" Antwort gegeben und sich darauf beschränkt, seiner Sympathie für Konferenzgedanken prinzipiell Ausdruck zu geben.

Romberg

---

* Charlemagne Tower.

** Vgl. Nr. 7792.

Nr. 7795

Der Reichskanzler Graf von Bülow an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 106 Berlin, den 18. November 1904

Auf Telegramm Nr. 108*.

Nachdem inzwischen, wie auch durch Euer Exzellenz Telegramm Nr. 121 bestätigt wird, die russische Regierung ihre Beteiligung an der Konferenz ablehnt, und nachdem verschiedene andre Mächte nur geringe Neigung für die Sache zeigen, vielmehr die Einladung nur bedingungsweise und unter Vorbehalten annehmen, ist an das Zustandekommen einer allgemeinen Konferenz für jetzt leider nicht mehr zu denken. Eine Konferenz mit nur partieller Beteiligung würde, abgesehen von dem verminderten Gewicht ihrer Beschlüsse, fast unvermeidlich eine, wenn selbst nur scheinbare, Spitze gegen die Nichtbeteiligten erhalten.

Unter diesen Umständen möchten wir dem Präsidenten Roosevelt und der Regierung der Vereinigten Staaten zur Erwägung stellen, ob nicht der großen zivilisatorischen Aufgabe, die unsere wärmste Sympathie hat und unserer vollsten Unterstützung sicher ist, ein größerer Erfolg winken dürfte, wenn die Konferenz verschoben würde, bis die Dinge in Ostasien sich geklärt haben.

Die Zwischenzeit könnte dann mit Vorteil benutzt werden, um eine nähere Verständigung über ein festes Konferenzprogramm vorzubereiten.

Ew. pp. wollen sich im vorstehenden Sinne dort aussprechen und über Ausführung dieses Auftrages mir drahtlich Bericht erstatten.

Von einer schriftlichen Beantwortung der von dem amerikanischen Geschäftsträger hier übergebenen Einladung möchten wir aus Rücksicht auf die dortige Regierung, um derselben größere Freiheit in der elastischen Verwertung unserer Antwort zu lassen, unter den gegebenen Umständen lieber absehen**.

Bülow

---

* Laut Telegramm Freiherrn von Sternburgs Nr. 108 vom 5. November wäre dem Staatssekretär Hay eine baldige Antwort der deutschen Regierung auf den Konferenzvorschlag erwünscht.

** Am 22. November wurde dem amerikanischen Geschäftsträger dann doch ein vertrauliches Aide-mémoire übergeben, wonach die deutsche Regierung zwar die Konferenzeinladung im Prinzip „freudig" annahm, aber zur Erwägung stellte, den Zusammentritt der Konferenz bis zur Klärung der augenblicklichen Situation in Ostasien zu verschieben, die Zwischenzeit bis dahin aber zu der in der Einladung in Aussicht genommenen Verständigung über ein festes Programm für die Arbeiten der Konferenz zu benutzen.

Nr. 7796

Der Botschafter in Petersburg Graf von Alvensleben an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 799 St. Petersburg, den 16. September 1905
Vertraulich

Im Laufe einer Unterhaltung, die ich mit Graf Lamsdorff hatte, erwähnte ich die Zeitungsnachricht, wonach die Regierung der Vereinigten Staaten beabsichtige, den von Präsident Roosevelt seinerzeit gemachten Vorschlag einer neuen Haager Konferenz, welchem während des Krieges keine praktische Folge hatte gegeben werden können, jetzt nach dem Friedensschluß wieder aufzunehmen.

Der Minister bemerkte dazu, es erscheine ihm durchaus angezeigt, daß über verschiedene im Verlaufe des Krieges aufgetauchte wichtige Fragen eine internationale Verständigung herbeigeführt werde; der Gedanke einer zu diesem Zwecke zusammentretenden Konferenz sei ihm daher sympathisch. Einstweilen habe er indessen keine Kenntnis davon, daß amerikanischerseits wieder etwas in der Sache geschehen sei.

Ich hatte den Eindruck, daß der Gedanke dem Grafen Lamsdorff nicht ganz fern liegen dürfte, daß die Anregung zu dieser Konferenz vielleicht von Rußland ausgehen könnte.

Alvensleben

Nr. 7797

Der Geschäftsträger in Washington Freiherr von dem Bussche-Haddenhausen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 224 Washington, den 23. September 1905

Von Oyster Bay wird in einem offiziösen Kommuniqué an die Presse bestätigt, daß der Zar dem Präsidenten mitgeteilt habe, daß er einen zweiten Friedenskongreß nach dem Haag zusammenberufen wolle, um die Arbeiten der ersten Konferenz zu ergänzen. Der russische Botschafter* sei am 13. d. Mts. beim Präsidenten gewesen und habe ihn damals sondiert, wie er es auffassen würde, wenn der Zar diesen Schritt täte.

Die Presse ist, soweit ich sehe, der Ansicht, daß Roosevelt recht getan habe, dem Zaren in dieser Sache den Vortritt zu lassen, obwohl er durch seine vorjährige Anfrage bei den Mächten, ob sie bereit seien, eine neue Friedenskonferenz zu beschicken, ein Anrecht darauf gehabt hätte, die endgültige Einladung von sich aus zu erlassen. Man fühlt aber doch das

* Baron von Rosen.

Bedauern durch, daß der Präsident durch das Eintreten des Zaren in den Hintergrund gedrängt wird. Einige Blätter begleiten ihre Ausführungen mit wenig schmeichelhaften Bemerkungen über den russischen Herrscher, wie Euere Durchlaucht aus den beigefügten Ausschnitten hochgeneigtest ersehen wollen. Sie sind der Ansicht, daß der Zar, dessen Hände noch rot seien vom vergossenen Blute eigner und fremder Untertanen, am allerwenigsten geeignet sei, einen Friedenskongreß zusammenzurufen.

Bussche

Nr. 7798

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Geschäftsträger in Washington Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Telegramm. Konzept

Nr. 196 Berlin, den 30. September 1905

Hiesiger russischer Geschäftsträger* hat am 26. September im Auftrage Seiner Majestät des Zaren Kaiserliche Regierung zu zweiter Haager Friedenskonferenz eingeladen und baldige Mitteilung detaillierten Konferenzprogramms, das insbesondere die durch russisch-japanischen Krieg hervorgerufenen Streitfragen berücksichtigen soll, in Aussicht gestellt.

Geschäftsträger hat erklärt, daß Präsident Roosevelt russische Initiative sympathisch begrüße und als gegeben betrachte. Kaiserliche Regierung trägt hiernach keine Bedenken, Einladung Rußlands zu der bereits vom Präsidenten Roosevelt angeregten Konferenz anzunehmen, und wird Annahme in St. Petersburg notifizieren**.

Bitte vorstehendes dortiger Regierung alsbald mündlich mitteilen und Erledigung Auftrags drahten.

Richthofen

Nr. 7799

Der Geschäftsträger in Washington Freiherr von dem Bussche-Haddenhausen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 194 Washington, den 3. Oktober 1905

Antwort auf Telegramm Nr. 196***.

Staatssekretär Root dankte für Mitteilung und erklärte, daß Präsident Initiative gern dem Zaren überlassen hätte. Die amerikanische Regierung

* Bulazell.
** Es geschah am 9. Oktober.
*** Siehe Nr. 7798.

werde Einladung zur Friedenskonferenz annehmen, sobald sie dieselbe erhalten hätte, was noch nicht der Fall sei. Nach Mitteilung des Konferenzprogramms durch russische Regierung würde amerikanische Regierung mit Vorschlägen gleichfalls hervortreten.

Bussche

Nr. 7800

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Geschäftsträger in Petersburg von Miquel

Telegramm. Konzept

Nr. 229 Berlin, den 7. Oktober 1905

Hiesiger russischer Geschäftsträger hat am 26. September im Auftrage Seiner Majestät des Zaren Kaiserliche Regierung zu zweiter Haager Friedenskonferenz eingeladen und baldige Mitteilung detaillierten Konferenzprogramms, das insbesondere die durch russisch-japanischen Krieg hervorgerufenen Streitfragen berücksichtigen soll, in Aussicht gestellt.

Bitte dortiger Regierung alsbald mitzuteilen, daß Kaiserliche Regierung die Einladung mit lebhafter Sympathie begrüßt und sie vorbehaltlich Verständigung über Konferenzprogramm annimmt.

Ferner wollen Sie, wenn möglich, Näheres über russisches Programm* unter der Hand ermitteln und Ergebnis schriftlich mitteilen.

Richthofen

Nr. 7801

Aide-mémoire

Vom Unterstaatssekretär von Mühlberg dem russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken übersandt**
Konzept

Confidentiel Berlin, le 25 février 1906

L'institution de l'arbitrage obligatoire serait une grave modification de la Convention pour le règlement pacifique des conflits internationaux signée à la première Conférence à la Haye.

---

* Das russische Programm wurde erst Anfang April 1906 den Mächten mitgeteilt. Vgl. die folgenden Schriftstücke.

** Am 19. Februar 1906 war von der russischen Regierung, die mit der Abfassung des russischen Programmentwurfs für die Konferenz beschäftigt war und sich in der umstrittenen Frage des obligatorischen Schiedsgerichts im voraus der deutschen Übereinstimmung vergewissern wollte, in Berlin ein kurzes Promemoria folgenden Wortlauts überreicht worden: „Le Gouvernement Russe a l'intention d'insérer dans le projet de programme de la conférence de la paix le point suivant: ‚Question de l'arbitrage obligatoire', et se plait à espérer que le Gouvernement Allemand n'aura pas d'objections à ce que ce point soit compris dans le programme."

Pour le moment, la révision des conventions conclues à cette Conférence paraît prématurée, puisqu'elles ne sont en vigueur que depuis peu d'années et qu'on ne pourra juger qu'à la suite d'une plus longue expérience lesquelles de ces dispositions demanderaient une modification.

En outre, l'arbitrage obligatoire présenterait des difficultés particulières et entraverait gravement l'action de la prochaine Conférence qui sera déjà occupée suffisamment par les tâches difficiles et compliquées qui lui incombent, au point qu'il ne paraît pas opportun de les augmenter encore par de nouvelles questions pouvant entraîner certaines divergences de vue.

Pour ces raisons, le Gouvernement Impérial ne croit pas devoir recommander d'ajouter la question de l'arbitrage obligatoire au programme de la seconde Conférence de la Haye.

Nr. 7802

*Der russische Botschafter in Berlin Graf von der Osten-Sacken an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky**

Note. Ausfertigung

Nr. 704 Berlin, le 21 Mars / 3 Avril 1906

En prenant l'initiative de la convocation d'une deuxième Conférence de la Paix, le Gouvernement Impérial a eu en vue la nécessité de donner un développement nouveau aux principes humanitaires qui ont servi de base à l'œuvre de la grande réunion internationale de 1899.

Il a cru en même temps qu'il avait lieu d'étendre le plus possible le nombre des Etats participant aux travaux de la Conférence projetée, et l'empressement avec lequel il a été répondu à cet appel témoigne combien est actuellement profond et général le sentiment de la solidarité pour l'application des idées ayant comme objet le bien de l'humanité toute entière.

La première Conférence s'est séparée avec la conviction que sa tâche serait complétée ultérieurement par l'effet du progrès régulier des lumières parmi les peuples et à mesure des résultats de l'expérience acquise. Sa création la plus importante, la Cour Internationale d'Arbitrage, est une institution qui a déjà fait ses preuves et qui a groupé, pour le bien général,

---

* Dieselbe Note wurde auch den übrigen Kabinetten überreicht, in London am gleichen Datum wie in Berlin, in Washington formell erst am 12. April. Die in London überreichte Note ist gedruckt im englischen Blaubuch: Miscellaneous No. 1 (1908) [Cd. 3857]. Correspondence respecting the Second Peace Conference held at The Hague in 1907; die in Washington überreichte in englischer Übersetzung bei J. B. Scott, The Hague Peace Conferences of 1899 and 1907 II, 175 ff.

en aréopage des jurisconsultes entourés du respect universel. On a pu voir aussi à quel point étaient bienfaisantes pour la solution des différends entre les Etats les Commissions Internationales d'Enquête.

Il y a cependant des améliorations à introduire dans la Convention relative au règlement pacifique des différends internationaux. A la suite d'arbitrages récents les juristes réunis en tribunal ont soulevé certaines questions de détail sur lesquelles il y aurait à statuer, en donnant à la dite Convention les développements nécessaires. Il semblerait notamment désirable que des principes fixes fussent posés en ce qui regarde l'emploi des langues dans la procédure vu les difficultés qui pourraient se produire à l'avenir à mesure que se multiplieraient les recours à la juridiction arbitrale. Il y aurait de même quelques améliorations à apporter au fonctionnement des Commissions Internationales d'Enquête.

En ce qui regarde la réglementation des lois et coutumes de la guerre sur terre, les dispositions prises par la première Conférence ont besoin également d'être complétées et précisées de façon à écarter tout malentendu.

Pour la guerre maritime au sujet de laquelle les lois et usages diffèrent sur certains points de pays à pays, il y a nécessité d'établir des règles fixes en corrélation avec les exigences du droit des belligérants et des intérêts des neutres.

Une Convention concernant ces matières aurait à être élaborée et constituerait une des parties les plus marquantes de la tâche dévolue à la prochaine Conférence.

En conséquence, estimant qu'il n'y a lieu actuellement que de procéder à l'examen des questions qui s'imposent d'une façon particulière, en tant qu'elles découlent de l'expérience de ces dernières années, sans toucher à celles qui pourraient concerner la limitation des forces militaires ou navales, le Gouvernement Impérial propose comme programme de la réunion projetée les points principaux suivants:

1) Améliorations à apporter aux dispositions de la Convention relative au règlement pacifique des conflits internationaux en ce qui regarde la Cour d'Arbitrage et les Commissions Internationales d'Enquête.

2) Compléments à apporter aux dispositions de la Convention de 1899 relative aux lois et coutumes de la guerre sur terre, entre autres concernant l'ouverture des hostilités, les droits des neutres sur terre, etc. Déclarations de 1899. L'une d'entre elles étant périmée, question de son renouvellement.

3) Elaboration d'une Convention relative aux lois et usages de la guerre maritime, concernant:

les opérations spéciales de la guerre maritime telles que le bombardement des ports, villes et villages par une force navale, pose de torpilles etc....

la transformation des bâtiments de commerce en bâtiments de guerre,

la propriété privée des belligérants sur mer,

le délai de faveur à accorder aux bâtiments de commerce pour quitter les ports neutres ou ceux de l'ennemi après l'ouverture des hostilités,

les droits et devoirs des neutres sur mer, entre autres questions de la contrebande, régime auquel seraient soumis les bâtiments des belligérants dans les ports neutres, destruction pour force majeure des bâtiments de commerce neutres arrêtés comme prises.

Dans la dite Convention à élaborer seraient indroduites les dispositions relatives à la guerre sur terre qui seraient applicables également à la guerre maritime.

4) Compléments à apporter à la Convention de 1899 pour l'adaptation à la guerre maritime des principes de la Convention de Genève de 1864.

De même qu'à la Conférence de 1899 il demeurerait bien entendu que les délibérations de la réunion projetée ne devraient porter ni sur les rapports politiques entre les Etats ou l'ordre des choses établi par les traités, ni non plus en général sur les questions qui ne rentreraient pas directement dans le programme adopté par les Cabinets.

Le Gouvernement Impérial tient à bien marquer que l'énoncé de ce programme et son acceptation éventuelle par les différents Etats ne préjuge évidemment pas l'opinion qui pourrait être formulée en Conférence par rapport aux solutions à donner aux questions soumises à la discussion. De même il appartiendrait à la réunion projetée de déterminer l'ordre des questions à traiter et la forme dont seraient revêtues les décisions prises selon qu'il serait jugé préférable d'inclure certaines d'entre elles dans de nouvelles conventions ou de les ajouter comme compléments à des conventions déjà existantes.

En formulant le programme susmentionné, le Gouvernement Impérial a tenu compte dans la mesure du possible des vœux exprimés par la Première Conférence de la Paix, notamment en ce qui regarde les droits et devoirs des neutres, la propriété privée des belligérants sur mer, le bombardement des ports, villes etc. . . Il aime à espérer que le Gouvernement Impérial d' Allemagne verra dans l'ensemble des points proposés l'expression du désir de se rapprocher de cet idéal élevé de justice internationale qui est le but constant de tout l'univers civilisé.

D'ordre de mon Gouvernement, j'ai l'honneur de faire part à Votre Excellence de ce qui précède, en ajoutant que l'époque à laquelle aurait à se réunir à la Haye la Conférence projetée pourrait être la seconde moitié de juillet prochain (nouveau style), le Gouvernement Néerlandais estimant également de son côté que cette date serait la plus opportune.

Dans l'attente d'une réponse du Gouvernement Impérial d'Allemagne dans un délai aussi rapproché que possible, je saisis cette occasion pp.

Osten-Sacken

Nr. 7803

Der russische Botschafter in Berlin Graf von der Osten-Sacken an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky

Note. Ausfertigung

Nr. 709 Berlin, le 21 Mars/3 Avril 1906

En élaborant le programme de la prochaine Conférence de la Paix le Gouvernement Impérial a pris en considération les desiderata des Gouvernements étrangers et des réunions savantes parvenus à sa connaissance et a tâché de les réaliser autant qu'ils ont pu être conciliés entre eux et avec ses propres opinions.

Sa tâche principale a été d'élucider au moyen d'une discussion internationale les questions qui ont été mises en évidence par les derniers événements, surtout en ce qui concerne la guerre maritime, et en même temps de donner la possibilité à chaque Etat particulier de se prononcer, s'il le trouvait nécessaire, sur toutes les questions se rattachant aux actes de la Première Conférence de la Paix, en tant que cela ne sortirait pas du cadre indiqué dans la proposition primitive russe, acceptée déjà par presque toutes les Puissances.

Le Gouvernement Impérial considérait comme absolument impossible de créer des obstacles quelconques sous ce rapport et de se ranger à l'opinion qu'il serait désirable d'exclure du programme les questions se rapportant à la modification des Conventions de 1899 et en particulier de celle qui a trait à l'arbitrage; il croyait nécessaire de conserver aux réunions telles que la prochaine un lien de succession avec la Première Conférence, étant persuadé que la meilleure garantie de la vitalité et du développement ultérieur des actes bienfaisants de 1899 est la possibilité de les améliorer et les compléter, graduellement, conformément aux indications de la pratique.

Ayant compris, en vue de ces considérations, dans le programme de la Conférence les questions de perfectionnement (et non de la révision) des actes de 1899 et de l'élaboration d'une Convention concernant les lois de la guerre maritime, le Gouvernement Impérial, afin de rendre ce programme plus acceptable pour tous les Etats, a cru nécessaire de renoncer à l'idée d'un programme qui épuiserait le sujet et de le rédiger dans une forme générale laissant aux Puissances la faculté de soumettre à la Conférence différentes questions particulières, non énumérées dans le programme d'une manière précise, mais se rapportant aux principaux points de ce programme.

Par conséquent le Gouvernement Impérial n'a pas cru pouvoir ni indiquer d'une façon précise en quoi devraient consister les compléments des actes de 1899, ni augmenter encore le nombre des questions séparées

à discuter pour l'élaboration de la Convention relative à la guerre maritime, dans la pensée qu'il appartiendra à la Conférence elle-même de statuer sur ces questions suivant les propositions qui lui seront soumises par l'une ou l'autre des Puissances.

De même le Gouvernement Impérial à porté une attention spéciale, dans la rédaction du programme, à réserver à la Conférence elle même le choix de formuler ses décisions soit en les comprenant dans une ou plusieurs nouvelles Conventions, soit en les rapportant aux Conventions qui existent déjà.

Le Cabinet de Berlin a déjà été saisi de la manière de voir du Gouvernement Russe au sujet de la révision de la Convention de Genève de 1864 au moyen d'une Conférence spéciale qui vient d'être convoquée par les soins du Gouvernement Fédéral Suisse pour le 2 Juin prochain.

Le terme fixé pour la réunion de la nouvelle Conférence de la Paix — la seconde moitié du mois de Juillet — paraît tout particulièrement convenir au Cabinet de la Haye puisque, d'après ses calculs, les travaux de la Conférence de Genève doivent être terminés vers cette époque, et que d'autre part les Etats Généraux Néerlandais doivent se réunir au mois de Septembre dans le local destiné à la Conférence de la Paix.

Il est par conséquent évident à quel point il est important que les Puissances auxquelles le projet du programme de la Conférence est soumis aujourd'hui donnent leur réponse dans le plus bref délai. Il ne faut pas non plus perdre de vue qu'actuellement la Russie ne peut plus de son propre chef changer un seul mot du programme et qu'au sujet de tout changement désiré par telle ou telle autre Puissance il serait nécessaire de consulter au préalable tous les autres 47 Etats invités à la Conférence, ce qui rendrait à peine possible la réunion de celle-ci durant l'année courante. La responsabilité morale de cet ajournement retomberait sur l'Etat qui aurait désiré un changement de programme; il est pourtant connu quelle importance extrême beaucoup de Puissances attachent à la convocation de la Conférence à bref délai.

Ayant fait tout son possible pour satisfaire aux desiderata probables de tous les Etats au sujet du programme de la Conférence, et ayant laissé à celle-ci la liberté d'action la plus large, le Gouvernement Impérial Russe espère que le Gouvernement Impérial Allemand adhérera au programme qui lui est soumis et ne formulera le désir de changements quelconques à y apporter que dans le cas d'une extrême et absolue nécessité.

Quant à la question de l'adhésion à la Convention arbitrale de 1899 des Puissances qui n'ont pas pris part à la Première Conférence de la Paix, il est à noter que le mode de procéder proposé par la Russie concerne exclusivement les Puissances qui ont reçu une invitation à la Seconde Conférence et ne l'ont pas déclinée, mais n'a nullement en vue de résoudre en principe la question générale des adhésions.

Osten-Sacken

Nr. 7804

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 99 Washington, den 6. April 1906

Präsident teilt mir soeben mit, daß Einladung russischer Regierung zur Teilnahme an Friedenskonferenz im Haag* ihm in hohem Grade ungelegen käme; er verstände nicht, wie diese Einladung für einen Zeitpunkt erlassen werden könne, welcher mit dem der Konferenz in Rio** zusammenfalle. Erschwerend wirke noch der Umstand, daß die meisten Delegierten südamerikanischer Staaten für den Haag und für Rio ernannt worden seien. Präsident ersucht mich, anzufragen, ob Kaiserliche Regierung mit zweimonatlicher Verschiebung Haager Konferenz einverstanden sein würde; lieber würde ihm eine Verschiebung derselben auf nächsten Sommer sein. Aus Äußerungen des Präsidenten konnte ich klar entnehmen, daß er uns sehr dankbar sein würde, falls wir in seinem Sinne vertraulich in St. Petersburg einwirkten. Wir würden dadurch nicht nur dem Präsidenten einen wesentlichen Freundschaftsdienst erweisen, sondern auch uns die südamerikanischen Republiken verpflichten. Das Gerücht wird hier verbreitet, daß europäische Mächte, unter anderen Deutschland, Zusammentritt panamerikanischen Kongresses verhindern möchten. Staatssekretär hat alle Botschafter in Europa angewiesen, auf eine Verschiebung Haager Konferenz hinzuwirken. Schnelles Einwirken unsererseits in St. Petersburg daher erwünscht.

Sternburg

Nr. 7805

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 11. April 1906

Euere Kaiserliche und Königliche Majestät haben auf den alleruntertänigst wiederangeschlossenen Immediatbericht vom 1. Oktober v. Js. Allerhöchstsich damit einverstanden erklärt, daß die von Seiner Majestät

---

* Vgl. Nr. 7802, Fußnote.

** Nach Rio de Janeiro war für die zweite Hälfte Juli, also genau die gleiche Zeit, welche die russische Note vom 3. April für die Eröffnung der zweiten Haager Konferenz in Aussicht nahm, der panamerikanische Kongreß einberufen worden.

dem Kaiser Nikolaus erlassene Einladung zu einer zweiten Haager Friedenskonferenz vorbehaltlich einer Verständigung über das Konferenzprogramm angenommen werde. Die russische Regierung hat nunmehr allen beteiligten Mächten das anliegende Programm* mit der Bitte vorgelegt, es zu genehmigen und der Einberufung der Konferenz auf Mitte Juli dieses Jahres zuzustimmen.

Gegen das Programm, das sich im wesentlichen mit einer Ausgestaltung des Landkriegsrechts und einer Neuregelung des Seekriegsrechts befaßt, sind vom Standpunkte des Auswärtigen Amtes keine Bedenken zu erheben. Auch Euerer Majestät Kriegsminister, der Staatssekretär des Reichsmarineamts sowie die Chefs des Großen Generalstabs und des Admiralstabs der Marine sind mit dem Programm einverstanden.

Die von der russischen Regierung für die Konferenz vorgeschlagene Zeit würde uns genehm sein. Doch wäre auch nichts dagegen einzuwenden, wenn einem Wunsche der Vereinigten Staaten von Amerika entsprechend die Konferenz im Hinblick auf den um die fragliche Zeit in Rio de Janeiro stattfindenden panamerikanischen Kongreß bis Mitte September d. Js. oder bis zum Sommer nächsten Jahres verschoben würde[1].

Als Vertreter Euerer Majestät auf der Konferenz dürften Allerhöchstihr Gesandter im Haag**, oder, sofern die übrigen Großmächte durch Botschafter vertreten sein sollten, einer der Botschafter Euerer Majestät und ferner mit Rücksicht auf die internationale, teils politische, teils juristische Natur der zu behandelnden Fragen der Justiziar des Auswärtigen Amtes in Betracht kommen. Außerdem würden, ebenso wie bei der ersten Haager Friedenskonferenz, als technische Delegierte Offiziere der Armee und Marine sowie ein Völkerrechtslehrer (etwa Professor Dr. Zorn in Bonn) zu der Konferenz zu entsenden sein[1].

Euere Kaiserliche und Königliche Majestät wage ich hiernach ehrfurchtsvollst zu bitten, durch Allergnädigsten Randvermerk mich huldreichst ermächtigen zu wollen, im Namen des Reichs die Einladung der russischen Regierung zu dem von ihr oder der amerikanischen Regierung vorgeschlagenen Termin anzunehmen. Nach Festsetzung dieses Termins würde ich Euerer Majestät im Einvernehmen mit den beteiligten Ressortchefs Vorschläge wegen der zur Teilnahme an der Konferenz abzuordnenden Vertreter alleruntertänigst unterbreiten[1].

von Tschirschky

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Ja 12/IV 1906 W.

Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Ja

---

* Siehe Anlage.
** von Schlözer.

Anlage

Russischer Entwurf
für das Programm der zweiten Haager Friedenskonferenz

I. Verbesserung der Bestimmungen des Haager Schiedsabkommens vom 29. Juli 1899 über
   1. internationale Untersuchungskommissionen;
   2. den ständigen Haager Schiedshof.

II. Ergänzung des Abkommens, betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs, vom 29. Juli 1899, unter anderen durch Bestimmungen über
   1. den Beginn der Feindseligkeiten;
   2. die Rechte der Neutralen zu Lande;
   3. die Deklarationen von 1899,
      insbesondere über die Erneuerung der abgelaufenen Deklaration wegen des Werfens von Geschossen und Sprengstoffen aus Luftschiffen.

III. Ausarbeitung eines Abkommens, betreffend die Gesetze und Gebräuche des Seekriegs. Das Abkommen soll enthalten Bestimmungen über
   1. Spezialoperationen des Seekriegs, wie
      a) das Bombardement von Städten, Häfen und Dörfern durch Seestreitkräfte;
      b) die Legung von Torpedos;
   2. die Umwandlung von Handelsschiffen in Kriegsschiffe;
   3. das Privateigentum der Kriegführenden auf See;
   4. die Gewährung von Fristen für die Handelsschiffe der Kriegführenden zum Verlassen neutraler oder feindlicher Häfen nach dem Beginne der Feindseligkeiten;
   5. die Rechte und Pflichten der Neutralen im Seekrieg, insbesondere
      a) die Kriegskonterbande;
      b) die Behandlung der Schiffe der Kriegführenden in neutralen Häfen;
      c) die Versenkung von neutralen Prisen im Notfalle;
   6. die Anwendung der Gesetze und Gebräuche des Landkriegs auf den Seekrieg.

IV. Ergänzung des Abkommens, betreffend die Anwendung der Grundsätze der Genfer Konvention auf den Seekrieg, vom 29. Juli 1899.

Nr. 7806

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Telegramm Konzept

Nr. 120 Berlin, den 13. April 1906

Antwort auf Telegramm Nr. 99*.

Bitte Präsidenten Roosevelt mündlich mitzuteilen, daß wir in Würdigung der von ihm angeführten Gründe mit Verschiebung Haager Friedenskonferenz vollständig einverstanden sind. Russische Regierung ist in diesem Sinne verständigt**.

Hiesige amerikanische Botschaft hat auf entsprechende Anfrage gleiche Antwort erhalten.

Tschirschky

Nr. 7807

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken

Note. Konzept

Berlin, den 15 Avril 1906

En réponse aux lettres*** concernant la deuxième Conférence de la Paix, que Votre Excellence a bien voulu m'adresser à la date du 3 et du 12 avril dernier, j'ai l'honneur de Vous faire savoir que le Gouvernement Impérial adhère au programme élaboré par le Gouvernement Impérial Russe. Ce programme ne paraît plus pouvoir faire naître les difficultés auxquelles semblait devoir donner lieu une révision générale de la Convention pour le règlement pacifique des différends internationaux, puisqu'il ne vise que la modification des dispositions de la Convention touchant les commissions internationales d'enquête (Titre III) et la Cour permanente d'arbitrage (Titre IV, Chapitres 2 et 3).

---

* Siehe Nr. 7804.

** Es war durch Telegramm Nr. 77 vom 13. April nach Petersburg geschehen. Eine formelle Antwortnote wurde dem russischen Botschafter am 15. April zugestellt. Siehe das folgende Schriftstück.

*** Diese Schreiben trugen die Nummern 704, 705, 709 und 761. Nr. 704 und 709 sind abgedruckt in Nr. 7802 und 7803; Nr. 705 betraf die Einladung solcher Staaten zur zweiten Haager Konferenz, die auf der von 1899 nicht vertreten gewesen waren (veröffentlicht u. a. im englischen Blaubuch: Miscellaneous I (1908) [Cd. 3857]. Correspondence respecting the Second Peace Conference held at The Hague in 1907, p. 4); Nr. 761 betraf das Datum des Zusammentritts der zweiten Haager Konferenz, bezüglich dessen sich die russische Regierung nicht auf den ersten Vorschlag — zweite Hälfte Juli 1906 — versteifen wollte.

Quant à la date de la réunion de la Conférence, le Gouvernement Impérial n'a point d'objections à faire à ce que, conformément au désir exprimé par le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique, le terme en soit remis à plus tard et déclare accepter d'avance celui qui sera fixé d'un commun accord entre le Gouvernement Impérial Russe et le Gouvernement des Etats-Unis.

De l'avis du Gouvernement Impérial Allemand, la proposition du Gouvernement Impérial Russe, énoncée dans la lettre No. 709, offre le moyen le plus simple et le plus pratique pour régler la question de l'adhésion à la Convention d'arbitrage des Puissances non représentées à la première Conférence de la Paix. Le Gouvernement Impérial Allemand déclare donc son assentiment et adopte le mode de procéder en question.

Tschirschky

Nr. 7708

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 111 Washington, den 23. April 1906

Antwort auf Telegramm Nr. 120 vom 13. April*.

Präsident hat mich beauftragt, Seiner Majestät dem Kaiser und Könige seinen aufrichtigsten Dank für die Unterstützung seiner Bemühungen mit Bezug auf Verschiebung Haager Konferenz auszusprechen. Streng vertraulich bemerkte Präsident, daß die lebhafte Bewegung unter den Staaten Südamerikas zugunsten einer Vertagung der Haager Konferenz dadurch veranlaßt worden sei, daß der russische Vertreter bei einem südamerikanischen Staat, den Präsident nicht zu nennen wünschte, dortiger Regierung mitgeteilt habe, daß Deutschland der Urheber des Vorschlages für Zusammentritt der Haager Konferenz im Juli d. Js. sei, um dadurch die Konferenz in Rio zu hintertreiben. Russischer Vertreter, welcher diese Mitteilung machte, sei von dem englischen Vertreter begleitet gewesen. Dieser russische Vertreter kann nur der russische Gesandte in Rio** sein, da Rußland sonst in Südamerika nicht vertreten ist; der Gesandte befand sich aber damals, wie ich festgestellt habe, in Argentinien, so daß seine Bemerkungen in Buenos Aires gefallen sein müssen.

Sternburg

Randbemerkung von Tschirschkys:
Ich glaube, wir sollten einen Erlaß an Schoen richten, in welchem ihm unter ganz vertraulicher Mitteilung des Tatbestandes gesagt wird, er könne gelegentlich bei

---

* Siehe Nr. 7806.
** v. Prozor.

Lamsdorff und Witte ohne jede Gereiztheit oder auch nur Kritik durchblicken lassen, daß wir von dem russischen Vorgehen in Südamerika unterrichtet seien. Ähnlich vielleicht auch an Metternich*. 23/4. Ty.

Nr. 7809

*Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an den Reichskanzler Fürsten von Bülow***

Ausfertigung

Nr. 451 London, den 10. Mai 1906

Gestern wurde im Unterhause von liberaler Seite ein Antrag eingebracht, in dem die britische Regierung aufgefordert wird, angesichts der übermäßigen Kosten für Kriegsrüstungen dahin zu wirken, daß die Frage der Einschränkung dieser Rüstungen, unter welchen das nationale Einkommen so sehr leide, durch internationales Übereinkommen in das Programm der bevorstehenden Haager Konferenz aufgenommen werde.

Mr. Balfour sprach sich namens der Opposition scharf gegen diese Resolution aus und erklärte, England brauche eine starke Flotte und ein starkes Heer zu defensiven, nicht zu aggressiven Zwecken und könne sich, falls es eine große Katastrophe vermeiden wolle, nicht auf eine Einschränkung der Rüstungen einlassen, auf welchen schließlich seine Sicherheit beruhe, solange nicht andere Länder mit der Abrüstung begonnen hätten[1]. Hierauf ergriff Sir Edward Grey das Wort zu einer längeren Rede.

Er sagte, es sei nicht möglich, die Ausgaben bedeutend einzuschränken, ohne die nationale Sicherheit zu gefährden. Nicht nur in England herrsche ein starkes Gefühl zugunsten der Einschränkung, auch überall auf dem Kontinent fühlten die Völker die enormen militärischen Lasten, und die öffentliche Meinung in den verschiedenen Ländern sei stark auf den Frieden gerichtet. Diesen Gefühlen müsse Rechnung getragen werden. Er sei

---

* Die Mitteilung geschah durch Telegramme nach Petersburg (Nr. 86) und London (Nr. 111), beide vom 27. April. Russischerseits wurden nach Telegrammen Schoens vom 2. und 9. Mai (Nr. 157 und 180) die angeblichen Äußerungen des Gesandten in Rio de Janeiro in Abrede gestellt. Inzwischen war durch ein inspiriertes Telegramm der „Associated Press" vom 29. April festgestellt, daß Deutschland, weit entfernt, Rußland in der Festlegung des Konferenzzeitpunktes für Juli 1906 zu beeinflussen, vielmehr sich bemüht habe, die russische Regierung zu einer Verschiebung des Termins zu bestimmen.

** In die Frage nach dem Programm der zweiten Haager Konferenz, das nach den russischen Vorschlägen von Anfang April 1906 (vgl. Nr. 7802, 7803 und Nr. 7805, Anlage) weder die Abrüstung noch eigentlich das Schiedsgerichtsproblem einbegreifen sollte, war dadurch ein neues Moment hineingetragen, daß die englische Regierung, die sich während des Wahlkampfes im Januar dafür stark gemacht hatte, eine Einschränkung in den Rüstungsausgaben herbeizuführen, den Entschluß faßte, eine internationale Regelung des Abrüstungsproblems in die Wege zu leiten. Als Hebel diente ihr dazu eine Interpellation im Unterhause, die am 9. Mai verhandelt wurde. Vgl. dazu auch Kap. CLXX.

daher der Ansicht, daß die Einschränkung der Ausgaben für Rüstungen auf der Haager Konferenz verhandelt werden solle, wozu eventuell die britische Regierung, nachdem sie sich über den Standpunkt der übrigen Regierungen informiert habe, die Initiative ergreifen müsse.

Sir Edward Grey begrüßte dann die Resolution im Namen der Regierung und sprach die zuversichtliche Hoffnung aus, daß andere Länder daran erkennen würden, daß das Unterhaus die zunehmende Stimmung zugunsten der Rüstungseinschränkungen teile[2].

Die Resolution wurde unter lauten Beifallskundgebungen angenommen.

Die hervorragendsten liberalen Blätter, wie „Daily News", „Tribune" und „Daily Chronicle", begrüßen in Leitartikeln die Resolution und die Erklärung Sir Edward Greys mit rückhaltloser Zustimmung.

Der oppositionelle „Standard" hält eine Verringerung der Rüstungen zwar an sich auch für wünschenswert, aber nur dann, wenn andere Länder damit den Anfang machen würden[3].

Stumm

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Genau dasselbe gilt wörtlich auch für uns!

[2] so blau! damit wir keine große Flotte bauen dürfen!

[3] ich sicher nicht!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Wenn einer seine Rüstungen einschränken kann, ist es nur England! Da es eine so kolossale Uebermacht hat! Aber weil es dieselbe hat, will es dieselbe in aeternum behalten, und daher dürfen die anderen nicht ihre Rüstungen i[d] e[st] Flottenbauten weiterentwickeln. Besonders wir nicht!

Nr. 7810

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 767 London, den 31. Juli 1906

Ein Leitartikel des heutigen „Daily Telegraph" bespricht in sehr verständiger Weise die Stellung Deutschlands gegenüber der Abrüstungsfrage. Es wird ausgeführt, daß Deutschland als das am meisten zentral gelegene Land des Kontinents auch das exponierteste ist und, da es daher von jedem Punkte aus angreifbar ist, auch an jedem Punkte seiner Grenzen angriffsbereit sein muß. Die Deutschen wüßten, daß ein Nachlassen in ihrer Verteidigungsbereitschaft sie für immer zu einer untergeordneten Rolle im Kreise der Völker verurteilen müßte. Nie würden Deutsche, die aus ihrer eigenen Geschichte wüßten, was nationale Schwäche bedeute, das Geschick ihres Reiches papierenen Garantien oder frommen Versprechungen anvertrauen.

P. Metternich

Nr. 7811

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 772 London, den 2. August 1906

Nach Beendigung der Interparlamentarischen Konferenz* habe ich den Führer und den Sekretär der deutschen parlamentarischen Delegation, Reichstagsabgeordneten Professor Eickhoff und Professor Hauptmann vom Preußischen Abgeordnetenhause, bei mir empfangen. Im Laufe unserer Unterhaltung, die sich hauptsächlich um den Verlauf der Konferenz im einzelnen und um die Ziele dieser interparlamentarischen Zusammenkünfte überhaupt drehte, kamen die beiden Herren darauf zu sprechen, daß wie schon mehrfach in früheren Jahren auch diesmal gerade von fremder Seite aus angeregt worden sei, einmal Berlin als Versammlungsort des Kongresses zu wählen. Diesen Anregungen sind die deutschen Delegierten insoweit entgegengekommen, als sie am letzten diesjährigen Sitzungstage erklärt haben, sie würden sich freuen, im Falle die Wahl auf Berlin fiele, die Vertreter der fremden Parlamente dort begrüßen zu dürfen. Eine förmliche Einladung ihrerseits ist, wie Professor Eickhoff mir sagte, nicht ergangen, da sie nicht wüßten, welche Stellung die Kaiserliche Regierung einem Interparlamentarischen Kongresse gegenüber einnähme, und sie sich bewußt wären, daß ein solcher Kongreß ohne Einverständnis und Förderung seitens der Kaiserlichen Regierung von vornherein so gut wie ein verfehltes Unternehmen bleiben würde. Die beiden Herren baten mich daher, mich dahin zu verwenden, daß die Kaiserliche Regierung die Angelegenheit einer wohlwollenden Prüfung unterziehen möchte.

Wenn ich in dieser Frage eine Stellung einnehmen darf, so möchte ich dem beipflichten, daß eine Interparlamentarische Konferenz in Berlin unter den Auspizien der Kaiserlichen Regierung vor allem den Erfolg haben würde, die im Auslande vielfach verbreitete Legende von der reaktionären Regierung Deutschlands und von ihrem geflissentlichen Fernbleiben von allen modernen Friedensbestrebungen zu vernichten.

Die beiden Herren erzählten auch, wie unmöglich es ihnen gewesen sei, ihre französischen Kollegen davon zu überzeugen, daß unser aller-

* Vom 23.—25. Juli 1906 hatte in London die Interparlamentarische Konferenz getagt, die sich mit allem Nachdruck für den Abrüstungs- und Schiedsgerichtsgedanken einsetzte. Die Tagung hatte dem englischen Ministerpräsidenten Sir Henry Campbell-Bannerman Veranlassung zu einer Begrüßungsansprache gegeben, in der er sich mit dem Programm der Interparlamentarischen Konferenz nahezu identifizierte und der Hoffnung Ausdruck gab, daß die bevorstehende zweite Haager Konferenz zu einer Minderung der schweren Rüstungsausgaben führen möge. In derselben Rede fiel das berühmte Wort: „La Douma est morte, vive la Douma", welches in Petersburg lebhaften Anstoß erregte. Vgl. J. A. Spender, The Life of the Right Hon. Sir Henry Campbell-Bannerman, II, 262 f.

höchster Herr keinen Angriffskrieg auf Frankreich im Sinne habe. Die Förderung der interparlamentarischen Bewegung als einer Kundgebung zugunsten des Weltfriedens durch die Kaiserliche Regierung würde daher dazu beitragen, uns Freunde im Auslande zu werben und das Mißtrauen des Auslandes gegen unsere angeblichen aggressiven Tendenzen zu entkräften, ohne dabei die Kaiserliche Regierung in irgend einer Weise zu verpflichten. Als 1904 die Interparlamentarische Konferenz in St. Louis stattfand, hat Präsident Roosevelt sich die Förderung des Unternehmens ganz besonders angedeihen lassen, um seine Haltung angesichts der Wahlkampagne dahin auszunützen, das Mißtrauen, das in ihm den ehrgeizigen und kriegslustigen Imperialisten sah, zu zerstreuen, ohne daß er sich hinterher in seinen imperialistischen Tendenzen selbst irgendwie gebunden fühlte*. Auch die hiesige Regierung ist, wie bekannt, dem diesjährigen Kongresse mit großer Bereitwilligkeit entgegengekommen: Das Parlament bewilligte 5000 £ zu einem würdigen Empfang der Gäste und stellte eine seiner Hallen den Konferenzteilnehmern zur Verfügung; der Premierminister eröffnete die Sitzungen mit einer Begrüßungsansprache, beim Frühstück in der Westminster Hall war die Regierung vertreten, und auch Seine Majestät König Eduard bewies sein Interesse an der Veranstaltung, indem er den Konferenzteilnehmern den Besuch des Schlosses Windsor erlaubte und die Vertreter der einzelnen Delegationen im Buckingham Palaste empfing.

P. Metternich

Nr. 7812

Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Bülow, z. Z. in Norderney, für den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky

Reinschrift

Norderney, den 5. August 1906

Ich schließe mich Ihrer Auffassung bzw. derjenigen des Grafen Metternich vollständig an. Ich würde es für sehr nützlich halten, wenn Sie Seiner Majestät diesen Metternichschen Bericht mit einem zustimmenden Kommentar vorlegen wollten, in welchem darauf hingewiesen werden müßte, wie sehr unsere internationale Stellung erleichtert werden würde, wenn wir es ebenso geschickt anfangen wollten wie die Engländer und Amerikaner. Jetzt liegt die Situation so, daß man uns für reaktionär, rauflustig und eroberungslüstern hält (bzw. mit einem Anschein von Berechtigung ausgibt), während wir in Wirklichkeit eine sehr friedliche Politik machen. Andere Mächte, welche weniger friedlich und enthaltsam sind als wir, wissen sich dagegen geschickt in den Mantel moderner, humaner und

* Vgl. Nr. 7789, Fußnote.

liberaler Anschauung zu drapieren. Dieses unsere Stellung schwächende, unsere Politik lähmende und selbst unsere Rüstungen hemmende Mißverhältnis würde aufhören, wenn wir eine Interparlamentarische Konferenz in Berlin unter freundlicher Haltung der Kaiserlichen Regierung und Seiner Majestät des Kaisers zu einer solchen abhalten ließen.

Von dem Ergebnis Ihrer Vorstellungen bitte ich mich freundlichst informieren zu wollen.

Bülow

Nr. 7813

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an Kaiser Wilhelm II.**

Ausfertigung

Berlin, den 20. August 1906

Die diesjährige, Ende Juli d. Js. in London zusammengetretene Interparlamentarische Konferenz hat Euerer Majestät Botschafter in London zu dem alleruntertänigst beigefügten Bericht Anlaß gegeben, in dem Graf Metternich dafür eintritt, daß wir uns zu der von fremder Seite ausgehenden, wiederholten Anregung, auch einmal Berlin zum Versammlungsort der Interparlamentarischen Konferenz zu wählen, freundlich entgegenkommend stellen sollten.

Im Einvernehmen mit Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät Reichskanzler, mit welchem ich die Frage eingehend erörtert habe, glaube ich der Ansicht des Grafen Metternich beipflichten zu sollen.

Die Verhandlungen der Interparlamentarischen Konferenzen, welche nach dem erstmaligen Zusammentritt in Paris im Jahre 1889 nacheinander in einer Reihe von ausländischen Großstädten abgehalten wurden, haben bisher nennenswerte praktische Erfolge nicht gezeitigt. Die bloße Tatsache aber, daß eine solche Konferenz auch bei uns abgehalten und dabei von offizieller Seite freundlich behandelt wird, dürfte nicht unerheblich zur Erleichterung unserer internationalen Stellung beitragen können, vorausgesetzt, daß wir dabei ebenso geschickt verfahren[1] wie Engländer und Amerikaner bei gleichen Anlässen. Augenblicklich ist leider unsere internationale Situation die, daß uns die öffentliche Meinung in Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse fast überall in der Welt für reaktionär, streitsüchtig und eroberungslüstern hält oder doch wenigstens dafür ausgibt, während wir in Wirklichkeit eine friedliche, nicht aggressive Politik machen. Andere Mächte, die weniger friedlich und enthaltsam sind als wir, haben es verstanden, sich mit dem Mantel moderner, humaner und liberaler Anschauungen zu drapieren[2].

---

* Hier eingereiht des Zusammenhangs halber.

Dieses Mißverhältnis würde aufhören oder wenigstens sehr zu unseren Gunsten verschoben und die Führung der Politik Euerer Majestät im allgemeinen erleichtert werden, wenn eine Interparlamentarische Konferenz in Berlin stattfände. Wir würden damit den Verleumdungen, die gegen unsere friedfertigen Tendenzen noch immer verbreitet werden, in wirksamer Weise den Boden entziehen, ohne uns dadurch, wie das Beispiel der anderen Nationen lehrt, in unserer praktischen Politik irgendwelche Fesseln aufzuerlegen.

Euere Majestät darf ich um Allergnädigste Entscheidung ehrfurchtvollst bitten, ob ich die an den Konferenzen beteiligten deutschen Parlamentarier wissen lassen darf[3], daß, wenn sie in einem der nächsten Jahre die Interparlamentarische Konferenz nach Berlin einladen sollten, ihr Unternehmen auf nicht minder freundliche Aufnahme rechnen könnte, wie die voraufgegangenen Konferenzen sie in anderen Ländern gefunden haben.

von Tschirschky

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Ich sehe gar keinen Nutzen davon, und sehr viel Schaden. Ich bin nicht dafür.
21/VIII 1906 W.

Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Können wir das?
[2] d[as] h[eißt] sie haben gelogen! aber dies auch ohne Parlament[arische] Conferenz
[3] Nein!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Ich bin ganz entschieden dagegen!*

---

* Die entschiedene Stellungnahme Kaiser Wilhelms II. gegen die „Interparlamentarische Union" hing aufs engste zusammen mit seiner Stellungnahme zu der Abrüstungsfrage überhaupt und diese wieder mit seinem Argwohn, daß es England bei der Vorbringung der Abrüstungsfrage im Haag nicht so sehr um eine Verminderung der Marinerüstung als vielmehr darum zu tun sei, hinter die deutschen Flottenpläne zu kommen. Sehr deutlich geht das aus Randbemerkungen des Kaisers zu einem Artikel der „Täglichen Rundschau" vom 10. August 1906 „Zur Abrüstungskomödie" hervor. In diesem Artikel waren aus dem „Echo de Paris" Äußerungen eines Diplomaten wiedergegeben, wonach Englands eigentliche Absicht dahin gehe, im Haag von Deutschland Erklärungen über die Vermehrung seiner Flotte zu verlangen. Dazu bemerkte der Kaiser: „Das wissen wir schon lange." Ebenso bemerkte der Monarch zu der Feststellung der „Täglichen Rundschau", daß England also mit der Komödie der Rüstungseinschränkung in Wahrheit bezwecke, über die letzten Flottenpläne Deutschlands aufgeklärt zu werden: „Richtig". Aus alledem zog der Kaiser dann die Folgerung: „Daher muß unser altes Programm von der letzten Haager Conferenz unbedingt aufrecht erhalten bleiben. Nur wenn ‚Abrüstungsfrage' total ausgeschaltet wird, werde ich die Conferenz beschicken, sonst nicht."
In bezug auf die Interparlamentarische Konferenz hat Wilhelm II. übrigens später seine Ansicht geändert, als am 12. Dezember 1906 Staatssekretär von Tschirschky erneut beim Kaiser zugunsten der Abhaltung des Interparlamentarischen Kongresses in Berlin vorstellig wurde. Der Kaiser erklärte sich jetzt damit einverstanden, vorausgesetzt, daß auf dem Kongreß keine Angriffe „gegen die preußische Armee oder die deutsche Marine" erhoben würden. Reichskanzler Fürst Bülow begrüßte die kaiserliche Entschließung in einem Billett an Tschirschky vom 14. Dezember mit den Worten: „Wir haben jedes Interesse daran, die Friedensbewegung — und die Interparlamen-

Nr. 7814

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt von Mühlberg für den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Reinschrift

Berlin, den 7. August 1906

Aufzeichnung über die Befassung der zweiten Haager Friedenskonferenz mit den Fragen wegen Beschränkung der Rüstungen und wegen allgemeiner obligatorischer Schiedssprechung

Das von der russischen Regierung im April d. Js. vorgelegte Programm der zweiten Haager Friedenskonferenz, auf Grund dessen die Einladung zu der Konferenz mit allerhöchster Genehmigung von uns angenommen worden ist, enthält weder die Frage der Rüstungsbeschränkung noch die der obligatorischen Schiedssprechung.

In dem das Programm enthaltenden Schreiben des hiesigen russischen Botschafters* ist ausdrücklich gesagt, daß die Fragen „qui pourraient concerner la limitation des forces militaires ou navales" nicht berührt werden sollen.

Was die obligatorische Schiedssprechung betrifft, so hatte der russische Botschafter vor der Feststellung des Programms hier angefragt, ob wir mit der Aufnahme der Frage in das Programm einverstanden sein würden. Darauf ist ihm vertraulich geantwortet worden, wir glaubten die Aufnahme nicht empfehlen zu sollen. Denn die Einführung der obligatorischen Schiedssprechung würde eine wesentliche Änderung des auf der ersten Friedenskonferenz im Jahre 1899 vereinbarten Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle darstellen; eine Revision dieses seit so kurzer Zeit in Kraft stehenden Abkommens erscheine aber verfrüht. Auch sei es nicht opportun, die der Konferenz zufallenden vielen und schwierigen Aufgaben noch durch eine Frage zu vermehren, die gewisse Meinungsverschiedenheiten hervorrufen könnte. Bei der Übermittelung des Programms wurde dann vom russischen Botschafter bemerkt, daß seine Regierung darin nur „les questions de perfectionnement (et non de la révision) des actes de 1899" aufgenommen habe**. Der betreffende Punkt des Programms lautet: „Améliorations à apporter aux dispositions de la Convention relative au règlement pacifique des conflits internationaux en ce qui regarde la Cour d'Arbitrage et les Commissions Internationales d'Enquête."

---

tarische Union — vor den Wagen unserer (Friedens-) Politik zu spannen, statt sie von anderen gegen uns verwerten zu lassen." Tatsächlich hat vom 17. bis 19. September 1908 die Interparlamentarische Konferenz in Berlin getagt, offiziell im Namen der Kaiserlichen Regierung begrüßt durch den Fürsten von Bülow.

* Vgl. Nr. 7802.

** Vgl. Nr. 7803.

Es steht also nur eine Änderung der Bestimmungen des Abkommens über die Cour d'Arbitrage (deren Zusammensetzung und Verfahren) und die Commissions d'Enquête auf dem Programm, nicht aber eine Revision, die die Einführung der obligatorischen Schiedssprechung zur Folge haben könnte. In diesem Sinne haben wir die Konferenzeinladung angenommen.

Übrigens hatte die russische Regierung bei der Einladung ausdrücklich erklärt, daß alle Fragen „qui ne rentreraient pas directement dans le programme adopté par les Cabinets" von den Beratungen ausgeschlossen sein sollten. Es erscheint daher unzweifelhaft, daß die Fragen der Rüstungsbeschränkung und der obligatorischen Schiedssprechung auf der Friedenskonferenz nicht zur Sprache gebracht werden können, wenn sie nicht etwa noch mit Zustimmung aller beteiligten Regierungen nachträglich in das Programm aufgenommen werden*.

Bei den kommissarischen Beratungen, die in den Monaten April, Mai und Juli d. Js. zwischen den Vertretern der beteiligten Reichsressorts und preußischen Ressorts über das Programm der Friedenskonferenz stattgefunden haben**, ist deshalb auf die Frage der Rüstungsbeschränkung überhaupt nicht eingegangen worden. Hinsichtlich der obligatorischen Schiedssprechung war die Kommission der Meinung, daß von unserm Standpunkt allgemeine und besondere Gründe dagegen sprechen: allgemeine, weil wir vom Haager Schiedsgericht eine unparteiische Entscheidung nicht immer mit Sicherheit erwarten können; besondere, weil das Verfahren vor diesem Gerichte zu kostspielig und zu langwierig ist, auch die Kräfte unserer Zentralinstanz zu sehr in Anspruch nimmt, und weil ferner unter den Mitgliedern des Schiedshofs schwerlich in jedem Falle geeignete sachverständige Persönlichkeiten zu finden sein werden.

Mühlberg

---

* Eine andere Auffassung des russischen Programmentwurfs vom 3. April tritt in dem Schreiben zutage, mit dem Sir E. Grey die russische Note vom 3. April beantwortete. Es hieß darin: „His Majesty's Government gather that it is not the intention of that of Russia that the discussion of the question of international reduction or limitation of expenditure upon armaments should be excluded from the deliberations of the Conference, but that the Russian Government merely desire to guard themselves against the inference that they are specifically committed to such a discussion. His Majesty's Government read and accept the language of the Russian Government in this sense, and desire to see the question of the reduction of armaments included in the deliberations of the Conference."

** Es liegen über diese kommissarischen Beratungen, die am 21. April, 27., 28., 29. Mai und 6. Juli 1906 im Auswärtigen Amt unter Vorsitz des Vortragenden Rats Kriege stattfanden, sehr ausführliche Aufzeichnungen vor, deren allgemeine Tendenz schon in der obigen Mühlbergschen Aufzeichnung gewürdigt ist. Bemerkenswert ist, daß die Konferenzteilnehmer bezüglich des Schiedsgerichtshofs aus dem russischen Programmentwurf folgerten: „Damit ist die Wiederaufnahme der für uns undiskutierbaren Frage einer allgemeinen obligatorischen Schiedssprechung ausgeschlossen": eine Annahme, die sich später als ebenso hinfällig erweisen sollte wie die gleiche Annahme hinsichtlich der Rüstungsbeschränkungen. Über die Gründe der negativen deutschen Stellungnahme in der Frage der obligatorischen Schiedssprechung

Nr. 7815

Aufzeichnung Kaiser Wilhelms II., z. Z. in Friedrichshof

Reinschrift*

Friedrichshof, den 15. August 1906

König Eduard** brachte heute das Gespräch auch auf die bevorstehende Haager Konferenz und zwar zu meinem größten Erstaunen in schärfsten Ausdrücken der Mißbilligung über diesen ganzen „Humbug". Die sogenannte Friedenskonferenz, meinte der König, sei nicht nur unnütz, da sich im Ernstfall doch niemand an deren Beschlüsse halten würde, sondern geradezu gefährlich. Wenn eine größere Zahl von Mächten, die ihrer Natur nach ganz verschiedene Interessen zu verfolgen hätten, gezwungen würden, unter dem Drucke der Öffentlichkeit und unter dem schädlichen Einflusse der Rivalitäten verschiedener Gruppen unter ihnen, sich über vitale Interessen in einer bestimmten Zeit zu einigen, so könnten da nur zu leicht weitere Reibungen entstehen. Ich pflichtete Seiner Majestät hierin vollkommen bei und betonte, es sei auch meine volle Überzeugung, daß die Konferenz besser gänzlich unterbliebe. Wenn aber doch schon der Zusammentritt einer Konferenz im Haag nicht mehr zu umgehen sei, so scheine mir es praktisch und im Interesse des friedlichen Verlaufes der Verhandlungen gelegen, wenn Deutschland und England sich über einige Hauptfragen möglichst vorher verständigten. Zu diesen gehörten meiner Ansicht

---

war in dem Protokoll lediglich gesagt: „Gegen eine solche sprechen allgemeine und besondere Gründe: allgemeine, weil wir vom Haager Schiedsgericht eine unparteiische Entscheidung nicht mit Sicherheit erwarten können; besondere, weil das Verfahren vor diesem Gerichte zu kostspielig und zu langwierig ist, auch die Kräfte unserer Zentralinstanz zu sehr in Anspruch nimmt, so daß es sich für Sachen von geringerer Bedeutung nicht eignet, und weil ferner unter den Mitgliedern des Schiedshofs schwerlich in jedem Falle geeignete sachverständige Persönlichkeiten zu finden sein werden." Die Aufzeichnung Mühlbergs gibt also die Begründung der Kommission in Sachen der obligatorischen Schiedssprechung erschöpfend wieder. Nicht erwähnt sind dagegen in der Mühlbergschen Aufzeichnung die eingehenden Erörterungen der kommissarischen Beratungen über die Frage des Seebeuterechts. Es ist in dieser Hinsicht von Interesse, daß, während die Mehrzahl der Ressorts sich bei den Beratungen für die Abschaffung des Seebeuterechts erklärten, die Marineressorts sich dagegen aussprachen, da eine solche in einem Kriege mit England nachteilig sei. Das Auswärtige Amt vertrat in dieser Frage die Auffassung, „daß, wenn alle Konferenzstaaten, insbesondere auch England, für die Abschaffung des Seebeuterechts eintreten, wir keinenfalls einen anderen Standpunkt einnehmen können, daß aber, wenn England allein am Seebeuterecht festhalte, für uns nichts im Wege stehe, mit den übrigen Staaten ein Abkommen wegen Abschaffung des Seebeuterechts zu treffen, das dann England gegenüber nicht gelten würde." Vgl. dazu auch O. Hammann, Der mißverstandene Bismarck S. 142ff.

* Die eigenhändigen Zusätze des Kaisers sind durch Sperrung kenntlich gemacht.

** König Eduard VII. weilte am 15./16. August 1906 zu Besuch bei Kaiser Wilhelm II. in Schloß Friedrichshof im Taunus. Vgl. Bd. XXI, Kap. CLV, Nr. 7196 ff.

nach vor allen die maritimen. Wenn England und Deutschland mit einem festverabredeten Programm gerade in diesen Fragen vor die Konferenz träten, seien diese so gut wie vorher angenommen. Ich schlüge daher vor, entweder durch schriftlichen Verkehr oder durch Entsendung von Experten nach London und Berlin die Marinefragen, soweit sie rein technischer Natur seien, wie zum Beispiel Konterbande und anderes, zwischen uns und England schon jetzt zur Diskussion zu stellen.

Der König sowohl wie Sir Charles Hardinge und Sir Frank Lascelles, mit welchen letzteren beiden ich die Frage ebenfalls im Einverständniß mit S[einer] M[ajestät] eingehend erörterte, nahmen den Gedanken einer vorhergehenden Verständigung mit uns bereitwilligst auf. Sie sagten, auch englischerseits seien derartige Erwägungen im Laufe der letzten Monate bereits gepflogen worden, und man habe sich bereits mit der Absicht getragen an uns heranzutreten. Sie würden meine Anregung sofort in das Kabinett nach London weitergeben und hofften, auch dort sicher vollem Verständnis dafür zu begegnen. Es wäre gut, so bald wie möglich in die Prüfung dieser Frage einzutreten*.

So weit meine Besprechung mit dem König und den englischen Staatsmännern über diese Frage.

Ich bemerke hier, daß es mir bei obiger Anregung vor allem darauf angekommen ist, zur Basis für irgendeine Verhandlung direkt mit England zu gelangen, wodurch nach und nach intimere Beziehungen zwischen uns sich entwickeln könnten. Ob in concreto zu einem praktischen Resultat zu gelangen sein wird, steht dabei in zweiter Linie. Ich habe Gewicht darauf gelegt, den rein technischen Charakter dieser eventuellen Verhandlungen, im Gegensatz zu politischen Fragen, zu betonen.

Aus meinen weiteren Unterredungen mit dem König und Hardinge will ich noch hervorheben, daß ich ihnen wiederholt und nachdrücklich auseinandergesetzt habe, daß Deutschland an dem vor sechs Jahren festgelegten und publizierten Flottengesetze festhalten müsse. Deutschland baue aber seine Flotte nicht in aggressiver Tendenz gegen den einen oder den anderen Staat, sondern würde seine Seemacht nur nach den Bedürfnissen des eigenen Interesses zum Schutze seines Handels einrichten. Ob England gut tue und in der Lage sei, auf die Dauer den sogenannten Two-Power-Standard aufrecht zu erhalten, erscheine mir bei dem fortdauernden Wachsen aller übrigen Flotten der Welt zweifelhaft.

Mit Sir E. Lascelles hatte ich Gelegenheit über die Haager Conferenz zu sprechen, deren Nichtzustandekommen er auch auf das sehnlichste erhoffte. Wir kamen

---

* Der Anregung des deutschen Kaisers, vor dem Zusammentritt der Haager Konferenz eine deutsch-englische Verständigung über die zu behandelnden Hauptfragen, namentlich auf marinetechnischem Gebiete, herbeizuführen, ist seitens des englischen Kabinetts (vgl. auch Bd. XXI, Kap. CLV, Nr. 7197, S. 456, Fußnote **) eine Folge nicht gegeben worden, obwohl sie mindestens zur Kenntnis des Kriegsministers Haldane (vgl. das folgende Schriftstück) gelangt ist.

überein, daß sie eine Quelle gefährlichster Art für Trübungen und Reibungen werden könne. Ich erklärte ihm, daß meine Instructionen für meine Minister dieselben geblieben seien wie für die erste Conferenz: Im Falle des Auftauchens der Abrüstungsfrage in irgend einer Form unterbleibe die Theilnahme Deutschlands. Da ich sowohl wie mein Volk es niemals dulden würden, uns von Fremden irgendwelche Vorschriften über unsere Militärischen und Maritimen Verhältniße machen zu lassen. Sir Frank erwiderte mir: „I perfectly understand, and quite agree with you, that that is quite out of the question, and impossible. It is exactly the same with us."

Wilhelm I. R.

Nr. 7816

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Privatbrief. Konzept

Berlin, den 4. September 1906
[abgegangen am 5. September]

pp*. Das Gespräch kam dann auf die Haager Friedenskonferenz. Herr Haldane sagte, er habe soeben lange mit Seiner Majestät dem Kaiser über diesen Gegenstand gesprochen und vom Kaiser gehört, daß Deutschland seine Beteiligung daran versagen müsse, falls die Abrüstungsfrage dort zur Diskussion gestellt werden solle. Er wisse, daß auch König Eduard hierüber ähnlich denke, und er finde den Standpunkt unseres allergnädigsten Kaisers durchaus berechtigt. Wir erörterten im Zusammenhang hiermit des längeren das durchaus verschiedene Verhältnis, in dem die Armee in England und die unserige den jeweiligen Nationen gegenüberständen. In England sei die Armee eine sozusagen künstliche, neben der Nation stehende Institution, während bei uns das Heer einen integrierenden Bestandteil des Volkes selbst bilde. Herr Haldane, der mit deutschen Verhältnissen genau vertraut ist, hatte volles Verständnis für diesen grundlegenden Unterschied im Heerwesen der beiden Staaten. Für England spiele die Marine eine ähnliche Rolle im Volksbewußtsein wie bei uns das Heer, und er sei überzeugt, daß er und das Kabinett bei seinen Landsleuten sehr bald jede Popularität einbüßen würde, wenn etwa mit

* Der erste Teil des Briefes, der ein Gespräch des Staatssekretärs von Tschirschky mit dem zum Studium der deutschen Heereseinrichtungen in Deutschland weilenden englischen Kriegsminister Haldane vom 3. September wiedergibt, ist abgedruckt in Bd. XXI, Kap. CLV, Nr. 7199.

einer wirklichen Reduktion der Flotte vorgegangen werden sollte. Fast die ganze englische Presse sei konservativ und gegen jede Einschränkung der Wehrkraft; hiermit müsse auch die liberale Partei rechnen, in deren Reihen übrigens die Stimmung für Abrüstung ebenfalls im Abflauen begriffen sei.

Er meinte, es werde im Haag vor allem darauf ankommen zu vermeiden, daß Deutschland etwa den anderen dort vertretenen Staaten gegenüber isoliert werde, und er werde dies Sir Edward Grey gegenüber noch besonders hervorheben. Ich konnte dem nur beipflichten und empfahl äußerste Vorsicht bei Behandlung dieses Gegenstandes. Wir könnten uns im Haag auf irgendeine Abstimmung diese Frage betreffend niemals einlassen, und ich müsse darauf bestehen, daß das Wort „disarmament" in irgendeiner etwa zu fassenden Resolution überhaupt nicht vorkomme. Wenn England vorschlüge irgendeinen unverbindlichen Wunsch auf Erhaltung des Friedens und daraus folgende zukünftige Möglichkeiten für Verlangsamung des Tempos in den Kriegsrüstungen, so könnten wir darüber vielleicht reden. Der Gedanke, den Seine Majestät der Kaiser dem König Eduard gegenüber angeregt habe, daß Deutschland und England sich vor dem Zusammentritt der Konferenz über diese Materie einigen sollten*, leuchtete Mr. Haldane sehr ein, um so mehr als er der Besorgnis Ausdruck gab, daß, wenn wir nicht vorher zusammengingen, jedenfalls Amerika sich, wie er guten Grund habe anzunehmen, des Stoffes bemächtigen und wohl mit zu weit gehenden Forderungen hervortreten würde**. Herr Haldane kam schließlich nochmals darauf zurück, daß Seine Majestät der Kaiser und Deutschland versichert sein können, daß England weder im Haag noch sonstwo jemals seine Zustimmung zu einer Maßnahme geben werde, die Deutschland isolieren oder in Gegensatz zu anderen Mächten setzen könnte. Dies beziehe sich auch auf die Idee eines englisch-französisch-russischen Dreibundes, den er schon nach der geographischen Lage Deutschlands als für uns inakzeptabel betrachte.

Ich habe Gelegenheit genommen, die vorstehende Aufzeichnung Seiner Majestät dem Kaiser zur allerhöchsten Kenntnis zu unterbreiten, allerhöchstwelcher sich mit den darin entwickelten Gesichtspunkten einverstanden zu erklären geruhten. Ew. werden hiernach in der Lage sein, mit den britischen Staatsmännern die Fragen betreffend das Verhältnis zu Frankreich und die englisch-deutsche Stellungnahme auf der Haager Konferenz vorsichtig weiter zu erörtern.

Tschirschky

---

* Vgl. Nr. 7815.

** Vgl. das folgende Schriftstück. Die Darstellung des Gesprächs, die Haldane in seinem Buche ‚Before the War', S. 45 gibt, weicht von den Angaben des Tschirschkyschen Briefes erheblich ab. Da dieser Brief unmittelbar nach der Unterhaltung geschrieben ist und den deutschen Botschafter über Haldanes Haltung für etwaige weitere Besprechungen mit diesem instruieren sollte, so besteht kein Grund zum Zweifel an der Richtigkeit der Tschirschkyschen Lesart.

Nr. 7817

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Berlin, den 7. September 1906

Der Kaiserliche Botschafter in Washington telegraphiert*, daß Präsident Roosevelt mit ihm über die Flottenprogramme der Mächte gesprochen habe. Bei dieser Gelegenheit habe er sich mit besonderem Nachdruck gegen den Bau von Schlachtschiffen, wie ihn England durch die Dreadnought-Klasse inauguriert habe, ausgesprochen, da zu erwarten stände, daß die Mächte versuchen würden, sich im Bau ähnlicher ungeheuer kostspieliger Schiffe zu überbieten. Um dies zu verhindern, habe ihn der Präsident gebeten, bei Seiner Majestät dem Kaiser anzuregen, ob Seine Majestät geneigt sein würden, mit ihm vereint eventuell unter Hinzuziehung Frankreichs bei nächster Haager Konferenz zu beantragen, daß in Zukunft das Deplacement aller Schlachtschiffe 15000 Tonnen nicht übersteigen dürfe. Der Präsident glaube, daß die liberale Regierung Englands einen solchen Vorschlag gutheißen und daß auch Japan sich demselben anschließen würde. Herr Roosevelt halte dies für das einzige praktische Mittel, um die ungeheuren Ausgaben für Kriegszwecke in Zukunft zu limitieren. Der Präsident habe gebeten, ihm demnächst eine Mitteilung über die Aufnahme seines Vorschlags zukommen zu lassen.

Ew. pp. Erwägung stelle ich ergebenst anheim, ob nicht über diese Angelegenheit am besten vom dortseitigen Ressort Seiner Majestät des Kaisers und Königs Entscheidung einzuholen sein dürfte. Nach diesseitiger Ansicht würde, ohne den allerhöchsten Entschließungen vorgreifen zu wollen, dem Präsidenten anheimzugeben sein, sich mit seinem Vorschlage zunächst an England und Japan zu wenden, die, soweit hier bekannt, im Bau von großen Schlachtschiffen am weitesten vorangeschritten sind, und ohne deren Zustimmung eine dahin zielende Abrede der anderen Mächte völlig wertlos sein würde. Dem Präsidenten, der sich bekanntlich auf seine Kenntnisse in Marinefragen besonders viel einbildet und sich mit Vorliebe mit ihnen beschäftigt**, könnten bei der zu erteilenden Antwort einige ganz unverbindliche Worte der Anerkennung über seine Idee gesagt werden.

---

* Telegramm Nr. 170 vom 6. September 1906.

** Über sein eigenes Flottenprogramm äußerte sich Roosevelt gegenüber dem deutschen Botschafter am 3. September dahin: „Die Weltlage veranlasse ihn nicht, von seinen früheren Entschlüssen abzugehen. Eine Riesenflotte brauche Amerika nicht; vierzig gepanzerte Schiffe genügten für seine Marine. Er lege besonderen Wert auf den schnellen Ersatz von alten Typen, deren Gefechtswert stark gelitten hat." Bericht Freiherrn von Sternburgs Nr. A 136 vom 12. September 1906.

Einer Mitteilung über Ew. pp. Entschließungen sowie eventuell über die von Seiner Majestät dem Kaiser geäußerte Ansicht darf ich demnächst entgegensehen.

Tschirschky

Nr. 7818

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg, z. Z. in Manchester (Mass.), an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 182 Manchester, Mass., den 9. Oktober 1906

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 170 vom 6. September*.

Präsident hat nunmehr den König von England und den König von Italien aufgefordert, seinen beabsichtigten, auf Herabsetzung des Deplacements von Schlachtschiffen hinzielenden Vorschlag auf Haager Konferenz zu unterstützen**. Sobald französischer Botschafter von Urlaub eintrifft, beabsichtigt Präsident, durch diesen französische Regierung gleichfalls aufzufordern, diesen Plan zu unterstützen.

Sternburg

Nr. 7819

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky

Ausfertigung

Ganz geheim Berlin, den 10. Oktober 1906

Auf das gefällige Schreiben vom 7. September 1906***.

Euer Exzellenz beehre ich mich mitzuteilen, daß ich von dem Vorschlage des Präsidenten Roosevelt, betreffend Deplacementsbeschränkung,

---

* Vgl. Nr. 7817, Fußnote*.

** Der König von Italien wäre sicherlich bereit gewesen, auf den Rooseveltschen Gedanken einzugehen. Am 2. Januar 1907 äußerte sich Viktor Emanuel zu Botschafter Graf Monts: Wenn jetzt die Nationen fortführen, sich in Erzeugung von Schiffsungetümen zu überbieten, so würden auf die Dauer keine Finanzen dies aushalten können. Das größte jetzt von Japan gebaute Kriegsschiff der Welt käme 50 Millionen Francs. Sein Land aber könne jährlich nicht mehr wie 30 Millionen auf Neubauten verwenden. Ob es nicht tunlich wäre, durch internationales Abkommen der Größe und Tonnenzahl der Kriegsschiffe eine Maximalgrenze zu setzen? Bericht Monts Nr. 3 vom 6. Januar 1907.
Wie König Eduard VII. den Rooseveltschen Vorschlag aufgenommen hat — falls er auch an ihn gelangt ist —, ist nicht bekannt geworden. Keinenfalls ist die englische Admiralität oder das englische Kabinett willens gewesen, die einmal durch den Dreadnoughtbau erlangte Superiorität in Größe und Tonnenzahl der Kriegsschiffe aufzugeben.

*** Siehe Nr. 7817.

Seiner Majestät dem Kaiser gelegentlich des Vortrags in Rominten Meldung erstattet habe.

Seine Majestät haben zu der angeregten Frage nicht Stellung genommen und auch keine weiteren Direktiven für deren Behandlung erteilt.

Euer Exzellenz muß ich daher anheimstellen, das Weitere von dort zu veranlassen.

Die von Euer Exzellenz in Vorschlag gebrachte Behandlung der Frage halte auch ich für die zweckmäßigste. Ich möchte jedoch noch hinzufügen, daß gerade jetzt besondere Vorsicht am Platze ist, da Seine Majestät soeben eine erhebliche Deplacementsvermehrung unserer großen Kreuzer über das Maß von 15000 Tonnen hinaus genehmigt haben.

v. Tirpitz

Nr. 7820

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Pourtalès an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 13. Oktober 1906

Wie Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät bereits durch Allerhöchstdero Staatssekretär des Reichsmarineamts gemeldet worden ist, hat Präsident Roosevelt sich dem Freiherrn Speck von Sternburg gegenüber mit besonderem Nachdruck gegen den Bau von Schlachtschiffen, wie ihn England durch die Dreadnought-Klasse inauguriert, ausgesprochen und gleichzeitig die Frage angeregt, ob Euere Majestät geneigt sein würden, mit ihm vereint, eventuell unter Hinzuziehung Frankreichs, auf der nächsten Haager Konferenz gegen den Bau weiterer Schlachtschiffe von mehr als 15000 Tonnen Deplacement Stellung zu nehmen.

Nach der ehrfurchtsvoll beigefügten weiteren Meldung Allerhöchstdero Botschafters in Washington vom 9. d. Mts. hat der Präsident nunmehr den König von England und den König von Italien ersucht, seinen Plan auf der Haager Konferenz zu unterstützen, und beabsichtigt, das gleiche Ersuchen auch an die französische Regierung durch deren Botschafter zu richten, sobald dieser vom Urlaub nach Washington zurückgekehrt sein wird.

Euere Kaiserliche und Königliche Majestät wage ich hiernach alleruntertänigst um huldreiche Weisung zu bitten, ob und eventuell in welchem Sinne die Anfrage des Präsidenten Roosevelt beantwortet werden soll.

F. Pourtalès

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:

Ablehnen! Jeder Staat baut das was ihm paßt! Geht keinen Andern was an!
15/X 1906 W.

Nr. 7821

Der Stellvertretende Staatssekretär Graf von Pourtalès an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Telegramm. Konzept

Nr. 194
Geheim.

Berlin, den 16. Oktober 1906

Antwort auf Telegramm Nr. 182*.

Seine Majestät hat Vorschlag des Präsidenten abgelehnt.

Ich vertraue, daß es Euerer Exzellenz bewährten Geschicklichkeit gelingen wird, diese Angelegenheit Roosevelt gegenüber in einer Weise zu behandeln, die Mißstimmung bei ihm nicht aufkommen läßt. Vielleicht empfiehlt es sich, dem Präsidenten auf eventuelle erneute Anregung der Frage unter Anerkennung der dadurch zum Ausdruck gebrachten guten Absicht und seines einsichtsvollen Wirkens in Marinesachen ausweichend zu erwidern, daß zunächst Zustimmung von England und Japan zu seinem Vorschlag erforderlich erscheint, da diese Mächte im Bau von Schlachtschiffen am weitesten vorgeschritten seien und ohne deren Zustimmung eine dahingehende Abrede der anderen Mächte völlig zwecklos sein würde.

Pourtalès

Nr. 7822

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 190

Washington, den 24. Oktober 1906

Antwort auf Telegramm Nr. 194**.

Habe Angelegenheit mit Präsident Roosevelt in durchaus zufriedenstellender Weise besprochen und erledigt, indem ich antiamerikanische Stimmung in Japan benutzte. Präsident schließt sich in Angelegenheit Ansicht Seiner Majestät des Kaisers vollkommen an.

Sternburg

Nr. 7823

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Ganz geheim

Washington, den 4. Januar 1907

Für den Herrn Staatssekretär.

Herr Carnegie, intimer Freund und Berater des Präsidenten, kam

---

* Siehe Nr. 7818.
** Siehe Nr. 7821.

gestern nach Washington, um Präsident und Staatssekretär folgende Mitteilung zu machen: Ein Mitglied des englischen Kabinetts habe ihm versichert, daß englische Regierung aus bester Quelle Information habe, daß Seine Majestät der Kaiser und König Zusammenkunft nächster Haager Konferenz opponiere und diese zu vereiteln strebe. Diese Meldung habe das deutschfreundliche Kabinett und andere leitende Männer Englands, welche eifrig bestrebt seien, Beziehungen zu Deutschland zu bessern, sehr verstimmt. Seine Majestät der Kaiser hätten ferner bemerkt, daß höchstderselbe nicht die britische Flotte fürchte, sondern sein Flottenprogramm jetzt gegen Flotte der Vereinigten Staaten richte. Herr Carnegie sagte mir im strengsten Vertrauen, daß er es für seine Pflicht gehalten hätte, diese Meldung dem Präsidenten mitzuteilen, der wie der Staatssekretär seine Verwunderung und sein tiefes Bedauern über dieselbe ausgesprochen hätten, zumal da Präsident auf das eifrigste bemüht gewesen sei, auf nächster Haager Konferenz Hand in Hand mit Deutschem Kaiser zu gehen. Herr Carnegie, der ein warmer Freund Deutschlands und großer Verehrer Seiner Majestät des Kaisers sei, hofft, daß es vielleicht möglich sein wird, Klarheit über diese Angelegenheit zu bekommen, betonte aber nochmals, daß Meldungen, die er in London erhalten habe, auf positivster Basis beruhten. Er bedauere diesen Vorfall besonders, weil Staatssekretär ganz kürzlich Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland in sehr optimistischem Ton besprochen und die feste Zuversicht ausgesprochen habe, daß beide Länder zu einer zufriedenstellenden Einigung gelangen würden. Was Reduktion der Kriegsflotten beträfe, bemerkte noch Herr Carnegie, wäre man hier durchaus gegen den Wunsch Englands, diese auf kommender Haager Konferenz zu erörtern, da Englands Flotte den Flotten der fünf europäischen Großmächte gegenüber viel zu mächtig sei.

Sternburg

Nr. 7824

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Telegramm. Konzept

Nr. 2 Berlin, den 5. Januar 1907
Geheim

Auf Telegramm vom 4. d. Mts.*.
Selbst oder durch Botschaftsrat entziffern.
Euer pp. wollen sofort folgendes Telegramm Seiner Majestät des Kaisers an Präsident Roosevelt persönlich überreichen:

---

* Siehe Nr. 7823.

„Mr. President.

My Ambassador at Washington has telegraphed quite confidentially to my Secretary of State what Mr. A. Carnegie has told you and Secretary Root about my opposition against the next Hague Peace Conference.

All Mr. Carnegie has heard in London are foul and filthy lies, the aim of which is but too clear: to sow distrust between us two. It is the most unheard of intrigue ever set up against me and the German Empire. I trust that you did not for a moment believe that it could be true.

Since I met King Edward at Friedrichshof I have not discussed in words or writing with anybody the Hague Conference. At Friedrichshof the Conference question was discussed by the King in the presence of my Secretary of State and Sir Charles Hardinge as well as Sir Frank Lascelles and immediately afterwards a memorandum about our discussion was drawn up*. According to this memorandum which I have before me in writing this telegram, the King himself took the initiative in telling me that he intirely disapproved of the New Conference and that he considered it as a „humbug". The King told me that he not only thought the Conference useless, as nobody would, in case of need, feel bound by its decisions, but even as dangerous. It was to be feared that instead of harmony more friction would be the result.

In answer I did not conceal to His Majesty that I am not enthusiastic about the Conference and I especially told the King and Sir Charles Hardinge that Germany could not recede from her naval programme laid down six years ago, but that Germany did not build up a fleet with aggressive tendencies against any other power; she did so only in order to protect her own territory and commercial interests. So far the memorandum.

It is really too absurd to believe me so deprived of all common sense as to build my fleet against you!

I have not changed my attitude since last year when I was ready and prepared to go to the Hague Conference. As you will remember the Conference was adjourned at your own wish. At your request I used my good offices with Russia to postpone the meeting in order to enable the South-American Republics to take part in the Hague Conference which they would not have been able to do had the Pan-American Congress and the Hague Conference been held almost at the same time.

Wilhelm I. R."

Bei Besprechung mit Präsident stelle ich anheim, noch folgende Gedanken zu verwerten.

Der von England gewählte Kanal durch Carnegie ist besonders perfide ausgedacht, um so den ritterlichen Präsidenten unter dem Deckmantel der Freundschaft gegen die Person unseres allergnädigsten Herrn zu beeinflussen.

---

* Siehe Nr. 7815.

Das ganz unmotivierte Hineinziehen der Handelsvertragsverhandlungen ist ein weiterer Belag dafür, daß es den Drahtziehern in London darauf ankommt, das sich wärmer gestaltende Verhältnis zwischen uns und Amerika zu stören, auf das England schon längst, besonders seit der Sendung Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Heinrich, mit scheelen Augen blickt.

Wie hier von London her bekannt geworden ist, beabsichtigt England, die Haager Konferenz zu benutzen, um die englisch-amerikanischen Beziehungen auf Kosten der deutsch-amerikanischen zu verbessern. Es heißt, daß Mr. Bryce* als erster Delegierter Englands nach dem Haag gehen und sich möglichst mit den Vereinigten Staaten verständigen und amerikanischen Wünschen entgegenkommen soll. Sie können auch Präsident Roosevelt sagen, daß wir bereit wären, uns mit den Vereinigten Staaten über Fragen, die im Haag zur Sprache kommen werden, schon vorher zu besprechen. Auf diese Weise würde dem von Carnegie erwähnten Wunsche des Präsidenten entsprochen werden, möglichst mit uns auf der Konferenz Hand in Hand zu gehen; auch wäre dies das beste Mittel, um etwaiges Mißtrauen des Präsidenten zu bannen.

Aus Ew. Exzellenz Telegramm geht hervor, daß Präsident Roosevelt mit Ihnen noch nicht über die Angelegenheit gesprochen hatte. Seine Majestät ist peinlich davon berührt, daß Präsident die Frage nicht gleich mit Ihnen besprochen und anscheinend solchen Zettelungen Glauben geschenkt hat. Dies lediglich zu Ihrer persönlichen Information.

Es steht nichts entgegen, daß Sie Herrn Root und Carnegie von vorstehendem mündlich Kenntnis geben.

Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden 5/I 1907 W.

Nr. 7825

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 2 Washington, den 6. Januar 1907
Ganz geheim

Für den Herrn Reichskanzler.

Als ich Präsident heute aufsuchte, fing er sofort vom Tarif an zu sprechen, woraus ich ersah, daß er den Meldungen Carnegies keinen Wert beilegte. Als ich ihm dann Ursache meines Besuchs mitgeteilt hatte, bemerkte er folgendes: „Please tell His Majesty that story of Carnegie ran off my back like water off the back of a duck. I am growing too much accustomed to stories like this last. I have noticed that those amateur members of the

* Chefsekretär für Irland im Kabinett Campbell-Bannerman, kurz darauf (3. Februar 1907) zum Botschafter in Washington ernannt.

Liberal Cabinet in London are now using Carnegie to mislead me and to get Germany into trouble. I had no idea that Carnegie would go and tell his story to you, or else of course I should have spoken to you about it. I tell you confidentially that personally I have very little trust in the coming Hague Conference especially as the only idea I thought would be practical the limitation of displacement of war-ships had to be abandoned. I have just heard another tale about German designs on Cuba. The report says that four German spies and a Japanese has been arrested [at] Moro castle. This has convinced those who sent me the report that Germany and Japan are preparing for an attack on Cuba. I am getting rather tired of these old stories of utter nonsense in which I never have believed and never shall believe. The first thing I shall do when Bryce arrives here is that I shall request him to give a distinct warning to that Liberal Cabinet to be more cautious in the future in the way they spread their political gossip. I know Carnegie also told his story to Root, but I did not even consider it worth while to mention the matter to Root. Tell His Majesty what pleasure His letter has given to me and say that I shall answer it personally."

Als ich Präsident darauf hinwies, daß ich den Äußerungen Carnegies entnehmen mußte, daß sowohl er als auch Staatssekretär die fraglichen Mitteilungen einigermaßen ernst genommen hätten, bemerkte Präsident, daß er Carnegie klar zu verstehen gegeben habe, daß er seinen Mitteilungen keinen Wert beimesse. Er werde es in Zukunft überhaupt unterlassen, politische Fragen mit diesem zu erörtern.

Nach vorstehendem scheint es, daß Carnegie bewußt oder unbewußt die Wirkung seiner Mitteilungen auf Präsident überschätzt hat. Mir gegenüber war er diesbezüglich sehr emphatisch. Jedenfalls dürfte der ganze Vorgang das äußerst wertvolle Resultat gehabt haben, die Stellungnahme des Präsidenten zu englischen Intrigen, die in letzten Monaten besonders rege gewesen sind, klar zu kennzeichnen. Die in Euerer Durchlaucht Telegramm angedeutete Tätigkeit Herrn Bryces dürfte sich dagegen hierdurch bedeutend erschwert finden.

Sternburg

Nr. 7826

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika Theodore Roosevelt an Kaiser Wilhelm II.

Eigenhändiger Privatbrief

White House, Washington, Jan. 8th 1907

My dear Emperor William,

There need never be so much as a moment's uneasiness on your part lest I should be misled by such a story as that which Mr. Carnegie repeated, first to me, and then — extraordinary to relate — to your Ambassador.

Beyond a moment's wonder as to why, and in what form, the story was originally told Carnegie, and as to whether or not the original narrator himself believed it, I never gave the matter a second thought, until Speck spoke to me about it; I did not even mention it to Root. It is a story of a very common type. I am always being told of Japanese or German or English spies inspecting the most unlikely places — the Moro castle at Havana, for instance, or some equally antiquated and indefensible fort; and now and then I learn of a high official in some West Indian island or South American republic who has been thrown into a fever by the (wholly imaginary) information that an agent of mine has been secretly inspecting his dominions. I have no time to devote to thinking of fables of this kind; I am far too much occupied with real affairs, both foreign and domestic. Your Majesty may rest assured that no such tale as this of your building your fleet „against America" will ever cause me more than goodnatured amusement.

I have entire confidence in your genuine friendliness to my country, and I am glad to say that during the last five years there has been in America a steady growth of good will towards Germany. Primarily owing to your attitude, the relations of the two countries have been placed on an excellent footing. Let me add a word of hearty praise for the share which, under Your Majesty, Baron Sternburg has had in bringing about this happy result. He has more than justified your choice; for while jealously guarding the honor and interest of Germany, he has sought every opportunity to give Americans a feeling of confidence in and regard for Germany.

Such an attitude of credulous and unreasoning distrust as that portrayed in the tale Carnegie repeated is found here and there in every country at different times; there are always international backbiters who appeal to international suspicion. Do you remember in Thackerays „Book of Snobs" the snob of the London clubs who is always repeating gossip and slander about foreign nations? It was sixty years ago when Thackeray wrote of him: „He is the man who is really seriously uncomfortable about the designs of Russia and the atrocious treachery of Louis Philippe. He it is who expects a French fleet in the Thames, and has a constant eye on the American President, every word of whose speech (goodness help him!) he reads... Lord Palmerston's being sold to Russia, the exact number of roubles paid, by what house in the city, is a favorite theme with this kind of snob." The type is not extinct yet in England; nor in my own and other countries, for that matter.

Let me repeat that no distrust will be sown between Germany and America by any gossip; I sincerely believe that the growth of good feeling between the two nations is steady and permanent.

Your suggestion about my sending tariff experts to Germany to discuss the tariff questions between the two countries has proved admirable, and I hope for the best results therefrom.

With high regard, believe me very faithfully yours

Theodore Roosevelt

Nr. 7827

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 31 Washington, den 19. Februar 1907

Da Präsident mir gegenüber Gespräch nochmals auf Herrn Carnegies Mitteilungen lenkte, konnte ich in ganz unauffälliger Weise bemerken, daß es interessant wäre zu wissen, von wem die Information stammt. Präsident antwortete: „Wenn ich nicht ganz irre, war es Sir H. Campbell-Bannerman; Sir E. Grey war es nicht. Ich werde aber Carnegie noch einmal fragen, wenn sich eine Gelegenheit bietet."

Sternburg

Kapitel CLXVIII

Programm und Vorbereitung der Konferenz 1907

Nr. 7828

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Wien Grafen Karl von Wedel

Telegramm. Konzept

Nr. 2 Berlin, den 2. Januar 1907

Russischer Minister des Äußern hat bei Anwesenheit in Berlin* angeregt, durch mündliche Besprechung zwischen deutschem und russischem Sachverständigen gemeinsames Vorgehen Deutschlands und Rußlands auf zweiter Haager Friedenskonferenz vorzubereiten. Wir haben uns hiermit einverstanden erklärt, möchten indes vorher Ansicht dortiger Regierung zu den einzelnen Punkten russischen Konferenzprogramms kennen lernen und so zunächst mit Österreich-Ungarn Fühlung nehmen.

Um Euere Exzellenz über Stellung Kaiserlicher Regierung zu den verwickelten völkerrechtlichen Fragen Konferenzprogramms eingehend zu informieren, beabsichtige ich, hiesigen Referenten, Geheimen Legationsrat Kriege, nach Wien zu entsenden. Dieser würde alsdann unter Ihrer Leitung und, soweit Sie dies für angezeigt erachten, in Ihrer Gegenwart die einzelnen Punkte mit Referenten im dortigen Ministerium besprechen können. Herr Kriege steht von Mitte Januar zur Verfügung. Sein Reisezweck dürfte selbstverständlich in Öffentlichkeit nicht bekannt werden.

Im Falle Einverständnisses Euerer Exzellenz bitte ich, in diesem Sinne alsbald mit dortiger Regierung mündlich und streng vertraulich in Verbindung zu treten. Ergebnis drahten.

Bülow

Nr. 7829

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Kriege

Reinschrift

Berlin, den 5. Januar 1907

Der russische Minister des Äußern hat bei seiner Anwesenheit in Berlin dem Herrn Unterstaatssekretär gegenüber angeregt, durch münd-

* Der russische Minister des Äußern Iswolsky hatte vom 28. bis 30. Oktober 1906 in Berlin geweilt. Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CLXXXVI, Nr. 8649.

liche Besprechungen zwischen einem deutschen und einem russischen Sachverständigen ein gemeinsames Vorgehen Deutschlands und Rußlands auf der zweiten Haager Friedenskonferenz vorzubereiten; als russischen Sachverständigen hat er den Geheimen Rat Professor von Martens bezeichnet. Der Herr Unterstaatssekretär hat sich mit diesen Anregungen einverstanden erklärt und als deutschen Sachverständigen den Referenten* benannt. Herr von Iswolsky will seinerzeit weitere Vorschläge wegen Zeit und Ort der Besprechungen machen. Diese Vorschläge werden daher zunächst abzuwarten sein.

Der Kaiserliche Gesandte von Schlözer ist bei seiner Anwesenheit in Berlin durch den Referenten von der Sachlage mündlich in Kenntnis gesetzt worden.

Kriege

Nr. 7830

Der Botschafter in Wien Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 6 Wien, den 13. Januar 1907

Mit Freiherrn von Aehrenthal, der vorgestern aus Budapest hierher zurückgekehrt ist, habe ich gestern abend über den in Euerer Durchlaucht Telegramm Nr. 2 vom 2. Januar** gemachten Vorschlag in streng vertraulicher Weise gesprochen. Der Minister erklärte mir, er begrüße und akzeptiere diesen Vorschlag mit besonderer Freude. Da er indessen bisher von der Ansicht ausgegangen sei, daß eine Vertagung der Konferenz auf nächstes Jahr stattfinden würde, müsse er zunächst den Referenten anweisen, das Programm im Verein mit dem Professor Lammasch zu bearbeiten. Sowie diese Bearbeitung weit genug fortgeschritten sei, werde er mich benachrichtigen, damit ich den Geheimen Legationsrat Dr. Kriege zu der in Aussicht genommenen Besprechung einladen könne. Er würde es, fügte der Minister hinzu, für nützlich halten, wenn die Kaiserliche und die österreichisch-ungarische Regierung nach unter sich hergestellter Verständigung gemeinsam mit der russischen in Verbindung träten, um auch mit dieser ein Einvernehmen über die auf der Konferenz zu beobachtende Haltung zu erzielen. Man brauche dabei in Petersburg gar nicht wissen zu lassen, daß wir uns bereits verständigt hätten. Überhaupt, fuhr Freiherr von Aehrenthal fort, erachte er es für zweckmäßig, wenn wir beide von Haus aus dahin strebten, auf der Konferenz eine feste Gruppe um uns zu bilden, um uns dadurch einen möglichst entscheidenden Einfluß auf die Beschlüsse der Konferenz zu sichern.

---

* Nämlich Kriege.
** Siehe Nr. 7828.

Der Minister erzählte mir sodann, Marquis de Reverseaux*, der unmittelbar vor mir bei ihm war, habe ihn gefragt, ob Österreich-Ungarn einen Admiral nach dem Haag zu schicken beabsichtige. Er hätte darauf, weil er sich mit der Frage noch gar nicht beschäftigt, keine Antwort geben können, doch erscheine ihm diese Idee als zweckmäßig. Der französische Botschafter habe danach bemerkt, daß der englische, die Rüstungen betreffende Vorschlag auf der Konferenz nicht zur Verhandlung gelangen werde.

Inzwischen habe der englische Friedensapostel Mr. Stead ihm, Freiherrn von Aehrenthal, seinen demnächstigen Besuch angemeldet, er gedenke indessen den Herrn nicht zu empfangen, sondern ihn an einen seiner Sektionschefs zu verweisen**.

Wedel

Nr. 7831

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Telegramm. Konzept

Nr. 7 Berlin, den 20. Januar 1907

Russische Regierung kündigt uns das demnächstige Eintreffen des bekannten russischen Völkerrechtslehrers von Martens bei uns an, welcher von ihr nach verschiedenen Hauptstädten entsandt wird, um die Fragen der zweiten Haager Konferenz zu besprechen und womöglich eine vorbereitende Verständigung herbeizuführen. Es liegt auf der Hand, daß wir uns nicht weigern können, mit Martens in Besprechungen einzutreten. Wir werden aber, unserer dem Präsidenten Roosevelt gegebenen Zusage gemäß, die amerikanische Regierung über die Besprechungen auf dem laufenden halten. Auch sind wir selbstverständlich nach wie vor gern bereit, wenn die dortige Regierung das wünschen sollte, mit ihr die einzelnen einschlägigen Fragen vertraulich zu erörtern.

Bitte Präsidenten hiernach zu verständigen.

Tschirschky

* Französischer Botschafter in Wien.

** Nach einem Berichte Graf Wedels vom 27. Januar (Nr. 35) hätte Freiherr von Aehrenthal den Besuch Steads, der damals eine Rundreise durch eine Reihe europäischer Staaten im Hinblick auf die bevorstehende zweite Haager Konferenz unternahm, doch entgegengenommen: „Der Minister bemerkte dabei, der genannte Engländer sei ihm allerdings als ein Phantast erschienen, doch vermöge er sich nichtsdestoweniger dem Eindrucke nicht zu entziehen, daß derselbe in einer Art von Auftrag des englischen Premierministers und Sir Edward Greys reise, um zu sondieren, ob sich das russische Programm für die Haager Konferenz nicht erweitern lasse.“ Am 30. Januar wurde Stead in Berlin vom Fürsten Bülow empfangen, jedoch sprach sich dieser ebenso wie vor ihm Baron Aehrenthal entschieden gegen eine Erweiterung des Konferenzprogramms aus, das sowieso schon sehr überlastet sei.

Nr. 7832

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 10 Washington, den 22. Januar 1907
[aufgegeben am 23. Januar]

Antwort auf Telegramm Nr. 7 vom 20. Januar*.

Präsident teilt mir mit, daß von Martens Besprechungen mit Tower** haben wird, von denen er jedoch nicht viel erwartet. Er glaubt, daß von Martens sich den deutschen Herren gegenüber freier aussprechen wird. Präsident hat mich beauftragt, für die ihm gegebene Zusage, ihn über Besprechungen auf dem laufenden zu erhalten, seinen Dank auszusprechen, und ist gleichfalls gern bereit, die einzelnen einschlägigen Fragen vertraulich mit uns zu erörtern.

Sternburg

Nr. 7833

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Rom, den 22. Januar 1907

Euerer Durchlaucht beehre ich mich eine Aufzeichnung über eine Unterredung*** gehorsamst einzureichen, welche ich gestern mit meinem amerikanischen Kollegen† hatte, und welcher ich demselben gegenüber einen streng vertraulichen und rein privaten Charakter ausdrücklich gewahrt habe.

Mein Eindruck ist der, daß Präsident Roosevelt nicht locker lassen wird, sei es nun, daß ihm der Nobelpreis zu Kopfe gestiegen††, sei es, daß er tatsächlich dem Druck der öffentlichen Meinung in Amerika nachgeben muß. Die Wahl des Herrn White zum Internuntius könnte auffallen. Wie mir derselbe mit der Bitte um absolute Diskretion mitteilt, genieße Herr Tower nicht das besondere Vertrauen des Präsidenten. Man wisse indes, daß derselbe im höchsten Grade persona grata bei unserem Hofe wäre, weshalb jeder Gedanke an eine Amovierung desselben fortfiele. Aber grade zu persönlichen und delikaten Aufträgen wäre derselbe nicht geeignet, da ihm eben die Fühlung mit dem Präsidenten abgeht. Es ist also immerhin möglich, daß Herr White seine für Mitte

---

* Siehe Nr. 7831.
** Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin.
*** Siehe Anlage.
† H. White.
†† Vgl. dazu Theodore Roosevelt, An Autobiography, p. 587.

bis Ende Februar angesetzte Abreise doch noch über Berlin nehmen und sich bei Seiner Majestät zum Anwalt der Ideen des Herrn Roosevelt machen wird.

Zum Schluß bemerke ich noch gehorsamst, daß mir vor einiger Zeit mein russischer Kollege* von den Intentionen der Friedensfreunde sprach. Nach seiner Ansicht seien dieselben ungefährlich, es seien Utopien, die bei jeder praktischen Inangriffnahme in nichts zerfließen würden. Er, Murawiew, begreife daher nicht, weshalb man in Berlin sich so sehr gegen eine Erweiterung des Programms sträubt.

Monts

Anlage

Rom, den 21. Januar 1907

Schon seit einigen Tagen hatte der mir befreundete amerikanische Botschafter sichtlich mir gegenüber etwas auf dem Herzen. Heute erschien derselbe bei mir, um folgende freundschaftliche und ganz vertrauliche Mitteilung zu machen.

Aus Washington hätte er die Weisung erhalten, sich in Sachen der Haager Friedenskonferenz nach Berlin zu begeben und eine Audienz bei Seiner Majestät dem Kaiser nachzusuchen. Anfänglich sei ihm diese Mission plausibel erschienen, jetzt aber wären ihm Zweifel gekommen, einmal seines Kollegen Tower, dann der Franzosen halber. So gern er auch sich unserem allergnädigsten Herrn vorgestellt und bei dem Herrn Reichskanzler für die freundlichen, ihm gewidmeten Worte** persönlich bedankt hätte, habe er doch gebeten, ihn von dieser Mission zu entheben. Abgesehen von allem andern wäre auch die ihm gestellte Aufgabe eine sehr schwere, wenngleich er fest entschlossen gewesen, in Berlin über die Lage der Dinge in Amerika keinen Zweifel zu lassen.

Wie ich wisse, seufze man allgemein unter den immer stärker drückenden Kriegsbudgets. Dazu komme, daß sich allmählich in England und vor allem auch in Amerika eine starke Friedensbewegung geltend macht. Man könne über dieselbe denken, wie man wolle, er für seine Person glaube ebensowenig an die Möglichkeit von Abrüstungen wie an die der Ausschaltung der Kriege aus dem Leben der Nationen. Der praktische Staatsmann, zumal in demokratischen Ländern, müsse aber mit der Stimmung der Massen rechnen. Präsident Roosevelt habe dies richtig erkannt und sich entschlossen, persönlich für eine Verbreiterung des Programmes der Haager Konferenz einzutreten. Es sei richtig, daß die vier Punkte*** von allen Mächten angenommen sind und daher jede Macht durchaus be-

---

* Murawiew.

** Sie betrafen die von Botschafter H. White auf der Algeciraskonferenz gespielte Rolle.

*** Nämlich des russischen Konferenzprogramms. Vgl. Kap. CLXVII, Nr. 7805, Anlage.

rechtigt ist, ihre Zustimmung zu einer nachträglichen Erweiterung dieses Programms zu versagen. Man nehme ferner in Washington an, daß einer etwa ablehnenden Haltung Deutschlands sich Österreich-Ungarn und auch Rußland anschließen wird. Beide Mächte, so glaube man, würden aber nur unter Verklausulierungen und in der Weise zu Deutschland halten, daß das Odium des Scheiterns der Konferenz allein auf Deutschland fällt. Nach des Präsidenten Ansicht würde das Ergebnis eine neue Isolierung Deutschlands bedeuten und eine Abkehrung der öffentlichen Meinung in Amerika und Europa von uns, die Herr Roosevelt als Bewunderer des deutschen Genius und Freund des Deutschen Kaisers vermieden zu sehen wünscht.

In meiner Erwiderung hob ich zunächst hervor, daß diese offenen Erklärungen Whites mir ein neuer Beweis der Freundschaft Amerikas und seines Präsidenten wären, die mein Kaiser und meine Regierung so besonders hoch einschätzten. Ich könnte mich vollkommen in den Gedankengang und die Lage des Herrn Präsidenten versetzen. Auf amerikanischer Seite möge man sich aber auch in unsere Position etwas hineindenken. Nordamerika sei zu Land unangreifbar, wir aber hielten uns inmitten eines von Waffen starrenden Europa doch eben nur durch die Macht unserer gefürchteten Waffen aufrecht. Wir wären eingekeilt zwischen die nach uns zwei größten Militärmächte der Welt. Der französische Bürger und Bauer, der schließlich die Zeche zahlen müsse, sei gewiß friedfertig, aber in dem leicht erregbaren Lande könne, wie die Geschichte erweise, eine Handvoll ehrgeiziger Toren im Besitze der Regierungsgewalt mit Leichtigkeit den Krieg entfachen. Die Unsicherheit der Lage in Rußland sei auch in Amerika nicht unbekannt; es könnte zum Beispiel der Panslawismus dort wieder Oberwasser bekommen, der bekanntlich stets seine Spitze gegen das Germanentum gerichtet hat. Wie sich England und sein Herrscher zu uns oft stelle, würde er als genauer Kenner der englischen Dinge und vorurteilsfreier Beurteiler der Lage in Europa, Asien und Afrika wohl auch bemerkt haben. Abgesehen hiervon müsse die Kaiserliche Regierung auf die Stimmung im eigenen Lande Rücksicht nehmen, dessen beste Elemente internationalen Vereinbarungen über Abrüstungen keineswegs sympathisch gegenüberständen. Man würde sogar bei uns bei der jetzt vorhandenen großen Reizbarkeit des Nationalgefühls vielfach schon einen anglo-amerikanischen Abrüstungsvorschlag als Demütigung ansehen, namentlich wenn etwa Rüstungsbeschränkungen auf maritimem Gebiet beraten werden sollten.

Herr White knüpfte hieran an und sagte, daß auch Amerika nicht gesonnen wäre, sich Beschränkungen betreffs der Schiffsbauten unterzuordnen. Der ganze Abrüstungsvorschlag gehe ja überhaupt nur von Idealisten aus, die vielfach die Wirklichkeit der Dinge, die Geschichte und die sich trotz allem kreuzenden Interessen der großen staatlichen Gemeinwesen nicht kennten. Indes wäre die Bewegung in der anglo-amerikanischen Welt so groß, daß ihr unter allen Umständen ein Ventil

geöffnet werden muß. Herr Root zum Beispiel scheine sich die Sache so zu denken, daß man im Haag zunächst nur Resolutionen beschließe, welche die einzelnen Teilnehmer einlüden, die Abrüstungsfrage zu studieren. Die betreffenden Elaborate sollten dann einer in etwa vier bis fünf Jahren neu zusammentretenden Konferenz als zu debattierendes Material unterbreitet werden. Auch in England hätten die leitenden Staatsmänner nichts anderes im Sinne. Bei seiner Rückkehr von Amerika habe er, White, jetzt einige Tage in London Station gemacht und dort mit den ihm befreundeten Ministern unter anderem auch über das Abrüstungsthema Rücksprache genommen. Speziell Herr Haldane hätte mit ihm ausführlich über die Sache geredet. Noch sehr unter dem Eindruck des ihm von Seiner Majestät dem Kaiser bereiteten ausgezeichneten Empfanges* habe der Minister ihm doch nicht sein Bedauern verhehlt, daß man in Berlin der Friedensbewegung absolut ablehnend gegenübersteht. Den englischen Liberalen aber läge nichts ferner wie eine Demütigung Deutschlands; im Gegenteil wären sie überzeugt, daß die Zukunft der Welt auf den drei großen protestantischen Kulturstaaten Amerika, England und Deutschland beruht. Präsident Roosevelt teile diese Meinung und wäre jederzeit bereit, auf London und Berlin ausgleichend einzuwirken.

Ich entgegnete, daß wir mit dem Herrscher Englands in neuerer Zeit sicher keine besonders erfreulichen Erfahrungen gemacht hätten, und daß jedenfalls bei uns Herrn Roosevelt ein ganz anderes Maß von Vertrauen entgegengebracht wird wie Seiner Majestät dem König Eduard. Alles, was von amerikanischer Seite zu uns käme, würde stets den vortrefflichen Beziehungen der beiden Völker entsprechend mit besonderer Rücksicht geprüft und behandelt. Ich wäre gar nicht in die Haager Frage eingeweiht und in keiner Weise ermächtigt, eine Meinung abzugeben; daher könnte ich ihn, Herrn White, nur bitten, meine Äußerungen als die eines Freundes zum Freunde und private zu betrachten. Vielleicht fände Herr Roosevelt in seiner erprobten staatsmännischen Weisheit Modalitäten, die für uns eine Erweiterung des Haager Programms möglich erscheinen ließen. Vielleicht auch böte Amerika uns Garantien dafür, daß wir bei eventueller akademischer Beratung des Abrüstungsproblems nicht isoliert werden. Denn wie die Erfahrung lehrt, wäre die Presse beider Hemisphären nur zu gern bereit, immer den Deutschen die Schuld in die Schuhe zu schieben, wenn irgendein internationaler Mißklang entsteht.

Herr White, der jetzt auf einige Tage nach Florenz geht, um ein vor seiner Versetzung für seinen Frühjahrsaufenthalt geschlossenes Mietsverhältnis aufzulösen, versprach die Unterredung mit mir als eine streng vertrauliche zu behandeln, doch würde er dem Präsidenten Roosevelt meine Ideen als von sich ausgehend unterbreiten.

Monts

---

* Vgl. Kap. CLXVII, Nr. 7816 und Bd. XXI, Kap. CLV, Nr. 7198ff.

Nr. 7834

Der Botschafter in Wien Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 18 Wien, den 26. Januar 1907

Herr von Mérey sagt mir soeben, daß Freiherr von Aehrenthal den von ihm, dem Sektionschef, in unserer vorgestrigen Besprechung* skizzierten Standpunkt billige. Danach betrachte man hier die Abrüstungsfrage als inakzeptabel sowohl als Programmpunkt wie als Thema einer offiziellen, im Protokoll zu vermerkenden außerprogrammatischen Diskussion. Das obligatorische Schiedsverfahren werde hier im Hinblick auf die benachbarten Balkanstaaten als durchaus inopportun und nachteilig betrachtet. Man befürchte indessen, daß eine schroffe Zurückweisung der Diskussion sich eventuell nicht werde durchführen lassen, weil das Programm dieselbe nicht prinzipiell ausschließe und das Argument des Rechts des Starken gegenüber dem Schwachen auf der Konferenz nicht verwertet werden könnne.

Die Drago-Doktrin** berühre nicht die hiesigen Interessen, weil Österreich-Ungarn auf dem Balkan nicht in die Lage kommen werde, finanzielle Forderungen durch Zwangsmaßregeln einzutreiben.

Da aber bei der Frage ernste Meinungsverschiedenheiten auftauchen könnten, wünsche man sie gleichfalls eliminiert zu sehen.

Man betrachte es daher als Aufgabe, auf die Präsidialmacht Rußlands dahin zu wirken, daß alle drei Punkte nicht nur nicht in das Programm aufgenommen, sondern auch von der Diskussion ausgeschlossen würden.

Herr von Mérey gab hieran anschließend seiner und seines Chefs Überzeugung dahin Ausdruck, daß Rußland eine Vertagung der Konferenz anrate. Geheimrat von Martens sei wohl in der Hoffnung nach Berlin gekommen, dort einem gewissen Widerstand zu begegnen, der die Handhabe für einen Aufschub biete. Nachdem er sich darin getäuscht, habe er die Absicht, zunächst Wien zu besuchen, zweifellos deshalb aufgegeben, weil er hier dieselben Dispositionen wie bei uns voraussetze, und es daher vorgezogen, zunächst in Paris und London das zu suchen, was er in Berlin nicht gefunden.

Wedel

---

* An der Besprechung zwischen Graf Wedel und von Mérey vom 24. Januar hatten deutscherseits noch der zu diesem Zweck nach Wien entsandte Geheime Legationsrat Kriege, österreichischerseits der Referent Ministerialrat Ritter von Weil und Professor Lammasch teilgenommen. Nach einer Aufzeichnung Krieges vom 31. Januar 1907 stellte sich bei der Besprechung ein weitgehendes Einverständnis der deutschen und der österreichischen Teilnehmer an der Besprechung heraus. Die eigentlich politischen Fragen (Abrüstung, obligatorische Schiedssprechung, Dragotheorie) wurden nach Angabe Krieges im wesentlichen von Graf Wedel und Sektionschef von Mérey allein besprochen.

** Vgl. darüber Nr. 7839.

Nr. 7835

*Der Botschafter in Petersburg von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow**

Ausfertigung

Nr. 31 St. Petersburg, den 28. Januar 1907

pp. Anknüpfend an die Abschiedsaudienz, welche Seine Majestät tags zuvor dem amerikanischen Botschafter von Lengerke Meyer gewährt, kam der Kaiser sodann auf den japanisch-amerikanischen Schulkonflikt** und überhaupt die japanische Gefahr zu sprechen. Die Amerikaner sähen dieser Gefahr sehr ernst entgegen, umsomehr als sie vor Vollendung des Panamakanals auch nicht entfernt in der Lage seien, der japanischen Seemacht im Stillen Ozean die Spitze zu bieten. Für Europa bedeute die Zuspitzung der Dinge zwischen Japan und Amerika allerdings eine nicht unwillkommene Ablenkung. Angesichts dieser Erscheinungen und der Erfahrungen der letzten Jahre scheine es ihm ganz ausgeschlossen, dem Gedanken der Abrüstung, der neuerdings von England so eifrig in die öffentliche Diskussion gebracht werde, näherzutreten[1]. Er selbst sei von seinen früheren Illusionen in dieser Beziehung abgekommen. Rußland habe keinerlei aggressive Absichten, gegen wen es auch sei, aber gegen Abrüstung sprächen schon seine Bedürfnisse der inneren Sicherheit. Die erste Haager Konferenz habe viel Nützliches auf dem Gebiete des Völkerrechts geschaffen, die bevorstehende zweite werde dies auch tun können; aber in die Gedankenrichtung der Stead, Baronin Suttner und d'Estournelles de Constant werde sie sich nicht verlieren dürfen[2]. pp.

v. Schoen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Bravo!
[2] gut

Nr. 7836

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Botschafter in Washington Freiherrn Speck von Sternburg

Telegramm. Konzept

Nr. 15 Berlin, den 29. Januar 1907
[abgegangen am 30. Januar]

Antwort auf Zifferbericht A 8***.

Nach Meldungen englischer Presse haben zwischen britischer und

* Aus dem eingehenden Bericht von Schoens über ein Gespräch, das er anläßlich der Galatafel am 27. Januar mit Kaiser Nikolaus II. gehabt hatte, sei hier der auf die Abrüstungsfrage bezügliche Passus mitgeteilt.
** Vgl. Bd. XXI, Kap. CLV, Nr. 7212, Anlage, S. 488, Fußnote.
*** Laut Bericht A 8 Freiherrn von Sternburgs vom 10. Januar hatte Staatssekretär

französischer Regierung Verhandlungen wegen Erörterung Abrüstungsfrage auf zweiter Haager Friedenskonferenz stattgefunden. Diese Verhandlungen sollen zu Versuch geführt haben, Initiative amerikanischer Regierung zuzuschieben. Die damit dem Präsidenten Roosevelt zugemutete Rolle steht im vollen Gegensatze zu den von amerikanischer Regierung im November 1904 für Konferenzprogramm gegebenen Anregungen, die Abrüstungsfrage ausdrücklich ausschließen, ebenso zu Darlegungen Präsidents in Botschaft an Kongreß vom 4. Dezember * über seinen Standpunkt zur Friedensfrage. Wir möchten daher nicht glauben, daß Präsident sich durch Einwirkung von dritter Seite wird bestimmen lassen, in Widerspruch mit seinem bisherigen Standpunkt Erörterung Abrüstungsfrage in Konferenzberatungen seinerseits anzuregen. Wenn nach Ihrer Meldung Staatssekretär Root anderen Standpunkt einzunehmen scheint, so hoffen wir, daß damit Stellungnahme amerikanischer Regierung noch nicht präjudiziert ist. Stelle anheim, sofern Sie es für angezeigt erachten, hiernach Angelegenheit möglichst bald persönlich und vertraulich mit Präsident besprechen und Ergebnis drahten.

Zu Ihrer ausschließlich persönlichen Information. Nach ganz vertraulicher Mitteilung russischen Geheimrats von Martens sollen amerikanische und englische Regierung sich im September in ihren Antworten auf russische Einladung zu Konferenz Erörterung Abrüstungsfrage vorbehalten haben**. Martens hat angeblich Auftrag, beide Regierungen von diesem Vorbehalt abzubringen, und verhandelt deshalb hier mit Botschafter Tower. Für uns ist Erörterung Abrüstungsfrage auf Konferenz in hohem Maße unerwünscht, wenn nicht unannehmbar. Vor weiterer Entschließung legen wir aber Wert darauf, persönliche Auffassung Präsidenten Roosevelts kennen zu lernen.

Tschirschky

Root ihm gegenüber von der Notwendigkeit gesprochen, so wichtige Fragen wie die der Abrüstung auf der Konferenz zur Sprache zu bringen und nachhaltig zu vertreten. Root sagte dabei u. a.: „A question like this cannot be settled in a day. Like all great questions it only can be reached inch by inch but it never can be reached if no beginning is made."

* Vgl. dazu Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1906, S. 417. In der Botschaft des Präsidenten war der Gedanke entwickelt, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die beste Garantie für die Erhaltung des Friedens in der Pflege und Aufrechterhaltung der Wehrkraft eines Landes zu erblicken sei, die für die Union vorzugsweise in einer starken Flotte beschlossen sei.

** Die englische Antwortnote (englisches Blaubuch: Miscellaneous No. 1 (1908) [Cd. 3857]. Correspondence respecting the Second Peace Conference held at The Hague in 1907, Nr. 6) ist schon am 25. Juli 1906 erteilt. Vgl. Kap. CLXVII, Nr. 7802, Fußnote und Nr. 7814, S. 83, Fußnote *.

Nr. 7837

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 21 Washington, den 31. Januar 1907

Antwort auf Telegramm Nr. 15 vom 29. Januar*.

Präsident sagte mir, daß keine Gründe vorzuliegen scheinen, warum er seine über Abrüstungsfrage früher gegebenen Äußerungen ändern solle, er würde mir aber erst nach Besprechung mit Staatssekretär definitive Antwort geben. Präsident versicherte mir, daß er auf Haager Konferenz nichts vorschlagen würde, was Deutschland schädigen könnte.

Sternburg

Nr. 7838

Aide-mémoire

Vom Staatssekretär von Tschirschky am 30. Januar 1907 dem russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken übersandt

Konzept

Confidentiel Berlin, le 30 janvier 1907

A la suite des communications faites au mois d'avril 1906 par le Gouvernement de Russie, le Gouvernement Impérial a estimé que le programme proposé par la Russie pour la deuxième Conférence de la Paix était strictement limité et qu'aucune question ne rentrant pas dans ce programme ne pourrait être mise en délibération à la Conférence, soit par adjonction au programme déjà fixé, soit par extension de la discussion. C'est dans ces considérations que le Gouvernement Impérial a accepté l'invitation à la Conférence et qu'il en a agréé le programme.

Si l'on devait proposer d'insérer au programme de nouvelles questions ou d'en soumettre à la discussion, le Gouvernement Impérial devra se réserver la résolution à prendre vis-à-vis de telles propositions. Il se permet cependant de faire observer, dès maintenant, que le présent programme lui paraît comprendre des questions assez nombreuses et assez importantes pour absorber toute l'activité de la Conférence. D'autre part, il est d'avis que les matières comprises dans le programme ont une telle valeur pratique qu'on devrait, avant tout, s'efforcer à les régler. Des propositions qui auraient pour effet de charger les délibérations de la Conférence de nouvelles questions difficiles pourraient donc compromettre les résultats de la Conférence — abstraction faite des difficultés que ces propositions pourraient faire naître par leur nature même.

---

* Siehe Nr. 7836.

Nr. 7839

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Botschafter in London Grafen von Metternich**

Konzept

Berlin, den 4. Februar 1907
[abgegangen am 5. Februar]

In den in Abschrift anliegenden drei Schreiben des hiesigen russischen Botschafters vom 3. April v. Js.** hatte uns die russische Regierung ihre Vorschläge für das Programm der zweiten Haager Friedenskonferenz mitgeteilt. Gegen diese Vorschläge bestanden keine Bedenken, zumal da hiernach die politischen Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten, die Begrenzung der Land- und Seestreitkräfte, der vertragsmäßig bestehende Rechtszustand sowie überhaupt alle Fragen außerhalb des Programms ausdrücklich von den Konferenzberatungen ausgeschlossen sein sollten. Das Programm wurde daher auf Bestimmung Seiner Majestät des Kaisers mit dem gleichfalls in Abschrift angeschlossenen Schreiben vom 15. April v. Js.*** angenommen.

Der Zusammentritt der Konferenz war ursprünglich für Juli v. Js. in Aussicht genommen, ist dann aber verschoben worden, um eine Kollision mit dem um diese Zeit in Rio de Janeiro tagenden dritten Panamerikanischen Kongresse zu vermeiden. Wir hatten uns im voraus mit jedem Termin einverstanden erklärt. Die russische Regierung scheint nunmehr zu beabsichtigen, die Konferenz auf Mai oder Juni d. Js. zusammenzuberufen, wünscht aber vorher über gewisse, für die Konferenzberatungen in Frage kommenden Gegenstände die Meinung der Großmächte kennen zu lernen. Zu diesem Zwecke hat der russische Geheime Rat von Martens den Auftrag erhalten, Berlin, Paris, London, den Haag, Rom und Wien zu besuchen; gegenwärtig hält er sich in Paris auf, nachdem er vom 20. bis 30. v. Mts. in Berlin verweilt hat.

Nach den Mitteilungen des Geheimrats von Martens ist das russische Konferenzprogramm von allen beteiligten Staaten vorbehaltlos angenommen worden; nur England und die Vereinigten Staaten von Amerika sollen sich ausdrücklich das Recht vorbehalten haben, auf der Konferenz noch andere Gegenstände zur Sprache zu bringen, und zwar England insbesondere die Abrüstungsfrage, die Vereinigten Staaten die Abrüstungsfrage und die Dragotheorie. Die russische Regierung vertritt demgegen-

---

* Der gleiche Erlaß erging an die übrigen Botschaften und den Gesandten im Haag.
** Siehe Kap. CLXVII, Nr. 7802 und 7803. Das dritte Schreiben, das die Einladung solcher Staaten betraf, die auf der ersten Haager Konferenz noch nicht vertreten gewesen waren, ist gedruckt im englischen Blaubuch: Miscellaneous No. 1 (1908) [Cd. 3857], Nr. 6, bei J. B. Scott, The Hague Peace Conferences of 1899 and 1907 II, 178 ff. und a. a. O.
*** Siehe Kap. CLXVII, Nr. 7807.

über den Standpunkt, daß eine Erweiterung der Konferenzberatungen durch neue schwierige Fragen sehr unerwünscht sei, daß aber einer Großmacht nicht wohl verwehrt werden könne, solche Fragen nach Benachrichtigung der übrigen Mächte zur Diskussion zu stellen. Herr von Martens hat hier erklärt, daß er versuchen wolle, England und die Vereinigten Staaten von ihren Vorbehalten abzubringen; auch hat er deswegen mit dem hiesigen amerikanischen Botschafter Tower verhandelt. Bei den Besprechungen im Auswärtigen Amte hat er sich indes nachdrücklich bemüht, die Kaiserliche Regierung für die Auffassung der russischen Regierung zu gewinnen und unser Einverständnis dafür zu erlangen, daß die Abrüstungsfrage und die Dragotheorie zwar nicht in das Programm aufgenommen werden, wohl aber ihre Erörterung auf der Konferenz in freier Diskussion zugelassen wird. Die Bemühungen des Herrn von Martens sind durch eine Demarche des hiesigen russischen Botschafters unterstützt worden, dem darauf als Antwort der Kaiserlichen Regierung das in Abschrift beigefügte Aide-mémoire mitgeteilt worden ist.

Wegen der Abrüstungsfrage stehen wir nach wie vor auf dem Standpunkte, daß wir uns auf eine Begrenzung unserer Land- und Seestreitkräfte nicht einlassen wollen. Die Erörterung dieser Frage auf der Konferenz ist für uns sehr unerwünscht, wenn nicht unannehmbar, weil dabei eine Darlegung unsers Standpunkts nicht wohl zu vermeiden wäre und uns hieraus erhebliche Schwierigkeiten im Inlande sowie heftige Angriffe im Ausland erwachsen könnten. Zu bemerken ist übrigens, daß auch nach den Vorschlägen der amerikanischen Regierung vom November 1904 die Abrüstungsfrage von den Beratungen der zweiten Haager Friedenskonferenz ausgeschlossen werden sollte.

Die Dragotheorie besagt im wesentlichen, daß vermögensrechtliche Ansprüche nicht den Anlaß zur Anwendung von Waffengewalt gegen einen fremden Staat bieten dürfen. Der Panamerikanische Kongreß in Rio de Janeiro hat sich mit dieser Frage beschäftigt und folgende Resolution gefaßt: „To recommend to the Governments represented in the Third International American Conference that they consider the point of inviting the Second Peace Conference, at the Hague, to examine the question of the compulsory collection of public debts, and, in general, means tending to diminish between Nations conflicts having an exclusively pecuniary origin.“ Die Dragotheorie ist jedenfalls in der oben angegebenen Fassung für uns unannehmbar, da sie uns bei Reklamationen vermögensrechtlicher Natur nahezu jedes Druckmittels berauben würde und wir gewissen Staaten gegenüber bei der Geltendmachung von Entschädigungsansprüchen oder kontraktlichen Forderungen unserer Angehörigen auf ein wirksames Mittel zur Unterstützung solcher Reklamationen nicht verzichten können. Die Befassung der Konfrenz mit diesem Gegenstande wäre daher gleichfalls unerwünscht und bedenklich.

Zeitungsnachrichten zufolge scheint ferner bei verschiedenen Regierungen die Absicht zu bestehen, auf der Konferenz bei dem Programm-

punkt 1 über das Haager Schiedsabkommen noch eine weitere für uns bedenkliche Frage, nämlich die obligatorische Schiedssprechung, anzuregen. Diese Frage kann von uns wohl mit einzelnen Mächten und in Ansehung einzelner Gegenstände erörtert werden. Dagegen sprechen gegen ein universelles obligatorisches Schiedsabkommen von unserm Standpunkt allgemeine und besondere Gründe. Die allgemeinen Gründe bestehen darin, daß die Verträglichkeit im internationalen Verkehre durch die Möglichkeit der Anrufung einer obligatorischen Schiedsinstanz eher vermindert als gesteigert werden würde, daß wir auf den Machtfaktor zumal böswilligen kleineren Staaten gegenüber nicht ein für allemal ohne weiteres verzichten können, und daß wir, wie zu Ihrer persönlichen Information bemerkt wird, von einem internationalen Schiedsgericht angesichts des Übelwollens, dem wir vielfach im Auslande begegnen, eine unparteiische Entscheidung nicht immer zu erwarten haben. Als besondere Gründe sind hervorzuheben, daß das Verfahren vor dem Haager Schiedsgerichte zu kostspielig und zu langwierig ist, daß es die Kräfte unserer Zentralinstanz zu sehr in Anspruch nimmt, und daß unter den Mitgliedern des Schiedshofs schwerlich in jedem Falle geeignete sachverständige Persönlichkeiten für die verschiedenen Arten von Streitfragen zu finden sein werden.

Nach den mit der russischen Regierung geführten Verhandlungen sind wir in der Lage, auf der Konferenz ein Eingehen auf die obligatorische Schiedssprechung zu verweigern. Denn vor Aufstellung des Programms ist dem hiesigen russischen Botschafter auf dessen abschriftlich anliegende Anfrage wegen Aufnahme dieses Punktes die gleichfalls in Abschrift beigefügte Antwort vom 25. Februar v. Js.* erteilt worden, wonach wir uns gegen den russischen Vorschlag, der eine grundsätzliche Änderung des Haager Schiedsabkommens zur Folge haben könnte, ausgesprochen haben. Die russische Regierung hat darauf dem Programmpunkt 1 eine Fassung gegeben, die nach den Vorgängen eine Besprechung der obligatorischen Schiedssprechung ausschließt. Auch ergibt sich aus unserm Schreiben vom 15. April v. Js., daß wir das Programm nur in diesem Sinne, nämlich ohne Erstreckung auf das von dem Schiedswesen im allgemeinen handelnde Kapitel I vom Titel IV des Haager Schiedsabkommens, aufgefaßt und angenommen haben.

Die vorstehenden Ausführungen sind vorläufig nur zu Ew. pp. Information sowie zur Regelung Ihrer Sprache bestimmt. Doch bitte ich womöglich Näheres über die Verhandlungen, die Geheimrat von Martens mit der dortigen Regierung oder mit dortigen fremden Vertretern führt, in unauffälliger Weise in Erfahrung zu bringen und mir das Ergebnis telegraphisch mitzuteilen.

Tschirschky

---

* Siehe Kap. CLXVII, Nr. 7801.

Nr. 7840

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 51 London, den 8. Februar 1907

Unter Bezugnahme auf Erlaß vom 4. Februar*.

Sir E. Grey bemerkte in heutiger Unterredung, er erwarte Geheimrat von Martens nächsten Montag. Englische Regierung wünsche auf Haager Konferenz the limitation of expenditure for armaments zu erörtern. Es komme ihr natürlich hauptsächlich darauf an, die Begrenzung der Ausgaben für Flottenzwecke zu erreichen.

Ich erwiderte, das russische Konferenzprogramm erscheine schon reichhaltig genug, ohne es mit neuen schwerwiegenden Problemen zu belasten. Nach meiner Ansicht müsse der Abrüstungsfrage die gegenseitige Befreundung der leitenden Nationen Europas vorausgehen. Andernfalls sei sie geeignet, anstatt den Frieden zu fördern, die Gegensätze nur um so greller hervortreten zu lassen.

Der Minister antwortete, hiesige Regierung müsse der allgemeinen Stimmung im Lande Rechnung tragen und die fortschreitende Last für Rüstungen durch internationale Abmachungen zu begrenzen suchen. Zu diesem Zweck sei die erste Haager Konferenz hauptsächlich zusammenberufen worden.

Auf meine Entgegnung, auf dem Kontinent scheine kein Drang zu sein, die Abrüstung auf der Konferenz zu erörtern, besonders auch nicht in Frankreich, wo der Marineminister** als einer der ersten sich öffentlich dagegen ausgesprochen habe, erwiderte Sir E. Grey, der Schwerpunkt der Entscheidung scheine ihm vielmehr in Deutschland zu liegen. Wie dem auch sei, falls die Erörterung über die Begrenzung der Ausgaben für Rüstungszwecke an dem Widerstand anderer auf der Konferenz scheitern sollte, so werde er bei der Wichtigkeit, die in England dem Gegenstand beigebracht werde, gezwungen sein, dem Parlament die Gründe der Ablehnung mitzuteilen.

Da der Zeitpunkt des Zusammentritts der Konferenz noch nicht festgesetzt sei, so sei die Auswahl der englischen Delegierten noch nicht erfolgt. Mr. Steads Behauptung, Sir Campbell-Bannerman werde als erster englischer Delegierter nach dem Haag gehen, sei gänzlich aus der Luft gegriffen.

Metternich

---

* Siehe Nr. 7839.

** G. Thomson.

Nr. 7841

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Reinkonzept

Nr. 37 Berlin, den 10. Februar 1907

Geheim

Auf Telegramm 51 vom 8. d. Mts.*

Zu Ew. pp. vertraulichen Information.

Die Eröffnungen Sir E. Greys sind von schwerwiegender Bedeutung. Sie richten ihre Spitze direkt gegen Deutschland. Während England uns die Berechtigung des Baues einer unseren Welthandelsinteressen entsprechenden Kriegsflotte bestreiten will, verliert es kein Wort über die Seerüstungen Frankreichs, Amerikas und Japans, die teilweise weit bedeutender sind als unsere.

Sir E. Grey motiviert das Eintreten des Kabinetts für die Abrüstungsfrage mit Gründen der englischen inneren Politik. Wir und die andren Staaten haben keine Veranlassung, hierauf Rücksicht zu nehmen. Sir E. Grey gibt mit dieser Motivierung zu erkennen, daß ihm an der Friedenssache selbst nichts gelegen ist. Gelingt sein Manöver nicht, so will er uns im Parlament als Friedensstörer brandmarken. Er weiß, daß er damit eine populäre Note anschlägt. Wir müssen uns lediglich von unseren Interessen leiten lassen, die bei der jetzigen Weltlage eine Abrüstung für uns unannehmbar machen. Wie wir uns im einzelnen dem noch näher zu fixierenden englischen Vorgehen im Haag gegenüber stellen werden, können wir heute noch nicht übersehen.

Ich habe zunächst in Washington und St. Petersburg anfragen lassen, wie man sich dort zu Englands Wunsch stellt**, und behalte mir weitere Mitteilung vor. Über die Verhandlungen von Martens mit der dortigen Regierung wollen Ew. pp. mich telegraphisch auf dem laufenden erhalten.

Bülow

Nr. 7842

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Petersburg von Schoen

Telegramm. Reinkonzept

Nr. 25 Berlin, den 10. Februar 1907

Geheim

Unter Bezug auf Erlaß vom 4. d. Mts.***

Graf Metternich telegraphiert unterm 8. d. Mts.: pp.†

* Siehe Nr. 7840.

** Vgl. das folgende Schriftstück.

*** Siehe Nr. 7839.

† Hier ist Graf Metternichs Telegramm Nr. 51 vom 8. Februar (siehe Nr. 7840) einzuschalten.

Ew. pp. bitte ich den Inhalt dieses Telegramms zur Kenntnis des Ministers des Äußern zu bringen. Bei der Besprechung wollen Sie dem Minister sagen, daß wir aus den Berliner Verhandlungen mit Martens kein klares Bild darüber hätten gewinnen können, wie sich Rußland zum Wunsche einer anderen Regierung, die Abrüstungsfrage im Haag zu erörtern, verhalten werde. Martens habe zwar erklärt, daß Rußland gegen die Aufnahme dieser Frage in das Konferenzprogramm wäre, habe aber doch versucht, uns dafür zu gewinnen, daß wir uns mit der Erörterung auf der Konferenz in freier Diskussion einverstanden erklären sollten. Zu diesem Wunsche des Professors Martens können wir heute endgiltig nicht Stellung nehmen, fürchten aber, daß die Diskussion in praxi nicht im Rahmen rein theoretischer Erörterungen wird gehalten werden können.

Da der Zar und die Zarin sich bestimmt gegen jede Abrüstung ausgesprochen haben*, wollen Ew. pp. im Einverständnis mit Iswolsky gegebenenfalls eine Audienz bei Kaiser Nikolaus nachsuchen und die Sachlage offen mit ihm besprechen. Sie wollen dabei Herrn Iswolsky und dem Zaren gegenüber von sich aus andeuten, daß Sie glaubten, daß man in Wien mit uns gleicher Ansicht sei. Ein gleichmäßiges Vorgehen der drei großen Monarchien werde wohl genügen, um die Abrüstungsidee unschädlich zu machen, um so mehr als wohl anzunehmen sei, daß Rußland seinen Alliierten noch an seiner Seite haben werde.

Für Ew. pp. füge ich hinzu, daß Graf Wedel den Auftrag erhält, Baron Aehrenthal nahe zu legen, den österreichisch-ungarischen Vertreter in Petersburg anzuweisen, mit Ew. pp. in der vorliegenden Frage Fühlung zu nehmen und bei Herrn Iswolsky im Sinne des Zusammengehens der drei Kaiserreiche zu wirken.

Es ist hier aufgefallen, daß Sir E. Grey den Wunsch Englands mit der innerpolitischen Lage des Landes motiviert, welche die anderen Staaten nichts angeht, und daß er den Ländern, die sich auf den Wunsch Englands nicht einlassen wollen, mit der Aufreizung der öffentlichen Meinung in England droht. Drahtbericht**.

Bülow

---

* Vgl. Nr. 7835.

** Ein analoges Telegramm, ebenfalls unter Mitteilung der Metternichschen Meldung vom 8. Februar, erging am gleichen 10. Februar (Nr. 20) nach Washington. Es hieß darin noch: „Ew. pp. wollen Präsident Roosevelt dies Telegramm vorlesen und dabei bemerken, wir könnten nicht umhin, nach den Äußerungen Sir E. Greys anzunehmen, daß das Vorgehen Englands direkt gegen Deutschland gerichtet wäre. Als Grund des englischen Wunsches, die Abrüstungsfrage auf der Haager Konferenz zu erörtern, bezeichnet Sir E. Grey zwar die innerpolitische Lage Englands, aber aus der Bemerkung, es komme England darauf an, die Begrenzung der Ausgaben für Flottenzwecke zu erreichen, zusammengehalten mit Äußerungen leitender englischer Kabinettsmitglieder, daß man die deutsche Flotte fürchte, während in England nie von den teilweise weit größeren Flottenrüstungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und Japans die Rede sei, gehe klar hervor, daß England den Versuch machen wolle, die

Nr. 7843

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 38 St. Petersburg, den 11. Februar 1907

Antwort auf Telegramm Nr. 25*.

Herr Iswolsky ist in der grundsätzlichen Stellungnahme gegen den englischen Gedanken einer Begrenzung der Ausgaben für maritime Rüstungen ganz mit uns einig. Es fragt sich nur noch, welche Taktik angezeigt erscheint, ob nämlich der englische Vorschlag von vornherein auszuschalten sein dürfte, oder ob man ihm auf der Konferenz „un enterrement de première classe" bereiten soll. Vor Entscheidung dieser Frage möchte er zunächst die ihm vorliegenden Berichte von Herrn Martens, zu deren eingehender Prüfung ihn seine augenblickliche Überbürdung noch nicht hat gelangen lassen, gründlich studieren sowie dessen Bericht aus London abwarten. Herr Martens neigt vorläufig mehr zu der zweiten Alternative der Taktik.

Herr Iswolsky wird morgen dem Zaren über meine Demarche Bericht erstatten und weiter mit mir verhandeln, sobald er in der Frage mehr Klarheit gewonnen.

Unter diesen Umständen nehme ich vorläufig von Erbitten einer Audienz Abstand, habe indessen Herrn Iswolsky gesagt, daß ich bei der Wichtigkeit, die wir der Frage beimessen, zu derselben ermächtigt bin. Auch habe ich bemerkt, daß wir aller Voraussicht nach von Österreich unterstützt werden und wohl auch Frankreich gegen den englischen Vorschlag sei.

Schoen

Haager Konferenz dazu zu benutzen, um Deutschland, insbesondere Deutschlands Seemacht, zu knebeln. — Ich setze voraus, daß Sie dem Präsidenten die Sache so darstellen, daß er nicht die Ansicht gewinnt, als wollten wir gegen England hetzen. Wir sollten meinen, daß die willkürliche Limitierung der Seestreitkräfte nicht dem von Roosevelt für die weitere Entwickelung Amerikas aufgestellten Programm entspricht. Eine Großmacht kann sich die Mittel nicht vorschreiben lassen, die sie für ihre eigene Existenz und ihre Sicherheit für notwendig erachtet. Ew. pp. wollen dem Präsidenten gegenüber offen lassen, wie wir uns dem Wunsche einer rein theoretischen Erörterung gegenüber endgiltig entscheiden werden." Über die Ausrichtung des Auftrages durch Freiherrn von Sternburg vgl. Nr. 7852.

* Siehe Nr. 7842.

Nr. 7844

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 31 Paris, den 11. Februar 1907

Antwort auf Telegramm Nr. 23 vom 10. d. Mts.*

Herr Martens, der in verschiedenen Unterhaltungen mit mir und, wie ich höre, mit meinen Kollegen die Haager Konferenz berührte, beschränkte sich fortgesetzt auf ganz allgemeine Redensarten, die sicheren Rückschluß auf hiesige Verhandlungen nicht zuließen.

Aus gestrigem Interview, das er Herrn Tardieu bewilligte, ergibt sich, daß russische Regierung sich in vollkommenster Übereinstimmung mit französischer befindet. Französische Regierung steht aber nach Erklärungen des Marineministers, und wie nach mehrfachen Artikeln Tardieus anzunehmen ist, der Abrüstungsfrage ablehnend gegenüber.

Weiter bemerkte Herr Martens in gedachtem Interview, Rußland habe Abrüstungsfrage „qui ne semblait pas mûri" vom Programm ausgeschlossen.

Sobald ich Näheres erfahre, werde ich berichten.

Radolin

Nr. 7845

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 53 London, den 12. Februar 1907

Ich habe heute Geheimrat von Martens gesprochen, der bis nächsten Sonnabend hier bleibt. Er hat den Eindruck, daß hiesige Regierung bezüglich Vorbringung der Abrüstungsfrage auf Konferenz noch keinen bestimmten Entschluß gefaßt hat. Martens hat heute Reuter gesagt, daß Deutschland, Frankreich, Rußland gegen Abrüstung seien, was hier Eindruck nicht verfehlen wird. Gut informierte „Westminster Gazette" tritt heute in Abrüstungsfrage schon Rückzug an.

Metternich

---

* Durch Telegramm Nr. 23 vom 10. Februar war Fürst Radolin ersucht worden zu melden, was ihm über die Verhandlungen Martens' mit der französischen Regierung bekannt geworden sei.

Nr. 7846

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 34 Wien, den 12. Februar 1907

Unter Bezugnahme auf Telegramme Nr. 20 vom 10. und Nr. 21 vom 11. Februar*.

Auftrag ausgeführt.

Freiherr von Aehrenthal ersucht mich, Euerer Durchlaucht seinen aufrichtigsten Dank für die „ihn in hohem Grade interessierende Mitteilung" auszusprechen, deren Inhalt ihn, wie er hinzufügte, eigentlich nicht überrasche. Der Minister bittet Euere Durchlaucht, versichert sein zu wollen, daß er die Wichtigkeit des gegenwärtigen Augenblicks in vollem Umfange würdige, und sagte mir, er werde sofort den österreichischen Geschäftsträger in Petersburg** — Botschafter Graf Berchtold befindet sich gegenwärtig auf Urlaub in Wien — anweisen, über die Stellungnahme Rußlands zur Abrüstungsfrage Erkundigungen einzuziehen; gleichzeitig will Freiherr von Aehrenthal den Prinzen Fürstenberg auffordern, sich mit dem Kaiserlichen Botschafter in St. Petersburg ins Benehmen zu setzen. Er griff die gesprächsweise hingeworfene Idee eines Zusammengehens der Dreikaisermächte mit großer Lebhaftigkeit auf und äußerte, nachdem ich ihm den Inhalt der Unterredung des Grafen Metternich mit Sir E. Grey mitgeteilt hatte, wörtlich: „Es scheint mir also die Hauptsache, daß wir beide zusammengehen, um uns Rußlands bei der gemeinsamen Aktion zu versichern. Rußland darf nicht von seinem ursprünglichen Programm, das ausdrücklich die Abrüstungsfrage ausschließt, abweichen." Ich stimmte dem Minister rückhaltlos zu und ließ einfließen, daß er bei seiner hohen Erfahrung und selten intimen Kenntnis der russischen Verhältnisse am besten in der Lage sei zu ermessen, welcher Erfolg von dem von ihm beabsichtigten Schritte in St. Petersburg zu erwarten sein werde. Freiherr von Aehrenthal erwiderte, er habe zu seiner Freude in letzter Zeit Anzeichen dafür, daß Iswolsky nicht mehr ganz im englischen Fahrwasser sei, es würde indessen vielleicht angezeigt sein, noch auf Kaiser Nikolaus einzuwirken. Er (Freiherr von Aehrenthal) habe während seiner Amtstätigkeit in St. Petersburg bisweilen Gelegenheit genommen, unter Umgehung der Minister dem Zaren direkt Ansichten zu suggerieren; man müsse jetzt versuchen, den Kaiser Nikolaus davon zu überzeugen, daß es „eine Unwahrheit der Engländer wäre, nachdem sie zuerst Japan gegen Rußland aufgehetzt und die russische Flotte vernichtet hätten, jetzt eine

* Durch diese Telegramme hatte Graf Brockdorff-Rantzau Weisung erhalten, der österreichischen Regierung von dem Londoner Telegramm Nr. 51 (siehe Nr. 7840) Mitteilung zu machen.

** Prinz zu Fürstenberg.

Einschränkung der Rüstungen zu verlangen, um ein für allemal ihre Superiorität zur See festzulegen".

Ich hatte den Eindruck, daß Freiherr von Aehrenthal mit diesem Argument in Petersburg zu operieren beabsichtigt.

Daß der Minister fest entschlossen ist, in der Frage loyal zu uns zu halten, und jeden Anlaß begrüßt, der Gelegenheit für die Betätigung einer Interessengemeinschaft der Dreikaisermächte bietet, steht außer Zweifel.

Rantzau

Nr. 7847

Der Botschafter in Wien Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 36 Wien, den 14. Februar 1907

Im Anschluß an Telegramm Nr. 34*.

Freiherr von Aehrenthal, mit dem ich gestern abend Abrüstungsfrage noch einmal erörterte, sagte mir, er habe den K. u. K. Geschäftsträger in St. Petersburg bereits telegraphisch angewiesen, Herrn Iswolsky zu befragen, welche Stellung die russische Regierung zur Abrüstungsfrage einzunehmen gedenke, nachdem die letztere im Programm ausdrücklich als ausgeschlossen bezeichnet sei. Er habe den Prinzen Fürstenberg ferner beauftragt, mit Herrn von Schoen in Verbindung zu treten.

Nach seiner, des Ministers, Ansicht sei die englische Zumutung einer Abrüstung eine Frechheit, die gerade Rußland gegenüber, das, dank Englands Machenschaften, kaum noch eine Flotte besitze, einen das Zarenreich erniedrigenden Beigeschmack habe.

Nach den Äußerungen Sir E. Greys gegenüber Grafen Metternich gewinne er übrigens mehr und mehr die Überzeugung, daß Mr. Stead als Agent des Kabinetts von St. James reise**.

Freiherr von Aehrenthal rechnet darauf, daß wir zwei uns mit Rußland über eine gemeinsame Haltung dem Abrüstungsvorschlage gegenüber einigen werden, und sprach mit einer solchen Zuversicht von einer eventuellen direkten Einwirkung auf den Zaren, daß er der Gangbarkeit der ihm zu diesem Zwecke zur Verfügung stehenden Wege sicher sein muß.

Als ich bemerkte, Herr Martens scheine mir vor der Hand der einzige wirkliche Träger des Konferenzprogramms zu sein, stimmte mir der Minister lebhaft zu, indem er äußerte, Iswolsky habe sich mit demselben zweifellos noch gar nicht eingehend beschäftigt und sich voraussichtlich infolge seiner anglophilen Neigungen noch nicht zu einer definitiven Stellungnahme gegen die Abrüstungsfrage entschließen können.

---

* Siehe Nr. 7846.

** Vgl. Nr. 7830.

Ich erwähnte demnächst des englischen, von russischer Seite bisher vage behandelten Planes, die betreffende Frage, wenn auch nicht in das Programm aufzunehmen, so doch zur freien Diskussion zu stellen, und bemerkte dazu, daß mir auch die Realisierung des Plans im hohen Grade bedenklich erscheine. Denn in einer solchen Diskussion müßten die Gegensätze aufeinander prallen, was nur zu leicht zu einer Verschärfung der Lage führen könne. Wenn aber jede Beschlußfassung von Hause aus eliminiert und die Frage nach der Diskussion begraben werden würde, erscheine mir ihre Erörterung jeden praktischen Werts zu entbehren. Zudem gehörten zu einem Begräbnis immer Totengräber, und England würde es sich sicher nicht entgehen lassen, die letzteren entsprechend zu denunzieren.

Freiherr von Aehrenthal stimmte dieser Anschauung durchaus zu.

Ich hob dann noch hervor, daß ich, ganz abgesehen von der mir unmöglich erscheinenden Auffindung einer angemessenen Basis für die Abrüstung, mir keinen Vers daraus zu machen vermöge, in welcher Weise eine Kontrolle über die Durchführung der Rüstungseinstellung ausgeübt werden solle. Denn schwerlich würde es eine Großmacht mit ihrer Würde vereinbar halten, sich einer derartigen Kontrollinstanz, in der dann voraussichtlich auch kleine Staaten Platz finden dürften, unterzuordnen. Die natürliche Folge eines solchen Zustandes aber müßte dann nach menschlicher Voraussicht nicht eine Beruhigung, sondern eine Kette den Frieden gefährdender Reibungen sein.

Der Minister teilte auch diese Ansicht durchaus, und ich glaube, daß wir unbedingt auf sein enges und unverrückbares Zusammengehen mit uns zählen können.

Soeben erhalte ich Euerer Durchlaucht Telegramm Nr. 25*. Freiherr von Aehrenthal ist meinen Eindrücken nach zu entschlossen, um sich durch scheinbar möglichen Rückzug Englands in seiner Aktion in St. Petersburg beeinflussen zu lassen. Nichtsdestoweniger werde ich ihn nicht sofort aufsuchen, sondern ihm Mitteilung bei Gelegenheit machen.

Wedel

Nr. 7848

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 40 St. Petersburg, den 14. Februar 1907

Der österreichische Geschäftsträger, welcher nunmehr Auftrag erhalten, nach Einvernehmen mit mir sich bei hiesigem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten vertraulich zu erkundigen, ob Rußland seinem Programm getreu die von England zu erwartende Anregung der Ab-

* Durch Telegramm Nr. 25 vom 13. Februar war das Londoner Telegramm Nr. 53 (siehe Nr. 7845) nach Wien mitgeteilt worden.

rüstungsfrage von vornherein auszuschließen oder aber eine gewisse Diskussion zuzulassen gedenke, hatte heute Unterredung mit Herrn Iswolsky. Dieser hat gleiche Antwort wie mir gegeben, nämlich daß er entschieden gegen Abrüstungsgedanken sei, indessen sich über Modus der Zurückweisung erst nach weiterer Berichterstattung von Herrn Martens schlüssig machen könne. Er begrüße mit Freuden die Stellungnahme Deutschlands und Österreich-Ungarns und werde nicht ohne enges Einvernehmen mit denselben in der Frage weiter gehen.

Schoen

Nr. 7849

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 42 St. Petersburg, den 15. Februar 1907

Im Anschluß an Telegramm Nr. 40*.

Bei heutiger weiterer Unterredung über Haager Konferenz sagte mir Iswolsky, sein kaiserlicher Herr und er konstatierten mit lebhafter Befriedigung die Solidarität der grundsätzlichen Anschauung der Dreikaisermächte und legten großes Gewicht auf Erhaltung derselben.

In der Frage der bei Zurückweisung der Abrüstungsfrage einzuschlagenden Taktik könne er endgültigen Entschluß erst nach Erledigung der Mission Martens' fassen, die eben den Zweck der Sondierung der Mächte habe. Auf England, dessen Vorgehen hauptsächlich auf Gründe der inneren Politik zurückzuführen, habe er weniger Veranlassung Rücksicht zu nehmen wie auf Amerika, das ebenfalls die Diskussion der Abrüstungsfrage wünsche und aus allgemeinen politischen Gründen vorsichtig und schonend behandelt werden müßte. Ich habe nicht verhehlt, daß uns die gänzliche Ausschaltung der Abrüstungsfrage erwünschter sei wie die Zurückweisung derselben in einer Diskussion, selbst wenn wir hierbei der Unterstützung anderer Mächte sicher seien.

Schoen

Nr. 7850

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 60 London, den 16. Februar 1907

Nach Mitteilung des russischen Geschäftsträgers** hat die englische Regierung darauf bestanden, die Frage der Einschränkung der Ausgaben

* Siehe Nr. 7848.

** Poklewsky.

für die Rüstungen vor das Forum der Friedenskonferenz zu bringen. Sir E. Grey habe aber erklärt, daß er sein möglichstes tun werde, um Friktionen zwischen den Mächten aus diesem Anlaß zu vermeiden. Er gehe daher mit dem Gedanken um, bestimmte Vorschläge zu formulieren und diese den Mächten zwecks Erzielung eines Einvernehmens an der Konferenz mitzuteilen.

Ich treffe heute abend auf einem Diner in Buckingham Palace mit Herrn von Martens zusammen und hoffe dort von ihm noch nähere Einzelheiten zu erfahren. Vorstehende Angaben bezeichnete mir Herr Poklewsky ausdrücklich als unverbindlich, da er den schriftlichen Bericht Herrn von Martens über das Ergebnis seiner Mission noch nicht gesehen habe.

Ich möchte noch erwähnen, daß Sir E. Grey dem spanischen Botschafter* gegenüber vor einiger Zeit geäußert hat, er wünsche nicht die Abrüstungsfrage auf das Konferenzprogramm zu setzen, sondern nur, daß etwa in den Einladungen zur Konferenz bemerkt werde, daß England (und die Vereinigten Staaten) den Wunsch ausgesprochen habe, daß dieselbe gelegentlich der Konferenz diskutiert werde.

Metternich

Nr. 7851

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 61 London, den 17. Februar 1907

Gestern abend längere Besprechung mit Geheimrat Martens. Hiesige Regierung wünsche Diskussion der Begrenzung für Rüstungsausgaben auf Konferenz. Sie wünsche Reibungen über diese Frage mit anderen Regierungen auf der Konferenz zu vermeiden und daher vorher über die Frage mit den verschiedenen Regierungen in Meinungsaustausch zu treten.

Dasselbe sagte mir der Premierminister Sir H. Campbell-Bannerman.

Herr Martens sagt, einer Äußerung Sir E. Greys zufolge wünschten die Vereinigten Staaten die Abrüstung ebenfalls auf der Konferenz zur Sprache zu bringen. Der amerikanische Botschafter in Berlin habe nur hervorgehoben, daß seine Regierung sich das Recht vorbehalte, die Frage zu diskutieren. Ob sie von diesem Vorbehalte Gebrauch machen werde, sei aus den Äußerungen des Botschafters nicht klar hervorgegangen. Den hiesigen amerikanischen Botschafter** habe er nicht gesprochen, da derselbe unwohl sei. Eine direkte Äußerung der amerikanischen Regierung, die Frage zu diskutieren, liege daher noch nicht vor.

---

* De Villa Urrutia.
** W. Reid.

Herr Martens nimmt an, daß die französische Regierung sich dem Wunsche Englands und Amerikas nach Diskussion nicht widersetzen werde. Er nimmt ferner an, daß im Falle Erörterung auf der Konferenz die Frage an eine Kommission verwiesen werde, die fromme Wünsche, aber kein praktisches Resultat erzielen werde.

König Eduard vermied es mir gegenüber gestern auf das Konferenzprogramm einzugehen. In Fragen, wo er von seiner Regierung abweicht, beobachtet er im Gespräch mit Dritten stets vorsichtige Zurückhaltung. Der Premierminister sagte mir — ich bitte um ganz vertrauliche Behandlung dieser Äußerung —, der König scheine nicht viel von der Konferenz und insbesondere von der Diskussion über Abrüstung zu halten. Die liberale Partei habe sich aber dafür eingesetzt und müsse den Versuch machen.

Ich beschränkte mich wieder auf den Ausdruck meiner rein persönlichen Ansicht, daß einer nützlichen Diskussion über Einschränkung der Rüstung der Versuch der Beruhigung der großen Staaten Europas vorausgehen müsse[1]. Wenn England die Rolle des Friedensstifters zwischen Frankreich und Deutschland übernehme, so leiste es der Welt einen größeren Dienst als mit der Besprechung kontroverser Fragen[2].

Ich gestatte mir darauf hinzuweisen, daß mein eingehendes und langes Gespräch mit dem Premierminister nach ausdrücklicher gegenseitiger Zusicherung rein privat und unverbindlicher Natur war. Die Bemerkungen Clemenceaus über eine englisch-französische Militärkonvention* bezeichnet er als ihm unwesentlich, da nichts dergleichen vorliege. In der Marokkofrage sei England mit seiner Ehre verpflichtet gewesen, die französische Politik zu unterstützen. Diese Frage sei aber nun, wie er hoffe, endgiltig beigelegt, und England habe keine Veranlassung und denke nicht daran, Frankreich in einem Kriege mit Deutschland beizustehen. Die üblichen Wünsche nach guten deutsch-englischen Beziehungen äußerte auch Sir H. Campbell-Bannerman. In der englischen Nation bestehe kein Übelwollen gegen Deutschland.

Ich gab dies bis zu einem gewissen Grade bereitwillig zu, bemerkte aber, daß in politischen englischen Kreisen ein starkes Mißtrauen gegen uns herrsche.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die seinerzeit versprochene englische Versöhnungsrolle zwischen uns und Frankreich** ausgeblieben ist. Ich habe auch keinen Zweifel, daß der Grund hierfür darin liegt, daß man hier fürchtet, Frankreich kopfscheu zu machen und dann zwischen zwei Stühlen zu sitzen.

Frankreich, Rußland, Österreich, Deutschland sind gegen Einschränkung der Rüstungen[3]. Bei der Diskussion kann nichts Positives herauskommen. Speziell Deutschland ist dabei in keiner unangenehmeren Lage

---

* Vgl. Bd. XXI, Kap. CLV, Anhang, Nr. 7232, Anlage.
** Vgl. Bd. XXI, Kap. CLV, Nr. 7179.

als die übrigen ablehnenden Mächte, außer wenn wir durch schroffe Ablehnung der Diskussion a limine ohne zwingenden Grund allein das Odium des Fortbestehens der Kriegslasten für die Völker auf uns laden würden[4].

Metternich

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:

[1] Richtig
[2] sehr gut
[3] Ob nicht auch Japan?
[4] sehr richtig

Nr. 7852

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 30 Washington, den . . . Februar 1907
[eingetroffen am 18. Februar]

Unter Bezug auf Telegramm Nr. 20 vom 10. Februar*.

Habe Inhalt mit Präsidenten eingehend besprochen, und durchschaut derselbe klar englische Politik. Trotzdem gab er mir keine bestimmte Antwort, obwohl er nochmals betonte, daß er auf kommender Haager Konferenz nichts tun würde, was Deutschland schädigen könnte. Präsident wird Abrüstungsfrage bei nächster Gelegenheit mit Staatssekretär besprechen. Ohne Zweifel wird auf Präsident eingewirkt, um ihn für Abrüstungsfrage zu gewinnen. Kürzlich besprach früherer amerikanischer Botschafter in Paris Porter, der im Interesse der kommenden Haager Konferenz bei dem Präsidenten und beim Staatssekretär war, Konferenz mit mir. Porter und Choate** arbeiten für Frankreich und England hier Hand in Hand und sollen Vereinigte Staaten auf Konferenz vertreten. Ich konnte erkennen, daß Porter für Erörterung der Abrüstungsfrage wirkt, ohne Zweifel, um seinem Freunde Choate zu helfen. Ich habe Präsident ganz besonders auf seine Botschaft vom 5. Dezember 1905 aufmerksam gemacht, in welcher er sich weit klarer gegen Abrüstung ausspricht als in letzter Botschaft vom 4. Dezember.

Sternburg

---

* Siehe Nr. 7842, S. 117, Fußnote. **
** Früherer amerikanischer Botschafter in London.

Nr. 7853

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 55 St. Petersburg, den 18. Februar 1907

Aus meinen mehrfachen Unterredungen mit Herrn Iswolsky über die Abrüstungsfrage, die England und Amerika vor das Forum der Haager Konferenz bringen zu wollen scheinen, habe ich den Eindruck, daß Herr Iswolsky das Kunststück fertig bringen möchte, de ménager le chou et la chèvre.

An sich ist er, in Übereinstimmung mit seinem kaiserlichen Herrn, zweifellos ein entschiedener Gegner des Abrüstungsgedankens in jeglicher Form, der für Rußland nach seinen Erfahrungen der letzten Jahre und in seiner jetzigen Lage unannehmbar ist. Er fühlt auch das Verletzende und Unwahre, das darin liegt, daß der Abrüstungsgedanke jetzt von demselben England vorgeschoben wird, das an der Herbeiführung der russischen Mißgeschicke einen so hervorragenden Anteil gehabt und seine eigenen maritimen Rüstungen auf eine dominierende Höhe gebracht hat. Er ist sich ferner dessen bewußt, daß es eine ungeheuerliche Zumutung Englands an Rußland und die anderen Mächte bedeutet, sich deshalb auf eine Erörterung der Abrüstungsfrage einzulassen, weil die englische Regierung sich nicht stark genug fühlt, den Phantastereien Steads und ähnlicher Leute Widerstand zu leisten.

Wäre England allein der Befürworter der Erörterung der Rüstungsbeschränkung, so würde, glaube ich, Herr Iswolsky nicht zögern, sich auf den Hinweis zu versteifen, daß das russische Konferenzprogramm jede Berührung der Abrüstung ausschließt. Beachtenswerter wie das englische findet er das amerikanische Eintreten für eine Besprechung der Rüstungsbeschränkung. In den Vereinigten Staaten sei, so meint er, die Bewegung von machiavellistischen Hintergedanken frei, und Rußland habe besonderen Anlaß, auf die amerikanische Stimme zu hören, in Erinnerung an die Macht, die diese im russisch-japanischen Kriege dargestellt habe, und in Erwägung, daß Amerika seitdem zu einem entschiedenen Gegner Japans und damit zu einem natürlichen Bundesgenossen Rußlands geworden.

Ist auch Herr Iswolsky entschlossen, dem Abrüstungsgedanken entgegenzutreten, so fragt er sich doch, ob es nicht angezeigt wäre, England und namentlich Amerika die Möglichkeit zu bieten, den Wünschen einigermaßen Luft zu geben, zu denen sie durch ihre öffentliche Meinung gedrängt werden. Schließe man die Vorbringung dieser Wünsche von vornherein gänzlich aus, so entfessele man einen gewaltigen Preßsturm und entsetzliches Geschrei aller Pazifisten. Gestatte man England und Amerika die Vorbringung ihrer Wünsche, so wirke dies wie ein Sicherheitsventil, das die Dampfspannung mäßige und unschädlich mache. Gegenüber dem

festen Willen der Hauptmächte, auf jene Wünsche sachlich nicht einzugehen, werde der englisch-amerikanische Vorstoß wirkungslos verpuffen. Die Aktion werde auf ein „enterrement de première classe“ hinauslaufen.

Ich habe Herrn Iswolsky dargelegt, mir scheine es angezeigt, die Fliege totzuschlagen, ehe sie gestochen habe. Der Sturm der Pazifisten werde sich mit gleicher, wenn nicht mit erhöhter Heftigkeit auch nach Besprechung und Abweisung der Abrüstung erheben und gegen diejenigen einzelnen Mächte richten, die sich als Gegner der Abrüstung erwiesen. Wir hätten wenig Neigung zu der zweifelhaften Ehre, infolge des Zufalles des Alphabets (Allemagne) in der Konferenz als erste dazu berufen zu sein, die Gründe, die uns die Rüstungseinschränkung unannehmbar machen, vor einer mißgünstigen Zuhörerschar darzulegen und damit die erste Zielscheibe heftiger und perfider Angriffe zu werden. Die Kaiserliche Regierung habe sich gerne bereit erklärt, zur Konferenz zu gehen, nachdem ihr von der russischen ein Programm vorgelegt, das die Begrenzung der Land- und Seestreitkräfte ausdrücklich ausschloß. Es widerstreite daher ihren Anschauungen und Interessen, wenn nun von anderen Seiten der Versuch gemacht wird, die Abrüstungsfrage in- oder außerhalb des programmatischen Rahmens, was praktisch ziemlich auf das Gleiche hinausliefe, auf die Konferenz zu bringen. Wir seien auch sicher, in dieser Auffassung Österreich-Ungarn auf unserer Seite zu haben, und glaubten zu wissen, daß Frankreich ein entschiedener Gegner des Abrüstungsgedankens sei, daher im Grunde wohl auch dankbar wäre, wenn derselbe überhaupt nicht zur Besprechung käme.

Herr Iswolsky erklärte mir schon bei der ersten Unterredung, er nehme mit großer Befriedigung Akt von der Stellungnahme der Kaiserlichen Regierung, mit der er im Grundsatze, in der Verwerfung des Gedankens einer Rüstungsbegrenzung, völlig einig sei, und fügte in einer weiteren Unterredung, nachdem auch der österreichisch-ungarische Geschäftsträger eine ähnliche Demarche wie ich gemacht, und nachdem er seinem kaiserlichen Herrn Vortrag gehalten, hinzu, der Kaiser und er begrüßten das Eintreten der Kaisermächte für eine Bekämpfung des Abrüstungsgedankens mit freudiger Genugtuung und legten großen Wert auf Erhaltung dieses glücklichen Einvernehmens. Er werde keine weiteren Entschlüsse in der vorliegenden Frage ohne intime Verständigung mit den Kabinetten von Berlin und Wien fassen.

Heute sei er zu einer endgültigen Meinung über die Art, wie die Vorschläge der Rüstungsbegrenzung am besten zu bekämpfen, noch nicht in der Lage. Er müsse über diese selbst noch Näheres hören und die weiteren Berichte von Martens abwarten, dessen Mission es eben sei, die Hauptmächte bezüglich ihrer Stellung zu der Abrüstungsfrage zu sondieren.

In einer schwachen Stunde hat er mir noch gestanden — natürlich ganz vertraulich —, daß er der Konferenz eigentlich wenig Interesse und Sympathie entgegenbringe. Sie sei eine unwillkommene Erbschaft, die er

ohne beneficium inventarii habe antreten müssen. Sein Vorgänger habe einen Fehler begangen, die ganze Sache nicht Amerika zu überlassen.

Nun sei sie einmal da, habe ich erwidert, und nun komme es darauf an, sie in den Grenzen der Nützlichkeit zu halten und zu verhindern, daß sie zum Manövergebiet der Politik mißbraucht werde. Wir legten der Abweisung des Gedankens der Rüstungsbegrenzung derartiges Gewicht bei, daß ich ermächtigt sei, unsere Anschauung dem Zaren in einer nachzusuchenden Audienz zu unterbreiten. Der Minister erwiderte, er sei zur Vermittelung der Audienz gern bereit, ich würde dabei erneute Gelegenheit haben, mich davon zu überzeugen, daß Seine Majestät ein sehr entschiedener Gegner des Abrüstungsgedankens sei, indessen werde mir der Kaiser darüber, wie er über die Art der Zurückweisung der englischen und amerikanischen Wünsche denke, nichts sagen können, solange über diese Wünsche noch nichts Näheres bekannt sei.

Da unter diesen Umständen von einer Audienz in der Tat ein wesentlicher Nutzen nicht zu erwarten war, vielmehr der Gedanke nahe lag, daß ein derartiger außergewöhnlicher Schritt, nachdem Seine Majestät sich mir gegenüber erst kürzlich, am 27. Januar, als entschlossenen Gegner der Beratung der Abrüstung auf der Haager Konferenz bekannt*, als der Ausdruck eines gewissen Mißtrauens aufgefaßt werden könnte, habe ich bis auf weiteres von der Formulierung eines Audienzgesuches Abstand genommen. Sollte ich im Laufe der weiteren Entwickelung der Konferenzfrage den Eindruck gewinnen, daß eine Rückenstärkung Herrn Iswolskys am Platze wäre, so werde ich auf die Audienz zurückkommen können.

v. Schoen

Bemerkung des Fürsten von Bülow am Kopf des Schriftstücks:
Das Verhalten von Schoen (Seite 7)** ist meines Erachtens taktvoll und angemessen. Sehr wichtig ist, daß wir mit Rußland und Österreich weiter enge Fühlung halten (Seite 5)***. Das ist einer der Fälle, wo der Aehrenthalsche Gedanke des Zusammengehens der Dreikaisermächte sich vortrefflich realisieren läßt. Bleiben die Dreikaisermächte einig, so wird Frankreich wohl schließlich mit ihnen gehen. Ich stelle auch anheim, Wedel (Wien) zu verständigen, für Aehrenthal.

Nr. 7854

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Botschafter in Wien Grafen Karl von Wedel

Telegramm. Konzept

Nr. 36 Berlin, den 21. Februar 1907

Geheimrat Kriege trifft Montag vormittag 7.37 Wien ein und wird sich sofort zur Botschaft begeben. Unsere Vorschläge zu den einzelnen

* Vgl. Nr. 7835.
** Seite 7 des Berichts umfaßt den letzten Absatz.
*** Seite 5 des Berichts umfaßt den viert- und fünftletzten Absatz.

Punkten russischen Konferenzprogramms sind hier inzwischen formuliert worden* und könnten von Geheimrat Kriege im dortigen Ministerium mit den erforderlichen Erläuterungen mitgeteilt werden. Anwesenheit Professors Lammasch bei diesen Besprechungen wäre sehr erwünscht.

Geheimrat Kriege steht für Montag, Dienstag und nötigenfalls auch Mittwoch zur Verfügung. Längere Hinausschiebung Reise nicht wohl angängig, da Geheimrat von Martens voraussichtlich in zweiter Hälfte nächster Woche Wien eintrifft. Stelle anheim, dort nochmals zu betonen, daß wir auf strengste Geheimhaltung Reise Wert legen.

Tschirschky

Nr. 7855

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 29 Rom, den 20. Februar 1907

Die bevorstehende Ankunft des Staatsrats Martens gab Herrn Tittoni Anlaß, mir gegenüber folgende vertrauliche Bemerkungen über die Abrüstungsfrage zu machen:

Noch im vorigen Sommer, als er, der Minister, sein Abberufungsschreiben in London überreichte, hätte sich Sir Edward Grey sehr unschlüssig gezeigt. Derselbe habe ihm wohl von einer starken Friedensbewegung im Lande gesprochen, gleichzeitig aber als zweifelhaft bezeichnet, ob die liberale Regierung genötigt sein würde, der im Schoße der eigenen Partei allerdings bedeutenden Agitation Folge zu geben. Inzwischen schienen die Friedensfreunde auch in Amerika so weit an Terrain gewonnen zu haben, daß Präsident Roosevelt wohl oder übel dem Drängen nachgeben mußte. Hierzu käme auch eine gewisse Eifersucht zwischen

---

* Am 18. und 19. Februar hatten im Auswärtigen Amt abermals unter Vorsitz Krieges kommissarische Beratungen der interessierten Ressorts über die inzwischen ausgearbeiteten Entwürfe zu den einzelnen Abschnitten des russischen Konferenzprogramms stattgefunden. Es war hierbei zu einer Einigung sämtlicher Ressorts über das Gros der erörterten Fragen gekommen; nur in bezug auf die Frage des Seebeuterechts trat von neuem der Dissens zwischen dem Reichsmarineamt und dem Admiralstabe der Marine einerseits, dem Auswärtigen Amt, dem Reichsamt des Innern und dem Handelsministerium andererseits zutage, der sich schon bei den früheren kommissarischen Beratungen gezeigt hatte. Während das Reichsamt des Innern und das Handelsministerium mit Rücksicht auf die Handels- und Schiffahrtsinteressen den größten Wert auf die Abschaffung des Seebeuterechts legten und das Auswärtige Amt den Standpunkt vertrat, daß diese Abschaffung auch aus politischen und taktischen Rücksichten wünschenswert sei, erklärten die Marineressorts, auf das Seebeuterecht namentlich mit Rücksicht auf eine immerhin mögliche kriegerische Verwicklung mit England nicht verzichten zu können. Vgl. Kap. CLXXII, Nr. 8002.

Washington und London. Keines der beiden großen Staatswesen englischer Zunge scheine dem andern die Initiative in einer zweifellos die anglo-amerikanische Welt in ernster Weise bewegenden Frage überlassen zu wollen. Die anderen Staaten aber würden wohl oder übel irgendwie zu dieser Politik der beiden mächtigen Nationen Stellung nehmen müssen.

Sachlich könne bei ruhiger Überlegung und Übersetzung der Theorie der Abrüstung ins Praktische wohl kein Zweifel über die Undurchführbarkeit der anglo-amerikanischen Vorschläge bestehen. Die Dragotheorie sei nichts anderes als eine Prämie auf Nichterfüllung eingegangener Verbindlichkeiten. Schon ohne dieselbe zeigten sich die südamerikanischen Raubstaaten, wie die Erfahrungen mit Venezuela lehrten, höchst widerhaarig. Nach Annahme aber würden die vielen englischen und französischen Bondsholders alle südamerikanischen Werte lediglich als Makulatur zu behandeln haben. Ebenso undurchführbar sei die Idee des obligatorischen Schiedsgerichts und des eventuellen allgemeinen Boykotts bei Nichtannahme desselben seitens eines der streitenden Teile. Die eigentliche Abrüstungsfrage endlich scheitere schon an der Unmöglichkeit genereller Formulierung. Indessen, wenn die Engländer und Amerikaner großen Wert darauf legten, könnte vielleicht in unverbindlicher Weise im Haag debattiert werden. Heraus käme bei der ganzen Sache gewiß nichts, zumal eine Einstimmigkeit nie zu erzielen sein wird, weil eben die Interessen der einzelnen Staaten nach Größe, Lage, Volkszahl und Nachbarschaft zu sehr auseinandergehen.

Monts

Nr. 7856

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Botschafter in Rom Grafen Monts

Telegramm. Konzept

Nr. 19 Berlin, den 21. Februar 1907
Privat. Geheim

Suchen Sie Martens zu sprechen und vorsichtig über Haltung Englands und Frankreichs Näheres von ihm zu erfahren. Wir haben uns in keiner Weise noch gebunden und werden uns keinesfalls isolieren lassen. Österreich ist für völlige Ausschaltung der Abrüstungsfrage, auch jeder Diskussion, und wirkt in diesem Sinne in Petersburg. Iswolsky schwankt und will Martens' Bericht abwarten, der selbst zur Befriedigung seiner Eitelkeit Zustandekommen der Konferenz sichern will und deshalb der englischen Politik möglichst entgegenzukommen wünscht. Amerika hat sich noch nicht geäußert, dürfte aber schließlich englische Vorschläge annehmen. Roosevelts Selbstbewußtsein hat augenscheinlich infolge japani-

schen Zwischenfalls einen starken Dämpfer bekommen. Sie erhalten nächstens interessante Mitteilung über andauernde englische Versuche, Koalition mit französischem Angriff gegen uns herbeizuführen*.

Tschirschky

Nr. 7857

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 37 Paris, den 23. Februar 1907

Herr von Nelidow teilt mir soeben mit, daß Herr Martens auf der Reise von London nach Rom ihm gestern in Brüssel gesagt, die englische Regierung sehe sich durchaus genötigt, die Frage der Rüstungseinschränkung auf der Haager Konferenz einzubringen. Sie beabsichtige aber die Frage allgemein zu stellen, sie nicht zu spezifizieren und sie daher nicht auf Seerüstungen zu beschränken. Letzteres wäre in seinen Konsequenzen nicht unbedenklich, während die Abrüstungsfrage, allgemein gehalten, leichter von den Gegnern des Vorschlags als nicht reif und nicht zeitgemäß bei der Diskussion zu eliminieren sein würde. Russischer Botschafter teilt diese Auffassung ebenso wie französische Regierung, die nur ungern dem englischen Vorschlage, die Abrüstungsfrage überhaupt aufzuwerfen, sich füge. Mein russischer Kollege bemerkte, daß nach erfolgter Mitteilung des Staatsrats Martens über seine Eindrücke bei den verschiedenen Kabinetten die russische Regierung die Einladungen ergehen lassen und dabei voraussichtlich die Abrüstungsfrage im allgemeinen Programm erwähnen werde, um jeder Überraschung vorzubeugen. Die holländische Regierung scheint den 1. Juni als Zusammentritt der Konferenz zu wünschen.

Radolin

Nr. 7858

Der Botschafter in Rom Graf Monts an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 15 Rom, den 24. Februar 1907
[aufgegeben am 25. Februar]

Staatsrat Martens teilt mit, daß England entschlossen ist, Abrüstungsfrage zur Diskussion zu stellen. In Paris wolle man dem direkt nicht entgegentreten, würde aber für ein Begräbnis I. Klasse bestens Vorsorge treffen.

---

* Vgl. dazu Bd. XXI, Kap. CLV, Nr. 7212 sowie Anhang Nr. 7235, 7236 nebst Anlage.

Herr Tittoni konferiert erst morgen mit Martens und hofft eine Formel mit ihm zu finden, wie eine gänzlich unverbindliche Besprechung der Abrüstungsfrage im Haag zu ermöglichen wäre, denn das englische Kabinett könne aus Gründen der inneren Politik nicht mehr zurück.

Soviel ich aus Äußerungen meiner Kollegen entnehme, halten dieselben übereinstimmend das Abrüstungsproblem für unlösbar, doch würde sich eine platonische Diskussion bei dem Drängen der Engländer und wohl auch Amerikaner kaum vermeiden lassen.

Monts

Nr. 7859

Der Botschafter in Wien Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 46 Wien, den 26. Februar 1907

Geheimrat Kriege und ich haben gestern nachmittag längere Besprechung mit Freiherrn von Aehrenthal und dann anschließend bis zum Abend Konferenz mit Herrn von Mérey und Hofrat von Weil gehabt. Das Resultat der Unterhaltung mit dem Minister war folgende Vereinbarung:

Ausübung eines Druckes hier auf Martens, damit dieser seine Regierung veranlasse, Rüstungsfrage von Programm und Diskussion auszuschließen. Im Verein damit direkte Demarche beim Zaren, um diesen über Österreichs und unsere Stellung zu dieser Frage aufzuklären.

Sollte russisches Kabinett nichtsdestoweniger mit Konferenzeinladung englischen oder englisch-amerikanischen Vorschlag auf Diskussion der Rüstungseinstellung verbinden, so würden wir beide die Einladung dahin beantworten, daß wir Konferenz zwar beschicken, die Diskussion jener Frage aber als außerhalb der Aufgaben der Konferenz liegend und damit als Sonderaktion, an der teilzunehmen wir ablehnten, betrachten müßten. Eine dahin gehende Mitteilung unter Motivierung unseres Standpunktes würde auch an die anderen Regierungen zu richten sein.

Freiherr von Aehrenthal bemerkte hieran anschließend, ein Zeichen dafür, welcher Wind in St. Petersburg wehe, habe er dadurch erhalten, daß vor einigen Tagen der sonst so verständige Fürst Urussow*, der ein persönlicher Gegner der Abrüstung sei, als Argument für die Zulassung der fraglichen Diskussion geltend gemacht habe, daß er, Freiherr von Aehrenthal, sich sonst leicht inneren Schwierigkeiten aussetzen würde.

Ich erachte solche Schwierigkeiten, speziell von publizistischer Seite, allerdings nicht für ganz ausgeschlossen, wenn auch ein Hinweis darauf aus dem Munde eines fremden Botschafters immerhin merkwürdig anmutet.

---

* Russischer Botschafter in Wien.

Die Konferenz mit dem ersten Sektionschef und Herrn von Weil, die heute nachmittag fortgesetzt wird, ließ erkennen, daß man hier der Formulierung unserer Vorschläge zu den einzelnen Programmpunkten ziemlich durchweg zustimmen dürfte.

Ich erachte es übrigens schließlich für geboten, darauf aufmerksam zu machen, daß meiner Überzeugung nach Freiherr von Aehrenthal, trotz seiner jetzigen positiven Stellungnahme, nur sehr ungern einen Schritt unternehmen wird, durch den er eventuell in einen direkten Gegensatz zu Rußland geriete.

Wedel

Nr. 7860

Der Botschafter in Wien Graf Karl von Wedel an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 74 Wien, den 27. Februar 1907

Ich habe heute als an seinem Empfangstage dem Baron Aehrenthal einen Besuch abgestattet, und konstatierten wir bei dieser Gelegenheit, daß die gemeinsamen Konferenzen mit dem Geheimen Legationsrat Dr. Kriege einen sehr befriedigenden Verlauf genommen und ziemlich durchweg — vorbehaltlich der späteren Meinungsäußerungen der hiesigen militärischen Fachmänner — eine Gemeinsamkeit der Anschauungen und Interessen zutage gefördert hätten.

Was die Dragotheorie betrifft, so nimmt man an derselben hier begreiflicherweise wenig Interesse. Der Minister hatte sich daher auch mit dieser Frage noch nicht weiter beschäftigt, und dürfte die sachliche Diskussion derselben erst nach Rückkehr des Professors Dr. Lammasch im Schoße der dann zusammentretenden gemischten Kommission erfolgen.

Was das obligatorische Schiedsgericht angeht, so bemerkte Baron Aehrenthal, er habe darüber noch einmal mit Herrn von Mérey gesprochen und könne auf Grund dieser Besprechung nur wiederholen, daß Österreich-Ungarn eventuell bereit sein werde, die Frage zu diskutieren, im übrigen aber, schon im Hinblick auf die benachbarten Balkanstaaten, es entschieden ablehnen müsse, sich einer obligatorischen Schiedssprechung zu unterwerfen.

Wir haben sodann die Abrüstungsfrage noch einmal erörtert, und benutzte ich diese Gelegenheit, um die in den mir gestern zugegangenen Erlassen Nr. 167 und 168* dem Grafen Monts gegenüber gemachten bezüglichen Äußerungen des Herzogs von Arcos bezw. des Herrn Tittoni ganz vertraulich zu verwerten. Ich wies dabei darauf hin, daß diese beiden

* Mittels der Erlasse Nr. 167 und 168 vom 24. Februar waren dem Grafen Wedel zwei Berichte des Grafen Monts vom 20. Februar übersandt worden, die Äußerungen Tittonis bzw. des spanischen Botschafters in Rom, Herzog von Arcos, über die Abrüstungsfrage wiedergaben. Siehe Nr. 7855.

Staatsmänner ebenso wie die Herren von Iswolsky und von Martens sowie auch Herr Pichon der gleichen Ansicht Ausdruck gäben, daß nämlich die Diskussion der Rüstungseinstellung zu keinerlei praktischem Resultate führen könne. Dabei rechne der eine auf ein ad absurdum-Führen der Idee, der zweite auf ihr Scheitern wegen mangelnder Einstimmigkeit und Verschiedenheit der Interessen, der dritte endlich benutze das beliebt gewordene Schlagwort des enterrement de première classe. Wenn also, von England und vielleicht Amerika abgesehen, die Mächte die Diskussion für im voraus resultatlos und mithin für durchaus unfruchtbar hielten, so verstände ich nicht, weshalb sich dieselben nicht die Frage vorlegten, wozu denn diese Diskussion überhaupt nützen solle. Diesen Nutzen nachzuweisen, werde jedenfalls schwer sein; die Gefahren aber, die die Diskussion berge, schienen mir auf der Hand zu liegen. Denn die scharfen Gegensätze, die in der Erörterung einer so einschneidenden Frage hervortreten müßten, würden zweifellos um so verbitternder auf die Beziehungen verschiedener Mächte zu einander wirken, als die Denunziation nur zu leicht als Kampfmittel Verwendung finden werde, ganz abgesehen davon, daß Gruppierungen eintreten und zu einer allgemeinen Verschärfung der Lage beitragen dürften.

Baron Aehrenthal stimmte mir durchaus zu, indem er betonte, er halte die Diskussion für direkt gefährlich. Er werde daher das Seine tun, um auf Herrn von Martens in dem Sinne zu wirken, daß Rußland erkläre, es halte sich gegenüber den von verschiedenen Mächten geäußerten ernsten Bedenken für verpflichtet, die ganze Frage von der Behandlung auf der Konferenz auszuschließen. Ob sich das erreichen lasse, erscheine ihm freilich zweifelhaft, weil Herr von Iswolsky voraussichtlich das tue, was Herr von Martens wolle, und letzterer außerdem, wie er höre, nicht ohne Einfluß auf den Zaren sei.

Ich halte es, wie ich hier einschalten möchte, für dringend geboten, daß wir bei Motivierung unseres ablehnenden Standpunktes der Abrüstungsfrage gegenüber jeden Schein vermeiden, als verfolgten wir damit Sonderzwecke oder gar aggressive Hintergedanken, und darum auch erscheint es mir besonders wichtig, daß der Wunsch nach einer Verstärkung unserer Seerüstung nicht in den Vordergrund tritt[1]. Denn ein solches Streben würde bei der ganzen jetzigen Konstellation als eine fast ausschließlich gegen England gerichtete Maßregel betrachtet werden, also gegen ein Land, mit dem in Reibung oder Konflikt zu treten hier weder Neigung noch Anlaß vorliegt. Die Seerüstung Österreich-Ungarns aber kann sich nur gegen eine Macht, Italien, richten, und man macht sich hier keine Illusionen darüber, daß diese Rüstung bei den infolge der zerfahrenen inneren Verhältnisse mangelnden Mitteln mit der des Nachbarn keinen Schritt zu halten vermag.

Die Gefahren also, die an Stelle jedweden praktischen Nutzens aus einer Diskussion der Abrüstungsfrage zweifellos entspringen würden, der unanfechtbare Satz, daß es mit der Würde einer Großmacht unverträg-

lich ist, sich in ihren ihre staatliche Sicherheit berührenden Maßnahmen durch Dritte beschränken oder gar kontrollieren zu lassen, müssen daher meiner Ansicht nach die Argumente bleiben, mit denen wir unseren ablehnenden Standpunkt begründen.

Ich habe übrigens dem Baron Aehrenthal gesagt, ich möchte wohl sehen, was England antworten würde, wenn man verlangte, es dürften hinfort keine Panzer mehr gebaut werden, die das Maß von 10000 Tonnen überschritten, oder was Frankreich, wenn man ihm mit allen anderen Landmächten 1% der Bevölkerung als Höchstmaß der Friedensstärke oktroyieren wollte. Dann würde sich voraussichtlich zeigen, ob man dort tatsächlich von reinen Friedensgedanken beseelt sei und jede offensive Tendenz perhorresziere.

Aus unserem mehrfachen Meinungsaustausch habe ich den festen Eindruck gewonnen, daß Baron Aehrenthal aus Überzeugung auf unserer Seite steht und nicht abschwenken wird. Um ihn aber in dieser Disposition zu erhalten, ist es unbedingt erforderlich, daß wir auch den leisesten Schein vermeiden, als wollten wir Österreich-Ungarn vorschieben und ihm die Hauptrolle übertragen. Nicht hinter unserem Verbündeten, auch nicht schräg hinter ihm ist unser Platz, sondern in gleicher Linie und Arm in Arm mit ihm; denn bei völlig objektiver Erwägung sind unsere Interessen mehr engagiert als die seinen.

Sollten daher im Laufe der nächsten Zeit Verhältnisse eintreten oder Gründe sich geltend machen, die eine gewisse Änderung unserer jetzigen Taktik empfehlen würden, so erachte ich es als eine Pflicht der Loyalität und als ein Gebot unserer politischen Interessen, jede auch noch so kleine Schwenkung nur nach vorheriger Verständigung und im Verein mit Österreich-Ungarn durchzuführen.

Graf C. Wedel

Bemerkung des Fürsten von Bülow am Kopf des Schriftstücks:
Sehr richtig und verständig: besonders Seite 3 und 4*.
Randbemerkung des Fürsten von Bülow:
[1] Sehr richtig!

Nr. 7861

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 34 Washington, den 27. Februar 1907

Antwort auf Telegramm Nr. 24**.

Staatssekretär übergab mir Abschrift seiner Note vom 7. Juni v. Js. an hiesigen russischen Botschafter, betreffend Programm für zweite Haager

---

* Seite 3 und 4 des Berichts umfassen die fünf letzten Absätze.
** Durch Telegramm Nr. 24 vom 18. Februar war das Londoner Telegramm Nr. 61 (siehe Nr. 7851) nach Washington mitgeteilt worden.

Konferenz. Im Laufe derselben weist Root darauf hin, daß russische Regierung in ihrer Note vom 12. August 1898, erste Haager Konferenz betreffend, hervorgehoben habe, daß Herabsetzung der Rüstungsausgaben seitens aller Nationen dort angestrebt werden sollte. Weiter bemerkte er, daß erste Konferenz es nicht für praktisch gehalten habe, diese Frage zu erörtern; er würde es aber für ein Unglück halten, falls großmütige Bestrebungen des Zaren, ihre Lösung anzubahnen, abermals resultatlos verlaufen sollten. Vereinigte Staaten seien infolge ihrer geographischen Lage mehr gegen Angriffe geschützt als Europa. Aus diesem Grunde dürften sie sich in dieser Frage, die für Europa von weit höherer Bedeutung sei, nicht vordrängen. Trotzdem glaube er aber, daß Amerika gerade infolge seiner Isolierung in der Lage sei, geeignete Vorschläge zu machen. Deshalb betrachte es hiesige Regierung für ihre Pflicht, die Freiheit für sich zu reservieren, um bei zweiter Haager Konferenz die Herabsetzung der Rüstungsausgaben als eine der in Betracht zu ziehenden Fragen in Vorschlag zu bringen.

Im Zusammenhang hiermit bemerkte dann Staatssekretär bei heutiger Unterredung:

„The Government of the United States does not desire to commit the Conference to any action in advance, but desires to prevent that the question of reduction of armaments should be excluded in advance from the Conference. The Government wants to leave it to the Conference whether it will discuss this question. The countries inclined to join in this discussion could form a committee to meet in camera."

Staatssekretär hob hervor, daß öffentliche Meinung hier Erörterung der Abrüstungsfrage gebieterisch verlange und Regierung [sich] schwersten Angriffen aussetze, falls sie Frage ausschalten würde. Diese Ansicht habe ich nur von Root gehört. Kongreß und Presse haben sich der Frage gegenüber bis jetzt sehr indifferent gezeigt.

Ich werde demnächst Präsidenten wieder sondieren.

Sternburg

Nr. 7862

Der Botschafter in Rom Graf Monts an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 36 Rom, den 2. März 1907

Seit der Marokkoaffäre hatte ich kein eigentlich politisches Gespräch mit meinem französischen Kollegen* gehabt, doch waren unsere persönlichen Beziehungen stets die besten geblieben. Heute machte es sich

* Barrère.

bei einem gemeinsamen Spaziergang, daß wir auf die Friedenskonferenz zu reden kamen. Herr Barrère äußerte, in Paris sei zunächst durchaus keine Stimmung für eine Erörterung der Abrüstungsfrage im Haag gewesen. Man hielte das Problem internationaler Beschränkung der Rüstungen oder der Kosten für Armee, Marine pp. für unlösbar. Ebensowenig würde Frankreich jemals auf Anerkennung der Dragotheorie oder Annahme eines zwangsweisen Schiedsgerichts sich einlassen. Da indes von englischer und amerikanischer Seite so viel Wert auf akademische internationale Besprechung des Problems gelegt werde, habe man schließlich, auch unter dem Eindruck des Zuredens von Staatsrat von Martens, die ursprünglich absolut negative Haltung aufgegeben. Doch sei man nach wie vor überzeugt, daß aus eventuellen Besprechungen gar nichts herauskommen würde und dürfe.

Es sei zu hoffen, daß die wirklich nützlichen Beratungsgegenstände nicht unter Abrüstungskonferenzen leiden werden. Denn im internationalen Seerecht sei viel zu ordnen, vor allem die Frage der Seeminen. Dann hätte er auch gehört, daß England dem Haager Gerichtshof den Charakter als oberste Instanz für die Prisengerichte beilegen wolle. „Soyez sûr," so schloß Herr Barrère, „que nous pensons à Paris sur le désarmement au fond tout-à-fait comme vous à Berlin."

Monts

Nr. 7863

Der Botschafter in Wien Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 50 Wien, den 3. März 1907

Ich sah soeben den Freiherrn von Aehrenthal, der gestern ein- und einhalbstündiges Gespräch mit Herrn von Martens* hatte. Letzterer hat den bekannten Standpunkt vertreten, daß Erörterung der Abrüstungsfrage zwar zwecklos sei, ihre Diskussion aber, die von England bereits im August v. Js. angeregt worden, sich nicht werde ausschließen lassen.

Der Minister hat dem entgegengehalten, er sehe sich durch diese Mitteilung einer neuen Situation gegenüber. Ihm sei bisher nur das Programm bekannt, durch das an zwei Stellen die Rüstungsfrage ausdrücklich ausgeschlossen werde, während der englische Vorschlag bei der K. u. K. Regierung niemals zur Sprache gebracht worden wäre. Letztere habe seinerzeit die Einladung zur Konferenz auf Grund des Programms angenommen, zu dem die englische Proposition nicht gehöre. Eine derartige Erweiterung erfordere also neue Entschlüsse.

---

* Er war am 2. März, von Rom kommend, in Wien eingetroffen.

Er habe, fuhr der Baron fort, dem russischen Staatsrat angedeutet, daß er gegen diese Erweiterung ernste Bedenken hege und deshalb eventuell einen anderen Vorschlag machen werde, dessen Formulierung er sich vorbehalte.

Diesen Vorschlag, den er mir morgen oder übermorgen vorlegen wolle, denke er sich etwa folgendermaßen:

Die russische Regierung soll erklären, die durch Herrn von Martens unternommenen Sondierungen der europäischen Kabinette hätten zu der Erkenntnis geführt, daß eine Diskussion der Abrüstungsfrage auf der bevorstehenden Konferenz kein praktisches Resultat zeitigen, sondern nur ernste Meinungsverschiedenheiten hervorrufen könne. Um aber dem Wunsche nach Erörterung der Frage entgegenzukommen, sei man bereit, eine zu diesem Zwecke in späterer Zeit zu berufende spezielle Konferenz, auf der aber nur die Großmächte vertreten wären, nach genau vorausgehenden Vorbereitungen zu beschicken.

Einen derartigen Vorschlag, fügte der Minister hinzu, wolle er natürlich nur im Einverständnis mit uns machen, da er sich nicht zu isolieren gedenke. Derselbe müßte eventuell durch unsere gemeinsame Demarche auch direkt beim Zaren unterstützt werden.

Hätten Euere Durchlaucht dagegen Bedenken, so sei er bereit, an unserem ursprünglichen Plane festzuhalten und in St. Petersburg zu erklären, daß wir uns an der Diskussion der Abrüstungsfrage, als außerhalb des von uns angenommenen Programms liegend, nicht beteiligen würden, und daß diese Diskussion daher auch im Konferenzprotokoll keinen Platz finden dürfe. Herrn von Martens, der, wie derselbe ihm .....* über Berlin zurückreisen wolle, diesen Abstecher aber in den Schleier des Geheimnisses hülle, denke er zu sagen, er müsse angesichts der für ihn veränderten Situation noch weiter nachdenken und werde seine definitive Antwort bezw. seine Vorschläge durch den Grafen Berchtold, der am 7. nach St. Petersburg zurückreise, überbringen lassen.

Freiherr von Aehrenthal las mir sodann ein Telegramm des Grafen Lützow** vor. Danach hat Herr Tittoni dem Botschafter mit dem Bemerken, daß er sich genau in gleicher Weise gegenüber dem Grafen Monts ausgesprochen, etwa folgendes gesagt:

Italien könne mit Rücksicht auf das Parlament und die öffentliche Meinung keinerlei Initiative hinsichtlich der Ablehnung der Abrüstungsdiskussion ergreifen. Er erblicke keine Gefahr in der Erörterung dieser Frage, die durch dilatorische Behandlung in der Kommission unschädlich gemacht werden könne. Er lege Wert darauf, sich mit Deutschland und Österreich-Ungarn über eine gleichmäßige Behandlung der Angelegenheit zu verständigen, damit keinerlei Divergenz unter dem Dreibund in die Erscheinung trete.

Freiherr von Aehrenthal ist mit einem solchen Meinungsaustausch

* Zifferngruppe fehlt, vermutlich „gesagt habe".
** Österreich-ungarischer Botschafter in Rom.

einverstanden und äußerte, man könne ja Italien anheimstellen, seinen Vermittelungsvorschlag, sofern Euere Durchlaucht denselben akzeptierten, in St. Petersburg zu unterstützen.

Ich darf hiernach um weitere Weisung bitten. Der österreichisch-ungarische Minister wird, wenn wir es wünschen, zweifellos an unserer ursprünglichen Vereinbarung festhalten, doch wäre ihm nach meinem Empfinden ein Ausweg, der keine direkte und schroffe Ablehnung enthielte, sympathischer.

Wedel

Nr. 7864

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Botschafter in Wien Grafen Karl von Wedel

Telegramm. Konzept

Nr. 44 Berlin, den 4. März 1907

Antwort auf Telegramm Nr. 50*.

Den Vermittelungsvorschlag des Barons Aehrenthal, die Diskussion der Abrüstungsfrage einer späteren Konferenz der Großmächte nach vorausgehenden genauen Vorbereitungen vorzubehalten, haben wir hier eingehend geprüft. Er erscheint uns nach mancher Richtung hin bedenklich, weil durch eine so ernste Behandlung dieser Frage ihre Gefährlichkeit sachlich noch vermehrt und ihre Reife für eine Diskussion grundsätzlich anerkannt würde. Ferner würde der Vorschlag voraussichtlich alle nicht zu der Sonderkonferenz zugezogenen Mächte verstimmen, sodaß England einer solchen Beschränkung sehr wohl widersprechen und sich dadurch zugleich die Sympathien dieser Mächte sichern könnte. Endlich könnte England den schon in der Presse ventilierten und sehr unbequemen Gegenvorschlag machen, daß die Frage auf der Friedenskonferenz zunächst unter den Großmächten verhandelt und das Ergebnis dieser Verhandlungen der Gesamtkonferenz vorgelegt werden solle. Dem Einwande, daß die Zeit zur Vorbereitung mangle, könnte England mit der sofortigen Vorlegung seiner Vorschläge und gegebenenfalls mit dem Antrag auf Verschiebung der Friedenskonferenz, etwa auf den Herbst, begegnen.

Wir möchten annehmen, daß Baron Aehrenthal diese Bedenken teilen wird. Ebenso wie Baron Aehrenthal sind wir nach wie vor der Ansicht, daß es das beste wäre, an unserm ursprünglichen Plane festzuhalten und in St. Petersburg zu erklären, daß wir uns an Diskussion der Abrüstungsfrage, als außerhalb des von uns angenommenen Programms liegend, nicht beteiligen würden, und daß eine solche Diskussion auch im Konferenzprotokolle keinen Platz finden dürfe. Es wäre uns erwünscht, zu erfahren, wie Baron Aehrenthal sich die weitere Behandlung in St. Petersburg, ins-

* Siehe Nr. 7863.

besondere eine etwaige Demarche beim Zaren denkt, damit wir danach unsere Instruktionen einrichten können. Das Ziel müßte wohl sein, daß Rußland erklärt, eine Diskussion der Abrüstungsfrage auf der Konferenz nicht empfehlen oder sich jedenfalls nicht selbst daran beteiligen zu können, da diese Frage nicht von vornherein auf dem Programm gestanden habe und die durch Herrn Martens unternommenen Sondierungen der europäischen Kabinette zur Erkenntnis geführt hätten, daß ihre Diskussion auf der Konferenz kein praktisches Resultat zeitigen, sondern nur ernste Meinungsverschiedenheiten hervorrufen würden.

Ebenso wenig wie dem Baron Aehrenthal sind uns die englischen Vorschläge bekannt. Es fragt sich deshalb, ob mit der Demarche bei dem Zaren nicht besser zu warten ist, bis wir nähere Kenntnisse von ihnen erlangt haben.

Unsere Antwort an Martens werden wir nach der ihm vom Baron Aehrenthal erteilten einrichten.

Nachdem zwischen uns und Österreich-Ungarn Verständigung erzielt sein wird, tragen wir kein Bedenken, mit Italien in einen Meinungsaustausch einzutreten.

Tschirschky

Nr. 7865

Der Botschafter in Wien Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 51 Wien, den 5. März 1907

Antwort auf Telegramm Nr. 44*.

Ich habe vorhin eingehend mit Freiherrn von Aehrenthal konferiert, der mir gleich bei Berührung seines Kompromißvorschlags, und noch ehe ich unsere Gründe gegen denselben entwickelt hatte, sagte, er sei bei näherem Nachdenken von demselben zurückgekommen und erachte es für allein richtig, daß wir an unserem ursprünglichen Plan festhielten. Der Minister ließ bei dieser Gelegenheit eine erfreuliche Entschlossenheit erkennen, die jeden etwaigen Zweifel an dem festen Beharren auf seinem Standpunkt ausschließt. Er hat ein Promemoria entworfen, in welchem er die Anschauungen der K. u. K. Regierung und die Begründung ihrer ablehnenden Haltung zur Abrüstungsfrage unserer Vereinbarung entsprechend präzisiert. Dieses Schriftstück soll Graf Berchtold nach St. Petersburg überbringen. Der Minister will mir eine Abschrift morgen zugehen lassen, die ich per Eilbotenbrief nach Berlin sende**, sodaß sie Donnerstag mittag in Euerer Durchlaucht Händen sein wird, da tele-

* Siehe Nr. 7864.

** Es geschah durch Bericht Nr. 82 vom 6. März 1907.

graphische Übermittelung des Inhalts wegen Gefährdung des Chiffregeheimnisses sich nicht empfehlen dürfte.

Was Freiherrn von Aehrenthals Äußerungen zu Herrn Martens betrifft, den er gestern noch einmal sah, so sagte er mir diesbezüglich, er habe demselben gegenüber erneut betont, daß er sich angesichts der neuen Situation, die der englische Vorschlag, wenn er hier mitgeteilt, involvieren würde, seine Entschlüsse vorbehalten müsse.

Der Minister ist der Ansicht, daß es sich empfehlen wird, schon jetzt auf den Zaren einzuwirken, ehe Rußland sich durch die Mitteilung des englischen Vorschlags festlege. Er will zu diesem Zweck den Grafen Berchtold anweisen, den Kaiser Nikolaus nach Anhalt des oben erwähnten Promemoria zu sprechen und höchstdenselben auf die Wichtigkeit der Solidarität der Dreikaisermächte in dieser ernsten Frage aufmerksam zu machen.

Er empfiehlt als zweckmäßig, daß Herr von Schoen entweder einige Tage vorher oder einige Tage nachher eine ähnliche Demarche macht, während er ein gleichzeitiges Audienzgesuch für inopportun erachtet, da das zu unnötigen Kommentaren gerade auf dem St. Petersburger Terrain Anlaß geben könnte.

Der Minister ist bereit, nach Eingang der definitiven russischen Einladung in Gemeinschaft mit uns eventuell in einen Meinungsaustausch mit Italien zu treten. Er habe diesbezüglich auch bereits den übrigens in der Sache unorientierten italienischen Botschafter* gebeten, Herrn Tittoni zu....**, daß er dessen Anregung einer vorherigen Verständigung unter den Dreibundmächten mit Genugtuung und Dankbarkeit begrüße und derselben seinerzeit gern Folge geben werde.

Anschließend hieran erzählte mir Freiherr von Aehrenthal, Herr Martens habe ihm gegenüber den Versuch gemacht, die Situation so darzustellen, als ob wir der Diskussion der Abrüstungsfrage durchaus nicht so ablehnend gegenüberständen, wie es hier der Fall zu sein scheine. Der Staatsrat habe ferner angedeutet, er sei der Träger einer Botschaft Sir E. Greys an das Berliner Kabinett, durch die der englische Minister versichern lasse, daß der Abrüstungsvorschlag durchaus keine Spitze gegen Deutschland enthalte[1].

Mit unverhohlener Genugtuung wies der Minister auf einen Leitartikel des „Temps" hin, in welchem die Rüstungseinstellung abfällig besprochen wird***, indem er bemerkte, er werde Sorge tragen, daß dieser Artikel durch die hiesige Presse niedriger gehängt werde.

Herrn Martens nannte er vertraulich einen Büffel. Kaiser Franz Joseph, der denselben gestern empfangen, hätte geäußert, er habe sich vergeblich bemüht, den Staatsrat von seiner Meinung abzubringen.

---

* Herzog von Avarna.

** Zifferngruppe fehlt.

*** Gemeint ist der Artikel des „Temps" vom 4. März, der den berühmten Aufsatz Sir Henry Campbell-Bannermans in „The Nation" vom 2. März „The Hague Con-

Herr von Mérey sprach sich dahin aus, daß der russische Delegierte sowohl auf Freiherrn von Aehrenthal wie auf ihn keinen günstigen Eindruck gemacht habe. Er, von Mérey, hätte demselben gesagt, er erachte den Abrüstungsvorschlag für antimonarchique, welche Bemerkung getroffen zu haben scheine, da Herr Martens die Antwort darauf schuldig geblieben sei.

Nach meiner Rückkehr vom Ballplatz habe ich den Besuch des russischen Gastes, der mich verfehlt hatte, und der neben uns in der russischen Botschaft wohnt, erwidert. Aus unserem längeren Gespräch habe ich den unbedingten Eindruck gewonnen, daß derselbe sich mit dem englischen Vorschlag völlig verquickt hat und zähe an demselben festhält. Er betonte, daß fast alle Mächte darin einig seien, daß eine Diskussion der Abrüstung keinerlei praktische Erfolge zeitigen könne. England, das ein vollkommenes Buch über die einzelnen Punkte des Programms ausgearbeitet habe, könne bei dieser Gelegenheit zeigen, ob es überhaupt eine annehmbare Formel für die Rüstungseinstellung vorzuschlagen vermöge, was er für ausgeschlossen halte[2]. Diese Tatsache werde in der Kommission konstatiert und die ganze Sache dann im Plenum begraben werden. Der gute Wille sei dann wenigstens gezeigt, und den Anarchisten und Sozialisten wäre mit dem Beweise der Unmöglichkeit der Abrüstungsdurchführung der Mund gestopft. Martens gab sich sichtliche Mühe, mich zu überzeugen, daß eine im voraus erfolgende Ablehnung der Diskussion die betreffenden Staaten kompromittieren könnte, während die Diskussion selbst, wie im Jahre 1899, völlig harmlos verlaufen würde.

Ich erwiderte ihm, die russische Regierung selbst schiene mir von dieser Harmlosigkeit nicht ganz überzeugt gewesen zu sein, weil sie sonst wohl die Abrüstung nicht ausdrücklich vom Programm ausgeschlossen haben würde. Nach meiner Meinung greife eine solche Erörterung in die souveränen und monarchistischen Sphären der Staaten ein, und deshalb erscheine mir dieselbe, nachdem fast Übereinstimmung herrscht, daß etwas Praktisches dabei nicht herauskommen könne, gefährlich.

Herr Martens nimmt morgen das Frühstück bei Freiherrn von Aehrenthal ein, zu dem auch ich geladen, reist morgen abend nach Berlin und setzt von dort Freitag abend seine Fahrt nach St. Petersburg fort.

Wedel

Randbemerkungen von Tschirschkys:
[1] Das ist nicht der richtige Weg.
[2] Das müßte England v o r Zusammentritt der Konferenz tun.

---

ference and the Limitation of Armaments" (neuerdings wieder abgedruckt bei H. H. Asquith, The Genesis of the War, p. 270 ff.) einer schneidenden Kritik unterzog. Es hieß darin u. a., daß sich in dem Artikel des englischen Premiers kaum eine einzige Phrase finde, die nicht durch die Tatsachen oder durch die eigenen Worte des Autors entkräftet würde. Vgl. Kap. CLXVI, Nr. 7781, Fußnote **.

Nr. 7866

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 39 Washington, den ... März 1907
[pr. am 6. März]

Infolge schwerer Arbeitslast bei Kongreßschluß konnte Präsident erst heute Abrüstungsfrage mit mir besprechen. Nachdem ich ihm Roots Äußerungen (cfr. Telegramm Nr. 34 vom 27. Februar*) mitgeteilt hatte, fragte Präsident, wie ich dieselben auffasse. Ich bemerkte, Roots Vorschlag, daß diejenigen Mächte, die für Herabsetzung der Rüstungsausgaben seien, Frage in Komitee besprechen sollten, komme mir bedenklich vor und würde Konferenz gewissermaßen mit einem Spalt eröffnen. England würde in diesem Komitee das Machtwort zu führen versuchen.

Präsident antwortete:

„Root never told me about. I am entirely of your opinion and have told England that it seems surprising that she after hasten[ing] enormous naval increase suddenly advocates reduction of naval armaments. Shall talk the matter over with you and Root."

Sternburg

Nr. 7867

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

[Berlin, den 7. März 1907]

Der russische Geheime Rat von Martens wünscht Euerer Majestät das Ergebnis seiner Missionsreise in Sachen der zweiten Haager Friedenskonferenz persönlich vorzutragen. Seine Mission sollte ein Einverständnis der Großmächte darüber herbeiführen, ob und unter welchen Voraussetzungen die von England angeregte Diskussion der Abrüstungsfrage auf der Konferenz zugelassen werden kann.

Martens meint, daß man England nicht verhindern könne, diese nicht auf dem russischen Programme stehende Frage gleichwohl zur Sprache zu bringen[1]. Er wird voraussichtlich versuchen, sich bei Euerer Majestät in diesem Sinne zu verwenden, wie er dies in Wien beim Kaiser Franz Joseph vergeblich getan hat.

---

* Siehe Nr. 7861.

Nach Mitteilung Euerer Majestät Botschafters in St. Petersburg steht die Auffassung der russischen Regierung noch nicht fest. Euerer Majestät Regierung geht deshalb darauf aus, im Verein mit Österreich-Ungarn durch bestimmtes Auftreten in St. Petersburg die ganze Sache von vornherein zu Falle zu bringen[2].

Falls Euere Majestät nicht anders befehlen, werde ich, wie dies auch Baron Aehrenthal getan hat, Herrn von Martens über unsere definitive Stellung im unklaren lassen[3], umsomehr als hier über den Inhalt der sogenannten englischen Vorschläge noch nichts bekannt ist.

von Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Der Kaiser hatte früher immer erklärt das käme nicht aufs Programm

[2] das einzig richtige

[3] Dann wird er in Petersburg in dubio sagen wir wären dafür!* Ist er in Wien abgefallen, muß er hier auch abgefertigt werden.

Nr. 7868

Der Botschafter in Washington Freiherr Speck von Sternburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 41 Washington, den 8. März 1907

Vor gestriger Besprechung der Abrüstungsfrage mit Präsidenten und Staatssekretär bemerkte ersterer, daß es ihm infolge schwerer Überarbeitung vor Kongreßschluß unmöglich gewesen wäre, das notwendige Material genau zu prüfen; dies habe er getan. Hierauf bemerkte Präsident, erste Haager Konferenz habe sich über Abrüstungsfrage folgendermaßen geäußert: „The Conference is of opinion that the restriction of military charges which are at present a heavy burden on the world is extremely desirable for the increase of the material and moral welfare of mankind. The Conference expressed the wish that the Government taking into consideration the proposals made at the Conference may examine the possibility of an agreement as to the limitation of armed forces by land and sea and of war budgets."

Hierauf wies der Präsident auf damalige Vorschläge Rußlands hin, die auf die Dauer von fünf Jahren sich gegen eine Verstärkung der Friedensetats der Armeen aussprächen und auf die Dauer von drei Jahren eine Feststellung des Flottenbudgets befürworteten. Vereinigte Staaten antworteten hierzu unter anderem wie folgt: „The Delegation of the United States have concurred in the conclusions upon the first clause of the Russian letter

---

* Vgl. dazu Nr. 7872.

of December 30, 1898 presented to the Conference by the first committee namely that the proposals of the Russian Representatives for fixing amounts of effective forces and of budgets military and naval for periods of 5 and 3 years cannot now be accepted and that more profound study on the part of each state concerned is to be desired. The Delegation wishes to place on record that.....* the United States in so doing does not express any opinion as to the course to be taken by the states of Europe." Hierauf hob Präsident folgende Stelle seiner Botschaft vom 5. Dezember 1905 hervor. Auf Seite 21: „The first Conference of nations held at the Hague in 1899 being unable to dispose of all the business before it recommended the consideration and settlement of a number of important questions by another conference. The second question was the limitation of armed forces on land and sea and of military budgets." Auf Seite 24: „It is not possible to secure anything like an immediate disarmament, but it may be possible to exercise some check upon the tendency to swell indefinitely the budgets for military expenditure." Der Wunsch, allgemeine Abrüstung herbeizuführen, machte sich, fuhr Präsident fort, zu jener Zeit schon sehr geltend; er habe ihm daher in jener Botschaft Rechnung tragen müssen. Heute sei der Wunsch ebenso stark verbreitet, würde aber erst laut werden, wenn Zeit des Zusammentritts nächster Konferenz heranrücke. Würde er jetzt Abrüstungsfrage gänzlich ignorieren, so würde er sich seitens sehr einflußreicher Kreise den schwersten Kritiken aussetzen. Hierauf bemerkte Staatssekretär, daß in Rom vorgeschlagen worden sei, daß alle Großmächte in einem Komitee zur Erörterung der Abrüstungsfrage sich vertreten lassen möchten. Hiergegen, bemerkte der Präsident, habe er keine Einwendung zu machen. Rein als private Ansicht äußerte er Überzeugung, daß Deutschland seine Stellung wesentlich verstärken würde, falls Seine Majestät der Kaiser sich bereit erklären sollte, einer Besprechung der Abrüstungsfrage zuzustimmen mit dem Vorbehalt, daß deutsche Interessen nicht gefährdet würden[1]. Präsident hält aber jeden praktischen Vorschlag für völlig ausgeschlossen und betonte, daß er gegen alle Versuche, Deutschland zu schwächen, Front machen würde. Als ich Präsident erinnerte, daß er bei Besprechung der Abrüstungsfrage im vorigen Sommer nicht Ausdruck „Reduction of armaments", sondern milderen Ausdruck „to minimize if possible to stop increase of military expenditures" gebraucht hätte, ersuchte er Staatssekretär, in Zukunft letzteren Ausdruck zu verwenden.

Sternburg

Randbemerkung von Tschirschkys:

[1] Das dürfen wir nicht tun.

---

* Zifferngruppe fehlt.

Nr. 7869

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 75 London, den 8. März 1907

Sir E. Grey berührte heute mir gegenüber die Haager Konferenz. Der Minister sagte, er wolle zunächst abwarten, mit welchen Eindrücken Herr Martens von seiner Rundreise zurückkehre, bevor er mit einem Vorschlag betreffend die Einschränkung der Rüstungen hervortrete. Er sei der Auffassung begegnet, daß die Diskussion dieser Frage auf der Konferenz zu Friktionen unter den Mächten führen könne. Die englische Regierung sei aber fest entschlossen, alles zu tun, um zu vermeiden, daß diese Wirkung eintrete. Wenn sie daher mit ihrem Programm bei einzelnen Mächten auf Widerstand stoßen werde, so werde sie bereit sein, mit diesem über die Frage zu verhandeln. Mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung im Lande und die dem Parlament gegenüber abgegebenen Erklärungen befände sie sich aber in der Notwendigkeit, die Abrüstungsfrage anzuregen. Komme es dabei zu keinem Ergebnis, so werde die englische Regierung verpflichtet sein, dem Parlamente die Gründe anzugeben, aus denen eine Einigung nicht habe erzielt werden können.

Diese Erklärung des Ministers hatte nicht den Charakter einer Drohung, sondern sie erfolgte ersichtlich in dem Bestreben, die Stellung der Regierung dem Parlament gegenüber zu erläutern und ihre Haltung zu rechtfertigen.

Metternich

Nr. 7870

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Tschirschky

Reinschrift

Berlin, den 8. März 1907

Der Geheimrat Martens sagte mir über das Resultat seiner Informationsreise folgendes: Er habe bei allen Regierungen mit Ausnahme einer einzigen den festen Willen angetroffen, die Konferenz im Haag zu beschicken. Diese eine Ausnahme bilde die englische Regierung. Er habe in England konstatieren können, daß man im Marineamt energisch gegen die Beschickung der Konferenz arbeite, und ebenso habe er den Eindruck, daß der König selbst am liebsten die ganze Konferenzidee beseitigt

sehen möchte. Andererseits sei die Regierung fest entschlossen, in irgendeiner Form die Limitation der Rüstungen auf der Konferenz vorzubringen. Geheimrat Martens sagte mir ganz offen, daß, wenn der Kontinent Wert darauf lege, das Seerecht in seinem Interesse — also gegen England — auszugestalten, England der Vorwand genommen werden müsse, der Konferenz mit der populären Begründung fern zu bleiben, daß es ihm unmöglich gemacht worden sei, die Abrüstungsfrage dort vorzubringen.

Es herrsche überall Einverständnis darüber, daß ein praktisches Resultat in der Abrüstungsfrage nicht zu erreichen sein werde; es herrsche weiter Einverständnis darüber, daß man sich nicht darauf einlassen könne, daß England erst auf der Konferenz selbst seine Anträge über die Abrüstung stelle; es sei unbedingt erforderlich, daß England vor Zusammentritt der Konferenz mit seinen Anträgen hervortrete, und zwar so zeitig, daß den Großmächten noch Zeit gelassen werde, Stellung zu diesen Anträgen zu nehmen. Er denke sich den weiteren Verlauf der Sache ungefähr folgendermaßen: England werde an Rußland — als diejenige Macht, die zur Konferenz eingeladen hat, — seine formulierten Anträge mitteilen; diese würden von der russischen Regierung den übrigen Großmächten übermittelt werden. Es müßten dann unter den Großmächten Vereinbarungen getroffen werden darüber, wie man gegenüber diesen englischen Vorschlägen auf der Konferenz vorzugehen beabsichtige. Es sei unerläßlich, daß man sich über die Art und Weise dieses Vorgehens vorher genau im klaren sei, um jede Überraschung während der Konferenz zu vermeiden. — Geheimrat Martens schaltete hier ein, daß Herr Bourgeois* ihm angedeutet habe, er glaube eine akzeptable Form, die keinen Staat zu irgend positiven Maßregeln verpflichte, gefunden zu haben. Mitgeteilt habe ihm aber Herr Bourgeois diese Formel nicht. — Nachdem unter den Großmächten Einverständnis über die englischen Anträge erzielt worden sei, könnten sie auf der Konferenz an eine, lediglich aus Militär- und Marinesachverständigen gebildete Spezialkommission verwiesen werden, die dann ihrerseits einen ebenfalls vorher unter den Großmächten zu vereinbarenden Antrag dem Plenum vorzulegen hätte.

Ich habe mich darauf beschränkt, dem Vortrag des Geheimrat Martens zuzuhören, habe ihm dann nochmals ernstlich vorgehalten, daß es bei weitem das beste und dem russischen Programm entsprechend wäre, wenn die Abrüstungsfrage überhaupt nicht aufs Tapet gebracht werden würde, daß ich mich im übrigen aber jeder definitiven Stellungnahme enthalten müsse angesichts der Tatsache, daß wir über die Tragweite der englischen Pläne und Vorschläge noch völlig im unklaren seien; lägen sie vor, so würde dadurch, wie Baron Aehrenthal ihm angedeutet, eine neue Situation geschaffen, der gegenüber wir uns unsere Entscheidung vorbehalten müßten.

Tschirschky

---

* Präsumtiver Vertreter Frankreichs auf der zweiten Haager Konferenz.

Nr. 7871

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Botschafter in Petersburg von Schoen

Konzept

Nr. 191 Berlin, den 9. März 1907

Unsere Verhandlungen mit Österreich-Ungarn über die zweite Haager Friedenskonferenz haben zu dem Ergebnisse geführt, daß eine gemeinsame Demarche in St. Petersburg eingeleitet werden soll, um eine Diskussion der Abrüstungsfrage auf der Konferenz zu verhindern. Zu diesem Zwecke ist Graf Berchtold angewiesen worden, dem Kaiser Nikolaus den Standpunkt der österreichisch-ungarischen Regierung an der Hand des in Abschrift anliegenden Promemorias* darzulegen und ihn auf die solidarischen Interessen der drei Kaisermächte sowie auf die Wichtigkeit ihres gemeinsamen Vorgehens in dieser ernsten Frage aufmerksam zu machen.

Euere pp. bitte ich, nachdem Ihnen Graf Berchtold von der Ausführung dieses Auftrags Kenntnis gegeben hat, eine ähnliche Demarche beim Kaiser Nikolaus zu unternehmen und sich dabei im Sinne der weiter beigegebenen Denkschrift** zu äußern. Diese Denkschrift würde, entsprechend dem von Ihrem östereichisch-ungarischen Kollegen eingeschlagenen Verfahren, entweder dem Kaiser persönlich oder dem Minister von Iswolsky zu überreichen sein.

In Ihrem Gespräche mit dem Kaiser würden Sie vielleicht noch vorsichtig darauf hinweisen können, daß der Abrüstungsgedanke insbesondere in die kriegsherrliche Sphäre der Monarchen eingreift. Denn eine Volksvertretung würde, gestützt auf einen etwaigen Abrüstungsvertrag, oder schon auf Grund entsprechender Konferenzverhandlungen leicht geneigt sein, sich in unerwünschter Weise mit den auswärtigen Beziehungen des Staates sowie mit dem Maße seiner Rüstungen zu beschäftigen und so den Monarchen in den Maßnahmen, die er zur Sicherung seines Reichs für erforderlich hält, zu beschränken.

Der Geheimrat von Martens, der sich am 7. und 8. d. Mts. in Berlin aufgehalten und gestern seine Rückreise nach St. Petersburg angetreten hat, ist hier von Seiner Majestät dem Kaiser empfangen worden. Abschrift einer Aufzeichnung über meine Unterredung mit ihm liegt bei***.

Tschirschky

Anlage

Mémoire

Konzept

Berlin, le 9 mars 1907

Dans les propositions présentées à propos de la prochaine Conférence de la Paix, le Gouvernement Impérial de Russie avait fait ressortir ex-

* Hier nicht abgedruckt.

** Siehe Anlage.

*** Siehe Nr. 7870.

pressément que les questions touchant la limitation des forces militaires ou navales devaient être exclues des délibérations. Cependant, d'après les communications faites au Gouvernement Impérial d'Allemagne par Son Excellence le Conseiller intime russe M. de Martens, les Gouvernements d'Angleterre et des Etats-Unis d'Amérique se seraient réservé le droit de discuter ce problème à la Conférence.

Le Gouvernement Impérial croit devoir relever les difficultés sérieuses qui s'opposent à l'inscription de la question de la limitation des armements au programme de la Conférence et même à sa mise en discussion. De ces difficultés les unes sont d'ordre technique, tandis que les autres découlent de la nature même du problème.

En effet, le programme, très habilement composé par le Gouvernement de Russie, comprend des sujets trop nombreux et trop importants en eux-mêmes pour ne pas absorber toute l'activité de la Conférence. D'autre part, les matières qui y sont comprises ont une telle valeur pratique qu'il semble que la Conférence doive, avant tout, concentrer tous ses efforts à leur règlement. Des propositions qui auraient pour effet de charger les délibérations de nouvelles questions difficiles, ne manqueraient pas d'entraver le travail de la Conférence et pourraient nuire à l'accomplissement de la tâche qui paraît devoir lui incomber en premier lieu.

La discussion de la limitation des armements, lors de la première Conférence de la Paix, en 1899, a montré avec évidence que la solution du problème présente des difficultés extraordinaires. Depuis cette époque l'opinion publique s'est incessamment occupée de la question, sans toutefois réussir, jusqu'à présent, à indiquer la possibilité d'une solution qui tiendrait compte de la situation politique et géographique des différents Etats et de leurs différents systèmes d'organisation militaire. D'après M. de Martens, cette manière de voir serait partagée par la grande majorité des Cabinets qu'il vient de consulter. Dans ces circonstances et tant que les Puissances intéressées ne sont pas convaincues, en principe, de la possibilité de résoudre le problème d'une manière satisfaisante, il ne paraît guère probable qu'on puisse en faire avancer la solution en le soumettant à une Conférence internationale.

De plus, il n'y a pas de doute qu'à la Conférence des opinions fortement divergentes seraient émises sur cette question, et ces divergences pourraient faire naître des différends d'une gravité inattendue. Il en pourrait résulter non seulement l'insuccès de la Conférence, insuccès dont souffrirait l'œuvre hautement humanitaire qu'elle est appelée à accomplir, mais peut-être aussi, pour l'avenir, de graves difficultés à en réunir une nouvelle.

En conséquence et pour les raisons exposées ci-dessus, le Gouvernement Impérial estime qu'il est extrêmement désirable que le Cabinet de St.-Pétersbourg maintienne sa proposition originale d'après laquelle les délibérations de la Conférence ne devront pas porter sur la question de la limitation des armements.

Nr. 7872

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 66 St. Petersburg, den 10. März 1907

Bei gestriger Unterredung des von Urlaub zurückgekehrten österreichischen Botschafters mit Herrn Iswolsky über Zulassung des Vorschlags von Ausrüstungsbegrenzung zu unverbindlicher Besprechung auf Haager Konferenz hat Herr Iswolsky sich ähnlich wie bisher mir gegenüber unbestimmt und hinhaltend ausgesprochen, indessen auf ein Novum hingewiesen, nämlich ein Telegramm von Herrn Martens aus Berlin, wonach Seine Majestät der Kaiser und König in Unterredung mit Herrn Martens sich bereit erklärt habe, sich der akademischen Besprechung jenes Vorschlages nicht zu widersetzen, vorausgesetzt daß sich die Mächte zuvor über Form und Grenzen der Diskussion verständigen.

Wie Graf Mensdorff nach Wien gemeldet, befürwortet Herr Cambon den Gedanken, den Abrüstungsvorschlag durch eine besondere Kommission der Großmächte allein neben und während der Konferenz besprechen zu lassen. Sir E. Grey möchte eine solche Kommission auch über die Konferenz hinaus tagen lassen.

Graf Berchtold ist vorläufig beauftragt, in der aus Anlaß seiner Rückkehr zu erbittenden Audienz bei Kaiser Nikolaus für gänzliche Ausschaltung des Abrüstungsvorschlages einzutreten.

Ich bleibe mit Graf Berchtold in enger Fühlung.

Schoen

Nr. 7873

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Botschafter in Petersburg von Schoen

Telegramm. Konzept

Nr. 46 Berlin, den 11. März 1907

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 66*.

Bitte Herrn Iswolsky zu sagen, daß ich Herrn Martens gegenüber keinen Zweifel gelassen habe, daß wir jede kommissarische Behandlung eines eventuell gestellten englischen Vorschlags im Haag vermieden sehen wollen. Ich habe Herrn Martens eindringlich vorgestellt, daß eine kommissarische Behandlung ohne endliche Abstimmung kaum denkbar sei, eine solche aber ganz unerwünscht sein würde. Man begibt sich damit auf eine schiefe Ebene, auf der dann nur durch eine schroffe Wendung —

* Siehe Nr. 7872.

die sicher nicht im Sinne einer Friedenskonferenz liegen würde — das völlige Hinabgleiten gehindert werden kann. Die Stellung aller möglichen Anträge in der Kommission kann zu den größten Überraschungen führen. Der Gedanke Sir E. Greys, die Kommission noch über die Konferenz hinaus tagen zu lassen, gibt schon einen Vorgeschmack dessen, was da zu erwarten ist. Herr Martens behauptete — gestützt auf seine Erfahrung in Konferenzdingen — für einen Verlauf der Kommission genau nach vorher verabredetem Schema garantieren zu können. Diese Garantie kann aber niemand, auch Herr Martens nicht, übernehmen, und das habe ich ihm auch deutlich gesagt.

Sämtliche Erklärungen, die ich Herrn Martens abgegeben habe, sind auf Befehl Seiner Majestät erfolgt. Gegenüber Martens' Angabe über eventuelle Bereitwilligkeit Seiner Majestät zur Diskussion bemerke ich, daß unsere Stellung mit allerhöchster Billigung in dem Schlußsatz meiner Aufzeichnung vom 8. März* fixiert ist, die Ew. pp. inzwischen erhalten haben. Hiernach wünscht Seine Majestät die Erörterung der Abrüstungsfrage auf Konferenz vermieden zu sehen und behält sich Entscheidung gegenüber etwaigen englischen Vorschlägen vor.

Für Ew. pp. bemerke ich noch vertraulich, daß es jetzt darauf ankommt, daß Rußland in der irrigen Annahme, durch Entgegenkommen in der Abrüstungsfrage ein günstigeres Abkommen in Asien erkaufen zu können, sich nicht verleiten läßt, souveräne Rechte preiszugeben, deren Aufgabe sich später schwer rächen würde.

Ew pp. sind auch ermächtigt, im Sinne dieses Telegramms mit Herrn Martens und eventuell mit dem Zaren zu sprechen.

Tschirschky

Nr. 7874

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 88 St. Petersburg, den 12. März 1907

Nachdem Herr von Martens hierher zurückgekehrt und von Herrn Iswolsky empfangen worden ist, habe ich mich bei letzterem vertraulich nach dem Gesamtergebnis seiner Mission und insbesondere nach dem Stande der Frage erkundigt, wie weit bei den Mächten Neigung bestehe, dem englisch-amerikanischen Wunsche einer Erörterung der Rüstungsbegrenzung auf der Haager Konferenz Rechnung zu tragen.

Herr Iswolsky sagte mir, alle befragten Mächte, abgesehen von England und Amerika, seien, nach Martens' Bericht, der Ansicht, daß eine

* Siehe Nr. 7870.

Besprechung der Abrüstungsfrage zu keinem praktischen Ergebnisse führen würde, die meisten seien indessen dafür, eine unverbindliche Diskussion gelegentlich der Konferenz zuzulassen, um der sie drängenden öffentlichen Meinung einigermaßen nachzugeben. Tittoni habe geradezu erklärt, daß sich das Kabinett nicht werde halten können, wenn es eine Erörterung des Abrüstungsgedankens ablehne. Ähnlich verhalte sich Spanien. Frankreich sei zwar gegen die Abrüstung an sich, nicht aber gegen eine akademische Erörterung. In Wien sei man allerdings gegen jegliche Diskussion, in welcher Form auch immer. In Berlin habe Martens in der ihm von Seiner Majestät dem Kaiser huldvoll gewährten Audienz den Eindruck gewonnen, daß Seine Majestät sich nicht unbedingt jeder Besprechung widersetzen würde, unter der Voraussetzung jedoch, daß vor der Konferenz ein Gedankenaustausch unter den Mächten über Form und Grenzen der Diskussion nicht nur stattgefunden, sondern auch zur Einigung geführt hätte.

Ich habe Herrn Iswolsky nicht verhehlt, daß meinen soeben aus Berlin erhaltenen und zweifellos nach jener Audienz erlassenen Weisungen* zufolge die Kaiserliche Regierung nach wie vor an dem Standpunkte festhalte, daß die Erörterung des englischen Vorschlages, der in seinen Einzelheiten noch nicht amtlich bekannt sei, nach unserem Dafürhalten aber eine annehmbare Lösung schwerlich enthalten dürfte, nicht allein nutzlos, sondern auch schädlich sein würde. Eine Diskussion, in welcher Form sie auch stattfände, könnte und werde sich voraussichtlich ins Uferlose verlieren und gefährliche, dem friedlichen Geiste der Konferenz abträgliche Überraschungen bringen. Diesen Fährlichkeiten sei es besser sich nicht auszusetzen, und es erscheine daher erwünscht, daß Rußland an seinem ursprünglichen, von uns angenommenen Programmvorschlage , der jegliches Vorbringen des Abrüstungsgedankens ausschließe, unverrückbar festhalte. Das Hereinbringen des englisch-amerikanischen Vorschlages würde eine neue Lage schaffen, der gegenüber die Kaiserliche Regierung ihre endgiltige Entschließung sich vorbehalten müsse. Auf dem gleichen Standpunkte stehe, wie ihm bereits vom österreichisch-ungarischen Botschatter eröffnet sein dürfte, das Wiener Kabinett; ich sei, ebenso wie Graf Berchtold, nunmehr beauftragt, denselben bei Seiner Majestät dem Kaiser Nikolaus zu vertreten. Hierbei habe ich Herrn Iswolsky, wie dies Graf Berchtold tagszuvor getan, die Denkschrift**, welche die Auffassung der Kaiserlichen Regierung wiedergibt, behändigt.

Herr Iswolsky war von meinen Ausführungen und der Lektüre der Denkschrift nahezu bestürzt. Die hiermit geschaffene Lage, meinte er, bereite ihm „un cruel embarras". Auf der einen Seite fühle er die Verpflichtung, die Solidarität der Dreikaisermächte, auf die sein kaiserlicher Herr und er großes Gewicht legen, nicht zu verleugnen, auf der anderen

---

* Vgl. Nr. 7873.
** Siehe Nr. 7871, Anlage.

Seite habe er ernste Bedenken gegen eine a-limine-Abweisung der englisch-amerikanischen Wünsche. In das Programm werde er sie sicher nicht aufnehmen, aber die Vorbringung derselben in irgendeiner Form könne er nicht verhindern und halte ein gewisses vorsichtiges Eingehen auf dieselben für weniger bedeutungsvoll und folgenschwer wie eine nackte Abweisung. Eine unverbindliche Besprechung, etwa durch eine Kommission, deren Arbeiten in einem frommen Wunsch ausklingen würden, hätte das Gute, daß sie den in allen Ländern, auch in Rußland, sich regenden liberalen und pazifistischen Neigungen eine gewisse beruhigende Genugtuung bieten, zugleich aber alle Welt von dem utopistischen Wesen der Sache überzeugen würde. Sie hätte ferner das Gute, daß den Engländern eine „gründliche Blamage" bereitet würde. Verhalte man sich von vornherein ablehnend, so sei zu besorgen, daß diese Gelegenheit, die Engländer bloßzustellen, verloren ginge, daß diese dann überhaupt nicht mehr mitmachen würden, die Konferenz nicht zustande oder zum Scheitern kommen oder zum mindesten, daß England in den wichtigen und nützlichen Programmpunkten, der Ausgestaltung des Seerechts, auf seinen altbekannten ablehnenden Standpunkt zurückfallen werde. Es gewinne fast den Anschein, daß England auf dieses Ziel hinarbeitet. Mit gänzlicher Ausschaltung seiner Wünsche l'on ferait tout bonnement le jeu des Anglais, während man sie durch ein wenn auch nur scheinbares Eingehen auf ihre Ideen zur Beratung und Annahme jener nützlichen Programmpunkte zwinge. Für Rußland, das die Erbschaft der ersten Haager Konferenz antreten mußte, würde es überaus peinlich sein, das Odium, das aus einer grundsätzlichen Abweisung jeglicher Besprechung des Abrüstungsgedankens erwachsen müßte, auf sich zu nehmen.

Eine Besprechung, erwiderte ich, würde noch reichlicheren Stoff zum Odium liefern. Mir scheine es wenig ratsam, an einer totgeborenen Idee Versuche der Lebensweckung zu unternehmen und ihr schließlich, wenn diese Künste, wie vorauszusehen war, ergebnislos geblieben, ein feierliches Begräbnis zu veranstalten. Die ärztlichen Künstler und die Totengräber setzten sich damit noch dem Vorwurf heuchlerischen Tuns aus. Einfacher sei es, sich auf die Ausstellung eines Totenscheines zu beschränken, wie er im russischen Konferenzprogramm eigentlich schon enthalten. Im übrigen lohne es die Aussicht auf Erhaltung der für Rußland im monarchischen Interesse so wichtigen Solidarität der Dreikaisermächte, dem Versuche des Einschmuggelns unlösbarer Probleme in die Friedenskonferenz unbeugsamen Widerstand entgegenzusetzen.

Ich nehme an, daß Graf Berchtolds und sodann meine Audienz noch im Laufe dieser Woche stattfindet.

Erwähnenswert finde ich noch eine gesprächsweise Äußerung, die mir der vor kurzem zur Dumaeröffnung hierhergekommene Sir Donald Mackenzie Wallace, der mit Sir Edward Grey befreundet ist, machte. Grey, sagte er, folge nur sehr unwillig und ohne innere Überzeugung dem Abrüstungsgedanken Bannermans und würde froh sein, wenn ihm ein glimpf-

licher Rückzug ermöglicht werde, etwa in der Art, daß ihm gesagt würde, die Mächte hielten die schwierige Frage, nachdem sie Gedanken darüber ausgetauscht, nicht für genügend vorbereitet, um endgültige Entschließungen zu fassen.

v. Schoen

Nr. 7875

Der Botschafter in Wien Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 57 Wien, den 13. März 1907

Unter Bezug auf Erlaß Nr. 210 und dortseitiges Telegramm Nr. 47*.

Habe Freiherrn von Aehrenthal soeben entsprechende Mitteilungen gemacht und ihm Mémoire vom 9. März** übergeben. Er bat mich, Euerer Durchlaucht seinen besonderen Dank auszudrücken.

Der Minister glaubt, daß russische Regierung vor allem auf den englischen Geldmarkt spekuliere und daher den Wünschen Englands entgegenzukommen suche. Sir E. Grey gehe entschieden darauf aus, dem ihm unbequemen Programmpunkt über das Seekriegsrecht ein Paroli zu bieten, und werde daher trotz Herrn Martens und Herrn Bourgeois darauf dringen, in der Abrüstungsfrage zu einem positiven Resultat, durch das England die Superiorität zur See gesichert würde,.....*** Diese Schwierigkeit auszubaden bleibe aber Rußlands Sache, welches die Konferenz vorgeschlagen. Er, Aehrenthal, werde in der Presse darauf hinweisen lassen, daß der englische Vorschlag sich hauptsächlich gegen Rußland und Amerika richte[1].

Der Minister las mir ein Telegramm des Grafen Berchtold vor, wonach Herr Iswolsky durch den Inhalt des von Herrn von Schoen übergebenen Mémoires konsterniert worden sei[2], weil er aus der Mitteilung des Herrn Martens, daß unser allergnädigster Herr sich einer akademischen Diskussion des Abrüstungsvorschlages eventuell nicht widersetzen wolle, sichere Hoffnungen geschöpft hätte. Jetzt müsse die Konferenz als vereitelt betrachtet werden, und das Odium falle auf Rußland.

Der K. u. K. Botschafter in St. Petersburg telegraphiert ferner über einen Artikel der offiziösen „Rossija", in welchem die Forderung aufgestellt wird, daß Begrenzung der Rüstungen auf der Konferenz unter allen Umständen diskutiert werde.

Freiherr von Aehrenthal beharrt unentwegt auf seinem bisherigen

---

* Durch Erlaß Nr. 210 vom 10. März war dem Grafen Wedel der Erlaß nach Petersburg Nr. 191 vom 9. März (siehe Nr. 7871), durch Telegramm Nr. 47 vom 12. März das Telegramm Nr. 66 aus Petersburg (siehe Nr. 7872) mitgeteilt worden.

** Siehe Nr. 7871, Anlage.

*** Zifferngruppe fehlt.

Standpunkt und äußerte, er werde es bedauern, wenn Rußland sich uns nicht anschließen sollte. Täte es das nicht, so müßten wir eben ohne Rußland Stellung nehmen.

Wedel

Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:
[1] Gut. Wir können vorsichtig sekundieren.
[2] !!

Nr. 7876

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 76 St. Petersburg, den 15. März 1907

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 47*.

Der österreichische Botschafter hat in heutiger Audienz die Abrüstungsfrage im Sinne des Promemorias dargelegt und noch hinzugefügt, daß ein Eingehen auf den englischen Vorschlag die Gefahr von Einbrüchen in die monarchische Prärogative mit sich bringen würde. Kaiser Nikolaus erklärte nach aufmerksamer Anhörung, der österreichisch-ungarische Standpunkt, der, wie ihm bekannt, auch von Deutschland geteilt werde, sei ihm überaus sympathisch. Er sehe sich indessen in einer äußerst schwierigen Lage, da zu befürchten sei, daß die Ablehnung jeglicher Diskussion England veranlassen könnte, überhaupt nicht zur Konferenz zu kommen. Alle Welt würde Rußland für dieses Scheitern verantwortlich machen.

Schließlich bat der Kaiser um einen Rat bezüglich eines Auswegs. Graf Berchtold antwortete im Sinne des Promemoria, man könnte sagen, daß die Abrüstungsfrage von den hauptsächlich interessierten Mächten noch nicht hinreichend erörtert, daher nicht reif sei für Verhandlungen auf einer internationalen Konferenz.

Meine Audienz ist auf morgen anberaumt.

Schoen

Nr. 7877

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 94 St. Petersburg, den 16. März 1907

Nachdem der österreichisch-ungarische Botschafter von Kaiser Nikolaus gestern in Privataudienz empfangen worden, um die Ansichten seines

* Durch Telegramm Nr. 47 vom 14. März war Schoen das Telegramm Graf Wedels Nr. 57 vom 13. März (siehe Nr. 7875) mitgeteilt worden.

kaiserlichen Herrn über die Frage der Erörterung des englischen Abrüstungsvorschlages auf der Haager Konferenz darzulegen, ist mir diese Ehre heute zuteil geworden.

Ich würde es für erwünscht gehalten haben, wenn beide Audienzen zeitlich durch einige Tage getrennt gewesen wären, damit nach außen hin der Eindruck einer gemeinschaftlichen Einwirkung vermieden worden wäre, auch sich mir Gelegenheit geboten hätte, etwaige inzwischen auftretende Gegenströmungen in Rechnung zu ziehen. Kaiser Nikolaus hat mich jedoch sogleich zu empfangen gewünscht, da ihn in der nächsten Woche die russischen Bußtage[1] daran hindern würden.

Ich habe Seiner Majestät im Sinne Euerer Durchlaucht Weisungen und Ermächtigungen dargelegt, daß es der Kaiserlichen Regierung in hohem Grade erwünscht erscheine, daß Rußland an dem ursprünglichen Programm, das die Begrenzung der Land- und Seestreitkräfte ausdrücklich ausschließt, unverrückbar festhalte. Die Mehrzahl der Mächte scheine davon überzeugt, daß eine Besprechung dieses Problems auf der Konferenz zu keinem praktischen Ergebnis führen würde; einige seien allerdings für die Zulassung einer unverbindlichen Erörterung. Uns erscheine eine derartige Diskussion nicht nur nutzlos, sondern auch schädlich. Das Konferenzprogramm biete reichlichen Stoff zu ernsten und nutzbringenden Beratungen; es sei gewagt, eine Belastungsprobe durch Hinzufügung unlösbarer Probleme vorzunehmen. Irgendeinen Plan praktischer und für die hauptsächlich in Betracht kommenden Mächte annehmbarer Lösung der Abrüstungsfrage habe die bisherige Erörterung in Presse und Versammlungen nicht gezeitigt. Eine Besprechung auf der Konferenz, sei es auch nebenbei in einer Kommission, berge die Gefahr in sich, ins Uferlose zu verlaufen, die Gegensätze nur zu vertiefen, Überraschungen zu bringen, die nur zu schroffen, dem Geiste der Friedenskonferenz zuwiderlaufenden Lösungen führen könnten. Die Nachricht, Sir E. Grey wünsche die kommissarischen Beratungen eventuell über die eigentliche Konferenz hinaus andauern zu lassen, zeige, wohin die Vorbringer der Idee der Rüstungsbegrenzung die anderen Mächte zu führen gedenken. Es sei auch zu berücksichtigen, daß die ohnehin schon nicht zu großen Opfern geneigten Volksvertretungen in manchen Ländern aus dem bloßen Umstande, daß die Rüstungsbegrenzung auf einer internationalen Konferenz besprochen wird, ohne Rücksicht auf Erfolg oder Nichterfolg der Beratungen die Ermutigung schöpfen würden, in die Rechte des Souveräns durch Einmischung in die auswärtigen Dinge und durch Einschränkungen der unbedingt erforderlichen Wehrkräfte einzugreifen. Sei einmal Bresche in diese Prärogative gelegt, so würden die Versuche weiteren Eindringens nur immer stürmischer werden. Nach alledem empfehle es sich dringend, dem Vorschlage der Rüstungsbegrenzung von vornherein abweisend entgegenzutreten, und das einfachste und naheliegendste Mittel hierzu biete die Berufung auf den bereits bei der ersten Anregung zur Konferenz deutlich und nachdrücklich gekennzeichneten Standpunkt. Eine derartige Lösung,

die lediglich als Ausfluß konsequenten Handelns gelten könnte, dürfte niemand verletzen, allen Einsichtigen als natürlich erscheinen, werde in Berlin und Wien mit besonderem Dank anerkannt und vermutlich auch von anderen Kabinetten willkommen geheißen werden.

Der Kaiser erwiderte, er danke zunächst Seiner Majestät dem Kaiser und König, seinem treu bewährten Freund, daß er durch seinen Botschafter in dieser wichtigen Frage an ihn appelliert habe, auch danke er mir für die klare und erschöpfende Darlegung. Graf Berchtold habe ihm gestern Ähnliches gesagt, meine Ausführungen seien indessen noch eingehender und überzeugender. Er könne nur sagen, daß sie ihn sehr wohltuend berührt haben, und daß er innerlich ganz auf deutscher und österreichisch-ungarischer Seite stehe[2]. Er befinde sich indessen in einer überaus schwierigen Lage: Gehe man auf den englischen Wunsch nicht in irgendeiner Form ein, so sei zu besorgen, daß England, das offenbar an die Beratung gewisser Programmpunkte, die das Seekriegsrecht betreffen, ungern herangehe, überhaupt nicht zur Konferenz komme[3]. Man würde dann allgemein gegen ihn den Vorwurf erheben, die Konferenz veranstaltet und sie dann zum Scheitern gebracht zu haben[4]. Wie schon wiederholt werde er persönlich das Ziel der heftigsten Angriffe werden. Zu berücksichtigen sei ferner, daß außer England auch Amerika für den Gedanken der Rüstungsbegrenzung sei; Amerika sei, seitdem es sich von der japanischen Gefahr ernstlich bedroht fühle, zu einem natürlichen Bundesgenossen Rußlands geworden, der sorgsam behandelt werden müsse. Er meine unter diesen Umständen, daß Iswolskys und Martens' Idee, den englisch-amerikanischen Vorschlag zur unverbindlichen Besprechung zuzulassen, ihm aber un enterrement de première classe zu bereiten, manches für sich habe[5].

Ich bemerkte, nachdem Seine Majestät mich in überaus gnädiger Weise zu offener vertrauensvoller Aussprache ermutigt, die Engländer würden ihren Gedanken wohl nicht so leicht totschlagen und begraben lassen. Jedenfalls würden sie mit Hilfe einer gefügigen und gewandten Presse nachdrücklich für eine giftige Hetze gegen die Widersacher sorgen und diese der Welt als Friedensstörer denunzieren. Auch erscheinen die englischen Absichten in eigentümlichem Licht neben den deutlichen Anzeichen dafür, daß England selbst an tatsächliche proportionale Rüstungsbeschränkung nicht denke. Noch vor wenigen Tagen habe der erste Lord der Admiralität, Lord Tweedmouth, öffentlich erklärt, England werde unter allen Umständen ohne Rücksicht auf die Kosten an dem Zwei-Mächte-Standard festhalten. Man wisse auch, daß König Eduard persönlich von der ganzen Friedenskonferenz nicht viel halte. All diese Widersprüche zu erklären, sei schwer; es dränge sich die Vermutung auf, daß in den Köpfen der jetzt leitenden Männer Englands eigenartige Gedanken vorwalten, daß Parteirücksichten mitsprechen, auf welche einzugehen das Ausland nicht die geringste Veranlassung habe, daß hinter dem Vorschlage der Rüstungsbegrenzung undurchsichtige

Pläne sich verbergen[6]. Mit Eingehen auf dieselben gerate man vielleicht in ein Netz, aus dem man sich schwer wieder befreien könne. Die englische Presse werde es nicht versäumen, jedes Nachgeben als einen Akt von großer politischer Bedeutung hinzustellen. Für Amerika sprechen so gewichtige Interessen zugunsten guter Freundschaft mit Rußland, daß es mit oder ohne Rüstungsbegrenzung und Dragotheorie wohl an demselben festhalten werde.

Kaiser Nikolaus stimmte den Andeutungen der Widersprüche in dem englischen Vorgehen lebhaft bei. Auch ihn habe die Äußerung Lord Tweedmouths frappiert, auch ihm habe Graf Benckendorff kürzlich erzählt, daß König Eduard für die Konferenz nur wegwerfende Worte habe[7]. Es sei auch zutreffend, daß die englische Presse zweifellos bemüht sein werde, jedes, auch das geringste Entgegenkommen Rußlands aufzubauschen und auszubeuten, wie sie es schon mit dem noch nicht zustande gekommenen Abkommen über asiatische Dinge* getan. Bei diesem handle es sich im Grunde um weit weniger als die englische Presse glauben machen wolle, um friedfertiges Nebeneinanderleben, nicht wie früher Gegeneinanderarbeiten in Persien, um Behandlung Afghanistans als Pufferstaat und um beiderseitiges „hands off" in Tibet. Das alles sei zwar die erfreuliche Beseitigung von Reibungspunkten, aber noch lange keine entente cordiale. Für letztere sei er nie zu haben[8], und er hoffe auch, daß im russischen Volke so viel gesunder Sinn sich finden werde, daß es von einer engen Freundschaft mit England, das seit einem Jahrhundert nur immer gegen Rußland gearbeitet und es in den letzten unseligen Krieg getrieben, nichts wissen wolle.

Ich erlaubte mir hier den Einwurf, aus der Lektüre der russischen Presse gewinne man freilich den Eindruck ziemlich verbreiteter englandfreundlicher Stimmung; ob das Aufrichtigkeit oder Mache sei, könne ich nicht beurteilen. Es sei meist Mache, meinte Seine Majestät[9].

Auf England habe er, fuhr der Kaiser in seinem Gedankengange fort, im Grunde wenig Neigung, Rücksicht zu nehmen, aber Amerika müsse er schonend und vorsichtig behandeln. Es sei mit seinem Eintreten für den Gedanken der Rüstungsbegrenzung allem Anscheine nach aufrichtiger[10] wie England. Die Frage, wie man aus dem Dilemma der Erwägungen, die für und gegen die Erörterung jenes Gedankens auf der Konferenz sprechen, herauskommen könnte, beschäftige ihn schon seit einigen Tagen lebhaft. Er habe schon daran gedacht, ob er nicht eine Verschiebung der Konferenz um ein Jahr vorschlagen sollte. Er werde diese Frage noch reiflich erwägen[11].

Auf die gnädige Frage Seiner Majestät, ob ich persönlich den Ausweg der Verschiebung der Konferenz für empfehlenswert halte, erwiderte ich, ich sei bei dem jetzigen Stande der Dinge nur von der Gangbarkeit eines

---

* Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CLXXXIII.

Weges überzeugt, desjenigen, welchen ich Seiner Majestät im Auftrage der Kaiserlichen Regierung zu empfehlen die Ehre gehabt, des geraden und kurzen Weges, dessen Richtung bereits in dem mit weiser Vorsicht aufgestellten Programm sich vorgezeichnet finde. Nur er verspreche zu einem guten Ziele zu führen. Wenn Seine Majestät auf dieser Bahn verharre, so werde er zwei mächtige treue und uneigennützige Freunde an seiner Seite haben, unseren allergnädigsten Herrn, von dessen aufrichtiger Freundschaft er so manche sprechende Beweise erhalten, und den ehrwürdigen, auf eine bald sechzigjährige Regierungszeit zurückblickenden Kaiser von Österreich. Das in tiefer monarchischer Interessengemeinschaft begründete Zusammengehen der drei erleuchteten und mächtigen Souveräne wiege in der Wagschale der politischen Dinge schwerer als die unbestimmten Gedanken des Mannes, der das Wort in die Welt gesetzt hat „La Douma est morte, vive la Douma!"[12*]

Das sei ein sehr unbedachtes und übles Wort gewesen, meinte Seine Majestät. Auch die jetzige Duma, wenn auch etwas besser als die erste, verdiene nicht, daß man Gutes von ihr sage. Hoffentlich werde auch sie sich selbst bald das eigene Grab graben. „Diese Leute, die sich unter aller Würde benehmen, die an nichts anderes als an gegenseitiges Beschimpfen und Bekämpfen denken, geben ein Bild, das ein Hohn auf wahren Konstitutionalismus ist; sie sind nicht die wahren Vertreter des russischen Volkes. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als zum Erlasse eines neuen, besseren Wahlgesetzes seine Zuflucht zu nehmen. Man sagt mir vielfach nach, ich sei schlaff (flasque)[13], — man wird sich eines anderen überzeugen".

Seine Majestät beendete nach dreiviertelstündiger Unterhaltung in überaus gnädiger Weise die Audienz mit der Versicherung, es habe ihm wohlgetan, sich mit mir offen aussprechen zu können. Meine Ausführungen hätten tiefen Eindruck auf ihn gemacht[14], er werde nun noch reiflich mit sich zu Rat gehen. Auf meine Frage, was ich meinem allergnädigsten Herrn melden dürfe, antwortete Seine Majestät: „Je vous prie de transmettre mes meilleurs amitiés et l'expression de ma profonde reconnaissance à l'Empereur Guillaume. Dites-lui que je prendrai en sérieuse considération tout ce que vous venez de m'exposer. Il s'agit d'une question importante. Je m'efforcerai de trouver une solution satisfaisante"[15].

Mein österreichisch-ungarischer Kollege hat gestern nochmals eine Unterredung mit Herrn Iswolsky gehabt und ihn etwas geneigter gefunden, unseren Argumenten gegen die Diskussion der Rüstungsbegrenzung Gehör zu schenken, wie bei der ersten Aussprache. Ich hoffe, den Minister am

---

* Gemeint ist der englische Premier Sir Henry Campbell-Bannermann, der bei der Begrüßung des Interparlamentarischen Kongresses in London am 23. Juli 1906 an die russischen Delegierten, die der eben aufgelösten Duma angehörten, jene Worte gerichtet hatte.

Montag, dem Vorabend seines regelmäßigen Vortrages beim Kaiser, nochmals sprechen zu können, auch mit Herrn von Martens, mit dem ich mich wiederholt verfehlt habe, eine Unterhaltung zu haben.

v. Schoen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] !
[2] Den Quatsch kennt man!
[3] Das ist wörtlich die Antwort von Martens an Tschirschky
[4] Blech! Er doch nicht sondern England!
[5] also er hat einfach Martens Auswendig gelernt!
[6] richtig.
[7] na also!
[8] ?!!
[9] !!!
[10] ? von London vorgeschoben.
[11] !Jammerlappen!
[12] sehr gut
[13] ja das ist er!
[14] bis Iswolski oder Martens oder Nicholson* ihn verwischt hat
[15] Diese Antwort ist keine!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Schoen hat vorzüglich operirt! und brillant geredet!
L'Empereur n'est pas faux mais faible! La faiblesse n'est pas la fausseté, mais elle en tient lieu, et elle en rempli les fonctions!

Nr. 7878

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Botschafter in Petersburg von Schoen

Telegramm. Konzept

Nr. 48

Berlin, den 18. März 1907
[abgegangen am 19. März]

Die von Ew. Exzellenz mit Telegramm Nr. 77** gemeldeten Äußerungen Kaisers Nikolaus machen es mir zweifelhaft, ob der hohe Herr den bis jetzt von uns vertretenen Standpunkt richtig verstanden hat, nämlich daß wir bisher nur ausgesprochen haben, wir wünschten Erörterung Abrüstungsproblems auf Konferenz nicht und würden an solcher Erörterung jedenfalls nicht teilnehmen. Dagegen haben wir uns bis jetzt nicht dahin

* Sir A. Nicolson, englischer Botschafter in Petersburg.
** Durch Telegramm Nr. 77 vom 16. März hatte Schoen kurz den Verlauf seiner Audienz bei dem Zaren (vgl. Nr. 7877) gemeldet. Das Schoensche Telegramm wurde am 18. März nach Wien (Nr. 53) weitergegeben. Wedel erhielt Auftrag, von dem Inhalt des Telegramms Aehrenthal zu verständigen und dabei zu bemerken, „daß uns die von Kaiser Nikolaus angeregte Vertagung der Konferenz um ein Jahr äußerst bedenklich erscheint, denn es ist vorauszusehen, daß dieses Jahr dazu benutzt werden wird, um Verhandlungen zwischen den Großmächten über die Abrüstungsfrage einzuleiten — eine Gefahr, die wir ebenso wie Österreich-Ungarn gerade vermeiden möchten."

ausgesprochen, daß wir, falls es nicht gelingen sollte, England von dem Vorbringen des Problems ganz abzubringen, deshalb im Falle der Zulassung uns an der Konferenz überhaupt nicht beteiligen würden. Wir haben vielmehr zu dieser Frage bisher nicht Stellung genommen, uns vielmehr — gleich Wien — für den Fall des Hervortretens Englands mit konkreten Vorschlägen unsere weitere Entschließung vorbehalten. Darüber, daß England nicht erst während der Konferenz die Abrüstung aufs Tapet bringen darf, herrscht nach Herrn Martens' Angabe allgemeines Einverständnis.

Zu Ew. bis auf weiteres ausschließlich persönlicher Orientierung bemerke ich, daß Vertagung der Konferenz auf ein Jahr nach meiner Auffassung der allerungünstigste Ausweg wäre, weil damit das bis jetzt wirksamste Argument gegen Befassung der Konferenz mit Abrüstungsfrage, nämlich die nicht genügende Vorbereitung der Mächte, gefährdet und Vertagung der ganzen Konferenz uns doch zur Last gelegt würde. Es würde ferner eine fortdauernde Beunruhigung und Schürung der Gegensätze unter den Mächten Platz greifen, und wir würden gezwungen sein, in Verhandlungen über einzelne Abrüstungsvorschläge einzutreten, was zu vermeiden ist.

Es kann sich angesichts nunmehriger Sachlage fragen, ob nicht zwischen zwei zur Wahl stehenden Übeln das kleinere, nämlich Erörterung auf der Konferenz, ohne unsere Beteiligung, vorzuziehen wäre vor dem größeren der Vertagung.

Dieser Erwägung können wir jedoch dort vorerst nicht Folge geben, ehe wir die Wiener Zustimmung dazu haben. Wohl aber wollen Ew. pp., sobald Sie von Iswolsky erfahren, daß der Zar sich beim Vortrag am Dienstag für Betreiben Vertagungsvorschlags entschieden hat, dort, jedoch nur von sich aus als Ihre eigene Erwägung anbringen, daß Vertagung, nachdem öffentliche Meinung mit Bestimmtheit auf Konferenz in diesem Sommer rechne, äußerst bedenklich sei und deshalb vor der Vertagung vielleicht im Notfall dem Ausweg der Vorzug zu geben wäre, daß Abrüstungsproblem nach englischem Wunsche auf Konferenz zur Sprache gebracht werde, jedoch außerhalb offiziellen Programms und natürlich ohne deutsche, österreichische und russische Beteiligung an der Diskussion.

Tschirschky

Nr. 7879

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 79 St. Petersburg, den 18. März 1907

Im Anschluß an Telegramm Nr. 77*.

Iswolsky, dem ich nochmals alle gegen Diskussion des Vorschlags der Rüstungsbegrenzung sprechenden Argumente vorhielt und das Gewicht

* Vgl. Nr. 7878, Fußnote **.

der Frage betonte, versicherte wiederholt, daß er sie für durchaus inopportun halte. Er stehe nach wie vor auf dem Standpunkte, den er seinerzeit privatim Grafen Murawiew kundgegeben, daß die Abrüstung ein Gedanke lediglich von Juden, Sozialisten und hysterischen Weibern sei. Deshalb habe er auch die Abrüstungsfrage ausdrücklich vom Programm ausgeschlossen und werde diesem treu bleiben. Er gedenke jetzt ein Rundschreiben an die Mächte zu richten, worin ganz neutral mitgeteilt wird, daß alle Mächte das Programm rückhaltlos angenommen haben; nur England und Amerika hätten den Wunsch, einen Vorschlag über Rüstungsbegrenzung vorzubringen.

Etwaige Bemühung, meint er, England und Amerika zu Verzicht auf diesen Vorschlag zu bewegen, wäre aussichtslos; für eine bestimmtere Abweisung als die Nichtaufnahme in das Programm fehle es an formeller Handhabe, auch würde sie die Gefahr eines Scheiterns der Konferenz in sich bergen.

Herr Iswolsky will mir von dem Entwurf des Zirkulars und dem Ergebnis seines morgigen Vortrags beim Kaiser noch Kenntnis geben.

Schoen

Nr. 7880

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 80 St. Petersburg, den 19. März 1907

Antwort auf Telegramm Nr. 48*.

Ich habe nicht den Eindruck, daß unsere Stellungnahme zum Abrüstungsproblem hier mißverständlich so aufgefaßt wird, daß wir die Erfüllung unseres Wunsches der Nichterörterung als conditio sine qua non für unsere Teilnahme an der Konferenz überhaupt betrachten. Für solche Auffassung habe ich auch meinerseits keinen Anlaß gegeben. Wenn Kaiser Nikolaus und Herr Iswolsky von Gefahr des Scheiterns der Konferenz sprachen, so meinten sie, daß England nur um den Preis der Erörterung des Abrüstungsgedankens auf die Programmpunkte bezüglich des Seerechts eingehen werde.

Daß es zu dem Beschluß einer Vertagung der Konferenz kommen wird, glaube ich nicht. Weder ich noch Herr Berchtold haben den Zaren in diesem Gedanken bestärkt, und Herr Iswolsky hält die Verschiebung für eine unglückliche Lösung.

Schoen

---

* Siehe Nr. 7878.

Nr. 7881

Der Botschafter in Wien Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 61 Wien, den 19. März 1907

Antwort auf Telegramm Nr. 53*.

Habe soeben mit Freiherrn von Aehrenthal nach Anhalt vorstehenden Telegramms gesprochen. Der Minister war durch Warschauer bereits über die Audienz des Herrn von Schoen orientiert, zeigte sich von dem Verlauf derselben sehr befriedigt und teilt absolut unseren Standpunkt, daß Verlegung der Konferenz auf nächstes Jahr bedenklich und unerwünscht ist. Er gab bei dieser Gelegenheit erneut seiner Überzeugung dahin Ausdruck, daß England mit dem Aufwerfen der Abrüstungsfrage lediglich den Zweck verfolge, die Konferenz zum Scheitern zu bringen und das Odium auf Deutschland und Österreich-Ungarn abzuwälzen. Dieses Odium aber müsse Rußland auf sich nehmen.

Wedel

Nr. 7882

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 231 London, den 20. März 1907

Sir Edward Grey, den ich gestern auf einem Diner bei Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen von Wales traf, sagte mir gesprächsweise, er würde vorläufig noch keine Vorschläge bezüglich der Ausgaben für Rüstungszwecke machen. Es sei noch Zeit damit zu warten, bis die Haager Konferenz näher rücke. Übrigens sei es unrichtig, bei dem in Aussicht stehenden englischen Vorschlage von „Abrüstung" oder von „Einschränkung" der Rüstungen zu sprechen. Es werde sich dabei lediglich um die „Ausgaben" für Rüstungen handeln. Übrigens betonte der Minister wiederum, er werde bestrebt sein, zu vermeiden, daß eine Friktion über diese Frage unter den Mächten entstehe.

P. Metternich

---

* Vgl. Nr. 7878, Fußnote **.

Nr. 7883

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 86 London, den 21. März 1907

Sir E. Grey ersuchte mich heute um eine Besprechung. Er läßt heute in Peterhof den Wunsch ausdrücken, die russische Regierung möge in ihrer endgültigen Einladung an die Mächte zur Beschickung der Haager Konferenz aufnehmen, daß die englische Regierung sich das Recht der Besprechung der Ausgaben für Rüstungszwecke auf der Konferenz vorbehalte.

Geheimrat Martens, so fügte Sir E. Grey hinzu, habe seinerzeit darauf hingewiesen, daß einzelne Großmächte Ansicht* zu haben schienen, die Frage von den Kleinstaaten diskutiert zu sehen. Wenn daher, dieser Anregung des Geheimrats Martens folgend, auf der Konferenz eine Kommission von den Großmächten allein eingesetzt würde, die aber nicht nur aus militärischen, sondern auch aus anderen Mitgliedern zu bestehen habe, so würde die englische Regierung dem zustimmen. Der Beschluß dieser Spezialkommission würde dann dem Plenum der Konferenz mitgeteilt werden. Auf meine Frage, ob dann die Kleinstaaten sich nicht auch der Frage bemächtigen könnten, erwiderte der Minister, es könne denselben wohl kaum verwehrt werden, sich dann dazu zu äußern.

Ich habe zu der Eröffnung des Ministers keine Stellung genommen, sondern ihn nur, wo es mir wünschenswert erschien, um Aufklärung ersucht. Infolgedessen bemerkte ich, ich hätte angenommen, daß die englische Regierung, wenn sie über die Ausgabefragen an die russische Regierung herantrete, derselben ein fertiges Programm hierüber hätte vorlegen wollen[1]. Sir E. Grey verneinte dies mit dem Hinweis darauf, daß das russische Programm auch nur allgemein die Punkte aufzähle, welche diskutiert werden sollten, ohne im näheren ihre Ansicht darüber zu entwickeln.

Er betonte nochmals (vgl. Bericht 231 vom 20. März**), daß der englische Vorbehalt nicht von disarmament noch von limitation, sondern lediglich von expenditure spreche. Es sei noch dahingestellt, ob die englische Regierung die Initiative zur Besprechung der Frage auf der Konferenz ergreifen werde.

Metternich

Randbemerkung von Tschirschkys:
[1] Das hatte Grey ausdrücklich zugesagt.

---

* Anstatt des offenbar falsch entzifferten Wortes „Ansicht" dürfte „Bedenken" zu lesen sein.
** Siehe Nr. 7882.

Nr. 7884

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 91 St. Petersburg, den 23. März 1907

Unter Bezug auf Telegramm Nr. 50*.

Herr Iswolsky zeigte mir vertraulich die englische Note**, welche lediglich den Wunsch ausspricht, russische Regierung möge in Einladung zur Haager Konferenz erwähnen, daß England sich das Recht vorbehält, die Frage der Ausgaben für Rüstungen vorzubringen.

Herr Iswolsky meint, daß es keine Möglichkeit gebe, England dies zu verwehren. Seinem Rundschreiben an die Mächte gedenkt er nicht die Form einer Einladung, sondern einer Darstellung des Sachverhalts zu geben, indessen darin zu betonen, daß Rußland sein Programm unverändert aufrecht hält. Uns und Österreich-Ungarn will er in Beantwortung der Denkschriften ebenfalls Sachlage darstellen und vorschlagen, daß die Dreikaisermächte ihren Delegierten identische Weisungen zu Nichtteilnahme an eventueller Diskussion über Rüstungsausgaben erteilen.

Wortlaut des Rundschreibens und der Antworten auf Denkschrift werde erst nächsten Dienstag in Vortrag beim Kaiser endgültig festgestellt.

Schoen

Nr. 7885

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Botschafter in Petersburg von Schoen

Telegramm. Konzept

Nr. 52 Berlin, den 24. März 1907

Antwort auf Telegramm Nr. 91***.

Die vom Minister Iswolsky in Aussicht genommene Behandlung der Abrüstungsfrage erscheint uns im allgemeinen annehmbar. Bitte Herrn Iswolsky von dieser Auffassung tunlichst bald Kenntnis zu geben.

Tschirschky

---

* Durch Telegramm Nr. 50 war der Inhalt des Metternichschen Telegramms Nr. 86 vom 21. März (siehe Nr. 7883) an Schoen zur Orientierung und Verwertung bei Besprechungen mit Iswolsky mitgeteilt worden.

** Nicht enthalten im englischen Blaubuch: Miscellaneous No. 1 (1908) [Cd. 3857]. Correspondence respecting the Second Peace Conference held at The Hague in 1907.

*** Siehe Nr. 7884.

Nr. 7886

Österreich-Ungarisches Promemoria

Vom österreich-ungarischen Botschafter in Berlin von Szögyény-Marich am 23. März übergeben

Undatierte und unsignierte Ausfertigung

Laut telegraphischer Mitteilung des K. und K. Botschafters in St. Petersburg beabsichtigt Herr Iswolsky seine Antwort auf die österreichisch-ungarische Demarche in der Abrüstungsfrage auf Grund nachstehenden Gedankenganges abzufassen:

In der Einladung zu der für den 1. Juni einzuberufenden Konferenz würde Rußland erklären, daß es an dem ursprünglichen Programme festhalte und in keine Erweiterung desselben eingehen könne. Dem Minister erscheine es untunlich, von vornherein ein Veto dagegen einzulegen, daß trotz dieser Erklärung Rußlands die Abrüstungsfrage zur Sprache gebracht werde.

Nach Herrn Iswolskys Ansicht wäre es, im Falle daß diese Frage aufgeworfen werden sollte, das klügste, wenn die Vertreter der Dreikaisermächte nach vorher erhaltenen Instruktionen sich an der Diskussion nicht beteiligten, wozu auch Frankreich sich bereit finden dürfte. Der russische Minister des Äußern betonte, daß diese Äußerungen noch nicht als definitiv zu betrachten seien.

Freiherr von Aehrenthal hält obige Lösung unter der Voraussetzung für akzeptabel, daß die K. und K. Regierung mit der Kaiserlich Deutschen und der russischen Regierung vereinbare, ihre Vertreter auf der Konferenz anzuweisen, ihrerseits jedweder Diskussion der Frage der Einschränkung der Heeresausgaben sowie der Abstimmung sich zu enthalten.

Der K. und K. Minister des Äußern würde Wert darauf legen zu erfahren, wie die Kaiserliche Regierung den von Herrn Iswolsky beabsichtigten modus procedendi auffaßt, und wie sie sich eine dementsprechende Vereinbarung denken würde.

Nr. 7887

Promemoria

Am 24. März dem österreich-ungarischen Botschafter in Berlin von Szögyény-Marich übergeben

Konzept

Vertraulich Berlin, den 24. März 1907

Die deutsche Regierung ist mit der österreichisch-ungarischen Regierung der Ansicht, daß die von dem Minister von Iswolsky in Aussicht genommene Behandlung der Abrüstungsfrage unter der von dem Minister

Freiherrn von Aehrenthal bezeichneten Voraussetzung annehmbar erscheint. Danach würde die russische Regierung in ihrer Einladung erklären, daß sie an dem ursprünglichen Programm festhalte und auf keine Erweiterung eingehen könne; andererseits würden die Dreikaisermächte identische Weisungen an ihre Delegierten vereinbaren, wonach diese sich an den Verhandlungen über die Abrüstungsfrage nicht zu beteiligen haben.

Der Minister von Iswolsky scheint bei seinem Vorschlag ursprünglich davon ausgegangen zu sein, daß der englisch-amerikanische Vorbehalt in der russischen Einladung überhaupt nicht zu erwähnen wäre, die Erörterung der Abrüstungsfrage also erst auf der Konferenz einsetzen würde. Sollte aber die Einladung, wie nach einer neueren telegraphischen Mitteilung des Kaiserlichen Botschafters in St. Petersburg* anzunehmen ist, den Vorbehalt erwähnen, oder sollte England ihn seinerseits im Anschluß an die Einladung den Mächten mitteilen, so würde er nach Ansicht der Kaiserlichen Regierung nicht wohl mit Stillschweigen hinzunehmen sein, weil dieses Schweigen als Zustimmung ausgelegt werden könnte. Vielmehr dürfte dann die jenem Vorbehalte gegenüber einzunehmende Stellung nicht erst auf der Konferenz, sondern alsbald den Konferenzstaaten bekannt zu geben sein. Diese Bekanntgabe könnte vielleicht im Sinne der vorläufig zur vertraulichen Kenntnis angeschlossenen Denkschrift** erfolgen, worüber ein weiteres Benehmen der Kaiserlichen Regierung mit der K. und K. Regierung vorbehalten bleiben darf.

Anlage

Denkschrift

Reinschrift

In den Vorschlägen, welche die Kaiserlich Russische Regierung im April 1906 für das Programm der zweiten Haager Friedenskonferenz gemacht hat, war ausdrücklich vorgesehen, daß die Frage einer Beschränkung der Land- und Seestreitkräfte von den Konferenzverhandlungen ausgeschlossen bleiben sollte. Die russische Regierung hat nunmehr mitgeteilt, daß das Programm von allen Mächten angenommen worden ist, daß sich aber England und die Vereinigten Staaten von Amerika das Recht vorbehalten haben, diese Frage gleichwohl zur Sprache zu bringen.

Das Deutsche Reich, das seit seiner Begründung nicht nur selbst den Frieden gewahrt, sondern auch an allen Bestrebungen zur Erhaltung des Friedens tätigen Anteil genommen hat, würde es an sich mit Freuden be-

---

* Mittels Telegramm Nr. 85 vom 20. März (das mit Telegramm Nr. 54 vom gleichen Tage nach Wien mitgeteilt wurde) hatte Schoen gemeldet, daß Iswolsky noch schwanke, ob er in dem vorbereiteten russischen Zirkular den englischen Vorbehalt der Vorbringung des Abrüstungsgedankens aufnehmen solle.

** Siehe Anlage.

grüßen, wenn den Völkern die Last der Kriegsrüstungen erleichtert werden könnte. Auch verkennt die Kaiserliche Regierung keinerwegs die idealen Gesichtspunkte, die bei Anregung der Abrüstungsfrage maßgebend gewesen sind. Andererseits kann sie sich aber nicht verhehlen, daß der Verwirklichung solcher idealen Forderungen zurzeit noch unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen, und daß schon die Erörterung der Frage auf der Konferenz zu ernsten Bedenken Anlaß geben würde.

Zunächst verspricht eine solche Erörterung im gegenwärtigen Augenblicke schon deshalb keinen Erfolg, weil die Frage höchstens am Ende des auf den Haager Konferenzen angestrebten allgemeinen Friedenswerkes aufgeworfen werden könnte. Um dieses Werk in wirksamer Weise zu fördern, sollte es die nächste Aufgabe der Staaten sein, feste Regeln auf den verschiedenen Gebieten des Völkerrechts zu vereinbaren und dadurch einen sicheren Rechtsboden für die Verhütung oder friedliche Erledigung völkerrechtlicher Streitigkeiten zu schaffen. In diesem Sinne sind die Staaten, darunter in erster Reihe auch Deutschland, schon seit Jahren bemüht, die hierzu geeigneten Materien auf dem Wege von Weltverträgen zu ordnen; es braucht hier nur an die mancherlei Verträge über Gegenstände des internationalen Verkehrs, an die Verträge über internationales Privatrecht, an die Verträge der ersten Haager Friedenskonferenz und an die neue Genfer Konvention erinnert zu werden. In derselben Richtung würden auch Vereinbarungen über die Gegenstände des russischen Programms eine wesentliche Fortbildung des Völkerrechts mit sich bringen. Erst wenn solche Kodifikationen des Völkerrechts in umfassendster Weise stattgefunden haben und zu deren Durchführung zweckentsprechende Wege oder Instanzen geschaffen sind, könnte es sich fragen, ob die Interessen der Staaten es zulassen, auf die bis dahin zur Geltendmachung ihrer Ansprüche für unentbehrlich gehaltenen Mittel zu verzichten oder sich in deren Bereithaltung Beschränkungen aufzuerlegen. Wie übrigens aus der Presse bekannt geworden ist, teilen die überwiegende Mehrzahl der Großmächte, ja sogar einflußreiche Kreise in England und den Vereinigten Staaten selbst, die Ansicht, daß die Abrüstungsfrage viel zu wenig geklärt und vorbereitet ist, um schon jetzt eine befriedigende Lösung zu finden.

Sodann umfaßt das von der russischen Regierung aufgestellte Programm so zahlreiche und wichtige Fragen, daß deren Erledigung die volle Tätigkeit der Konferenz für die ihr zu Gebote stehende Zeit in Anspruch nehmen wird. Die auf der ersten Haager Friedenskonferenz getroffenen Abkommen über die friedliche Erledigung internationaler Streitfälle, über die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs sowie über die Anwendung der Genfer Konvention auf den Seekrieg sollen verbessert und ergänzt, die Gesetze und Gebräuche des Seekriegs in allen wesentlichen Punkten zum ersten Male kodifiziert werden. Die Konferenz wird sich dabei mit den schwierigsten und umstrittensten Fragen des Völkerrechts zu beschäftigen haben, unter andern mit der Kriegserklärung, mit der Legung

von Seeminen, mit dem Seebeuterechte, mit der Kriegskonterbande, mit der Benutzung neutraler Häfen durch die Kriegsschiffe der Kriegsparteien sowie überhaupt mit den Rechten und Pflichten der Neutralen. Wenn es der Konferenz gelingt, alle diese Fragen einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen, so wird sie sich um die Sache der Humanität und des Friedens in hervorragender Weise verdient machen. Denn abgesehen von der milderen Gestaltung des Kriegsrechts sollen durch dessen Kodifikation namentlich für den Seekrieg eine Reihe zweifelhafter Fragen entschieden werden, die im Laufe der Jahrhunderte, insbesondere auch während der letzten Kriege verschiedentlich Anlaß zu ernsten Streitigkeiten zwischen den Kriegführenden und den Neutralen gegeben haben. Auch würde durch eine Verbesserung des Haager Schiedsabkommens die friedliche Erledigung völkerrechtlicher Streitfälle vereinfacht und erleichtert werden. Bei diesem hohen praktischen Werte des russischen Konferenzprogramms erscheint es dringend erwünscht, daß die darin gestellten Aufgaben auch wirklich gelöst werden. Vorschläge aber, welche die Konferenz mit neuen schwierigen Fragen belasten oder gar die Lösung der der Konferenz gestellten Aufgaben von der gleichzeitigen Lösung solcher neuen Fragen abhängig machen wollten, würden die Ziele der Konferenz gefährden, da sie geeignet wären, die vollständige Erledigung des Konferenzprogramms zu behindern oder vielleicht das Zustandekommen einer Verständigung überhaupt in Frage zu stellen.

Einer Erörterung der Abrüstungsfrage im Haag stehen aber weiter schwerwiegende Gründe entgegen, die sich aus der Natur des Problems selbst ergeben.

Schon die Erörterung dieses Problems auf der ersten Friedenskonferenz hat die Möglichkeit seiner Lösung als fraglich erscheinen lassen. Trotz aller aufgewandten Bemühungen mußte sich die Konferenz mit dem in der Schlußakte ausgesprochenen Wunsche begnügen:

> „que les Gouvernements tenant compte des propositions faites dans la Conférence, mettent à l'étude la possibilité d'une entente concernant la limitation des forces armées de terre et de mer."

Seitdem hat die öffentliche Meinung nicht aufgehört, sich mit der Frage zu beschäftigen, ohne daß es ihr gelungen ist, auch nur die Möglichkeit einer Lösung anzudeuten.

Die Kaiserliche Regierung hat, dem erwähnten Wunsche der Konferenz entsprechend, auch ihrerseits eingehende Erwägungen über das Problem angestellt. Sie hat aber keine Formel zu finden vermocht, die geeignet wäre, der verschiedenen politischen und geographischen Lage der einzelnen Länder sowie der Verschiedenheit ihrer militärischen Organisationen und wirtschaftlichen Interessen auch nur annähernd Rechnung zu tragen und demnach als Grundlage für ein internationales Abrüstungsabkommen zu dienen. Die Erwägungen über das Programm haben vielmehr die Zweifel der Kaiserlichen Regierung an seiner Lösbarkeit nur noch verstärken können.

Selbst wenn sich aber eine annehmbare Formel für die Beschränkung der Rüstungen finden ließe, so wäre damit die praktische Durchführbarkeit noch keineswegs gesichert. Bei dem vitalen Interesse, das die einzelnen Staaten an der richtigen Ausführung eines Abrüstungsabkommens hätten, sowie bei den verschiedenen Auffassungen, die über die Handhabung der einzelnen Vertragsbestimmungen möglich wären, könnte es keinem Vertragsstaate zugemutet werden, sich auf den guten Willen seiner Mitkontrahenten oder darauf zu verlassen, daß deren Parlamente die Innehaltung der Vereinbarung für das eigene Land genügend beaufsichtigen würden. Vielmehr müßte den Vertragsstaaten unbedingt das Recht eingeräumt werden, sich von der Ausführung des Abkommens durch die übrigen Staaten auf das genauste zu überzeugen. Dies könnte entweder durch Schaffung einer besonderen internationalen Kontrollinstanz oder in der Weise geschehen, daß man jedem Staate die Befugnis zur eingehenden Kontrolle der Rüstungen aller anderen Mächte verleihen würde. Es liegt aber auf der Hand, daß sowohl eine solche internationale Instanz wie die gegenseitige Kontrolle einen unerträglichen Eingriff in die Unabhängigkeit des Staates darstellen würde. Da ferner eine wirksame Untersuchung sich auf die militärischen Einzelheiten erstrecken müßte, würden derartige Kontrollmaßregeln auch die äußere Sicherheit des Staates auf das schwerste gefährden.

Wenn hiernach eine Erörterung der Abrüstungsfrage auf der Konferenz von vornherein unfruchtbar erscheint, so muß sie andererseits als für das Friedenswerk geradezu schädlich bezeichnet werden. Denn auf der Konferenz werden unzweifelhaft verschiedene Auffassungen über die Frage zutage treten, die sich leicht zu Differenzen auswachsen könnten. Auf diese Weise aber würde nicht nur das Friedenswerk der bevorstehenden Haager Konferenz, sondern auch das Zustandekommen weiterer derartiger Konferenzen auf das ernstlichste gefährdet werden. Auch könnte die Konferenz, deren Aufgabe es ist, den Frieden zwischen den Mächten zu fördern und die Reibungsflächen zwischen ihnen zu vermindern, gerade das Umgekehrte bewirken, indem sie Interessengegensätze hervorriefe, wo solche bisher nicht bestanden haben.

Bei dieser Sachlage glaubt sich die Kaiserliche Regierung der Hoffnung hingeben zu können, daß der englisch-amerikanische Vorbehalt nicht zu Verhandlungen über die Abrüstungsfrage auf der Konferenz führen wird. Sollte dies dennoch geschehen, so ist die Kaiserliche Regierung gern bereit, die Vorschläge, zu denen man dabei etwa gelangen sollte, seinerzeit einer gewissenhaften Prüfung zu unterziehen. Dagegen würde sie sich zu ihrem Bedauern einer Beteiligung an diesen Verhandlungen, von deren Ausgange das Ergebnis der eigentlichen Konferenzverhandlungen jedenfalls nicht abhängig gemacht werden dürfte, aus den vorstehend angeführten Gründen enthalten müssen.

Nr. 7888

Der Botschafter in Wien Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 65 Wien, den 24. März 1907

Habe Freiherrn von Aehrenthal gestern abend nach einem von ihm gegebenen Diner eingehend gesprochen. Er hatte von Graf Berchtold gleiche Nachrichten wie die in Nr. 54* mir mitgeteilten und sagte mir, er habe Herrn von Szögyény angewiesen, darüber mit Euerer Durchlaucht in Meinungsaustausch zu treten.

Englischer Botschafter ist heute am Ballplatz erschienen, um im Auftrage seiner Regierung dem Minister eine fast gleichlautende Mitteilung zu machen, wie sie Sir E. Grey dem Grafen Metternich nach Telegramm Nr. 57** gemacht hat. Freiherr von Aehrenthal hat Sir E. Goschen keine Antwort erteilt, ihm vielmehr gesagt, er behalte sich eine Erwiderung gegebenenfalls an die Adresse der russischen Regierung vor.

Bei weiterer Besprechung dieser Angelegenheit konnte ich einen mir völlig unerwarteten Stimmungswechsel des Ministers konstatieren, der sich zweifellos auf Nachrichten zurückführt, die er über eine Veränderung unserer Anschauungen erhalten hat.

Freiherr von Aehrenthal vertrat nämlich die Ansicht, daß, wenn Rußland unserem Standpunkt nicht beitrete, die Diskussion der Abrüstung also von dem Programm nicht bedingungslos ausschließe, vielmehr dem englischen Wunsch Rechnung trage, es zweckmäßig sein würde, daß wir in einem solchen Falle nicht von Haus aus opponierten, weil wir uns sonst der Gefahr aussetzten, Englands Geschäfte zu besorgen.

Zunächst müßten wir natürlich abwarten, wie die von Iswolsky in Aussicht gestellte Antwort auf unsere beiderseitigen Denkschriften laute. Entspreche Rußland, wie er fürchte, dennoch in seiner Einladung dem englischen Wunsch, so meine er, worüber wir uns natürlich verständigen müßten, daß wir alsdann auf den englischen Vorbehalt nicht reagieren sollten. Ergreife England dann, was ja mit diesen Äußerungen Sir E. Greys immerhin noch zweifelhaft, die Initiative zur Besprechung der Abrüstungsfrage, so werde es an uns beiden sein, sofort durch unsere ersten Delegierten erklären zu lassen, daß wir die Frage noch nicht für reif zu einer Diskussion hielten und uns daher an einer solchen nicht beteiligen würden. Einen Exodus brauchten wir damit nicht zu verbinden, könnten vielmehr ruhig Zeugen bleiben, wie die anderen sich stritten, und uns der even-

---

* Vgl. Nr. 7887, S. 168 Fußnote *.

** Telegramm Nr. 57 hatte den Wiener Botschafter von dem Telegramm aus London Nr. 86 vom 21. März (siehe Nr. 7883) in Kenntnis gesetzt.

tuellen Abstimmung entweder enthalten oder vor derselben den Konferenzsaal verlassen. Als ich hier einwarf, wie er sich in einem solchen Falle die Beschickung der betreffenden Kommission durch deutsche und österreichisch-ungarische Delegierte und deren Verhalten vorstelle, bemerkte ich, daß er sich diese Frage noch nicht gestellt hatte. Der Minister äußerte nämlich, er halte eine lediglich aus Vertretern der Großmächte bestehende Kommission, zu der ja England gnädigst auch nichtmilitärische Mitglieder zulassen wolle, nicht für zweckmäßig. Er sei weiter der Meinung, daß unsere Kommissare auch in dieser Kommission sich jeder Teilnahme an der Diskussion entsprechend der gleich anfangs abgegebenen Erklärung der ersten Delegierten enthalten sollten. Ich hielt dem entgegen, daß es etwas merkwürdig erscheinen müsse, wenn wir, sofern wir nicht von Rechts wegen in einem Ausschuß der Großmächte Platz hätten, uns in der Absicht, an der Diskussion nicht teilzunehmen, in eine Kommission wählen ließen; da wäre es wohl besser, die Wahl abzulehnen. Freiherr von Aehrenthal meinte dem entgegen, es sei der Kontrolle wegen vielleicht nützlich, in der Kommission vertreten zu sein, doch könnten wir uns darüber ja leicht verständigen.

Wir stehen also, sofern Rußland dem englischen Verlangen entspricht, nicht nur einer neuen Situation gegenüber, für welchen Fall wir uns ja beide unsere definitive Entschließung vorbehalten haben, sondern wir befinden uns auch insofern in einer veränderten Lage, als, nach den Äußerungen des österreichisch-ungarischen Ministers, diese letztere Entschließung dahin ausfallen dürfte, daß wir unter Verlassen unseres bisherigen ablehnenden Standpunktes eine einschneidende Modifikation unserer bis jetzt getroffenen Verabredungen vornehmen.

Ich konnte mich anfangs der Sorge nicht verschließen, daß Freiherr von Aehrenthal seinen plötzlichen teilweisen Frontwechsel unter dem Empfinden vollzogen habe, daß wir eine Schwenkung zu machen im Begriff ständen und ihn dadurch der Gefahr einer Isolierung aussetzten. Aus der freundschaftlichen und offenen Art seiner Aussprache habe ich indessen den Eindruck gewonnen, daß diese Sorge keine Berechtigung hat. Ich nehme deshalb an, daß ihm die Nachricht über die eventuelle Änderung unserer Anschauungen auf einem Weg zugegangen ist, der wenigstens indirekt nach Berlin führt und mithin die Absicht der Geheimtuerei unsererseits ausschließt*. Dazu kommt, daß dem Minister, wie ich seinen Darlegungen deutlich genug entnehmen konnte, dieser Anschauungswechsel sympathisch ist.

Ich habe mich seinerzeit für verpflichtet erachtet, Euere Durchlaucht ehrerbietigst darauf hinzuweisen, daß ich es für geboten erachte, jede

* In Berlin wurde diese Andeutung auf den Botschafter in Petersburg von Schoen bezogen, der unter dem 25. März einen entsprechenden Wink erhielt, sich aber am 26. März (Telegramm Nr. 92) dagegen verwahrte, jemals eine Äußerung getan zu haben, als ob in Berlin die Neigung bestehe, den Widerstand gegen Zulassung der Diskussion der Abrüstungsfrage aufzugeben.

etwaige Schwenkung nur nach vorherigem Einvernehmen mit Österreich-Ungarn, nachdem sich dasselbe uns noch angeschlossen, vorzunehmen und Schulter an Schulter mit ihm zu marschieren. Die beiderseits zu beobachtende Haltung war nur in intimen Besprechungen unter uns vorgezeichnet, nach außen hin aber nicht festgelegt. Wir können also jetzt zweifellos noch ohne Gefahr einer Schädigung unseres Prestiges einen gewissen Frontwechsel dahin vornehmen, daß wir die Diskussion der Abrüstung nicht von Haus aus als unzulässig ablehnen, sondern uns darauf beschränken, gegebenenfalls unsere Nichtbeteiligung an derselben zu erklären und uns jeder Ablehnung zu enthalten. Auf diesem Wege wird Freiherr von Aehrenthal, wie seine Äußerungen zeigen, sicher an unserer Seite bleiben, und wir hätten sogar die Chance, daß andere Staaten, wie zum Beispiel Rußland — mit dem man diesbezüglich Fühlung nehmen könnte —, Frankreich und Italien, unserem Beispiel folgten und damit Englands Vorschlag ad absurdum führten.

Weiter zu gehen und an der Diskussion teilzunehmen, würde ich, nachdem wir mit dem ernsten Argumente gearbeitet, die Besprechung der Rüstungseinschränkung wegen des Hervortretens und der Vertiefung von Gegensätzen als gefährlich zu bezeichnen, für sehr bedenklich erachten.

Wir würden uns dann dem Verdacht aussetzen, daß unsere ganze bisherige Aktion lediglich ein Feuerwerk war, das vor dem fait accompli des englischen Wunsches effektlos verpufft.

Das habe ich auch Freiherrn von Aehrenthal gesagt.

Der Glauben an unser Zielbewußtsein würde damit kaum gestärkt und unsere Solidarität mit Österreich-Ungarn für zukünftige Fälle schwerlich gefördert werden.

Wedel

Nr. 7889

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Geschäftsträger in Wien Grafen Brockdorff-Rantzau

Telegramm. Konzept

Nr. 59 Berlin, den 25. März 1907

Dortiges Telegramm Nr. 65* über Behandlung Abrüstungsfrage hat sich mit gestrigem Erlasse Nr. 262** gekreuzt.

Aus diesem Erlaß erhellt, daß eine Veränderung unserer Anschauung nicht stattgefunden hat.

---

* Siehe Nr. 7888.

** Mittels Erlaß Nr. 262 vom 24. März waren dem Grafen Wedel die beiden in Nr. 7886 und 7887 abgedruckten Schriftstücke mitgeteilt worden.

Wir stimmen mit Baron Aehrenthal darin überein, daß wir zunächst die Antwort Iswolskys auf unsere Denkschriften* sowie die russische Einladung abwarten müssen.

Sollte diese Einladung den englisch-amerikanischen Vorbehalt erwähnen, so glauben wir allerdings, daß sich eine alsbaldige Äußerung über unsere Stellungnahme auf der Konferenz — etwa gleichzeitig mit Beantwortung der Einladung — nicht wohl vermeiden läßt. Denn wie in unserer gestrigen Antwort an den Botschafter Szögyényi — Anlage des Erlasses Nr. 262** — ausgeführt ist, könnte unser Schweigen gegenüber der uns wie aller Welt mitgeteilten Absicht, die Abrüstungsfrage vorzubringen, leicht als Zustimmung gedeutet werden. Auch würde man uns voraussichtlich den Vorwurf eines hinterhältlichen Verfahrens machen, wenn unser Einwand, daß diese Frage zur Diskussion noch nicht reif sei, zurückgehalten und ebenso wie unser Entschluß, an den Verhandlungen nicht teilzunehmen, erst auf der Konferenz bekannt gegeben würde.

Was das Verhalten unserer Delegierten auf der Konferenz betrifft, so sind wir davon ausgegangen, daß sie sich den Sonderverhandlungen über die Abrüstungsfrage im Plenum wie in der Kommission völlig fernzuhalten hätten. Wir empfehlen, an diesem Standpunkt aus den vom Grafen Wedel dem Baron Aehrenthal gegenüber angeführten Gründen festzuhalten. Einmal dürfte es kaum der Stellung und Würde einer Großmacht entsprechen, den Konferenzverhandlungen über die einschneidendste Frage schweigend beizuwohnen, nachdem sie diese Verhandlungen zuvor als unfruchtbar und gefährlich bezeichnet hat. Sodann besteht die Gefahr, daß wir wider unseren Willen in die Diskussion hineingezogen werden, was sich jedenfalls dann nicht vermeiden läßt, wenn innere Verhältnisse unserer Länder oder deren Beziehungen zu anderen Staaten zur Sprache gebracht oder Angriffe gegen uns, insbesondere wegen unserer Haltung zur Abrüstungsfrage, erhoben werden. Endlich wird man an dem Ernst unseres Entschlusses, einem etwaigen Abrüstungsabkommen unter keinen Umständen beizutreten, zweifeln, wenn wir die darüber stattfindenden Verhandlungen durch die Gegenwart unserer Delegierten gewissermaßen sanktionieren.

Euer pp. ersuche ich, die Angelegenheit in vorstehendem Sinne mit Baron Aehrenthal bei der ihm nach Erlaß Nr. 262 zu machenden Mitteilung oder sonst so bald als möglich zu besprechen. Sie sind ermächtigt, ihm dabei diesen Erlaß vorzulesen.

Tschirschky

---

* Siehe Nr. 7871, Anlage.
** Siehe Fußnote ** der voraufgehenden Seite.

Nr. 7890

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 68 Wien, den 26. März 1907

Unter Bezugnahme auf Erlaß vom 24. März Nr. 262* und unter Bezugnahme auf Telegramm vom 25. März Nr. 59**.

Freiherr von Aehrenthal, den ich bereits gestern abend aufsuchen wollte, um ihm die Denkschrift bezüglich unserer Stellungnahme zur Abrüstungsfrage*** zu übergeben, ließ mich für heute nachmittag zu sich bitten, weil er gestern in längerer Audienz von Seiner Majestät empfangen wurde. Soeben habe ich mich beider oben bezeichneten Aufträge dem Minister gegenüber entledigt.

Freiherr von Aehrenthal bat mich, die Denkschrift, über deren Inhalt er noch nicht informiert war, behalten zu dürfen, und sagte, er werde sofort unsere Vorschläge eingehend prüfen, um auf ihrer Grundlage die weiteren gemeinsamen Schritte mit der Kaiserlichen Regierung zu vereinbaren. Für die vertrauensvolle Darlegung Euerer Durchlaucht Auffassung, die ich nach Inhalt des Telegramms Nr. 59 dem Minister mitteilte, war er besonders dankbar und versicherte wiederholt, daß er unbedingt an einem strenggemeinsamen Vorgehen der Kabinette von Berlin und Wien festhalte; direkte Meldungen aus St. Petersburg habe er in den letzten Tagen nicht gehabt, trotzdem konnte ich bei ihm ein gewisses Mißtrauen bezüglich der Haltung Iswolskys beobachten. Durch die gemeinsamen Schritte des Kaiserlichen und des österreichisch-ungarischen Botschafters in St. Petersburg, meinte Freiherr von Aehrenthal, sei Herrn Iswolsky das Rückgrat entschieden gestärkt, vor allem teile Kaiser Nikolaus und mit ihm die Kaiserin, wie er zu seiner Freude erfahren habe, unbedingt unsere Auffassung. Ob der russische Minister nicht schließlich aber doch umfalle, müsse man abwarten. Nachdem heute der offizielle Diplomatenempfang in St. Petersburg stattfindet, hofft Freiherr von Aehrenthal, bereits morgen durch Graf Berchtold über die russische Antwort orientiert zu sein.....† er mir sofort davon Kenntnis zu geben. Mit der Erteilung identischer Weisung an die Delegierten der Dreikaisermächte erklärte er sich durchaus einverstanden; ebenso stimmte er dem Vorschlag zu, daß unsere Delegierten auf der Konferenz sich den Sonderverhandlungen über die Abrüstungsfrage sowohl im Plenum wie in der Kommission völlig fern zu halten hätten.

Bezüglich einer eventuellen Beantwortung des englisch-amerikanischen Vorschlags konnte der Minister über die zweckmäßigste Form, in der diese

---

* Vgl. Nr. 7889, Fußnote**.
** Siehe Nr. 7889.
*** Siehe Nr. 7887, Anlage.
† Zifferngruppe fehlt.

zu erfolgen haben wird, im Laufe unserer Unterredung indessen nicht ganz schlüssig werden.

Er meinte zunächst, es würde vielleicht genügen, nachdem der englische Vorbehalt bereits in London durch Sir E. Grey dem Grafen Metternich gegenüber, hier und in St. Petersburg durch die großbritannischen Botschafter auf den Auswärtigen Ministerien zur Sprache gebracht sei, der englischen Regierung allein und nicht allen Konferenzstaaten unsere Stellungnahme bekannt zu geben.

Ich erwiderte, eine derartige allein an England gerichtete Mitteilung scheine mir nicht unbedenklich; sie könnte plötzlich urbi et orbi bekannt gegeben und dadurch das Zustandekommen der Konferenz überhaupt noch im letzten Augenblick gefährdet werden.

Das Odium würde dann leicht auf uns fallen, während durch eine Mitteilung an alle Teilnehmer eine Entstellung unserer Absicht vermieden bleibe.

Der Minister stimmte mir sofort zu und erklärte sich alsdann mit der eventuellen Benachrichtigung aller Konferenzstaaten einverstanden. Nur, fügte er hinzu, werde Rußland sich nicht dazu bereit finden; er sei aber der Ansicht, daß ein entsprechendes Vorgehen Deutschlands und Österreich-Ungarns genügen würde; wir müßten natürlich Rußland vorher von dieser Demarche verständigen, im übrigen vor allem darauf bedacht sein, bei den günstigen Dispositionen des Kaisers Nikolaus, die identischen Instruktionen für die Delegierten der Dreikaisermächte zu erreichen.

Freiherr von Aehrenthal setzt offenbar bei dieser Frage kein Vertrauen in Herrn Iswolsky und hält jede nur irgend mögliche Konzession für geboten, um Rußland in der wichtigsten Frage an unserer Seite zu halten; sollte aber Rußland noch jetzt abschwenken, so ist der Minister, wie er feierlich betonte, entschlossen, mit Deutschland allein vorzugehen.

Rantzau

Nr. 7891

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Geschäftsträger in Wien Grafen Brockdorff-Rantzau

Telegramm. Konzept

Nr. 60 Berlin, den 27. März 1907

Antwort auf Telegramme Nr. 68* und 69**.

1. Wir haben uns, falls Rußland den englisch-amerikanischen Vorbehalt den Konferenzstaaten mitteilt, unser weiteres Vorgehen folgendermaßen gedacht:

Zunächst wäre zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn die

---

* Siehe Nr. 7890.

** Telegramm Nr. 69 vom 26. März behandelte die Frage der Einladungen zu der Konferenz.

Antwort auf die russische Mitteilung zu vereinbaren. Wir überlassen es Baron Aehrenthal, ob für diese Antwort die Form identischer oder getrennt gehaltener Noten gewählt werden soll.

Die russische Regierung, der die Antwort zu übermitteln wäre, würde von unserer Absicht vorher vertraulich zu verständigen sein mit dem Vorschlage, sich bei Weitergabe der Antwort an die Konferenzstaaten zustimmend zu äußern.

Gleichzeitig mit der Übermittelung unserer Antwort an Rußland hätten wir von dieser die englische Regierung und demnächst auch die übrigen Mächte auf diplomatischem Wege zu benachrichtigen.

Wann und in welcher Weise Italien von unserer Verständigung zu benachrichtigen oder daran zu beteiligen wäre, dürfte zwischen uns und Österreich-Ungarn noch näher zu vereinbaren sein.

2. Die identischen Instruktionen für die Delegierten der Dreikaisermächte müßten vor allem dahin gehen, daß diese den Verhandlungen über die Abrüstungsfrage im Plenum wie in der Kommission völlig fern zu bleiben haben. Eine Vereinbarung hierüber dürfte bei der russischen Regierung schon bei deren vertraulichen Verständigung von unserer Antwort nachdrücklichst anzustreben sein.

3. Bei der ersten Friedenskonferenz sind die sachlichen Mitteilungen von der russischen Regierung ausgegangen, während die formelle Einladung durch die niederländische Regierung erfolgt ist. Ob letzteres auch jetzt geschehen wird, ist indes für unsere Demarche in Petersburg ohne Bedeutung, da die Mitteilung des englisch-amerikanischen Vorbehalts jedenfalls von der russischen Regierung ausgehen und daher auch ihr gegenüber zu beantworten sein wird.

Euer pp. ersuche ich, möglichst bald vorstehenden Erlaß dem Baron Aehrenthal vorzulesen und ihn um seine Auffassung über unsere Vorschläge zu bitten, die sich indes nach Eingang der russischen Mitteilung vielleicht noch im einzelnen modifizieren werden.

Tschirschky

Nr. 7892

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 93 St. Petersburg, den 27. März 1907

Die mir nunmehr zugegangene Antwort der russischen Regierung* auf unsere Denkschrift** besagt, daß Rußland bei Mitteilung des Pro-

* Die vom 14. (27.) März datierte russische Antwort wurde von dem Botschafter von Schoen mittels Berichts Nr. 113 vom 27. März übersandt. Nach Wien erging eine wesentlich gleichlautende Antwort, deren Hauptsätze im folgenden Schriftstück mitgeteilt werden.

** Siehe Nr. 7871, Anlage.

gramms für Haager Konferenz im April 1906 die Abrüstungsfrage ausdrücklich ausgeschlossen und nicht die Absicht zu erkennen gegeben habe, dieses Programm zu erweitern.

Inzwischen hätten England und Amerika sich vorbehalten, andere Fragen, darunter die der Ausgabe für Rüstungen vor die Konferenz zu bringen. Außerdem hätten Japan, Bolivien, Dänemark, Griechenland und Niederlande sich gleichfalls die Vorbringung anderer Gegenstände vorbehalten, England und Japan sich auch noch das Recht der Enthaltung oder Zurückziehung von der Diskussion von Fragen ausbedungen, die nicht zu befriedigendem Ergebnis zu führen versprechen.

In dem ergehenden Rundschreiben an Mächte werde Rußland sein ursprüngliches Programm ausdrücklich aufrechterhalten und sich gleichfalls die Enthaltung von aussichtslosen Diskussionen vorbehalten.

Wenn trotzdem England und Amerika Abrüstungsfrage vorbringen wollten, so könne Rußland dies nicht verhindern, sei jedoch gern bereit, mit Deutschland und Österreich-Ungarn sich im Sinne der Nichtteilnahme an Diskussion und entsprechenden bestimmten Instruktionen an die Delegierten zu verständigen.

Schoen

Nr. 7893

Der Botschafter in Tokio Freiherr Mumm von Schwarzenstein an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 31 Tokio, den 28. März 1907

Vertraulich

Minister des Äußern* hat sich Herrn von Erckert gegenüber sehr abfällig über die Absicht geäußert, Abrüstungsfrage auf Haager Konferenz zur Sprache zu bringen, und hat Idee der Abrüstung überhaupt als Utopie bezeichnet**.

Daß japanische Regierung sich der Diskussion der Frage im Haag widersetzen werde, hat Herr Hayashi freilich nicht gesagt.

Mumm

---

* Vicomte Hayashi.

** Über die Äußerungen Hayashis liegt eine Aufzeichnung des Ersten Sekretärs bei der Botschaft in Tokio von Erckert vom 27. März 1907 vor. Es heißt darin u. a.: „Auf meine Bemerkung, daß allem Anschein nach die Abrüstungsfrage, die man auf der ersten Konferenz gründlich und wissenschaftlich erledigt zu haben glaubte, nun doch noch die zweite Konferenz beschäftigen werde, meinte Vicomte Hayashi lebhaft, es sei bedauerlich, daß manche Regierungen mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung ihrer Nationen und der gesamten Welt es für notwendig hielten, eine solche Komödie zu inszenieren, wie es die Beratung der Abrüstungsfrage sei. In starken und sarkastischen Ausdrücken bezeichnete der Minister alsdann die Idee des ewigen Friedens und

Nr. 7894

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 70 Wien, den 28. März 1907

Ganz vertraulich

Freiherr von Aehrenthal gab mir soeben Kenntnis von der russischen Mitteilung, die heute hier eingetroffen ist.

Minister erklärte sich vom Inhalt durchaus befriedigt und betonte, wir hätten sehr erfreulichen Erfolg errungen, er habe nicht erwartet, daß Rußland so bei der Stange bleiben würde.

Inhalt der russischen Mitteilung dürfte Euerer Durchlaucht durch Herrn von Schoen bereits gemeldet sein. Sie erwähnt eingangs den englisch-amerikanischen Vorbehalt und fügt hinzu, daß Japan, Bolivia, Dänemark sowie die Niederlande sich ebenfalls das Recht analoger Vorschläge reserviert haben. Schluß der Mitteilung lautet wörtlich: „Dans une communication circulaire qu'il doit faire prochainement, le Gouvernement Impérial compte porter les démarches des grandes Puissances susmentionnées à la connaissance des Puissances; il se propose en même temps, en constatant que son programme a rencontré l'adhésion de toutes les Puissances, d'établir nettement que, pour sa part, il maintient son programme dans sa forme primitive et se réserve, à son tour, le droit de s'abstenir de discuter à la Conférence toute question qui lui paraissait ne pas devoir aboutir à une issue pratique.

Il se peut que, malgré cette communication, l'Angleterre, les Etats-Unis ou une autre Puissance voudront soulever à la Conférence même la question des armements; le Gouvernement Impérial ne dispose d'aucun moyen pour les en empêcher, mais il est tout prêt à s'entendre avec les Gouvernements Austro-Hongrois et Allemand à l'effet de ne pas prendre part à la discussion de cette question et à munir leurs plénipotentiaires d'instructions catégoriques dans ce sens."

Der Minister ersuchte mich, Euerer Durchlaucht zu melden, daß auf Vorschlag des Grafen Berchtold Iswolsky die Publikation der oben erwähnten russischen Zirkularmitteilung bis morgen hinausgeschoben habe. Der Minister ist der Ansicht, daß wir vollkommen mit Rußland zufrieden

---

der Abrüstung oder Rüstungsbeschränkung als eine Utopie, die der menschlichen Natur widerspreche. Solange die Menschen Menschen seien, werde es gelegentlich den Stärkeren gelüsten, über den Schwächeren herzufallen. Dagegen könne man sich nur durch Rüstungen wehren, und die Geschichte Mitteleuropas in den letzten Jahrzehnten habe bewiesen, daß der bewaffnete Friede durchaus nicht der schlechteste Zustand für große Nationen sei. Dabei wies Vicomte Hayashi darauf hin, daß auch der alten chinesischen Kultur der Begriff des bewaffneten Friedens bekannt sei. Die chinesischen Schriftzeichen, deren Zusammenstellung den Begriff ‚Militär' ergebe, bedeuteten im einzelnen Erhaltung des Friedens durch Bewaffnung."

sein können und ohne Bedenken sofort „zugreifen" müssen. Er scheint Anzeichen für unseren Schritten gefährliche Gegenströmungen in St. Petersburg zu haben und bittet daher inständig, seinen Vorschlag gutzuheißen, der darin besteht, noch heute abend sowohl von Berlin wie von hier nach St. Petersburg zu telegraphieren:

Daß erstens die deutsche und die österreichisch-ungarische Regierung Akt nehmen von der russischen Mitteilung und der Zustimmung zur Erteilung kategorischer Instruktionen an die Delegierten der Dreikaisermächte.

Daß zweitens wir (Deutschland und Österreich-Ungarn) die gleiche Reserve wie Rußland anmelden und durch Rußland diese Anmeldung in seine Zirkularmitteilung aufnehmen lassen, damit das St. Petersburger Kabinett auf diese Weise unseren Vorbehalt in seiner Mitteilung a tempo mit dem seinigen allen Konferenzstaaten zur Kenntnis bringt.

Wir hätten dadurch erreicht, daß die Dreikaisermächte sofort ihr solidarisches Vorgehen in der Frage allen Konferenzstaaten gegenüber festlegen. Freiherr von Aehrenthal legt den allergrößten Wert darauf, daß sein Vorschlag Ew. Durchlaucht Genehmigung findet, und ersuchte mich, dringend das zu bitten. Es sei kein Augenblick Zeit zu verlieren, er fürchte, daß, wenn der von ihm befürwortete Weg nicht gewählt und das St. Petersburger Kabinett nicht noch heute abend entsprechend von Berlin und Wien aus verständigt wird, um unsern Vorbehalt morgen in sein Zirkular aufnehmen zu können, die ganze Aktion des Zusammengehens der Dreikaisermächte in Frage gestellt werden würde.

Herr von Szögyény ist angewiesen, Ew. Durchlaucht sofort aufzusuchen und um Zustimmung zu bitten.

Nach Lage der Verhältnisse und mit Rücksicht auf das unverkennbare Bestreben Freiherrn von Aehrenthals, die herzlichste Intimität zwischen Berlin und Wien bei diesem ersten Anlaß zum Ausdruck zu bringen, halte ich es für meine Pflicht, die Genehmigung dieser Bitte im Interesse der Orientierung der späteren Politik des neuen Ministers dringend und ehrerbietigst zu befürworten.

Rantzau

Nr. 7895

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky

Telegramm. Entzifferung

Privat Wien, den 28. März 1907

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 70*.

Euere Exzellenz bitte ich ehrerbietigst, wenn irgend tunlich, dem heute nachmittag von Herrn von Szögyény vorgetragenen Wunsch Freiherrn von Aehrenthals zu entsprechen, österreichischem Botschafter jedenfalls möglichstes Entgegenkommen zuzusichern und endgültige

* Siehe Nr. 7894.

Antwort noch heute abend nach erhaltenem diesseitigen telegraphischen Bericht über Äußerungen Freiherrn von Aehrenthals mir gegenüber, der sehr ausführlich und nicht vor vier Uhr abgehen konnte, in Aussicht zu stellen.

Freiherr von Aehrenthal war so eindringlich bei seiner Aussprache, daß ich, ohne das Gewicht der Stimme Österreich-Ungarns für unsere Gesamtpolitik zu überschätzen, ein Eingehen auf den Vorschlag des Ministers für außerordentlich wünschenswert und den Erfolg seiner jetzigen Demarche bei uns als vielleicht ausschlaggebend für zukünftige Politik Freiherrn von Aehrenthals erachte.

Rantzau

Nr. 7896

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Geschäftsträger in Wien Grafen Brockdorff-Rantzau

Telegramm. Konzept

Nr. 63 Berlin, den 29. März 1907

Antwort auf Telegramme Nr. 70* und 71**.

Wir teilen Baron Aehrenthals Befriedigung über Inhalt russischer Mitteilung.

Entsprechend Punkt 1 seines Vorschlags sind wir bereit, der russischen Regierung zu erklären, daß wir Akt nehmen von ihrer Mitteilung und von ihrer Zustimmung zur Erteilung kategorischer Instruktionen an die Delegierten der Dreikaisermächte.

Zu Punkt 2 würden wir es vorziehen, wenn das russische Zirkular ohne den österreichisch-ungarischen Zusatz abginge, weil alsdann für uns res integra bestände, um in Beantwortung des Zirkulars unsern Standpunkt gemeinsam mit Österreich-Ungarn in der in Aussicht genommenen Weise eingehend darzulegen. Nachdem aber Graf Berchtold bereits den Zusatz bei der russischen Regierung beantragt hat, würden wir, um die einmütige Aktion der drei Mächte nicht zu stören, bereit sein, dem Zusatz auch für uns zuzustimmen. Dabei setzen wir voraus, daß, da in dem Zusatze die Abrüstungsfrage nicht ausdrücklich berührt ist, die deutsche und die österreichisch-ungarische Regierung demnächst ihre vereinbarte Stellung zur Abrüstungsfrage im Anschluß an den erwähnten Runderlaß und zu dessen Erläuterung den Konferenzstaaten kundgeben. Sollte Baron Aehrenthal dagegen Bedenken hegen, so würden wir ihn bitten, den Antrag auf Aufnahme des Zusatzes in das russische Zirkular zurückzuziehen.

---

* Siehe Nr. 7894.

** In Telegramm Nr. 71 vom 28. März hatte Graf Brockdorff gemeldet, daß er das Telegramm Nr. 60 (siehe Nr. 7891) Baron Aehrenthal vorgelesen habe, und daß dieser gebeten habe, die darin enthaltenen Vorschläge „entsprechend seiner Ew. Durchlaucht im Telegramm Nr. 70 (siehe Nr. 7894) gemeldeten Anregung auf Grund der nunmehr bekannten russischen Mitteilung zu modifizieren".

Unser Botschafter in Petersburg ist angewiesen, mit Rücksicht auf den zwischen uns und Österreich-Ungarn schwebenden Meinungsaustausch bei der russischen Regierung zu beantragen*, daß Abgang Zirkulars noch kurze Zeit aufgeschoben wird.

Mit den Vorschlägen Baron Aehrenthals wegen Verständigung Italiens sind wir einverstanden.

Euer pp. ersuche ich, die Angelegenheit mit Baron Aehrenthal sofort in vorstehendem Sinne zu besprechen und ihm dabei diesen Erlaß vorzulesen.

Tschirschky

Nr. 7897

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 73 Wien, den 30. März 1907

Unter Bezug auf Telegramm Nr. 63 vom 29. März 1907**.

Habe soeben auftragsgemäß mit Freiherrn von Aehrenthal Angelegenheit besprochen und ihm hohen Erlaß vorgelesen.

Der Minister erklärte mir nach aufmerksamem Anhören, er lege den größten Wert darauf, daß unser Auftreten in St. Petersburg identisch sei, und bäte daher, daß die Kaiserliche Regierung dem vom Grafen Berchtold in St. Petersburg beantragten Zusatz zustimme.

Er habe, fügte der Minister hinzu, die Weisung an den österreichischen Botschafter in Petersburg gerichtet in der Voraussetzung der Übereinstimmung mit der Kaiserlichen Regierung und in der Hoffnung, das Zusammengehen der Dreikaisermächte sofort festzulegen.

Auf meine Frage, ob er Bedenken dagegen hege, die zwischen der Kaiserlichen und der österreichisch-ungarischen Regierung vereinbarten Stellung zur Abrüstungsfrage im Anschluß an den erwähnten Runderlaß den Konferenzstaaten kundzugeben — in diesem Falle sei ich beauftragt, ihn zu bitten, den Antrag auf Aufnahme des Zusatzes in das russische Zirkular zurückzuziehen —, erwiderte der Minister, er sei persönlich der Ansicht, daß durch die Aufnahme des erwähnten Punktes in das russische Zirkular unser Standpunkt gegenüber der Abrüstungsfrage implicite genügend präzisiert würde; er erkläre sich aber gern bereit, sich sofort mit der Kaiserlichen Regierung darüber zu verständigen, inwieweit der identische Standpunkt der beiden Kaisermächte noch in anderer Weise zu betonen wäre.

Von Szögyény erhält unverzüglich Instruktionen.

Rantzau

---

* Die Anweisung war durch Telegramm Nr. 57 vom 29. März erfolgt.

** Siehe Nr. 7896.

Nr. 7898

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Botschafter in Wien Grafen Karl von Wedel

Telegramm. Konzept

Nr. 65

Berlin, den 30. März 1907
[abgegangen am 31. März]

Antwort auf Telegramm Nr. 73*.

Der Gedanke des Baron Aehrenthal, das Zusammengehen der Dreikaisermächte in der Abrüstungsfrage schon in dem russischen Rundschreiben zum Ausdruck zu bringen, erscheint auch uns sehr sympathisch.

Das Wesentliche an unseren früheren Vorschlägen besteht darin: von vornherein und nicht erst auf der Konferenz in amtlicher Form klar zu stellen, daß wir uns an einer Diskussion über die Abrüstungsfrage keinesfalls beteiligen wollen. Dies erscheint uns aus folgenden Gründen geboten. Zunächst könnte uns, wie in dem Telegramm Nr. 59** ausgeführt ist, leicht der Vorwurf eines hinterhältigen Verfahrens gemacht werden, wenn wir auf die aller Welt mitgeteilte Absicht Englands nicht alsbald in unzweideutiger Weise antworteten. Mit solcher Antwort würde es uns auch erleichtert werden, dem verschleierten englischen Plane, die Abrüstungsfrage mit anderen Konferenzfragen zu verquicken und damit die eigentlichen Konferenzaufgaben zum Scheitern zu bringen, beizeiten entgegenzutreten. Sodann wird sich eine Gruppierung der Mächte zu unseren Gunsten eher erreichen lassen, wenn wir schon jetzt eine bestimmte Stellung zu der Frage einnehmen; denn es erscheint nicht ausgeschlossen, daß sich alsdann verschiedene andere Staaten unserem Vorgehen ebenso offen anschließen werden. Endlich ist unser Standpunkt in Presse und Parlament sehr viel leichter zu vertreten, wenn wir gleich eine klare Sprache führen, als wenn wir bis zur Konferenz mit unseren eigentlichen Absichten hinterm Berge halten. Dazu kommt, wie ich zu Ihrer persönlichen Information bemerke, daß es dringend erwünscht ist, Österreich-Ungarn in offensichtlicher Weise festzulegen und auf diese Weise auch Rußland an unserer Seite zu halten. Geschieht dies jetzt nicht, so müssen wir mit einem erheblichen Drucke von anderen Mächten rechnen, der auf die Haltung unserer Gefährten vielleicht nicht ohne Einfluß bleiben würde.

Für die vorstehend dargelegten Zwecke, deren Berechtigung dem klaren Blicke Baron Aehrenthals nicht entgehen wird, erscheint der von ihm vorgeschlagene Zusatz zu dem russischen Zirkular, wenn nicht präjudizierlich, so doch jedenfalls nicht ausreichend. Denn die russische Reserve, der wir uns nach seinem Vorschlag anschließen sollen, lautet: Le Gouvernement Impérial „se réserve à son tour le droit de s'abstenir

* Siehe Nr. 7897.
** Siehe Nr. 7889.

de discuter à la Conférence toute question qui lui paraissait ne pas devoir aboutir à une issue pratique." Diese Fassung läßt nicht ohne weiteres erkennen, daß die Abrüstungsfrage gemeint ist, um so weniger als England und Japan einen wesentlich gleichen Vorbehalt gemacht haben. Auch kommt darin nicht zum Ausdruck, daß wir entschlossen sind, von dem vorbehaltenen Rechte jedenfalls hinsichtlich der Abrüstungsfrage Gebrauch zu machen.

Es könnte sich daher zunächst fragen, ob sich eine bestimmtere Fassung des vorgeschlagenen Zusatzes erreichen ließe, und zwar vielleicht in der Form, daß in dem russischen Zirkular, das auf unsere Bitte noch kurze Zeit zurückgehalten wird, hinter den Worten „aboutir à une issue pratique" folgende Stelle eingeschoben würde: „Les Gouvernements d'Allemagne et d'Autriche-Hongrie se sont associés à cette réserve. Etant d'avis que notamment des délibérations au sujet des dépenses pour les armements ne sauraient, dans l'état actuel des choses, produire aucun résultat pratique les trois Puissances ne jugeraient pas à propos de prendre part à la discussion de cette question." Bei einer solchen Fassung würden sich nach unserer Ansicht alle weiteren Mitteilungen an die Mächte erübrigen. Sollte Baron Aehrenthal glauben, daß sich die Aufnahme eines derartigen Zusatzes vielleicht durchsetzen ließe, so sind wir gern bereit, mit ihm eine entsprechende nachdrückliche Demarche in St. Petersburg zu machen.

Hält dagegen Baron Aehrenthal einen solchen Schritt nicht für angezeigt, so schlagen wir vor, in der Form einer identischen Antwort unserer beiden Regierungen auf die russische Zirkularnote, und zwar im Anschluß an den darin für uns aufzunehmenden generellen Vorbehalt und zu dessen Erläuterung auszuführen, daß wir unter diejenigen Fragen, „qui nous paraissent ne pas devoir aboutir à une issue pratique", in erster Linie die Abrüstungsfrage rechnen, und daß wir deshalb auf der Konferenz jeder Diskussion dieser Frage völlig fern bleiben werden. Es liegt darin, wie dies bereits in der nach Wien mitgeteilten Denkschrift hervorgehoben ist, durchaus keine a-limine-Zurückweisung eines etwaigen Antrags auf Besprechung der Frage; auch sind wir dadurch nicht gehindert, später in eine ernste Prüfung der Vorschläge einzutreten, die sich bei der von den anderen Staaten hierüber gepflogenen Diskussion etwa ergeben sollten. Als Anlage und zur näheren Begründung unseres Standpunkts könnte der Antwort eine Denkschrift beigegeben werden.

Erbitte umgehenden Drahtbericht, welcher von obigen beiden Wegen von Baron Aehrenthal akzeptiert wird, damit Petersburg nicht länger zu warten braucht.

Tschirschky

Nr. 7899

Der Botschafter in Wien Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 74 Wien, den 30. März 1907

Habe soeben eingehende Unterredung mit Freiherrn von Aehrenthal gehabt.

Was zunächst seine Stellungnahme zur russischen Einladung ohne vorheriges Einvernehmen mit uns betrifft, so hat er als Gründe dafür bereits früher die drängende Zeit und seinen dringenden Wunsch, Rußlands Entschluß, mit uns zu gehen, sofort festzunageln, angeführt.

Ich vertrete die Überzeugung, daß der Minister rein formell vielleicht voreilig, im übrigen aber optima fide gehandelt hat. Das russische Anerbieten war ein weit über sein und auch wohl unser Erwarten günstiges, es stellte die Verwirklichung seines politischen Traumes, eines innigen Zusammengehens der Dreikaisermächte in sichere Aussicht, ein Zusammengehen, das auch wir in unseren bisherigen Besprechungen als das Ziel unseres gemeinsamen Strebens hingestellt hatten. Es erscheint mir begreiflich, wenn er unter diesen Umständen und nach den erwähnten Vorgängen unseres Einverständnisses sicher zu sein glaubte und in der Sorge, Iswolsky könne wieder schwankend werden, dessen hingehaltene Hand ergriff und festhielt. Der rein formelle Vorwurf, den wir ihm daraus machen könnten, wird meiner Ansicht nach durch die sachlichen Argumente, die seinen Entschluß diktierten, entkräftet.

Hinsichtlich seines zweiten Vorschlags, daß unser und Österreichs Vorbehalt gemeinsam mit dem russischen in dem Iswolskyschen Zirkular Aufnahme finden möge, äußerte Freiherr von Aehrenthal, er erachte es für unendlich wichtig dem gesamten Auslande gegenüber, daß die Dreikaisermächte gerade in diesem Punkte ihre Solidarität offen bekundeten. Unter diesem Vorbehalt werde zwar die question des dépenses pour les armements nicht besonders genannt, logisch aber werde sie durch die russische Erklärung, daß das Kabinett von Petersburg niemals die Absicht ausgesprochen habe, sein ursprüngliches Programm zu ändern oder zu ergänzen, in den Kreis jenes Vorbehalts verwiesen. Er wolle sich, fügte der Minister hinzu, unserem Wunsch, den Kabinetten unseren ablehnenden Standpunkt zur Abrüstungsfrage in einer Denkschrift darzulegen, nicht von Hause aus widersetzen, doch müsse er dagegen seine ernstesten Bedenken geltend machen. Was wir beide vor allem vermeiden wollten, sei doch, die Rüstungseinschränkungen überhaupt zur Diskussion zu stellen. Eine derartige Denkschrift aber werde und müsse unausweichlich das Signal zur Eröffnung dieser Diskussion, und zwar auf der ganzen Linie bilden, sowohl von Kabinett zu Kabinett wie in der Presse und in den

Parlamenten. England würde daraus den willkommenen Anlaß schöpfen, uns beide als diejenigen hinzustellen, die allein Schwierigkeiten bereiteten, daraus das Recht ableiten, die Konferenz unter solchen Umständen als zwecklos zu erklären und das Odium für deren ihm erwünschtes Scheitern auf uns abzuwälzen. Rußland könne man nicht zumuten, einen derartigen Schritt mitzumachen, weil es sich dadurch in Widerspruch mit dem Geist seines eigenen Programms setzen würde. Iswolsky sei unter unserem Druck und unter dem Einfluß unserer Demarche beim Zaren überhaupt so weit gegangen, daß wir damit zufrieden sein könnten. Wollten wir mehr verlangen, würden wir nur ein froissement erzeugen und unseren jetzigen Erfolg in Frage stellen.

Darum auch bittet er noch einmal dringend, daß wir seinen beiden Vorschlägen zustimmten und auf die Versendung der Zirkulardenkschrift verzichteten.

Seinen in Petersburg in der festen Überzeugung, daß Deutschland sich demselben anschließen werde, ausgesprochenen Wunsch, in der Konferenzeinladung nämlich dem russischen Vorbehalt einen gleichlautenden österreichisch-ungarischen anzufügen, vermöge er zu seinem Bedauern nicht zurückzuziehen, weil ein solches Vorgehen leicht verwirrend und irritierend wirken könnte.

Als ich hier einwarf, daß es meiner Ansicht nach unbedingt notwendig sein werde, für den Fall des Aufwerfens der Rüstungsfrage unsere Nichtteilnahme an der Diskussion bzw. unser Fernbleiben von derselben zu motivieren, erwiderte der Minister, er teile diese Ansicht. In den den Delegierten der Dreikaisermächte zu erteilenden, gemeinsam festzustellenden, identischen Instruktionen könnten auch diese Erklärungen vereinbart werden. Sollte Rußland in diesem Punkte Bedenken erheben, so sei er bereit und entschlossen, allein mit uns zu handeln.

Diesen Darlegungen darf ich meinerseits das Folgende hinzufügen:

Solange wir zu Zweien standen, habe ich eine unzweideutige Klarlegung unseres ablehnenden Standpunkts in der Rüstungsfrage als ein Warnungssignal und als den Ausfluß einer entschlossenen Politik betrachtet. Nachdem uns jetzt Rußland auf dreiviertel Wege entgegenkommt und damit ein Zusammengehen der Dreikaisermächte nicht nur in der gegebenen Frage ermöglicht, sondern auch für zukünftige Fälle vorbereitet, und zwar in direktem Gegensatz zu England, erachte ich es für ein Gebot politischer Klugheit, diese Gelegenheit nicht unbenutzt vorübergehen zu lassen, um so mehr, als wir dadurch zugleich den auf dieses innige Zusammengehen mit uns gerichteten Intentionen des Freiherrn von Aehrenthal weiter Kräftigung verleihen. Ich erblicke in der Aufnahme unseres, wenn nicht allgemein, so doch für jedermann durchsichtigen Vorbehalts in die russische Einladung keine Hinterhältigkeit, um so weniger, als wir uns hier mit Rußland und Österreich-Ungarn in guter Gesellschaft befinden. Der allgemeine Vorbehalt ermöglicht es uns zugleich, auch anderen etwa aufgeworfenen, uns unbequemen Fragen ablehnend entgegenzutreten.

Die gleichlautende Reserve der Dreikaisermächte wird eine so mächtige Wirkung üben, daß sich andere Staaten, vor allem Frankreich und Italien, uns anschließen dürften, und damit wäre das Schicksal der Abrüstung entschieden.

Die Idee der vorherigen Darlegung unseres ablehnenden Standpunkts in einer an die Kabinette zu richtenden Zirkulardenkschrift mag juristisch verlockend erscheinen, unter den gegebenen Verhältnissen aber halte ich sie politisch für nicht zweckmäßig. Wir würden damit der nach außen hin so wirkungsvollen Entente* à trois eine solche à deux gegenüberstellen und damit vor der Öffentlichkeit konstatieren, daß Rußland nur bedingungsweise mit uns geht, ganz abgesehen davon, daß Freiherr von Aehrenthal diesen Schritt nur widerwillig, wenn überhaupt mitmachen wird; wir würden ferner, letzteres Mitgehen vorausgesetzt, ohne zwingenden Grund von Haus aus zu Zweien ein Odium auf uns laden, das später, wenn wir im Verein mit Rußland und noch anderen handeln, seinen Charakter verliert und vielleicht gerade die kompromittiert, die ein internationales Problem mit Hintergedanken oder aus Rücksicht auf nationale innerpolitische Gründe im vollen Bewußtsein seiner Unlösbarkeit vor die Konferenz brachten.

Dieser meiner Überzeugung Ausdruck zu geben, habe ich selbst auf die Gefahr hin nicht gescheut, daß man mir den Vorwurf machen könnte, ich plädiere für den hiesigen Standpunkt.

Wedel

Nr. 7900

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Botschafter in Wien Grafen Karl von Wedel

Telegramm. Konzept

Nr. 66 Berlin, den 31. März 1907

Dortiges Telegramm Nr. 74** hat sich mit hiesigem Telegramme Nr. 65*** gekreuzt.

Wir verkennen das Gewicht Ihrer Gründe nicht, halten es aber doch für erwünscht, daß Sie dem Baron Aehrenthal zunächst die Ausführungen des Telegramms Nr. 65 mitteilen.

Sollte er danach die Demarche in St. Petersburg wegen bestimmterer Fassung des Zusatzes zu russischem Zirkular für aussichtslos oder unerwünscht halten, so ermächtige ich Sie, ihm zu erklären, daß wir uns seinem Vorschlage zu Punkt 1 wie zu Punkt 2 anschließen und unsern Botschafter

---

* In der Entzifferung steht das offenbar irrige „Enquête."
** Siehe Nr. 7899.
*** Siehe Nr. 7898.

in St. Petersburg sofort entsprechend anweisen wollen. Um den beabsichtigten politischen Effekt zu erreichen, wird darauf hinzuwirken sein, daß der Beitritt Deutschlands und Österreich-Ungarns zum russischen Vorbehalt im unmittelbaren Anschluß an diesen aufgeführt und nicht etwa mit dem entsprechenden Vorbehalt Englands und Japans in Zusammenhang gebracht wird. Wir bitten, daß auch Graf Berchtold in diesem Sinne Weisung erhält.

Wenn wir hiernach unsere Bedenken zurücktreten lassen, so geschieht dies zur Aufrechterhaltung der Entente und in der Hoffnung, bei den weiteren Verhandlungen über unsere Verständigung auf das freundwillige Entgegenkommen Österreich-Ungarns rechnen zu können. Insbesondere setzen wir bestimmt voraus, daß, wie Baron Aehrenthal bereits nach dem dortigen Telegramm Nr. 68* erklärt hat, die österreichisch-ungarischen Delegierten ebenso wie die deutschen der Diskussion über die Abrüstungsfrage sowohl im Plenum wie in der Kommission völlig fern bleiben werden, und daß sich Österreich-Ungarn mit uns darüber verständigen wird, in welcher Weise der zwischen uns vereinbarte Standpunkt bereits vor der Konferenz kundzugeben ist.

Tschirschky

Nr. 7901

Der Botschafter in Wien Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 75 Wien, den 31. März 1907

Antwort auf Telegramm Nr. 65**.

Im Hinblick auf die schwerwiegenden Gründe Freiherrn von Aehrenthals, die ich in meinem Telegramm Nr. 74*** dargelegt, nehme ich bis heute abend Abstand von Ausführung Auftrags. Ich halte unsere Forderung für in hohem Grade bedenklich, da sie nicht dahin führen wird, Österreich-Ungarn in offensichtlicher Weise festzulegen, sondern seinen leitenden Minister kopfscheu zu machen. Daß derselbe auf der Konferenz an unserer Seite bleiben wird, halte ich nach seinen feierlichen Erklärungen für sicher; ihm jetzt, wo unsere Solidarität mit Rußland ermöglicht, zuzumuten, diese Solidarität durch eine deutsch-österreichische Separatdeklaration abzuschwächen oder gar in Zweifel zu stellen, erachte ich für ein unser vertrauensvolles Zusammengehen ernstlich gefährdendes Unternehmen. Freiherr von Aehrenthal ist morgen nicht in Wien.

Wedel

---

* Siehe Nr. 7890.
** Siehe Nr. 7898.
*** Siehe Nr. 7899.

Nr. 7902

Der Botschafter in Wien Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 77 Wien, den 31. März 1907

Antwort auf Telegramm Nr. 65*.

Auftrag soeben ausgeführt. Konferenz ergab folgendes Resultat:

Vorschlag 1 erachtet Freiherr von Aehrenthal für unmöglich. Rußland sei, auch nach Privatbrief des Grafen Berchtold, bis an die erreichbare Grenze gegangen; ihm mehr zuzumuten, würde die direkte Gefahr heraufbeschwören, daß es irritiert von uns abfiele.

Zu Vorschlag 2 äußerte Minister zunächst Bedenken; nachdem ich ihm indessen dargelegt, daß diese unsere Separaterklärung keinerlei Trennung von Rußland bedeute, erklärte er sich auch nach einiger Überlegung in positivster Form bereit, denselben anzunehmen. Er meinte, daß wir dadurch vielleicht Rußland definitiv mit uns festlegten.

Wir haben dann folgendes festgestellt: Deutschland erklärt wie Österreich-Ungarn seinen Beitritt zum allgemeinen Vorbehalt in der russischen Einladung (diesseitiges Telegramm Nr. 70**). Nach Eingang der letzteren richten wir beide eine identische Empfangsbestätigung an die russische Regierung, in der wir gleichzeitig sagen, daß wir unter diejenigen Fragen, qui ne nous paraît pas aboutir à une issue pratique, in erster Linie die Abrüstungsfrage rechnen, und daß wir deshalb auf der Konferenz jeder Diskussion dieser Frage fernbleiben werden. Zugleich verbinden wir damit die Einladung an die russische Regierung, die instructions catégoriques für unsere Delegierten zu vereinbaren.

Freiherr von Aehrenthal schlägt vor, die an die russische Regierung gerichtete Spezialisierung unseres Vorbehalts gleichzeitig in Rom mitzuteilen, damit unser Verbündeter von uns und nicht über St. Petersburg unsere Stellungnahme zur Rüstungsfrage erfahre.

Er hofft, daß Rußland sich an der Diskussion der Rüstungsfrage nicht nur nicht beteiligen, sondern, wie wir, derselben überhaupt fernbleiben werde. Tue es letzteres nicht, so würden wir in dieser Beziehung eben zu Zweien handeln.

Soeben erhalte ich Telegramm Nr. 66***, das ich nunmehr für erledigt halte. Ich ersuche Freiherrn von Aehrenthal brieflich nur, den Grafen Berchtold wegen Trennung unseres Vorbehalts von dem Englands und Japans zu instruieren, und teile ihm mit, daß Herr von Schoen Anweisung erhält, in St. Petersburg unseren Beitritt zur russischen Reserve zu erklären.

Wedel

---

* Siehe Nr. 7898.
** Siehe Nr. 7894.
*** Siehe Nr. 7900.

Nr. 7903

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Botschafter in Petersburg von Schoen

Telegramm. Konzept

Nr. 61 Berlin, den 1. April 1907

Mit Beziehung auf dortiges Telegramm Nr. 97*.

Österreichisch-ungarische Regierung hat russischer Regierung durch Graf Berchtold folgende Mitteilung gemacht:

„1) Nous prenons acte de la disposition du Gouvernement russe de s'entendre avec nous et le Cabinet de Berlin, à l'effet de ne pas prendre part à la discussion de la question des armements et de munir les plénipotentiaires respectifs d'instructions catégoriques dans ce sens;

2) nous désirons voir insérée dans la circulaire qu'il se propose d'adresser demain à tous les Cabinets, notre réserve analogue à celle formulée par le Gouvernement Impérial Russe, à savoir de nous abstenir de discuter à la Conférence toute question qui nous paraissait ne pas aboutir à une issue pratique."

Euere pp. bitte ich, im Namen Kaiserlicher Regierung sofort entsprechende Erklärung in derselben Form wie Graf Berchtold abzugeben. Dabei wollen Sie dem Minister Iswolsky für sein Entgegenkommen bei Zurückhaltung russischen Rundschreibens danken.

Der zu diesem Rundschreiben beantragte Zusatz verfolgt den Zweck, das Zusammengehen der Dreikaisermächte in der Abrüstungsfrage schon hier erkennbar zu machen. Um diesen Zweck zu erreichen, wird der Beitritt Deutschlands und Österreich-Ungarns zu russischem Vorbehalt im unmittelbaren Anschluß an diesen aufzuführen und nicht etwa mit vorhergehendem ähnlichen Vorbehalt Englands und Japans in Zusammenhang zu bringen sein. Ich bitte darauf hinzuwirken, daß dies geschieht. Baron Aehrenthal ist gebeten, den Grafen Berchtold entsprechend anzuweisen.

Tschirschky

Nr. 7904

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Botschafter in Wien Grafen Karl von Wedel

Telegramm. Konzept

Nr. 67 Berlin, den 1. April 1907

Antwort auf Telegramm Nr. 77**.

Euere pp. bitte ich, dem Baron Aehrenthal mitzuteilen, daß wir mit

* Nach Telegramm Nr. 97 von Schoens vom 29. März wollte Iswolsky das geplante Rundschreiben an die Mächte im Hinblick auf den aus Wien und Berlin geäußerten Wunsch noch zurückhalten.

** Siehe Nr. 7902.

allen seinen Vorschlägen einverstanden sind. Unser Botschafter in Petersburg ist angewiesen, sich österreichisch-ungarischer Erklärung zu Punkt 1 wie zu Punkt 2 in der Form, wie sie Graf Berchtold gewählt hat, anzuschließen*. Auch wird er darauf hinwirken, daß der Beitritt Deutschlands und Österreich-Ungarns zu russischem Vorbehalt im unmittelbaren Anschluß an diesen aufgeführt und nicht etwa mit vorhergehendem ähnlichen Vorbehalt Englands oder Japans in Zusammenhang gebracht wird.

Tschirschky

Nr. 7905

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 99 St. Petersburg, den 1. April 1907

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 61**.

Nach heutiger Unterredung zwischen Graf Berchtold und Herrn Iswolsky zu schließen, dürfte letzterer einige Schwierigkeiten machen, unseren Vorbehalt im Rundschreiben im Anschluß an Rußland zu erwähnen, weil nach logischer Entwickelung Rußlands Stellungnahme an letzter Stelle dargelegt werden müsse.

Bitte Weisung, ob ich äußerstenfalls, um neue Verzögerungen zu vermeiden, im Einvernehmen mit Graf Berchtold auf Erwähnung unseres Vorbehalts hinter Rußland verzichten kann, vorausgesetzt, daß wir nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit England und Japan genannt werden.

Schoen

Nr. 7906

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Botschafter in Petersburg von Schoen

Telegramm. Konzept

Nr. 62 Berlin, den 2. April 1907

Antwort auf Telegramm Nr. 99***.

Wir legen entschiedenen Wert darauf, daß Beitritt Deutschlands und Österreich-Ungarns zu russischem Vorbehalt im unmittelbaren Anschluß an diesen aufgeführt wird, da sonst politischer Effekt vereitelt

---

* Vgl. Nr. 7903.
** Siehe Nr. 7903.
*** Siehe Nr. 7905.

würde. Auch wäre andere Stelle für unsere Erklärung nicht recht denkbar außer im unmittelbaren Anschluß an England und Japan. Bitte unsern Wunsch im Einvernehmen mit Graf Berchtold nachdrücklich bei Iswolsky zu vertreten und jedenfalls abweichenden russischen Vorschlag zunächst hierher mitzuteilen.

Tschirschky

Nr. 7907

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 100 St. Petersburg, den 2. April 1907

Im Anschluß an Telegramm Nr. 99*.

Auf mein eindringliches Verlangen hat Herr Iswolsky in dem Rundschreiben unseren und österreichisch-ungarischen Vorbehalt getrennt von Englands und Japans und im Anschluß an Rußlands aufgenommen.

Inzwischen hat Spanien hier wissen lassen, daß es an Diskussion über Abrüstungsfrage teilnehmen werde.

Das Rundschreiben soll, falls die Änderungen die Genehmigung des Kaisers finden, noch heute telegraphisch abgehen.

Herr Iswolsky ist sehr gedrückter Stimmung, da er sofort nach Bekanntwerden der aus Rundschreiben ersichtlichen Gruppierung der Mächte heftige Preßkampagne gegen Rußland und insbesondere die Person des Kaisers fürchtet. Er spricht von neuem von Gefahr des Scheiterns der Konferenz infolge des Widerstandes gegen die englischen Wünsche.

Schoen

Nr. 7908

Der Botschafter in Wien Graf Karl von Wedel an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 81 Wien, den 2. April 1907

Antwort auf Telegramm Nr. 70**.

---

* Siehe Nr. 7905.

** Durch Telegramm Nr. 70 vom 2. April war das Petersburger Telegramm Nr. 99 (siehe Nr. 7905) und die darauf erfolgende telegraphische Antwort Nr. 62 (siehe Nr. 7906) nach Wien mitgeteilt worden. Im Anschluß daran erhielt Graf Wedel die Weisung, Freiherrn von Aehrenthal zu ersuchen, daß Graf Berchtold in Petersburg mit entsprechender Weisung versehen werde. Es hieß dann weiter in dem nach Wien ge-

Ich hatte heute nachmittag mit Freiherrn von Aehrenthal auf Grund Telegramm Nr. 67* und Nr. 68** konferiert.

Der Minister sagte mir bei dieser Gelegenheit, daß Herr Iswolsky Schwierigkeiten wegen Einschaltung unseres Vorbehalts in unmittelbarem Anschluß an russischen mache, und las mir die betreffende Stelle des Telegramms des Grafen Berchtold vor, die sich in dem eben zitierten Telegramm Nr. 70 wörtlich wiedergegeben findet. Der Baron knüpfte daran die Bemerkung, daß er die Bedenken des russischen Ministers für nicht ganz unberechtigt halte, weil das Zirkular doch ein russisches und nicht ein solches der Dreikaisermächte sei. Er glaube deshalb auch, daß unser beiderseitiger Vorbehalt eventuell mit einer kleinen stilistischen, das Wesen nicht alterierenden Variante auch für Deutschland und Österreich-Ungarn angemeldet werden könnte. Den Umstand, ob Rußland seine identische Reserve der unserigen vorausschicke oder nachstelle, erachte er für ohne größere Bedeutung. Diese seine Anschauung habe er dem K. u. K. Botschafter in St. Petersburg mit der Weisung mitgeteilt, sich darüber mit seinem deutschen Kollegen in Verbindung zu setzen.

Der Minister fügte hinzu, Graf Berchtold melde ihm, daß Herr Iswolsky durch die lange Zögerung im Hinblick auf die drängende Zeit bereits sehr irritiert sei. Er bemerkte weiter, er sehe einer möglichen Interpellation im ungarischen Reichstage entgegen, die er, ohne sich jetzt schon über die Formel klar zu sein, dahin beantworten werde, daß der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten die Abrüstungsfrage als eine solche betrachte, deren Diskussion zu keinem praktischen Resultat führen könne.

Ich habe demgegenüber bemerkt, daß wir einer ähnlichen Interpellation gegenüber zweifellos ohne Umschweife erklären würden, daß wir der Diskussion der Rüstungseinschränkung fernzubleiben gedächten.

Nach Eingang des Telegramms Nr. 70 bin ich soeben noch einmal bei dem Freiherrn von Aehrenthal gewesen, der durch meine Mitteilungen in eine sichtliche Irritation geriet, wenn auch unsere Aussprache einen völlig freundschaftlichen Charakter bewahrte.

Er ersuchte mich, Ew. Durchlaucht dringend zu bitten, nicht an der starren Form festzuhalten, da es doch keine solche Bedeutung habe, ob unser identischer Vorbehalt unmittelbar vor oder nach dem russischen

---

richteten Telegramm: „Wir müssen uns vorbehalten, auf Anfragen anderer Regierungen oder auch unserer öffentlichen Meinung gegenüber von unserer Stellung Mitteilung zu machen, wobei das identische Vorgehen mit Österreich-Ungarn, wenn es diesem erwünscht sein sollte, unerwähnt bleiben könnte. Übrigens wäre es uns von Interesse, zu erfahren, was Baron Aehrenthal auf die an ihn unmittelbar gerichtete Mitteilung Englands über dessen Vorbehalt zur Abrüstungsfrage zu tun gedenkt."

* Siehe Nr. 7904.

** Telegramm Nr. 68 vom 1. April wies den Grafen Wedel an, mit Freiherrn von Aehrenthal den Wortlaut der auf das russische Zirkular zu erteilenden Antwort zu besprechen.

stehe. Da Rußland das Zirkular erlasse, sei es logisch und korrekt, wenn es sich an letzter Stelle nenne.

Er fürchte ernstlich, daß Herr Iswolsky, der nun schon so lange warte, die Nerven verliere, daß die österreichisch-ungarische Reserve, die er, Freiherr von Aehrenthal, nicht mehr zurückziehen könne, allein mit der russischen, was ihm im höchsten Grade unangenehm sein würde, in dem Zirkular Aufnahme finde, und daß damit die Solidarität der Dreikaisermächte gesprengt erscheine.

Was den von uns gemachten Vorbehalt betreffe, auf Anfrage anderer Regierungen oder auch unserer öffentlichen Meinung gegenüber von unserer Stellung Mitteilung zu machen, so sei das natürlich lediglich unsere Sache. Er bitte, daß jeder von uns beiden in dieser Richtung selbständig vorgehe, ohne des anderen dabei zu erwähnen.

Hinsichtlich einer englischen Anfrage, die er übrigens nicht erwarte, werde er auf die Antwort an Rußland verweisen.

Ew. Durchlaucht gegenüber würde ich mich einer Pflichtverletzung und Verantwortungsscheu schuldig machen, wenn ich nicht den Mut hätte, meine Überzeugung dahin auszusprechen, daß ich das Mißtrauen, das zwischen den Zeilen in gewissen Sätzen des Telegramms Nr. 70 zum Ausdruck kommt, für nicht gerechtfertigt und gefährlich erachte. Ich plädiere gewiß nicht für unnötige Nachgiebigkeit, aber ich kann mich des Ausdrucks der Befürchtung nicht enthalten, daß wir uns durch ein Versteifen auf Formalien in dem jetzigen kritischen Moment den österreichisch-ungarischen Minister entfremden und uns damit der Gefahr einer völligen Isolierung aussetzen.

Wedel

Nr. 7909

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 125 St. Petersburg, den 3. April 1907

Sogleich nachdem mein österreichisch-ungarischer Kollege den Inhalt der russischen Antwort auf die hier überreichte Denkschrift über die Abrüstungsfrage telegraphisch nach Wien übermittelt hatte, war er von dort angewiesen worden, für Österreich-Ungarn die Aufnahme des Vorbehaltes der Nichtbeteiligung an aussichtslosen Erörterungen auf der Haager Konferenz in das russische Rundschreiben zu beantragen. Diesem Wunsche war Herr Iswolsky sogleich bereit nachzukommen.

Späterhin, nach dem zwischen Euerer Durchlaucht und dem Wiener Kabinett stattgehabten Meinungsaustausch, hat Graf Berchtold ebenso

wie ich den Auftrag erhalten, hier dahin zu wirken, daß jener Vorbehalt im Anschluß an den gleichartigen russischen, nicht etwa den englischen und japanischen, genannt werde.

Da Graf Berchtolds Instruktion früher hier eingetroffen war wie die meinige, so hatte er vor mir Gelegenheit zur Besprechung mit Herrn Iswolsky. Dieser legte hierbei nicht geringen Mißmut an den Tag, klagte sehr über die ihm zugemutete Zurückhaltung und Abänderung des vom Zaren bereits genehmigten Rundschreibens und wies darauf hin, daß die Erwähnung des österreichisch-ungarischen Vorbehaltes im Anschluß an den russischen die logische Gedankenentwickelung wesentlich stören und auffällig sein würde. Schließlich erklärte er sich indessen bereit, den Wunsch in Erwägung zu ziehen.

Mir hat Herr Iswolsky Ähnliches entgegengehalten und besonders betont, daß die Anführung des Vorbehaltes an letzter Stelle, nachdem vorher die Stellung der anderen Mächte und schließlich diejenige Rußlands skizziert, nicht verfehlen dürfte, einen befremdenden Eindruck hervorzurufen. Nachdem ich wiederholt erklärt, daß die Kaiserliche Regierung im Einverständnis mit dem Wiener Kabinett großen Wert darauf lege, daß das Zusammengehen der Dreikaisermächte schon jetzt erkennbar werde, hat er endlich nachgegeben und einen unseren Wünschen entsprechenden Zusatz in das Rundschreiben zugesagt. Vorbehaltlich der sofort einzuholenden Genehmigung Seiner Majestät des Kaisers werde das Zirkular, in welchem auch die inzwischen erfolgte Anmeldung Spaniens als Teilnehmer an einer Abrüstungsdiskussion Aufnahme finden werde, noch am gleichen Tage auf telegraphischem Wege versandt werden. Dies ist inzwischen geschehen*.

Nachdem der Punkt der Einrückung unseres Vorbehaltes erledigt war, erging sich Herr Iswolsky, der ungewöhnlich nervös war, in allgemeinen Betrachtungen über die nunmehr entstandene Lage.

Er könne nicht verhehlen, sagte er, daß ihn unsere und die österreichisch-ungarische Pression in eine überaus peinliche Lage gebracht habe. Im Grunde, in der Erkenntnis, daß eine Rüstungsbeschränkung, in welcher Gestalt auch immer, unannehmbar, besonders für Rußland, sei, stimme er ja vollständig mit uns überein. Am liebsten wäre er der Konferenz ganz aus dem Wege gegangen und hätte die Einberufung Amerika überlassen. Nachdem aber sein Vorgänger die Konferenz angeregt, habe er diese unerwünschte Erbschaft antreten müssen und nun seine Bemühungen hauptsächlich darauf gerichtet, zwischen kalter Abweisung des Abrüstungsgedankens und dem englischen Vorschlag einen Ausweg zu finden, der seinem kaiserlichen Herrn, dem seinerzeitigen Initiator der Abrüstungsfrage, einen ehrbaren Rückzug ermögliche. Unsere und die österreichisch-ungarische Aktion habe seinen Plan der Deckung seines Souveräns leider vereitelt. Es sei zu besorgen, daß nun, sobald die aus dem russischen

* Vgl. das folgende Schriftstück.

Rundschreiben ersichtliche Gruppierung der Mächte bekannt geworden, außerhalb und innerhalb Rußlands eine Preßkampagne mit heftigen Angriffen auf die russische Regierung und die Person des Kaisers losbreche. Der monarchischen Autorität, auf deren Aufrechterhaltung gerade in den jetzigen schwierigen Zeiten Rußlands so unendlich viel ankomme, würde dadurch schwerer Schaden entstehen. Auch in der äußeren Politik dürften für Rußland ernste Schwierigkeiten erwachsen. England werde den offenen Widerstand gegen seine Wünsche wohl kaum ruhig hinnehmen. Rußland sei nun einmal durch seine Mißgeschicke gezwungen, sich im dringenden Interesse seiner Sicherheit mit England und Japan möglichst glimpflich zu verständigen. Gelinge dies nicht, würden die bestehenden Reibungsflächen nicht beseitigt oder wenigstens abgeschliffen, so drohe ein neuer Krieg. Ein solcher aber würde nichts mehr und nichts weniger als den erneuten und überaus heftigen Ausbruch der Revolution in Rußland bedeuten, und diese würde alsdann den Zusammenbruch des russischen Reiches und die Hinwegfegung der Monarchie mit sich bringen. Auch sei nicht ausgeschlossen, daß England in Sachen der Konferenz dem Ausschalten des Abrüstungsgedankens ein Paroli durch Widersetzlichkeit in anderen Fragen bieten werde. Er sei durchaus nicht frei von der Befürchtung, daß die Konferenz zum Scheitern, vielleicht gar nicht zustande komme. Das alles hätte seiner Ansicht nach vermieden werden können, wenn man den englischen Wünschen, wenn auch nicht sachlich, so doch formell etwas entgegenkam. Die Unschädlichmachung des Gedankens des Rüstungsstillstandes hätte sich in der Stille kommissarischer Erörterungen leichter und schonender vollzogen wie auf der breiten Bühne der Verhandlungen.

Ich habe Herrn Iswolsky erwidert, ich könne diese Befürchtungen nicht teilen. Alle Mächte, auch England, hätten das inhaltreiche und nützliche Konferenzprogramm angenommen. Unser Widerstand richte sich gegen einen außerhalb des Programms liegenden, aussichtslosen und bedenklichen Punkt. Daraus könne doch England logischerweise nicht Veranlassung nehmen, einem innerhalb des von ihm gutgeheißenen Programms liegenden Punkt seine Mitwirkung zu versagen. Tue es dies gleichwohl, so falle das Odium auf seine Seite. Was die monarchische Autorität betreffe, so sei es unsere und sicherlich auch Österreich-Ungarns Meinung, daß ein gemeinschaftlicher, fester und offener Widerstand der Dreikaisermächte gegen die Abrüstungsutopie den solidarischen monarchischen Interessen förderlicher sei wie ein scheinbares, also unaufrichtiges Eingehen auf jene Gedanken, die, wie Herr Iswolsky selbst zu sagen liebte, nur diejenigen von Sozialisten, Juden und hysterischen Weibern seien.

Ich habe Herrn Iswolsky noch nie so erregt gesehen wie bei der heutigen Unterredung. Er war dem Weinen nahe, und wenn ich nicht durch persönliche Freundschaft mit ihm verbunden wäre, so dürfte die Unterhaltung scharfe Formen angenommen haben. Ich kann mich der Vermutung nicht erwehren, daß er hauptsächlich deshalb so ärgerlich be-

wegt ist, weil er seinen fein gesponnenen Plan eines populären Erfolges zerstört sieht.

Mit seiner Verstimmung, die sich nicht so bald verflüchtigen dürfte, werden wir insofern zu rechnen haben, als wir ihn unseren Wünschen in manchen politischen und unpolitischen Dingen weniger zugänglich finden dürften wie bisher. Das ist meines Erachtens kein Grund, mit wohlbegründeten Anliegen und Wünschen zurückzuhalten. Wir haben für Rußland so viel und so gewichtiges getan, daß wir vollauf berechtigt sind, von ihm nun eine rücksichtsvolle Anpassung an uns zu erwarten.

v. Schoen

Nr. 7910

*Der russische Botschafter in Berlin Graf von der Osten-Sacken an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky**

Ausfertigung

Nr. 648 Berlin, le $\frac{21 \text{ Mars}}{3 \text{ Avril}}$ 1907

Je viens de recevoir à la date d'aujourd'hui l'ordre de mon Gouvernement de communiquer au Cabinet de Berlin, préalablement à la réunion de la nouvelle Conférence de La Haye, l'exposé de la situation présente.

Ont accepté notre programme toutes les Puissances auxquelles il avait été adressé en 1906; cependant avec les réserves suivantes.

Le Gouvernement des Etats-Unis s'est réservé la liberté de soumettre à la Deuxième Conférence les deux questions supplémentaires suivantes, — la réduction ou la limitation des armées et l'acceptation d'un arrangement d'observer certaines limitations dans l'emploi de la force pour le recouvrement de dettes publiques ordinaires découlant des contrats.

Le Gouvernement Espagnol a exprimé le désir de discuter la question de la limitation des armements et se réserve le droit de traiter cette question à la prochaine Conférence de La Haye.

Le Gouvernement Britannique a fait savoir qu'il attachait une grande importance à ce que la question des dépenses pour les armements soit discutée à la Conférence se réservant le droit de la soulever. Il s'est également réservé celui de s'abstenir de la discussion de toute question du programme Russe qui ne lui paraitrait pas devoir mener à un résultat utile[1].

---

* Es handelt sich bei dem Schreiben des Grafen Osten-Sacken um das bereits angekündigte „russische Zirkularschreiben", das in London ebenfalls am 3. April 1907 (siehe den Text im englischen Blaubuch: Miscellaneous No. 1 (1908) [Cd. 3857], p. 8 f.) überreicht wurde.

Le Japon estime que certaines questions qui ne sont pas énumérées spécialement dans le programme pourraient être utilement inclues parmi les sujets à examiner; il se réserve également le droit de s'abstenir ou de se retirer de toute discussion prenant ou promettant de prendre une direction ne devant pas contribuer, d'après son jugement, à produire un résultat utile.

Les Gouvernements de Bolivie, du Danemark, de Grèce et des Pays-Bas se sont également réservé d'une façon générale le droit de proposer à l'appréciation de la Conférence d'autres sujets analogues à ceux qui sont explicitement mentionnés dans le programme Russe[2].

Mon Gouvernement croit de son devoir de déclarer que pour sa part il maintient son programme du mois d'Avril 1906 comme base de délibérations et que, dans le cas où la Conférence aborderait une discussion qui ne lui paraitrait pas devoir aboutir à une issue pratique, il se réserve à son tour le droit de s'abstenir d'une pareille discussion.

Des observations analogues à cette dernière ont été faites par les Gouvernements Allemand et Autrichien qui se sont également réservé le droit de s'abstenir de discuter à la Conférence toute question paraissant ne pas devoir aboutir à une issue pratique[3].

En portant ce qui précède à la connaissance des Puissances intéressées dans l'espoir que les travaux de la Deuxième Conférence de la Paix créeront de nouvelles garanties pour une bonne entente entre les nations du monde civilisé[4], le Gouvernement Impérial s'est adressé au Gouvernement Néerlandais avec la demande de vouloir bien convoquer la Conférence pour les premiers jours de Juin.

Osten-Sacken

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das werden wir auch thun! im Weitesten Sinne!
[2] verstößt gegen den Sinn der Conferenz zu der nur auf Grund eines spezialisirten Programmes eingeladen wird
[3] gut
[4] ?!

Nr. 7911

Der Reichskanzler Fürst von Bülow, z. Z. in Rapallo, an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 3 Rapallo, den 4. April 1907

In seiner Unterredung mit mir hob Tittoni hervor, wie wünschenswert es sei, daß während der Haager Konferenz keine Diskrepanz zwischen Italien und Deutschland hervortrete. Zu diesem Zwecke werde er seinen Vertreter anweisen, mit unserem Vertreter Fühlung zu halten, und seiner-

---

* Am 30./31. März 1907 hatte Fürst Bülow in Rapallo, wo er die Osterfeiertage über weilte, eine Zusammenkunft mit dem italienischen Minister des Äußern Tittoni.

seits bestrebt sein, seine Haltung gegenüber dem Konferenzprogramm mit unserer Haltung möglichst in Einklang zu bringen. Kurz vor seiner Abreise ließ mir Tittoni durch seinen Sekretär den Entwurf einer Note vorlesen, welche den italienischen Standpunkt gegenüber der Haager Konferenz präzisieren sollte. Ich ließ Herrn Tittoni ersuchen, diese Mitteilung in Berlin zu unterbreiten, da ich seine freundliche Absicht zwar gern anerkenne, auf Einzelheiten aber hier nicht eingehen könne. Gegenüber dem Sekretär des Herrn Tittoni wie gegenüber dem Minister selbst betonte auch ich, wie wünschenswert es sei, daß Italien sich in den die Konferenz betreffenden Fragen nicht von seinem Verbündeten trenne. Ich stelle anheim, durch unseren Geschäftsträger in Rom* oder durch Herrn Pansa sich den von Herrn Tittoni in Aussicht genommenen Notenentwurf vorlegen zu lassen[1].

Bülow

Randbemerkung von Mühlbergs:
[1] Meo voto warten wir ruhig, bis die Herren an uns herantreten.

Nr. 7912

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Geschäftsträger in Wien Grafen Brockdorff-Rantzau

Telegramm. Konzept

Nr. 75 Berlin, den 6. April 1907

Botschafter Petersburg telegraphiert:

„Herr Iswolsky gab mir und Grafen Berchtold vertraulich Kenntnis von einer Mitteilung des italienischen Botschafters**, wonach Herr Tittoni auf Grund Besprechung mit dem Herrn Reichskanzler folgenden Vermittelungsvorschlag bezüglich Abrüstungsfrage auf Haager Konferenz macht:

1. Zulassung der Diskussion, vorausgesetzt daß Absicht des Vorbringens der Abrüstungsfrage vorher allen Mächten notifiziert wird.

2. Hierbei sind konkrete Vorschläge zu formulieren.

3. Die Diskussion kann erst nach Erledigung des russischen Programms stattfinden.

4. Ein eventuelles Votum der Konferenz könne nur bedeuten, entweder daß Konferenz den Vorschlag nicht der Prüfung durch Großmächte wert erachte, oder daß sie solche Prüfung empfiehlt.

5. In letzterem Falle werden die Vorschläge Gegenstand direkter Verhandlungen zwischen den Großmächten bilden.

Herr Iswolsky hält persönlich die italienische Kombination für annehmbar, will indessen nicht endgültig Stellung nehmen, bevor er Vortrag

---

* Freiherr von Ritter zu Grünstein.
** J. Melegari.

bei Kaiser gehalten und unsere und Österreich-Ungarns Auffassung kennt. Er betont, daß er jedenfalls an Zusammengehen der Dreikaisermächte festhalte."

Wir haben dem Botschafter darauf vorgestriges Telegramm Reichskanzlers mitgeteilt* mit dem Bemerken, daß hiernach in Rapallo keinerlei Vereinbarungen über Abrüstungsfrage getroffen worden sind, und daß sich daher Tittonis Vorschlag, der hier bisher unbekannt war, nicht als mit dem Reichskanzler vereinbart, sondern lediglich als Sondervorschlag Italiens darstellt.

Wir halten diesen Vorschlag, der aller Wahrscheinlichkeit nach zu der unter 5 vorgesehenen Überweisung der Abrüstungsfrage an die Großmächte führen und damit andauernde Beunruhigung zur Folge haben würde, nicht für annehmbar und haben Botschafter Petersburg angewiesen, sich in diesem Sinne gegenüber Herrn Iswolsky zu äußern, sobald Graf Berchtold entsprechende Weisung erhalten hat.

Bitte Baron Aehrenthal sofort vorstehendes mitzuteilen und ihn um übereinstimmende Anweisung des Grafen Berchtold zu bitten.

Tschirschky

Nr. 7913

Der Geschäftsträger in Wien Graf Brockdorff-Rantzau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 84 Wien, den 6. April 1907

Antwort auf Telegramme Nr. 73** und 75***.

Freiherr von Aehrenthal war sehr dankbar für vertrauensvolle Mitteilung. Graf Berchtold wird sofort dringend telegraphisch angewiesen, sich noch heute mit Herrn von Schoen über die Antwort an Herrn Iswolsky in gewünschtem Sinne zu verständigen und sofort in jeder Richtung gleichartige Demarche mit Kaiserlichem Botschafter in St. Petersburg zu machen.

Der Minister hält den italienischen Vorschlag, der bereits gestern abend durch Herzog von Avarna hier amtlich zur Sprache gebracht, auch für unannehmbar und fürchtet, daß Herr Iswolsky wieder schwankend werden könnte; er schlägt darum vor, daß beide Botschafter in Petersburg besonders hervorheben, wir (Deutschland und Österreich-Ungarn) seien ihm für den neuen Beweis seines Festhaltens an dem Zusammengehen der

---

* Siehe Nr. 7911.

** Durch Telegramm Nr. 73 wurde der Inhalt des Bülowschen Telegramms Nr. 3 vom 4. April (siehe Nr. 7911) nach Wien mitgeteilt.

*** Siehe Nr. 7912.

Dreikaisermächte sehr dankbar und überzeugt, daß nach den vorhergegangenen Verhandlungen zwischen den Kabinetten von Berlin, Petersburg und Wien auch der russische Minister den italienischen Vorschlag als unannehmbar ablehnen würde.

Eingehender Bericht folgt. Vorschlag für unsere identische an Rußland zu richtende Antwort erhält Herr von Szögyény noch heute abend; Freiherr von Aehrenthal ist auch mit jeder anderen Fassung einverstanden, bittet nur um tunlichste Beschleunigung eventuell Abänderungsvorschläge. Er meinte, die österreichisch-ungarische Antwort solle hier in Wien, die unsrige in Berlin dem russischen Vertreter zugestellt werden, nachdem Mitteilung des russischen Zirkulars in Berlin und Wien erfolgt; der Minister ist aber gern bereit, unsere identische Antwort in Petersburg übergeben zu lassen, sofern dieser Weg Euerer Durchlaucht geeigneter erscheinen sollte.

Rantzau

Nr. 7914

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Tschirschky

Konzept

Berlin, den 6. April 1907

Der italienische Botschafter machte mir heute im Auftrage seiner Regierung folgende Mitteilungen:

Für den Fall, daß der Vorschlag der britischen Regierung, auf der Haager Konferenz die Abrüstungsfrage zur Diskussion zu stellen und an eine Kommission der Großmächte zu verweisen, auf Schwierigkeiten stoßen sollte, wolle Herr Tittoni folgende Vorschläge zur Vermittelung machen:

„Le programme de la Conférence de la Haye proposé par le Gouvernement russe et accepté par toutes les Puissances ne comprend pas la question de la limitation des armements, mais cette question pourrait néanmoins être prise en considération par la Conférence, à la suite d'une notification que les Gouvernements qui ont l'intention de la soulever en auraient faite à toutes les Puissances adhérentes.

Cette notification ne devrait cependant pas se limiter à une simple désignation de la question en général, mais elle devrait indiquer les propositions concrètes qui seraient jugées aptes à la résoudre.

S'agissant de propositions présentées postérieurement à la communication du programme russe et à son adoption par les autres Etats, la Conférence aurait avant tout à épuiser la discussion de ce programme.

Si la discussion engagée au cours de la Conférence sur des propositions pour la limitation des armements amenait à une votation, il serait entendu d'avance qu'un vote négatif émis sur une proposition donnée signifiera

seulement qu'elle n'a pas été jugée de nature à être soumise à l'examen des Grandes Puissances, et qu'un vote favorable signifiera qu'il a lieu de la recommander à cet examen.

Les propositions ainsi recommandées à l'examen des Grandes Puissances devraient ensuite former l'objet de négociations directes entre celles-ci."

Herr Pansa fügte hinzu, Herr Tittoni habe dem Fürsten Bülow in Rapallo von seinen vorstehend skizzierten Ideen Mitteilung gemacht. Der Fürst habe ihm gesagt, er wäre im Prinzip bereit, sie anzunehmen, und sie schienen ihm eventuell geeignet, von den anderen Mächten angenommen werden zu können.

Ich habe die Mitteilungen des Botschafters zur Kenntnis genommen, habe ihm in Wiederholung dessen, was Fürst Bülow Herrn Tittoni mitgeteilt hat, gesagt, daß wir weit davon entfernt seien, eine Diskussion der Abrüstungsfrage auf der Konferenz verhindern zu wollen. Im Gegenteil, wir würden, falls diejenigen Mächte, die die Frage dort diskutieren würden, zu einem positiven Resultat kommen sollten, dasselbe mit Ernst und Aufmerksamkeit prüfen und würden uns freuen, wenn es praktisch verwertbar sein sollte. Ich verkenne nicht die guten Absichten des Herrn Tittoni, einen akzeptablen Vorschlag machen zu wollen, möchte aber doch bereits jetzt darauf hinweisen, daß der letzte Punkt der Tittonischen Vorschläge mir unannehmbar schiene, weil mit der Verweisung der Verhandlungen über die Abrüstungsfrage an die Großmächte, nach Schluß der Haager Konferenz, ein Moment unberechenbarer Beunruhigung auf lange Zeit hinaus in die Beziehungen der Großmächte untereinander kommen würde. Ich glaubte, diese letztere Möglichkeit müsse im Interesse sämtlicher Großmächte dringend vermieden werden.

Tschirschky

Nr. 7915

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 105 St. Petersburg, den 7. April 1907

Antwort auf Telegramm Nr. 65*.

Habe im Einvernehmen mit Graf Berchtold Herrn Iswolsky mit Dank für seine Betonung der Solidarität der Dreikaisermächte eröffnet, daß wir

* Durch Telegramm Nr. 65 vom 6. April war das Wiener Telegramm Nr. 84 (siehe Nr. 7913) nach Petersburg mitgeteilt worden.

den italienischen Vorschlag nicht für annehmbar erachten und auch hier Ablehnung voraussetzen.

Herr Iswolsky erwiderte, er würde den Vorschlag nicht für diskutabel gehalten haben, wenn nicht in der italienischen Mitteilung ausdrücklich gesagt wäre, daß Herr Tittoni die Zustimmung und den Glückwunsch des Herrn Reichskanzlers zu der Lösung erhalten habe. Er werde nun ablehnend antworten, erwarte nur noch einen von Wien in Aussicht gestellten Vorschlag über Form der Ablehnung.

Schoen

Nr. 7916

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken**

Konzept

Berlin, le 8 Avril 1907

J'ai l'honneur d'accuser réception de la lettre N° 648, du $\frac{3 \text{ avril}}{21 \text{ mars}}$ dr., par laquelle Votre Excellence a bien voulu, au nom du Gouvernement Impérial de Russie, m'annoncer la prochaine réunion de la Deuxième Conférence de la Paix, tout en me signalant certaines observations et réserves formulées par différents Etats quant aux matières devant être soumises aux délibérations de la Conférence.

Aussitôt que l'invitation formelle du Gouvernement Royal Néerlandais sera parvenue au Gouvernement Impérial Allemand, les délégués allemands seront désignés et munis des instructions nécessaires.

Le Gouvernement Impérial, désirant définir la portée de la réserve qu'il a faite, tient à déclarer dès maintenant que parmi les questions qui dans sa pensée paraissent ne pas devoir aboutir à une issue pratique, doit être rangée en premier lieu celle de la limitation des armements et que, partant, les délégués allemands s'abstiendront et se retireront de toute discussion qui pourrait s'engager à ce sujet au sein de la Conférence.

Fort de l'échange de vues récemment intervenu à cet égard, le Gouvernement Impérial constate qu'il se trouve sur ce point dans une parfaite union d'idées tant avec le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur

---

* Der Entwurf zu der identischen Antwort Deutschlands und Österreich-Ungarns auf das russische Zirkularschreiben vom 3. April (siehe Nr. 7910) war in Wien aufgesetzt worden; er wurde am 6. April von Graf Brockdorff-Rantzau nach Berlin telegraphiert und hier der Antwortnote vom 8. April zugrunde gelegt.

de Russie qu'avec celui de Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie.

Pour donner à cet accord une expression juste, le Gouvernement Impérial, se basant sur le dernier alinéa de l'aide-mémoire remis à l'Ambassadeur d'Allemagne à St.-Pétersbourg le 27/14 mars dr., se permet d'inviter le Gouvernement Impérial de Russie à vouloir bien se concerter avec les Cabinets de Berlin et de Vienne en vue d'arrêter la teneur des instructions catégoriques qui, dans le sens susvisé, devront être données aux délégués des trois Empires.

Tschirschky

Nr. 7917

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Botschafter in Petersburg von Schoen

Telegramm. Konzept

Nr. 68 Berlin, den 9. April 1907

Antwort auf Telegramm Nr. 105*.

Deutscher und österreichisch-ungarischer Botschafter in Rom sind angewiesen, italienischer Regierung Mitteilung folgenden Inhalts zu machen:

„L'intention de plusieurs puissances de faire insérer certaines réserves dans la circulaire russe n'est venue à notre connaissance que quelques jours avant la réception de cette pièce.

C'est précisément pour cette raison que les gouvernements austro-hongrois et allemand ont, à leur tour, fait inscrire dans la dite circulaire les réserves qui y figurent. Faites ressortir que ces réserves visent en premier lieu la question de la limitation des armements."

Mit dieser Mitteilung sollen die Botschafter den Vorschlag verbinden, daß sich italienische Regierung mit Berlin, Wien und eventuell St. Petersburg verständigen möchte über die an unsere Konferenzdelegierten zu erteilende Instruktion.

Wir sind mit Baron Aehrenthal der Ansicht, daß diese Erklärungen eine genügend klare Ablehnung italienischen Vorschlags enthalten, und daß demzufolge eine weitere Antwort darauf überflüssig erscheint.

Ew. pp. bitte ich, Vorstehendes Herrn Iswolsky mitzuteilen und ihm eine identische Antwort an Italien anheimzustellen. Graf Berchtold hat entsprechende Weisung erhalten.

Tschirschky

* Siehe Nr. 7915.

Nr. 7918

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Botschafter in Petersburg von Schoen

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen

Nr. 69 Berlin, den 10. April 1907

Bitte Iswolsky gelegentlich, sofern Ew. pp. keine besonderen Bedenken haben, zu sagen, daß wir es mit Genugtuung begrüßen würden, wenn es Rußland gelänge, Frankreich zum Anschluß an unseren gemeinsamen Standpunkt zu bewegen.

Tschirschky

Nr. 7919

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 108 St. Petersburg, den 10. April 1907

Antwort auf Telegramm Nr. 68*.

Herr Iswolsky wird noch heute den italienischen Vorschlag ablehnend beantworten mit Motiv, daß er auch in Berlin und Wien nicht annehmbar befunden worden.

Paris steht, wie Iswolsky sagt, vorläufig noch unter dem Eindruck, daß der Vorschlag Tittoni eine Vereinbarung mit dem Herrn Reichskanzler darstelle.

Iswolsky hofft nach Aufklärung dieser irrtümlichen Auffassung, Frankreich zum Anschluß an die Kaisermächte in Abrüstungsfrage bewegen zu können.

Schoen

Nr. 7920

Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 293 London, den 12. April 1907

Der italienische Geschäftsträger** hat im Auftrage Herrn Tittonis der englischen Regierung Vorschläge übermittelt, die sich auf die Erörterung

* Siehe Nr. 7917.
** Conte di Bosdari.

der Abrüstungsfrage auf der Haager Konferenz beziehen und, wie mir Graf Bosdari sagt, den modus procedendi zum Gegenstande haben. Sir Edward Grey hat meinem italienischen Kollegen bei Übergabe der Vorschläge bemerkt, Herr Tittoni bezwecke wohl mit seiner Demarche dazu beizutragen, daß „frictions" zwischen den Mächten vermieden würden. Graf Bosdari hat ihm entgegnet, er glaube nicht, daß dieses der Gesichtspunkt sei, der den Minister geleitet habe, sondern der aufrichtige Wunsch der italienischen Regierung, daß auf der Konferenz ein praktisches Ergebnis erzielt werde. Es sei nicht zu verkennen, daß man in vielen Ländern, insbesondere auch in Frankreich, dem Abrüstungsgedanken durchaus ablehnend gegenüberstehe, und diese Erwägung habe wohl Herrn Tittoni zu seiner Initiative veranlaßt. Sir Edward Grey hat darauf erklärt, daß er sich eine genaue Prüfung der Vorschläge vorbehalten müsse, bevor er eine Antwort auf dieselben erteilen könne. Graf Bosdari hatte indessen den Eindruck, daß er auf dieselben nicht einzugehen beabsichtige*, wie er überhaupt nicht glaubt, daß es der englischen Regierung mit ihrem Abrüstungsgedanken Ernst sei. Er ist vielmehr der Ansicht, daß es derselben nur darauf ankomme, dem Parlament und dem Lande gegenüber den Schein zu wahren, und daß sie gar nicht daran denken werde, mit irgendwelchem positiven Vorschlage hervorzutreten. Er hat in diesem Sinne auch privatim an den in Italien weilenden Marquis San Giuliano** geschrieben und ihn gebeten, auf Herrn Tittoni einzuwirken, damit dieser dem Vorgehen der englischen Regierung in der Abrüstungsfrage keine zu große Bedeutung beimesse. Sir Edward Grey hat bei dieser Gelegenheit auch dem Grafen Bosdari gegenüber betont, daß es sich nicht um „disarmament" oder „limitation of armament", sondern nur um die Frage der „expenditure" handele.

Mein italienischer Kollege hat mir keine nähere Mitteilung über den materiellen Inhalt der italienischen Vorschläge gemacht. Auch darf ich annehmen, daß Euere Durchlaucht über dieselben unterrichtet sind, da der hiesige französische Geschäftsträger*** von Paris aus Kenntnis von denselben erhalten hat. Wie innig die englisch-französischen Beziehungen heutzutage sind, zeigt der Umstand, daß Herr Geoffrey in der Lage ist, versichern zu können, die italienische Demarche habe eine ungünstige Aufnahme bei der englischen Regierung gefunden, ohne daß noch bis jetzt dem Grafen Bosdari eine Antwort auf dieselbe zugegangen wäre.

Sir Charles Hardinge sagte mir vor einiger Zeit im Laufe einer Unterredung, in der auch die Abrüstungsfrage gestreift wurde, er habe wiederholt den liberalen Idealisten, die auf dieselbe so großen Wert legten, gesagt, daß die Erörterung der Frage im gegenwärtigen Augenblick doch zu keinem praktischen Ergebnis führen könne. Das Gegenargument sei stets

---

* Hiernach dürfte die Vermutung, die Freiherr von Aehrenthal am 6. April gegenüber Graf Brockdorff-Rantzau aussprach, als sei die italienische Sonderaktion auf englische Veranlassung erfolgt, nicht zutreffen.

** Italienischer Botschafter in London.

*** Geoffrey.

das gewesen, daß auf diese Weise allmählich der Boden für eine Verständigung der Mächte in der Zukunft vorbereitet werde. Dagegen lasse sich ja kaum etwas einwenden. Ich habe dem Unterstaatssekretär entgegnet, daß es doch besser sei, fruchtlose Diskussionen überhaupt zu vermeiden, die nur zu Verstimmungen unter den Mächten führen könnten, nachdem, wie nun einmal heute die Verhältnisse lägen, an eine Abrüstung ernstlich doch nicht gedacht werden könne. Sir Charles Hardinge meinte darauf, daß die ganze Sache überhaupt zu viel Aufregung verursache, und daß man in aller Ruhe Ansicht und Gegenansicht äußern sollte, ohne eine sich ergebende Nichtübereinstimmung allzu tragisch zu nehmen.

Auch Äußerungen von anderer unterrichteter Seite lassen mich darauf schließen, daß die englische Regierung recht froh wäre, wenn sie die ganze Frage überhaupt nicht angerührt hätte, mit der sich zu identifizieren sie die Rücksichtnahme auf die Ideen der liberalen Schwärmer veranlaßt hat, denen die am Ruder befindliche Partei ihren Erfolg bei den letzten Wahlen zum großen Teile verdankt.

Stumm

Nr. 7921

*Der Botschafter in Petersburg von Schoen an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 115 St. Petersburg, den 19. April 1907

Herr Tittoni hat hier mitteilen lassen, daß er seinem Vorschlag, nachdem derselbe nicht allseitig Zustimmung gefunden, für jetzt keine weitere Folge gebe, sich aber vorbehalte, auf ihn, falls sich Gelegenheit bietet, während der Konferenz zurückzukommen.

Schoen

Nr. 7922

Der Botschafter in Tokio Freiherr Mumm von Schwarzenstein an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 147 Tokio, den 12. April 1907

Bei dem gestrigen allwöchentlichen Diplomatenempfange im Auswärtigen Amt bestätigte mir Vicomte Hayashi, daß die offizielle Einladung der niederländischen Regierung zu der am 15. Juni stattfindenden Haager Konferenz nunmehr endlich eingegangen sei.

---

* Hier eingereiht des Zusammenhangs halber.

Es knüpfte sich hieran eine kurze Unterhaltung über die Aussichten und Ziele der Konferenz, wobei der Minister sich auch gegen mich in ähnlich scharfer Weise wie schon neulich gegenüber Herrn von Erckert über eine eventuelle Erörterung der Abrüstungsfrage auf der Konferenz äußerte. Auf meine Frage, ob denn von irgendwelcher Seite an die japanische Regierung mit dem Vorschlage herangetreten worden sei, das ja an sich schon sehr reichhaltige Programm auch noch mit der Abrüstungsfrage zu belasten, antwortete Vicomte Hayashi, die amerikanische Regierung habe die japanische Regierung aufgefordert, ihre Zustimmung dazu zu geben, daß die Abrüstungsfrage aufs Programm gesetzt werde. Er habe darauf geantwortet, daß die japanische Regierung zwar gegen die Aufnahme dieser Frage ins Programm keine Einwendungen erheben werde, daß er sich aber für seine Regierung selbstverständlich die volle Freiheit der Entschließung bezüglich der weiteren Behandlung dieser Frage auf der Konferenz vorbehalten müsse.

Auf die Frage des obligatorischen Schiedsgerichts übergehend, sagte mir Vicomte Hayashi dann noch, die japanische Regierung werde, wenn diese Frage auf der Konferenz zur Erörterung gelange, gegen die Einführung obligatorischer Schiedsgerichte stimmen.

Der erste japanische Konferenzbevollmächtigte, Tsudzuki, den ich gestern im Hause seines Schwiegervaters, des Grafen Inouye, sah, sagte mir auf meine Frage, ob japanischerseits besondere Anträge für die Konferenz vorbereitet würden, die Angelegenheit, der Japan am meisten Interesse entgegenbringe, sei die genaue Festlegung der Pflichten der neutralen Mächte bezüglich der Behandlung von Schiffen der kriegführenden Mächte in ihren Häfen. Unter der von der französischen Regierung der Baltischen Flotte gegenüber geübten Rücksicht hätte die japanische Regierung so empfindlich gelitten, daß diese Frage beinahe zu einem Kriege mit Frankreich und damit zu einer Hineinziehung Englands in den Krieg geführt habe. Japan wolle sein möglichstes tun, um durch eine strengere Normierung der Pflichten der Neutralen einer Wiederholung solcher Vorkommnisse für die Zukunft vorbeugen.

A. v. Mumm

Nr. 7923

Der Geschäftsträger in Paris von Flotow an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Entzifferung

Nr. 280 Paris, den 18. April 1907

Der österreichische Botschafter Graf Khevenhüller, dessen freundschaftliche und kollegialische Haltung sich bei jeder Gelegenheit zeigt, macht mir Mitteilung von einer Unterhaltung, die er mit Herrn Pichon

über die Haager Konferenz hatte. Er habe den Minister in großer Verlegenheit gegenüber der englischen Haltung gefunden[1]. Auf die direkte Frage des Botschafters, ob denn Frankreich sich an der Diskussion über die Abrüstung beteiligen wolle, habe ihm Herr Pichon nach einigem Ausweichen schließlich mit „nein"[2] geantwortet. Frankreich wünsche die Verweisung an eine Kommission[3]. Das Weitere werde sich dann später finden. Pichon hat sogar mit dem Grafen Khevenhüller den Gedanken erörtert, daß er, nachdem der Vorschlag des Herrn Tittoni in London nicht reüssiert habe, selbst einen neuen Vorschlag in obigem Sinne machen wolle[4].

Graf Khevenhüller berichtete mir dabei ganz vertraulich, daß nach einer Meldung des Grafen Mensdorff Seine Majestät der König von England selbst ein Gegner der Abrüstungserörterung sei[5], da er sie als einen Eingriff in seine Souveränitätsrechte betrachte. Der König habe geäußert, daß zu seinem lebhaften Bedauern Sir Campbell-Bannerman sich für diesen Gedanken festgelegt habe, sodaß er gezwungen sei, sich dem zu fügen[6].

Flotow

Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Aha!
[2] bravo!
[3] geht nicht!
[4] er ist wohl toll!
[5] natürlich
hat er mir 1906 in Cronberg auch zu verstehen gegeben
[6] nette Comödie!

Nr. 7924

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 144 St. Petersburg, den 21. April 1907

Auf meine vertrauliche Frage, ob einige Aussicht sei, daß Frankreich sich in der Frage der Stellungnahme zur Diskussion der Abrüstungsfrage den Kaisermächten anschließen werde, hat mir Herr Iswolsky erwidert, er habe bis jetzt noch keine bestimmte Anhaltspunkte zu einer zuversichtlichen Hoffnung in diesem Sinne. Er erwarte in den nächsten Tagen den Besuch des Botschafters Nelidow und werde von ihm Näheres über die Stimmung in Paris erfahren sowie mit ihm beraten, wie man mit einiger Aussicht auf Erfolg auf das Pariser Kabinett einwirken könne.

Ich habe ebenso wie mein österreichisch-ungarischer Kollege den Eindruck, daß Herr Iswolsky, der sich noch immer nicht ganz damit ab-

finden kann, durch uns zu einer kategorisch ablehnenden Stellung gegen jede Diskussion des englischen Vorschlages gedrängt worden zu sein, Zeit gewinnen möchte, in der Hoffnung, daß noch irgendein vermittelnder Vorschlag auftauchen könnte. Er versichert zwar bei jeder Gelegenheit, daß er seiner Zusage getreu bleiben werde, verhehlt aber nicht, daß sie ihm schwer gefallen ist, und behauptet auch, daß ihm die aus dem russischen Rundschreiben ersichtliche Haltung bereits manche Anfeindungen in der Presse und in den Kulissen der Duma eingebracht habe. Er scheint auf einen gewissen direkten Ausgleich zwischen uns und England zu rechnen, wenigstens hat er mich und Graf Berchtold wiederholt gefragt, ob wir keine neueren Nachrichten aus London hätten.

Der hiesige französische Botschafter* spricht sich persönlich zugunsten einer Beteiligung an der Diskussion aus, versichert dabei allerdings, daß er ohne bestimmte Nachrichten über die Stellungnahme seiner Regierung sei.

Nach Graf Berchtolds Nachrichten hätten Unterredungen zwischen Baron Aehrenthal und Herrn Crozier** sowie zwischen Herrn Pichon und Graf Khevenhüller einige Aussicht auf Anschluß Frankreichs eröffnet.

v. Schoen

Nr. 7925

Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 114 London, den 23. April 1907

Cambon sagte mir, er habe im Auftrage seiner Regierung Sir E. Grey erklärt, daß, falls die Abrüstungsfrage auf der Haager Konferenz zur Erörterung komme, Frankreich sich von der Diskussion nicht ausschließen werde. Der Botschafter fügte hinzu, daß er ein praktisches Ergebnis von den Erörterungen nicht erwarte und auch nicht glaube, daß dies bezüglich der englischen Regierung der Fall sei.

Herr Cambon fragte mich, ob die Version richtig sei, wonach Deutschland von vornherein erklärt habe, sich an der Konferenz nicht beteiligen zu wollen, falls die Abrüstungsfrage zur Sprache komme. Ich habe dies verneint und ihm gesagt, daß dies uns nur freuen könnte, falls die diskutierenden Mächte wirklich zu einem positiven Ergebnis kämen, daß ich es aber für ausgeschlossen hielte, daß wir uns an der Diskussion beteiligten.

Herr Cambon trat für die angeblich von Herrn von Martens stammende Idee ein, die Frage einer Kommission der Großmächte zu über-

---

* Bompard.
** Französischer Botschafter in Wien.

weisen. Ich habe aber Grund zu der Annahme, daß dieser Gedanke von ihm selbst seinerzeit bei den Besprechungen mit Herrn von Martens lanciert worden ist.

Der Botschafter sagte mir noch, England habe den italienischen Vermittelungsvorschlag abgelehnt*.

Stumm

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Gut!

Nr. 7926

*Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an den Reichskanzler Fürsten von Bülow***

Ausfertigung

Nr. 343 London, den 26. April 1907

Wenn Herr Pichon dem Grafen Khevenhüller erklärt hat, daß Frankreich sich nicht an der Diskussion über die Abrüstungsfrage auf der Haager Konferenz beteiligen wolle***, so möchte ich dieser Erklärung mehr Bedeutung beimessen als der gegenteiligen Äußerung Herrn Cambons mir gegenüber. Ich höre nämlich inzwischen von vertrauenswürdiger Seite, daß der Botschafter sich im Foreign Office so entschieden gegen die englische Auffassung ausgesprochen hat, daß daraus auf die Absicht der französischen Regierung, der Diskussion fernzubleiben, geschlossen werden könne. Herr Cambon trägt sich wahrscheinlich noch mit der Hoffnung, daß es schließlich doch noch möglich sein wird, die Gegensätze in der englischen und französischen Auffassung auszugleichen, und daß er mir gegenüber das Bestehen dieser Gegensätze daher nicht zugeben wollte.

Auch in einem anderen Punkte hat mich Herr Cambon nicht ganz richtig informiert, indem er mir sagte, die englische Regierung habe den italienischen Vermittlungsvorschlag zurückgewiesen†. Tatsächlich ist es hierzu nicht gekommen. Graf Bosdari hat auch Sir Edward Grey die bekannte Erklärung abgegeben, daß die italienische Regierung zurzeit ihrem Vorschlage keine weitere Folge geben wolle. Der Minister hat, wie mir mein Kollege sagt, diese Erklärung mit sichtbarer Erleichterung entgegengenommen und ihm entgegnet, er habe eine Antwort an die italienische Regierung vorbereitet. Dieselbe sei zur Absendung bereit; ob er sie zu erhalten wünsche. Graf Bosdari hat dem Minister erwidert, es würde ihn gewiß interessieren, die Auffassung der englischen Regierung kennen zu lernen. Er könne aber natürlich nicht mehr Wert darauf legen, die Ant-

---

* Vgl. Nr. 7920, ferner das folgende Schriftstück.
** Hier eingereiht des Zusammenhangs wegen.
*** Vgl. Nr. 7923.
† Vgl. Nr. 7925.

wort zu erhalten, als der Minister, sie ihm mitzuteilen. Dabei hat es sein Bewenden gehabt. Die Äußerung des Herrn Cambon aber läßt darauf schließen, daß die englische Regierung tatsächlich entschlossen war, den italienischen Vermittelungsvorschlag abzulehnen, wie dies mein italienischer Kollege auch annimmt.

Stumm

Nr. 7927

Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 326 London, den 20. April 1907

Sir Edward Grey kam heute mir gegenüber auf die Rede des Abgeordneten Bassermann* zu sprechen, indem er sagte, Graf Metternich beschwere sich immer über die deutschfeindliche Stimmung in England. Hier liege aber doch einmal ein ganz eklatanter Fall vor, der beweise, daß die Verhältnisse in Deutschland in dieser Hinsicht nicht besser lägen, sondern schlimmer als in England. Denn Herr Bassermann sei der Führer einer großen Partei des Deutschen Reichstags und habe sich England gegenüber eines Tones bedient, wie ihn die „National Review" Deutschland gegenüber anzuschlagen pflege. Eines solchen Vorgehens habe sich ein englischer Parteiführer noch niemals schuldig gemacht.

Ich habe dem Minister entgegnet, daß zunächst die Nationalliberale Partei nicht mit einer der großen Parteien in England verglichen werden könne. Sie bilde nur einen verhältnismäßig kleinen Bruchteil der deutschen Volksvertretung, und infolgedessen komme auch dem Abgeordneten Bassermann nicht dieselbe Bedeutung zu wie einem englischen Parteiführer. Es sei ferner ihm — dem Minister — jedenfalls erinnerlich, daß Herr Bassermann die auswärtige Politik der deutschen Regierung im vergangenen Winter im Reichstage einer ziemlich abfälligen Kritik unterzogen habe**. Seine Angriffe richteten sich auch diesmal nicht weniger gegen die verantwortlichen Leiter unserer Politik als gegen England.

---

* Am 15. April hatte der Reichstagsabgeordnete Bassermann, Führer der Nationalliberalen Partei, in Magdeburg eine Rede gehalten, in der er scharfe Vorwürfe gegen Englands deutschfeindliche Politik richtete und es unter anderem als Heuchelei bezeichnete, daß die englische Regierung Abrüstung proklamiere, während sie im eigenen Lande die Rüstungen fieberhaft betreibe.

** Am 14. November 1906 hatte der Abgeordnete Bassermann bei Begründung einer außenpolitischen Interpellation der weitverbreiteten Mißstimmung über die Verschlechterung der internationalen Lage für Deutschland, die er auf die Unstetigkeit in der außenpolitischen Leitung zurückführte, Ausdruck gegeben. Auch damals hatte er gegen England den Vorwurf erhoben, daß es auf die Isolierung Deutschlands abziele.

Schließlich sei ja aber auch nicht zu verkennen, daß das augenfällige Streben Englands, sich mit allen Mächten zu verständigen, in manchen Kreisen in Deutschland eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen habe, die durch die Zusammenkünfte des Königs mit den Herrschern von Spanien und Italien* wieder neue Nahrung erhalten hätte. Trotz alledem bleibe die Sprache des Abgeordneten Bassermann gewiß sehr bedauerlich.

Der Minister erwiderte mir, um mir zu beweisen, wie unberechtigt solche Befürchtungen wären und insbesondere die Behauptung des Abgeordneten Bassermann sei, daß England schwarze Pläne gegen Deutschland auf der Haager Konferenz hege, wolle er mir die Delegierten benennen, die England zur Konferenz entsenden werde. Es seien dies Sir Edward Fry als erster Delegierter, Sir Ernest Satow als zweiter, Lord Reay als dritter und Sir Henry Howard als vierter Delegierter. Diese Auswahl und insbesondere die Persönlichkeit des ersten Delegierten, der lediglich ein hervorragender Jurist sei, gewähre wohl eine Bürgschaft dafür, daß England nicht daran denke, die Konferenz zu diplomatischen Ränken und politischen Machinationen zu benutzen. Die englische Regierung sei, mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in England, die in ihrer überwiegenden Mehrheit für eine Einschränkung der Rüstungen eintrete, und von dem ernstlichen Wunsche beseelt, die drückenden Ausgaben für die Marine einzuschränken, entschlossen, die Abrüstungsfrage auf der Konferenz zur Sprache zu bringen. Werde sie damit keinen Erfolg haben, so werde sie aus der Abneigung anderer Mächte, auf die Erörterung der Frage einzugehen, den Schluß ziehen müssen, daß diese beabsichtigten, in der Steigerung ihrer Rüstungen fortzufahren. Sie selbst werde infolgedessen dann ebenfalls gezwungen sein, zu einer Ausdehnung ihres eigenen Flottenprogramms zu schreiten.

Ich habe mich nunmehr Sir Edward Grey gegenüber im Sinne der mir geneigtest übermittelten Denkschrift** ausgesprochen und ihm gesagt, daß wir den Abrüstungsbestrebungen durchaus sympathisch gegenüberständen, und daß wir nicht daran dächten, der Erörterung der Frage auf der Konferenz irgendwelche Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Indessen vermöchten wir uns von einer solchen Diskussion einen praktischen Erfolg nicht zu versprechen. Nun aber habe die englische Regierung selbst, wie das in der Zirkularnote der russischen Regierung*** zum Ausdruck komme, sich vorbehalten, sich von Diskussionen auf der Konferenz auszuschließen, von denen sie ein Ergebnis nicht erwarte. Wir stünden genau auf demselben Standpunkt und hätten, wie ihm bekannt sei, einen dem englischen analogen Vorbehalt gemacht, der sich, wie ich ihm sagen könne, auf die Abrüstungsfrage beziehe, an deren Diskussion wir uns in

* Vgl. dazu Bd. XXI, Kap. CLV, Nr. 7216, Fußnote***.
** Identisch mit Nr. 7887, Anlage; am 12. April 1907 war den Botschaften mittels Zirkular ein Abdruck dieser Denkschrift mitgeteilt worden.
*** Siehe Nr. 7910.

Übereinstimmung mit der österreichischen und russischen Regierung nicht zu beteiligen beabsichtigten. Eine Diskussion dieser Frage könne nur dazu führen, Meinungsverschiedenheiten unter den Mächten hervortreten zu lassen, unliebsame Erörterungen hervorzurufen und die öffentliche Meinung aufzuregen. Das Ergebnis werde somit nicht der Sache des Friedens dienen, sondern es sei zu befürchten, daß auf diese Weise die Konferenz Verstimmungen unter den Mächten hinterlassen werde[1]. Sollten die Mächte, die bereit seien, die Frage auf der Konferenz zu diskutieren, zu einem positiven Ergebnis kommen, so würden wir dies gewiß sehr freudig begrüßen und dasselbe auf seinen Wert prüfen.

Der Minister bemerkte hier, daß die englische Regierung nicht die Frage der Abrüstung anzuregen beabsichtige, sondern nur diejenige der Ausgaben für die Rüstungen[2], worauf ich ihm entgegnete, daß ich glaubte, ihm sagen zu können, daß sich unser Vorbehalt auch auf diese Frage erstrecke. Ich sei im übrigen vollkommen davon überzeugt, daß die Idealisten, die in England für die Abrüstungsidee einträten, von den besten und aufrichtigsten Absichten erfüllt seien. Es seien dies aber keine praktischen Politiker, und ich bäte ihn, mir zu sagen, ob er persönlich wirklich davon überzeugt sei, daß auf der Konferenz ein positives Resultat in der Frage zu erzielen sei[3]. Es zeugt für die Gradheit und Offenheit des Ministers, daß er es verschmähte, meine Frage zu bejahen, sondern sich enthielt, auf dieselbe zu antworten[4]. Er entgegnete mir vielmehr nach einer Pause, es sei zu erwarten, daß gerade die Weigerung, an einer Diskussion der Abrüstungsfrage teilzunehmen, die Folge haben werde, daß die Haager Konferenz das entgegengesetzte Ergebnis von demjenigen habe, das sie erstrebe. Auf der ersten Konferenz sei die Abrüstungsfrage erörtert worden; wenn dies auf der zweiten jetzt nicht der Fall sein werde, so bedeute das einen Rückschritt, indem es zeige, daß der Abrüstungsgedanke bei einem Teil der Mächte an Boden verloren habe. Das werde auch die anderen, zur Diskussion bereiten Mächte zwingen, in der Steigerung ihrer Rüstungen fortzufahren. Er sehe nicht ein, weshalb man seine Ansichten über die Frage nicht auf der Konferenz austauschen könne. Sein Gedanke sei der, daß sich die Mächte gegenseitig ihre Flottenprogramme mitteilen sollten[5]. Das werde verhindern, daß der bisherige Wettlauf fortdauere. Zurzeit wisse keiner, was der andere zu tun beabsichtige. Infolgedessen suche jeder, der eine, um das bestehende Kräfteverhältnis zu seinen Gunsten zu verschieben, der andere, um dasselbe aufrecht zu erhalten, sich zu vergrößern, und so schraube man sich unausgesetzt gegenseitig in die Höhe[6].

Ich entgegnete dem Minister, sein Gedanke gehe von der Voraussetzung aus, daß ein bestimmtes konstantes Kräfteverhältnis zwischen den Seerüstungen der Mächte bestehen müsse. Ob er glaube, daß dieses auf der Konferenz arithmetisch zwischen den einzelnen Staaten, zum Beispiel in der Proportion 2 : 1 oder 3 : 1, festgesetzt werden könne?[7]

Sir Edward Grey meinte darauf, daß dies allerdings eine etwas schwer zu lösende Frage sein würde.

Ich sagte ferner dem Minister, daß, falls wirklich eine Vereinbarung zustande komme, dann noch die Frage der Kontrolle zu regeln bliebe, ohne die jede Abmachung wertlos sein würde. Eine Kontrolle könne durch eine internationale Kommission oder durch die einzelnen Mächte gegenseitig ausgeübt werden. In beiden Fällen werde dies einen starken Eingriff in die Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Staaten bedeuten.

Sir Edward Grey wurden meine Argumente anscheinend unbequem, denn er entgegnete mir, das seien eben alles Fragen, die sehr zweckmäßig[8] auf der Konferenz zu erörtern sein würden, und über die er eine Diskussion mit mir nicht habe herbeiführen wollen[9]. Er habe nur darauf hinweisen wollen, und er wiederhole dies, daß keinerlei Nebenabsichten die englische Regierung bei dem Wunsche geleitet hätten, die Abrüstungsfrage auf das Konferenzprogramm gesetzt zu sehen, und daß die Nichterörterung derselben auf der Konferenz eine Steigerung des Flottenprogramms der englischen Regierung zur Folge haben werde[10].

Aus meiner Unterredung mit dem Minister habe ich den Eindruck gewonnen, daß die englische Regierung zurzeit entschlossen ist, die Erörterung der Abrüstungsfrage tatsächlich auf der Konferenz anzuregen. Sir Edward Grey schien auf meine bestimmte Erklärung, daß wir uns an derselben nicht beteiligen würden, allerdings nicht gefaßt zu sein. Es mag daher sein, daß unsere Stellungnahme auf die weiteren Entschließungen der englischen Regierung noch von Einfluß sein wird. Daß die Regierung selbst an die Möglichkeit eines praktischen Ergebnisses der Konferenz in der Frage nicht denkt, ist mir nicht zweifelhaft. Daß sie trotzdem an ihrem Vorhaben festhält, erklärt sich mit Rücksichten innerpolitischer Natur. Irgendwelche Nebenabsichten, insbesondere auch solche, die gegen Deutschland gerichtet wären, liegen ihr dabei, meines gehorsamen Dafürhaltens, fern[11]. Andererseits beabsichtigt sie aber, unsere Weigerung, an der Diskussion der Frage teilzunehmen, als Vorwand zu benutzen, um ihrer eigenen Partei gegenüber eine erneute Steigerung der Ausgaben für die Flotte zu rechtfertigen[12]. Die liberale Partei hat offenbar auch den Grundsatz rezipiert, daß die Wahrung der unbedingten Suprematie Englands zur See und infolgedessen die Aufrechterhaltung einer gewissen Proportion der englischen Streitkräfte zur See zu den unsrigen einen der leitenden Gesichtspunkte für die englische Politik bilden müsse. Sie wird daher in Zukunft, ebenso wie ihre Vorgängerin, in fieberhafter Sorge um die Aufrechterhaltung des Vorsprungs, den ihre Machtmittel zur See gegenüber denjenigen Deutschlands haben, an der Vervollkommnung und Verstärkung derselben weiterarbeiten[13].

Stumm

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ja
[2] Quatsch
[3] gut!

[4] na also!
[5] ! ach wie niedlich! Damit England immer rechtzeitig gewarnt, die Stärkste Seemacht bleiben kann!
[6] Jesuitismus
das kommt von Fisher! durch unser vor 10 Jahren publizirtes Flottengesetz ist ja England in der Lage gewesen 10 Jahre vorher bereits zu wissen was wir 1907—10 haben werden!! also auch sich darauf vorzubereiten! Wir sind das einzige Land der Welt das bisher den Muth gehabt sich so in Zukunft gesetzlich fest zu legen und zu offenbaren! Die Geheimnißthuerei der „Dreadnought" und der ganz heimliche Bau der ganzen „Invincible" Classe, welche der obigen an Größe gleich ist, schlägt Grey's Wünschen ins Gesicht, während wir sie längst erfüllt haben durch unser Flottengesetz!
[7] gut
[8] ?
[9] Weil die Engländer eben die anderen Staaten damit auf der Conferenz überraschen wollen, und hoffen aus der Diskussion die Keilerei mit uns entstehen zu sehen!
[10] das schadet ja gar nichts!
[11] ??!
[12] man zu solange sie es bezahlen will!
[13] wird ihr niemand von uns verwehren wir machen uns nur so stark als unsre Intressen es erfordern, und um zu verhindern, daß England im Gefühl seiner großen Uebermacht, plötzlich, um unsere Flotte „mathematisch" sicher zu vernichten, über uns herfallen kann!

Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr gut gesprochen und berichtet*.

Nr. 7928

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Tschirschky an den Botschafter in Wien Grafen Karl von Wedel

Konzept

Nr. 348 Berlin, den 24. April 1907

In den identischen Antworten auf die russische Zirkularnote über das Programm der zweiten Haager Friedenskonferenz** hatten Deutschland und Österreich-Ungarn die russische Regierung eingeladen, sich mit ihnen über die kategorischen Instruktionen zu verständigen, die den Delegierten der Dreikaisermächte wegen ihrer Haltung auf der Konferenz bei der Diskussion über die Abrüstungsfrage erteilt werden sollten. Dabei sind Deutschland und Österreich-Ungarn nach den von ihnen getroffenen Abreden davon ausgegangen, daß ihre Delegierten an einer solchen Diskussion nicht nur nicht teilnehmen, sondern ihr überhaupt fern bleiben würden.

Nachdem nunmehr die formelle Einladung der niederländischen Regierung zu der Konferenz ergangen ist, dürfte es sich empfehlen, tunlichst bald wegen der in Rede stehenden Instruktionen mit der russischen Re-

* Von den Randbemerkungen des Kaisers erhielt der Geschäftsträger von Stumm mittels Erlaß Nr. 509 vom 29. April Mitteilung. Er wurde dabei darauf hingewiesen, daß der Wunsch Sir E. Greys nach Bekanntgabe der Flottenprogramme von Deutschland bereits durch das vor zehn Jahren publizierte Flottengesetz erfüllt worden sei.
** Siehe Nr. 7916.

gierung in Verbindung zu treten. Damit die Solidarität der Dreikaisermächte durch ein möglichst gleichmäßiges Verhalten ihrer Delegierten zum Ausdrucke kommt, wäre es erwünscht, daß die russischen Delegierten gleichfalls jeder Diskussion der Frage im Plenum wie in der Kommission völlig fern blieben. Falls, wie anzunehmen ist, der russische erste Delegierte der Konferenz präsidieren wird, würde er wohl bei den Verhandlungen über die Abrüstungsfrage den Vorsitz an den Vizepräsidenten abzugeben haben. Dies dürfte nach unserer Auffassung auch dann angezeigt sein, wenn die russischen Delegierten den Verhandlungen, ohne sich daran zu beteiligen, beiwohnen sollten. Denn bei den Verhandlungen über eine bestimmte Frage wird das Präsidium kaum von einer Macht geführt werden können, die an diesen Verhandlungen selbst nicht teilnimmt.

Um dem Fernbleiben unserer Delegierten jeden demonstrativen Charakter zu nehmen, könnte vielleicht folgender Weg eingeschlagen werden. Falls ein die Abrüstungsfrage betreffender Antrag in einer der Sitzungen selbst eingebracht wird, würde der Vorsitzende erklären, daß an einer solchen Diskussion, wie seiner Regierung bekannt geworden sei, mehrere Mächte nicht teilzunehmen gedächten; er beraume daher zur geschäftlichen Behandlung des Gegenstandes eine weitere Konferenzsitzung an, um den Delegierten dieser Mächte Gelegenheit zu geben, den Beratungen hierüber fern zu bleiben. Die neue Sitzung könnte gegebenenfalls auch im unmittelbaren Anschluß an die vorhergehende stattfinden. Sollte der Antrag außerhalb der Sitzung eingebracht werden, so würde der Vorsitzende entweder in der nächsten Sitzung die vorstehend skizzierte Erklärung abgeben oder von vornherein eine besondere Sitzung anberaumen, die lediglich die Abrüstungsfrage zum Gegenstand hätte. Im letzteren Falle würde sich das Fernbleiben der nicht teilnehmenden Delegierten tatsächlich vollziehen, ohne daß Veranlassung zu einer ausdrücklichen Erklärung vorläge. In entsprechender Weise würden dann auch die weiteren Sitzungen über diesen Gegenstand von den übrigen Sitzungen getrennt zu halten sein. In der Sitzung zur Feststellung der Schlußakte würden allerdings unsere Delegierten auch bei Behandlung etwaiger Beschlüsse über die Abrüstungsfrage anwesend sein müssen. Doch würde die Redaktionskommission dafür zu sorgen haben, daß aus der Akte die Nichtbeteiligung unserer Delegierten ersichtlich wäre.

Falls die dortige Regierung mit den vorstehenden Vorschlägen einverstanden ist, dürften unsere Botschafter in Petersburg anzuweisen sein, sie der russischen Regierung zur Prüfung und etwaigen Genehmigung mitzuteilen.

Euere pp. bitte ich, in diesem Sinne mit Baron Aehrenthal Rücksprache zu nehmen und mir das Ergebnis mitzuteilen.

Tschirschky

Nr. 7929

Der Botschafter in Wien Graf Karl von Wedel an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 147 Wien, den 25. April 1907

Herr von Mérey, den ich heute sprach, erzählte mir, die kommissarischen Besprechungen über das russische Programm zur Haager Konferenz seien nunmehr zu Ende geführt, und deren Resultat wäre in Protokollen niedergelegt. An diesen Besprechungen hätten außer ihm nur die sonstigen zur Teilnahme an der Konferenz designierten Personen, das heißt Hofrat von Weil, Hofrat Professor Dr. Lammasch, Generalmajor Freiherr von Giesl und Konteradmiral Haus sowie als Protokollführer der Hof- und Ministerialkonzipist Egon von Berger teilgenommen, während der zum zweiten Delegierten ernannte Gesandte in Athen, Freiherr von Macchio, erst dieser Tage hier eintreffe*.

Von einer Beteiligung von Referenten der österreichischen und ungarischen Regierung habe Baron Aehrenthal absichtlich Abstand genommen, weil er befürchtet hätte, daß speziell Ungarn bei dieser Gelegenheit allerlei Privatwünsche äußern und dadurch die Verhandlungen nur erschweren würde.

Speziell der ungarische Kultusminister Graf Albert Apponyi — der, wie Euerer Durchlaucht bekannt sein dürfte, eine Rolle auf den interparlamentarischen Friedenskongressen spielt — sei, wie der Botschafter hinzufügte, mit der Stellungnahme des Baron Aehrenthal durchaus nicht zufrieden, und müsse man sich daher auf eventuelle Schwierigkeiten von seiner Seite gefaßt machen, was im Hinblick auf seinen Einfluß nicht unbedenklich erscheine.

Im übrigen, äußerte Herr von Mérey weiter, habe sich die hiesige Presse, und im allgemeinen auch die ungarische, sachlich und korrekt verhalten und, von einigen vor mehreren Wochen erschienenen Artikeln ungarischer Blätter abgesehen, den Standpunkt der K. und K. Regierung gebilligt. Eine angekündigte Interpellation des der ungarischen katholischen Volkspartei angehörigen Abgeordneten von Rakowsky über die Haager Konferenz und die Abrüstungsfrage sei, soviel er, Mérey, höre, auf Veranlassung des Ministerpräsidenten Dr. Wekerle zurückgezogen worden.

Über das Ergebnis der kommissarischen Besprechungen teilte mir Herr von Mérey das Folgende mit: Er habe im Vereine mit dem Hofrat von Weil, gestützt auf das von uns gelieferte Material und die Konferenzen mit dem Geheimen Legationsrat Dr. Kriege, das Konferenzprogramm durch-

---

* Näheres über die Beratung der Kommission siehe bei Marga Lammasch und Hans Sperl, Heinrich Lammasch S. 33 ff.

gearbeitet und danach die nötigen Unterlagen für die Besprechungen geschaffen. Über die erwähnten Konferenzen mit Herrn Dr. Kriege sei daher außer den Teilnehmern an denselben niemandem etwas bekannt geworden.

Die Besprechungen hätten durchweg zu einem Einverständnis mit unserem Standpunkt geführt*, und nur was die Dragodoktrin betreffe, hätte man sich hier dahin entschieden, daß Österreich-Ungarn kein Interesse an dieser Frage habe und sich daher in derselben nicht engagieren werde. Bezüglich der Frage der Kriegserklärung hätte weiter Generalmajor Baron Giesl die Stellung des Kriegsministeriums zu derselben von Hause aus in positiver Form dahin präzisiert, daß die österreichisch-ungarische Heeresleitung die Abgabe jeder Art von Kriegserklärung vor Eröffnung der Feindseligkeiten ablehne. pp.**

Herr von Mérey erwähnte schließlich noch, daß Baron Aehrenthal sich nach wie vor der von ihm nicht geteilten Hoffnung hingebe, es könne gelingen, die Franzosen und Italiener bei der Ablehnung der Abrüstungsfrage in das erste Treffen zu schieben, und daß England sich vielleicht verstehen werde, seinen bezüglichen Antrag fallen zu lassen.

Graf Mensdorff***, den er gestern gesehen, der sich morgen zum Kaiser nach Prag begebe und dann über Wien auf seinen Posten zurückkehre, glaube nicht an ein Zurückziehen des Antrages, wenn der Graf auch geäußert habe, König Eduard sei ein Gegner des Antrages. Übrigens gehöre Graf Mensdorff zu denen, die eine Diskussion der Abrüstung für erfolglos und daher auch für ungefährlich erachteten.

Daß Herr von Mérey im Grunde selbst der letzteren Ansicht huldigt, den Standpunkt des Baron Aehrenthal indessen fest und unbeirrt vertreten wird, habe ich bereits bei früherer Gelegenheit zu berichten mich beehrt.

Ich möchte hier endlich nicht unerwähnt lassen, daß mein russischer Kollege mich heute abend besuchte.

Als im Laufe der Unterhaltung die Haager Konferenz und die Abrüstungsfrage berührt wurde, äußerte Fürst Urussow, er verstehe unseren und Österreich-Ungarns Standpunkt nicht recht. Nach seiner Ansicht würde die Diskussion der Rüstungseinschränkung wie im Jahre 1899 keinerlei Gefahren heraufbeschworen haben, sondern, wie damals, resultatlos im Sande verlaufen sein. Man hätte dann wenigstens der Öffentlichkeit gezeigt, daß es an dem guten Willen nicht fehle, daß aber die Frage zur Lösung noch nicht reif sei. Wenn wir jetzt von Hause aus den Ab-

---

* In bezug auf die Frage des obligatorischen Schiedsgerichts war dies doch keineswegs der Fall, da die Kommission sich für dasselbe aussprach (vgl. Lammasch-Sperl, Heinrich Lammasch S. 34), während Deutschland konsequent an der Verwerfung des obligatorischen Schiedsgerichts festhielt. Vgl. Kap. CLXXXI, Nr. 7989.

** Die hier ausgelassenen Ausführungen des Wedelschen Berichts geben lediglich persönliche Urteile Méreys über General von Giesl und Admiral Haus wieder.

*** Österreich-ungarischer Botschafter in London.

rüstungsvorschlag als indiskutabel erklärten, liefen wir Gefahr, daß England die Gegenerklärung abgebe, es vermöge unter diesen Umständen an der Diskussion der übrigen Programmpunkte nicht teilzunehmen, und damit die Konferenz sprenge. Angesichts dieser Möglichkeit würde er daher dringend gewünscht haben, daß man sich auf den italienischen Vermittelungsvorschlag geeinigt hätte. Man würde dadurch in der Lage gewesen sein, vor der Besprechung der Abrüstungsfrage das gesamte Konferenzprogramm mit seinen vielen wichtigen Punkten unter Dach zu bringen, während man jetzt riskiere, daß die Erledigung dieses Programms an dem Widerspruche Englands scheitere.

Ich habe dem Botschafter geantwortet, daß ich seine Ansicht nicht zu teilen vermöge. Mir erschiene es unter den heutigen Verhältnissen in hohem Grade gefährlich, eine so heikle Frage wie die der Abrüstung in einer Weltkonferenz zu diskutieren. Die Gegensätze könnten dabei nur zu leicht aufeinanderplatzen, es würde an Rekriminationen nicht fehlen, und der Erfolg werde voraussichtlich gegenseitige erhöhte Verstimmung und Verbitterung sein. Auch glaube ich nicht, daß England sich angesichts seiner Vorbehalte durch die etwaige Zulassung der Abrüstungsdiskussion würde davon abhalten lassen, allen denjenigen Punkten des Programms, die seinen speziellen Interessen abträglich erscheinen könnten, seine Zustimmung zu versagen, wie es sich andererseits schwerlich entschließen dürfte, die Konferenz auf Grund unserer ihm schon jetzt bekannten Ablehnung der Abrüstungsdiskussion zu sprengen. Im übrigen, fügte ich hinzu, habe sich aus dem Gange der Verhandlungen eine besonders erfreuliche Tatsache ergeben, die Solidarität der Interessen der drei konservativen Kaisermächte nämlich, eine Bemerkung, in die Fürst Urussow warm einstimmte.

Graf C. Wedel

Nr. 7930

Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 126 London, den 3. Mai 1907

Allseitig höre ich, daß die Reichstagsrede Euerer Durchlaucht* auf Sir E. Grey einen starken und sehr günstigen Eindruck gemacht hat. Der

* Am 30. April hatte Fürst Bülow bei der Besprechung der auswärtigen Angelegenheiten im Reichstage eine große Rede gehalten, in der er rund heraus sagte, welche Haltung die deutsche Regierung auf der bevorstehenden Haager Konferenz speziell auch in der Frage der Rüstungsbeschränkung einnehmen werde: „Solange nicht ein-

Minister hat sich verschiedentlich sehr befriedigt über dieselbe ausgesprochen und die Erklärungen zur Abrüstungsfrage dem russischen Botschafter als ein clear, straightforward and friendly statement der deutschen Politik bezeichnet, das die ganze Sachlage mit einem Schlage ändere. Die englische Regierung werde, nachdem nunmehr durch diese offenkundigen Erklärungen die Zwecklosigkeit einer Diskussion der Abrüstungsfrage festgestellt sei, ihre Stellungnahme ändern. Es sei indessen noch nicht möglich gewesen, bestimmte Entschließungen in dieser Hinsicht zu treffen.

Stumm

---

mal sichere Hoffnung auf eine befriedigende Lösung dieser Frage und auf die Möglichkeit ihrer praktischen Durchführung besteht, vermag ich mir von einer Erörterung auf einer Konferenz nichts zu versprechen. Es liegt im Gegenteil die Gefahr vor, daß durch die Berührung jener widerstreitenden Interessen eine zweckwidrige Wirkung eintrete. Ich kann nicht bestreiten, daß schon die Aussicht auf eine Behandlung dieser Frage auf der Konferenz keine beruhigende Wirkung auf die internationale Lage ausgeübt hat. Als es sich — ich glaube im Jahre 1874 — darum handelte, auf einer Brüsseler Konferenz das Kriegsvölkerrecht zu beraten, erklärte Lord Derby im Namen der englischen Regierung, die englische Regierung könne an der Konferenz sich nur beteiligen, wenn die Frage des Seebeuterechts weder mittelbar noch unmittelbar berührt würde. Das gleiche hätten wir jetzt auch tun können und unsere Beteiligung an der Haager Konferenz davon abhängig machen können, daß die Abrüstungsfrage nicht berührt würde. Mit Rücksicht auf das russische Programm haben wir das nicht getan, sondern wir beschränken uns darauf, diejenigen Mächte, die sich einen Erfolg von der Diskussion versprechen, diese allein führen zu lassen. Ist nun zu befürchten, daß diese unsere Zurückhaltung in dieser Spezialfrage uns in den Ruf bringen könnte, aus heimlicher Kriegslust oder aus militärischem Ehrgeiz oder aus sonstigen selbstsüchtigen Motiven ein edles Friedenswerk zu stören? Ist zu besorgen, daß wir dadurch den Zorn aller Friedensfreunde auf uns laden würden? Nun, ich habe Grund zu der Annahme, daß auch andere Mächte eine der unseren ähnliche Haltung einnehmen, und es gibt in England, in Frankreich, in Italien, in Amerika Freunde der Zivilisation genug, welche dem Frieden am besten zu dienen glauben, wenn sie keine Illusionen aufkommen lassen und bei der Verfolgung idealer Zwecke die Realitäten nicht aus den Augen verlieren... Nun ist mir ja von manchen Seiten geraten worden, wir möchten uns, um kriegerischen Schein zu vermeiden, an der Diskussion über die Abrüstungsfrage beteiligen, da bei einer solchen doch nichts anderes herauskommen werde als allgemeine Betrachtungen. Ich glaube nicht, daß wir durch eine solche Taktik einen besseren Schutz gegen ungerechte Verdächtigungen unserer Friedensliebe, eine aufrichtigere Anerkennung der Schwierigkeiten unserer geographischen Lage und anderer Umstände, die uns zu Schutz und Wehr nötigen, erreicht haben würden. Dazu haben wir schon zu viel tendenziöse Verdächtigungen unserer friedlichen Absichten erlebt. Es erschien mir richtiger, klüger und auch würdiger, fair play zu spielen und offen zu sagen: an einer, nach unserer Überzeugung, wenn nicht bedenklichen, so doch unpraktischen Diskussion können wir uns nicht beteiligen. Wir denken aber nicht daran, diese unsere Auffassung anderen aufzwingen zu wollen; und wenn bei der Erörterung der Abrüstungsfrage etwas Praktisches herauskommt, so werden wir dann gewissenhaft prüfen, ob es dem Schutze unseres Friedens, ob es unseren nationalen Interessen, ob es unserer besonderen Lage entspricht."

Nr. 7931

Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 381 London, den 4. Mai 1907

Es kann keinem Zweifel unterliegen daß die Erklärungen Euerer Durchlaucht im Reichstage hier außerordentlich günstig gewirkt haben[1]. Das beweist zunächst die Haltung der Presse, die sich dieses Mal einer böswilligen und absichtlich entstellenden Kritik eigentlich vollständig enthalten hat. Wenn die Äußerungen Euerer Durchlaucht zur Abrüstungsfrage speziell bei der konservativen Presse eine besonders willkommene Aufnahme gefunden haben, so spielt ja dabei allerdings auch das Parteiinteresse bis zu einem gewissen Grade mit und das Bestreben, dem Scheitern des Abrüstungsgedankens, der bei uns im Reichstage begraben wurde, den Charakter einer Niederlage der liberalen Regierung zu geben. Die liberale Presse konnte naturgemäß unter diesen Umständen gerade für diesen Teil der Ausführungen Euerer Durchlaucht nur einen geringeren Enthusiasmus an den Tag legen, und ich war gespannt auf den Eindruck, den er bei den maßgebenden Stellen der Regierung hervorgebracht hatte.

Wie ich bereits zu berichten die Ehre hatte*, ist nun dieser Eindruck ein außerordentlich günstiger gewesen. Die offene und ernste, von jedem kritischen Hinweise auf die englische Politik freie Darlegung des deutschen Standpunkts hat hier wie eine Erlösung gewirkt. Es ist bekannt, in wie hohem Grade die leitenden Staatsmänner in England gezwungen sind, der öffentlichen Meinung Rechnung zu tragen. Die englische Regierung war infolgedessen anscheinend darauf gefaßt gewesen, daß die jüngste Preßkampagne in Deutschland, noch mehr aber die Äußerungen deutscher Parlamentarier, insbesondere des Abgeordneten Bassermann**, in der seit einiger Zeit schon angekündigten Kundgebung Euerer Durchlaucht im Reichstage einen entsprechenden Widerhall finden würden. Daß dieses nicht geschehen, daß die Zweifel in die Aufrichtigkeit der englischen Politik in der Konferenzfrage an der maßgebendsten Stelle in Deutschland eine Bestätigung nicht erfahren haben, ist von der liberalen Regierung sehr dankbar und freudig empfunden worden. Besonders stark aber scheinen bei Sir Edward Grey diese Empfindungen hervorgetreten zu sein, der sich bereits darauf gefaßt gemacht hatte, im Parlament die in Deutschland gegen die Lauterkeit der Absichten der englischen Regierung gerichteten Angriffe zurückzuweisen.

Graf Benckendorff, der den Minister kurz nach dem Bekanntwerden der Rede gesprochen hat, sagte mir, daß er noch nie den sonst so ge-

---

* Vgl. Nr. 7930.
** Vgl. Nr. 7927.

messenen, kaum je aus sich herausgehenden Staatsmann so ersichtlich in freudiger Erregung gesehen habe[2]. Sir Edward Grey hat dem Botschafter gesagt, die offenen und freundlichen Erklärungen Euerer Durchlaucht erlaubten ihm, alles, was der Abgeordnete Bassermann, was die deutsche Presse gesagt, zu vergessen und auf einer neuen Grundlage vorzugehen. Er sei bisher der Ansicht gewesen, daß es denkbar sei, zu einer praktischen Verständigung über einen Modus zu kommen, der es ermöglichen werde, dem automatisch vor sich gehenden Anwachsen der Flottenprogramme der verschiedenen Länder ein Ziel zu setzen[3]. Einen ganz bestimmten Plan habe er sich in dieser Hinsicht allerdings noch nicht gemacht gehabt[4]. Da aber nunmehr offenkundig festgestellt sei, daß Deutschland sich an einer Diskussion über die Frage nicht beteiligen wolle, so sehe er die praktische Undurchführbarkeit seines Gedankens ein, und er sei in der Lage, auch dem Parlament gegenüber erklären zu können, daß er auf denselben verzichten müsse[5]. Welche Haltung er im übrigen einnehmen werde, wisse er noch nicht, da er den Premierminister noch nicht gesprochen habe und er sich außerdem hierüber mit der Regierung der Vereinigten Staaten verständigen müsse.

Ähnlich hat sich Sir Edward Grey gegen den österreichischen Botschafter ausgesprochen. Der Minister hat dem Grafen Mensdorff gegenüber speziell auch das Verhältnis Englands zu Deutschland berührt und ihm gesagt, es liege ihm durchaus fern, den Dreibund schwächen zu wollen. Er habe vielmehr alles Interesse daran, denselben ungeschwächt fortbestehen zu sehen. England müsse aber Deutschland gegenüber seine Suprematie zur See aufrecht erhalten, denn Deutschland besitze eine hervorragend starke Armee, die ihm unter der Voraussetzung, daß die englische Flotte unterliege, einen Angriff auf England gestatte[6]. England umgekehrt würde Deutschland mangels einer Armee nie angreifen können. Würde daher Deutschland neben seiner starken Armee auch noch eine starke Flotte besitzen, so würde England ihm auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert sein[7].

Sowohl Graf Benckendorff wie Graf Mensdorff waren von den Äußerungen des Ministers stark impressioniert. Der russische Botschafter sagte mir — und er hob hervor, daß es sich nicht um eine Inspiration aus Petersburg handele —, er halte den Augenblick eigentlich für gekommen, durch eine Aussprache mit der englischen Regierung dieser den Rückzug zu erleichtern[8]. Auch Graf Mensdorff ist der Ansicht, daß man es nunmehr vermeiden solle, durch starres Festhalten an bestimmten Theorien einer freundschaftlichen Erledigung des ganzen Zwischenfalls Schwierigkeiten in den Weg zu legen. In nichts seien die Engländer so groß als im ruhigen Fallenlassen von Ansichten, die sie als falsch erkannt hätten. Ihnen die Wege hierbei möglichst zu ebenen, müsse nunmehr das Bestreben der Dreikaisermächte sein. Der Botschafter legte mir schließlich nahe, Sir Edward Grey selbst aufzusuchen und mich von seiner Gemütsverfassung zu überzeugen. Ich habe dies auch getan und habe im wesentlichen das bestätigt gefunden,

was mir die beiden Botschafter gesagt hatten. Ich leitete die Unterhaltung damit ein, daß ich dem Minister meine Befriedigung über die günstige Aufnahme äußerte, die die Rede Euerer Durchlaucht in der Presse gefunden habe. Ich gab der Hoffnung Ausdruck, daß er selbst diese Auffassung teile. Sir Edward Grey bejahte dies, indem er mir sagte, die Rede des Abgeordneten Bassermann und die Haltung der deutschen Presse habe ihn in eine schwierige Lage versetzt gehabt. Wenn er, wie dies jeden Tag der Fall sein könne, gezwungen gewesen wäre, sich im Parlament zu der Frage zu äußern, so würde er nicht umhin gekonnt haben, seine Darlegungen auf den Ton der deutschen Kundgebungen zu stimmen. Das sei nunmehr alles anders geworden, und er werde, falls er dazu komme, in der Öffentlichkeit Stellung zu nehmen, denselben freundlichen Ton anschlagen, der die Rede Euerer Durchlaucht gekennzeichnet habe*. In der Sache selbst sehe er nunmehr ein, daß er eine andere Richtung einschlagen müsse, da ohne die Beteiligung eines so wichtigen Faktors wie Deutschland seine Ideen sich nicht verwirklichen ließen. Es habe ihm niemals vorgeschwebt, ein förmliches Abkommen mit anderen Mächten zu treffen, das einen Eingriff in die Souveränitätsrechte derselben dargestellt haben würde. Er habe nur den Gedanken gehabt, daß man sich darüber aussprechen solle, ob es nicht möglich wäre, sich gegenseitig die Flottenprogramme mitzuteilen, bevor sie den Parlamenten unterbreitet würden[9], und sich darüber zu verständigen. Dieselben würden zurzeit bis zum letzten Augenblick geheim gehalten[10], und jede Vergrößerung, die eine Macht vornehme, habe dann eine entsprechende Vergrößerung seitens einer anderen Macht zur Folge[11], um das bestehende Kräfteverhältnis aufrecht zu erhalten. So gehe es ins Unendliche weiter fort. Er sei noch nicht entschlossen, welche Stellung er nunmehr einnehmen werde. Das hinge insbesondere auch von den Vereinigten Staaten ab, deren Absichten ihm bisher nicht bekannt seien, und mit denen er sich zunächst in Verbindung setzen müsse. Jedenfalls aber werde er alles tun, um zu vermeiden, daß irgendwelche „frictions" auf der Konferenz entstehen könnten.

Der Umschwung in der Haltung des Ministers ist logisch an und für sich eigentlich nicht ganz verständlich; denn daß wir uns an einer Diskussion über die Abrüstungsfrage nicht beteiligen würden, darüber konnte er doch schon seit längerem kaum im unklaren sein. Ich hatte es ihm ja auch ganz direkt gesagt, als ich meine letzte Unterredung mit ihm über diesen Gegenstand hatte. Tatsächlich dürfte die Sache aber so liegen, daß Euere Durchlaucht durch die offene Kundgebung des deutschen Stand-

---

* Auch der englische Premier Sir Henry Campbell-Bannerman erkannte in einer am 10. Mai in Manchester gehaltenen Rede den freundlichen Ton der Kanzlerrede an, wenn er auch auf der anderen Seite, hierin über Sir E. Grey hinausgehend, das tiefe Bedauern der englischen Regierung darüber zum Ausdruck brachte, daß Deutschland sich der Erörterung der Abrüstung im Haag versage. Vgl. J. A. Spender, The Life of the Right Hon. Sir Henry Campbell-Bannerman II, 331 f.

punktes und den Verzicht auf jeden kritischen Hinweis auf die Stellungnahme der englischen Regierung dieser den im stillen längst gewünschten Rückzug sehr wesentlich erleichtert haben[12]. Angesichts der Anschuldigung, die in Deutschland erhoben worden war, daß England ein Doppelspiel treibe, angesichts der Angriffe der englischen Opposition, die der liberalen Regierung Mangel an Logik zum Vorwurf machte, indem sie auf die Bemühungen derselben um die Erhaltung und die Verstärkung der englischen Wehrkraft hinwies, hielt es das liberale Kabinett augenscheinlich für unmöglich, zum Rückzug zu blasen, ohne daß hierin ein Eingeständnis für die Berechtigung dieser Angriffe erblickt worden wäre. Aber auch diese Erklärung scheint mir nicht ausreichend zu sein, um den Gemütszustand zu erklären, in dem sich der Minister augenscheinlich zurzeit befindet. Ich habe vielmehr den Eindruck, daß Sir Edward Grey die Befürchtung gehegt hatte, daß Euere Durchlaucht Veranlassung nehmen würden, England als den Störenfried Europas öffentlich an den Pranger zu stellen[13]. Die angenehme Enttäuschung darüber, daß dies nicht geschehen ist, hat offenbar den erfreulichen Wechsel in der Stimmung des Ministers hervorgerufen, der ich nicht nur für den gegenwärtigen Fall Bedeutung beimessen möchte. Ich glaube vielmehr mich der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß die freimütige Kundgebung Euerer Durchlaucht dazu beitragen wird, auch für die Zukunft ganz allgemein das Mißtrauen zu vermindern, mit dem, wie ich Grund habe anzunehmen, der Minister schon seit geraumer Zeit unsere Politik beobachtet hat[14]. Euere Durchlaucht haben, wenn ich es wagen darf, dieses auszusprechen, in der Reichstagsrede vom 30. v. Mts. genau den Ton getroffen, der dem englischen Empfinden entspricht. Darin liegt meines gehorsamen Dafürhaltens der Schlüssel zu der ganzen gegenwärtigen Situation[15].

Ich möchte noch erwähnen, daß mir der Minister sagte, er hoffe in kurzer Zeit in der Lage zu sein, mir in den großen Grundzügen die Stellung der englischen Regierung zu den wichtigen völkerrechtlichen Fragen mitteilen zu können, die auf der Konferenz zur Diskussion gelangen würden. Nur in der Frage des Privateigentums zur See im Kriege seien noch Meinungsverschiedenheiten vorhanden, die aber in dieser Hinsicht bei allen Mächten zu bestehen schienen.

Stumm

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Bravo!
[2] wird Benckendorff sehr unangenehm gewesen sein
[3] Blödsinn!
[4] Zeit dazu war ja genügend vorhanden
[5] gut.
[6] So ein unerhörtes Blech!!
[7] wie anders malt in diesem Kopfe sich die Welt!
[8] aha
[9] haben wir ja durch die Veröffentlichung unsres Flottengesetzes von '97—'98 gethan; die Briten aber nicht!

[10] In England ja
[11] bei uns nicht! Da wir im Flottengesetz uns unsren Rahmen gesteckt haben
[12] richtig es war ein erlösendes Wort für London! noch dazu aus Berlin!
[13] das ist schon so die allgemeine Ansicht
[14] !
[15] sehr gut!

Schlußbemerkung des Kaisers:
Feine für den Rückzug der Briten gebaute Brücke „Made in Germany"!

Nr. 7932

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 160 St. Petersburg, den 4. Mai 1907

Auf meine vertrauliche Frage, ob er nun Bestimmtes über die Stellung Frankreichs zur Diskussion der Rüstungsbegrenzung auf der Haager Konferenz wisse, hat mir Herr Iswolsky geantwortet, er sehe in diesem Punkte noch nicht ganz klar, müsse aber nach seinen bisherigen Nachrichten annehmen, daß Frankreich schwerlich dazu zu bringen sei, sich dem Standpunkte der Dreikaisermächte, d. h. der grundsätzlichen Nichtbeteiligung an jener Diskussion anzuschließen.

Er wiederholte sodann das, was er mir schon öfters gesagt hatte, daß er der uns und Österreich-Ungarn gegebenen Zusage unter allen Umständen treu bleiben werde, indessen ein Bedauern nicht verhehlen könne, daß seine eigenen Vorschläge, welche dahin gingen, an den kommissarischen Beratungen sich wenigstens bis zum Anhören des englischen Vorschlages zu beteiligen und diesen alsdann als unannehmbar zu bezeichnen, nicht Beifall gefunden hätten. Ein derartiges Verhalten hätte den Vorteil gehabt, sicher auch Italien und Frankreich zu gleicher Stellungnahme zu veranlassen, England wäre das onus probandi zugeschoben worden, und es hätte fünf Großmächte gegen sich gehabt, wäre also ziemlich isoliert worden, und es wäre ihm außerdem der Rückzug erleichtert worden. Jetzt ständen nur drei Mächte gegen England, und der Welt würde überdies erneut das Schauspiel nicht vollständiger Übereinstimmung zwischen Italien und den anderen Dreibundstaaten geboten. Er bleibe bei der Befürchtung, daß England mit Schwierigkeiten in den Punkten des Seerechts antworten werde, er komme daher auf seinen alten Satz zurück, qu'on fera le jeu de l'Angleterre.

Übrigens tauche für Rußland noch eine besondere formelle Schwierigkeit dadurch auf, daß seinem ersten Vertreter (Nelidow) voraussichtlich das Präsidium der Konferenz übertragen würde, dieser also bei dem Vor-

bringen des Abrüstungsvorschlages, der doch ursprünglich russisches geistiges Eigentum, in eine peinliche Lage komme.

Ich habe erwidert, diese Schwierigkeiten schienen mir nicht erheblich. Wenn dem russischen Vertreter das Präsidium übertragen werde, so geschehe es doch nicht wegen des Abrüstungsgedankens, sondern deshalb, weil Rußland die Konferenz angeregt und das Programm aufgestellt habe. Dieses Programm schließe aber die Rüstungsbegrenzung ausdrücklich aus; Nelidow brauche sich daher nur auf dieses Programm zu berufen.

Herr Iswolsky scheint noch immer eine gewisse Hoffnung auf einen Vermittelungsvorschlag nicht aufgegeben zu haben. Er meint, daß Herr Tittoni dazu die meiste Veranlassung haben dürfte. Ich habe nicht verhehlt, daß ich persönlich derartige Bemühungen nach den gemachten Erfahrungen und nach den bestimmten Erklärungen Euerer Durchlaucht im Reichstage für aussichtslos halte.

v. Schoen

Nr. 7933

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 329 Paris, den 6. Mai 1907

Minister Pichon berührte mir gegenüber gesprächsweise die bevorstehende Haager Friedenskonferenz, indem er Herrn Bourgeois als den ersten französischen Delegierten bezeichnete und mir sagte, es würde ihn freuen, wenn ich denselben sprechen wollte. Darauf bemerkte der Minister ganz beiläufig, wie wünschenswert es ihm erscheine, wenn angesichts der von England, Amerika und Japan aufzuwerfenden Begrenzungsfrage der Rüstungen die Großmächte sich vor dem Zusammentritt der Konferenz über eine „formule" verständigen wollten, „qui serait la conclusion d'une discussion éventuelle de la proposition de la délimitation des armements qui doit être formulée par l'Angleterre, les Etats-Unis et le Japon." „On risque autrement," fuhr der Minister fort, „de créer des groupements de puissances, pour ainsi dire, des camps qui ne répondraient pas à la réalité." Ich bemerkte dem Minister, ich stünde so weit außerhalb der Verhandlungen über die Haager Konferenz, daß es schwer für mich sei, irgendeine Ansicht auszusprechen. Soweit ich indessen informiert sei, habe die Kaiserliche Regierung ihre Entschlüsse bereits gefaßt. Herr Pichon schloß die Unterhaltung mit den Worten, daß eine solche Vorverständigung, wie er sie sich denke, die Aktionsfreiheit der einzelnen Mächte keineswegs beeinträchtigen würde und seiner Ansicht nach das beste Mittel sei, die

Konferenz vor einem erfolglosen Ergebnis zu schützen. Er verhehlte mir übrigens nicht, daß er die englische Idee, die Abrüstungsfrage überhaupt aufzuwerfen, für unglücklich und unzweckmäßig halte, schien aber der Ansicht zu sein, daß es für Frankreich wenigstens unvermeidlich sei, den englischen Wünschen, wenigstens zum Schein, entgegenzukommen, wenn er sich auch kein Resultat in der Sache verspricht. Ich möchte hierbei nicht unerwähnt lassen, daß mir gegenüber fast gleichzeitig mein russischer Kollege vor seiner Abreise nach Petersburg eine ähnliche Äußerung gesprächsweise fallen ließ, indem er als wahrscheinlicher Präsident der Konferenz bemerkte, daß, wenn der englische Vorschlag von vornherein abgelehnt werde, es nicht ausgeschlossen wäre, daß England dies zum Vorwand nehmen könnte, die anderen Fragen, an denen wir alle interessiert wären, ablehnend zu behandeln, was einen Echec der Konferenz bedeuten würde. Übrigens wäre es, der persönlichen Ansicht Nelidows nach, für Rußland schwierig, eine Diskussion über die Reduktionsfrage der Bewaffnung ohne weiteres abzulehnen, nachdem gerade von Rußland die Anregung dieser Frage 1899 ausgegangen war. Mit Rücksicht auf die absolute Unmöglichkeit, sich über die Abrüstungsfrage zu verständigen — was selbst England einsehe — und diese Frage eingehend zu erörtern, wäre es erwünscht, ein Mittel zu finden, der weiteren Erörterung aus dem Wege zu gehen, ohne England zu verletzen, und ohne sich irgendwie für eine definitive Lösung festzulegen. Da nun auch andererseits die Vollmacht der einzelnen Vertreter nicht so weit gehe, eine Frage von so großer Tragweite zu entscheiden, die die Souveränitätsrechte berühre, könnte vielleicht die Konferenz eine Formel finden, um die Angelegenheit, wie dies 1899 geschehen sei, der Prüfung der einzelnen Staaten und namentlich der Großmächte zu empfehlen. Wie sich Herr von Nelidow die Sache eigentlich denkt, ist mir aus seinen Worten, die ich genau wiedergebe, nicht ganz klar geworden. Ohne mich auf eine Diskussion mit ihm weiter einzulassen, wozu ich mich nicht für berufen hielt, beschränkte ich mich darauf, ihm dasselbe zu antworten, was ich Herrn Pichon gesagt.

Radolin

Nr. 7934

Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 386 London, den 7. Mai 1907

In der gestrigen Unterhaussitzung wurde an den Premierminister die Frage gerichtet, ob mit Rücksicht auf Euerer Durchlaucht Erklärungen im Reichstage über die Abrüstungsfrage die englische Regierung sogleich mit

dem Bau des dritten Schlachtschiffes des diesjährigen Flottenprogramms* zu beginnen beabsichtigt.

Der Premierminister erwiderte, die englische Regierung sei sich der Bedeutung der von Euerer Durchlaucht abgegebenen Erklärung bewußt. Es gehe aus dem Tone dieser Erklärung hervor, daß die deutsche Regierung, bei Wahrung ihres eigenen Standpunktes, es zu vermeiden wünsche, daß anderen Mächten, welche an der Frage interessiert seien, Schwierigkeiten oder Verlegenheiten erwüchsen. Die englische Regierung wünsche ihrerseits die Frage in demselben Geiste zu behandeln und jede Handlung zu vermeiden, die einer anderen Macht Verlegenheiten bereiten könne. Auch erkenne die englische Regierung an, daß die Frage der Ausgaben für Rüstungen nur durch gegenseitige Übereinstimmung und Übereinkommen gelöst werden könne. Die englische Regierung beabsichtige aber nicht, im gegenwärtigen Augenblick weitere Erklärungen über ihr eigenes Schiffsbauprogramm und die damit verbundenen Ausgaben abzugeben.

Stumm

Nr. 7935

Der Geschäftsträger in Washington Graf Hermann von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. A 49 Washington, den 8. Mai 1907

Die Stellung Deutschlands zur Abrüstungsfrage, wie sie jetzt auf Grund der Reichstagsrede Euerer Durchlaucht vom 30. v. Mts. hier in autoritativer Weise bekannt geworden ist, hat hier Aufmerksamkeit erregt und ist in der hiesigen Presse vielfach besprochen worden. Wenn auch selbstredend in Zeitungen, die den Abrüstungsgedanken rückhaltlos vertreten, auch dieser Anlaß nicht unbenutzt gelassen wird, um gegen den deutschen Störenfried von neuem ins Feld zu ziehen (auch die sachlichen Ausführungen des Kriegsministers von Einem haben an jenen Stellen keine Würdigung erfahren), so läßt sich doch sagen, daß die Argumente, welche zur Begründung unserer Stellungnahme angeführt worden sind, im allgemeinen seitens der hiesigen Presse und in der öffentlichen Meinung als sachlich und den besonderen geographischen und politischen Verhältnissen Deutsch-

* Bei der Vorlage über die Verringerung des Flottenbauprogramms am 27. Juli 1906 hatte die englische Regierung angekündigt, daß sie, wenn die Haager Konferenz zu keinem Resultate bezüglich der Rüstungsverminderung führen sollte, nicht das Bauprogramm von vier neuen Dreadnoughts auf zwei, sondern nur auf drei herabmindern werde. Vgl. Kap. CLXVI, Nr. 7772.

lands angemessen anerkannt werden. Derselben Auffassung bin ich auch bei verschiedenen Gesprächen über diesen Gegenstand mit maßgebenden Persönlichkeiten begegnet. Dies deckt sich mit der oft gemachten Wahrnehmung, daß, wenn auch der Amerikaner geneigt ist, Theorien, die einem Fortschritt in der Vervollkommnung der menschlichen Gesellschaft gewidmet sind, mit Lebhaftigkeit aufzunehmen, und er daher auch die Lehre vom Weltfrieden und allgemeiner Abrüstung in prinzipieller Hinsicht mit Überzeugung vertritt, er doch andererseits seiner Natur nach ein viel zu kühl und praktisch denkender Mensch ist, um Vernunft und Logik solchen Theorien unterzuordnen. Der Präsident, welcher wie wenige andere den hiesigen Volkscharakter kennt und mit demselben in Fühlung zu bleiben weiß, scheint dementsprechend in richtiger Erkenntnis dieser Momente jede passende Gelegenheit zu ergreifen, um den zurzeit nicht zu verwirklichenden Friedensphantasmen entgegenzutreten und namentlich zu betonen, daß die Aera allgemeiner Abrüstung noch in weiter Ferne stehe. Ich darf hierbei auf seine neulichen Äußerungen zur Eröffnung des Friedenskongresses in New York sowie bei der Jamestownfeier hinweisen*, über die ich bereits berichtet habe, und welche namentlich den Vorzug eines gerechten Krieges über einen ungerechten Frieden betonen. Mir gegenüber hat der Präsident in letzter Zeit zweimal den Gegenstand berührt, wobei er unter etwas mitleidiger Erwähnung der Tätigkeit Herrn Carnegies und der Friedensapostel seiner persönlichen Überzeugung Ausdruck gab, daß wohl noch manches Jahr vergehen werde, ehe die ultima ratio regum ihre Rolle ausgespielt habe. Von einer besonderen Trauer über das hartnäckige Festhalten des Menschengeschlechts an der verderblichen Sitte des Krieges konnte ich hierbei nichts bemerken, was angesichts des essentiell zu Kraft und Energie neigenden Charakters des Präsidenten nicht merkwürdig erscheint.

Meine Wahrnehmungen und diesbezüglichen Unterhaltungen in der letzten Zeit bestätigen, daß die skeptische Auffassung des Präsidenten hinsichtlich der Abrüstungsfrage in Regierungs- und ernster denkenden politischen Kreisen fast durchgehend geteilt wird. Auf der anderen Seite besteht aber bei der Regierung die Auffassung, daß man den pazifistischen Elementen aus innerpolitischen Gründen bis zu einem gewissen Maße Rechnung tragen müsse und ihnen zuliebe dem totgeborenen Kinde eine anständige Begräbnisfeier gewähren müsse. Die Rede des Staatssekretärs Root beim New Yorker Friedenskongreß ist in dieser Hinsicht hier allgemein als ein Meisterstück diplomatischer und staatsmännischer Kunst bezeichnet wor-

---

* Auf dem Internationalen Friedenskongreß, der vom 14.—17. April 1907 in New York tagte, kam ein Schreiben Roosevelts an Carnegie zur Verlesung, in dem es unter anderem hieß: „Jeder Schritt auf dem Wege zu allgemeiner Abrüstung würde üble Folgen haben, weil dadurch die zivilisierten und friedliebenden Völker, welche den höchsten Standpunkt munizipaler und internationaler Verpflichtungen vertreten, außerstande wären, die anderen Völker, die nicht einen derartigen Standpunkt erreicht haben und derartige Verpflichtungen nicht anerkennen, in Schach zu halten.“ In ähnlichem Sinne äußerte sich Roosevelt bei der Eröffnung der Ausstellung in Jamestown (26. April).

den. Er hat es ohne Frage verstanden, sowohl Pazifisten wie gewöhnliche Sterbliche, soweit dies überhaupt möglich ist, unter einen Hut zu bringe und gleichmäßig zu befriedigen. pp.*

H. Hatzfeldt

Nr. 7936

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt von Mühlberg an den Geschäftsträger in Petersburg von Miquel

Konzept

Nr. 379 Berlin, den 11. Mai 1907

Im Anschluß an mein Telegramm Nr. 67** vom 8. v. Mts. und mit Beziehung auf den dortigen Bericht Nr. 160*** vom 4. d. Mts.

Euer pp. übersende ich anbei in Abschrift einen Erlaß an den Kaiserlichen Botschafter in Wien vom 24. v. Mts.† über die den Delegierten der Dreikaisermächte in der Abrüstungsfrage zu erteilenden Instruktionen sowie den Entwurf des darauf von Wien aus an den Grafen Berchtold gerichteten Erlasses††, mit dessen Inhalte wir uns einverstanden erklärt haben.

Dieser Entwurf gibt somit die Norm für die Vorschläge, die wir nunmehr in Übereinstimmung mit Österreich-Ungarn der russischen Regierung machen wollen. Euer pp. ersuche ich, diese Vorschläge im Einvernehmen mit dem Grafen Berchtold und in der von ihm gewählten Form der dortigen Regierung mitzuteilen.

Wie sich aus dem Erlaß an den Grafen Berchtold ergibt, wird dieser in St. Petersburg nicht ausdrücklich beantragen, daß die russischen Delegierten ebenso wie die deutschen und die österreichisch-ungarischen der Diskussion über die Abrüstungsfrage völlig fernbleiben sollen. Wenngleich uns dies selbstverständlich erscheint, so wollen Sie sich doch einer solchen ausdrücklichen Anregung gleichfalls enthalten. Andererseits werden Sie sich, obwohl dies in unserem Erlasse nicht vorgesehen war, ebenso wie Graf Berchtold dahin äußern können, daß uns das in Aussicht genommene Verfahren nicht hindern würde, etwaige praktische Vorschläge, zu denen die Konferenz gelangen sollte, später einer gewissenhaften Prüfung zu unterziehen.

Mühlberg

---

* Der Schluß des Berichts betrifft die Stellungnahme einzelner amerikanischer Blätter.
** Durch Telegramm Nr. 67 war der Wortlaut der Antwort auf die russische Zirkularnote (siehe Nr. 7916) nach Petersburg mitgeteilt worden.
*** Siehe Nr. 7932.
† Siehe Nr. 7928.
†† Hier nicht abgedruckt, weil inhaltlich genügend charakterisiert.

Nr. 7937

Der Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 400 London, den 13. Mai 1907

In einer Unterredung, die ich mit Sir Charles Hardinge hatte, wurde auch die Abrüstungsfrage berührt. Der Unterstaatssekretär bestätigte mir, einen wie vorzüglichen Eindruck die Rede Euerer Durchlaucht auf die hiesige Regierung sowohl als in der Öffentlichkeit gemacht habe. Die offene und zugleich in freundlichem Tone für England gehaltene Kundgebung unseres Standpunktes sei hier außerordentlich wohltuend empfunden worden. Ich sagte Sir Charles Hardinge, die englische Regierung habe über unseren Standpunkt in der Frage eigentlich schon seit längerer Zeit nicht im unklaren sein können. Der Unterstaatssekretär bejahte dies, aber er meinte, die Regierung habe so sehr mit dem Parlament zu rechnen; diesem gegenüber hätten die vor der Öffentlichkeit abgegebenen Erklärungen Euerer Durchlaucht die Stellung der englischen Regierung wesentlich erleichtert. Die Regierung sei jetzt in der Lage, darauf hinweisen zu können, daß ein Festhalten an dem Abrüstungsgedanken angesichts des Vetos Deutschlands einer Provokation desselben gleichkommen würde. Ich erwiderte Sir Charles Hardinge, es sei uns nie in den Sinn gekommen, der Diskussion der Frage auf der Konferenz Schwierigkeiten in den Weg legen zu wollen. Auch hätten wir nie, wie dies behauptet worden sei, von dem Verzicht auf diese Diskussion unser Erscheinen auf der Konferenz abhängig machen wollen. Wie Euere Durchlaucht in Ihrer letzten Rede ja auch noch betont hätten, seien wir sogar bereit, ein etwaiges Ergebnis, zu dem die an der Diskussion teilnehmenden Mächte kommen würden, daraufhin zu prüfen, ob wir uns demselben anschließen könnten; ich glaubte aber, aus seiner Äußerung schließen zu sollen, daß die englische Regierung entschlossen sei, auf die Anregung der Frage auf der Konferenz überhaupt zu verzichten. Der Unterstaatssekretär erwiderte, dies sei noch nicht entschieden. Die Regierung werde sich aber von der Diskussion jedenfalls nicht ausschließen können, falls sie von anderer Seite angeregt werde.

Hiernach dürfte die endgültige Stellungnahme der englischen Regierung sehr wesentlich von derjenigen der Vereinigten Staaten abhängen, wie mir das ja auch schon Sir Edward Grey angedeutet hat. Was die französische Regierung betrifft, so hat Herr Cambon dem österreichischen Botschafter gesagt: „Si l'on veut discuter, nous discuterons, si l'on ne veut pas discuter, nous ne discuterons pas." Herr Cambon hat hinzugefügt, er habe schon seit lange den Eindruck, daß Sir Edward Grey für die ganze Sache sehr wenig übrig habe.

Schließlich möchte ich noch erwähnen, daß der demnächst nach London zurückkehrende Marquis San Giuliano den hiesigen italienischen Geschäftsträger gebeten hat, ihm seine Ansicht darüber mitzuteilen, ob es sich empfehle, daß er vor seiner Rückkehr Herrn Tittoni nahe lege, auf eine Initiative in der Abrüstungsfrage endgültig zu verzichten. Graf Bosdari hat dem Botschafter geantwortet, daß es sich seines Erachtens empfehle, die Frage zurzeit vollständig ruhen zu lassen.

Stumm

Nr. 7938

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Geschäftsträger in London Wilhelm von Stumm

Konzept

Nr. 582 Berlin, den 15. Mai 1907
[abgegangen am 17. Mai]

Auf Bericht Nr. 381 vom 4. d. Mts.*

Sollte Sir E. Grey seine Zusage erfüllen und Ew. pp. die Stellung der britischen Regierung zu den wichtigen völkerrechtlichen Fragen des russischen Programms für die Haager Konferenz in großen Zügen mitteilen, so wollen Sie antworten, daß Sie für die offene Mitteilung danken und dieselbe Ihrer Regierung übermitteln würden. Falls der britische Minister den Wunsch äußert, auch unsere Stellungnahme zu erfahren, so wollen Sie als Ihre persönliche Ansicht hinzufügen, Sie zweifelten nicht daran, daß Sie zu einer bezüglichen Mitteilung ermächtigt werden würden. Einem eventuellen Bericht in der Angelegenheit sehe ich mit Interesse entgegen.

Bülow

Nr. 7939

Der Geschäftsträger in Petersburg von Miquel an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 178 St. Petersburg, den 15. Mai 1907

Euerer Durchlaucht beehre ich mich auf den Erlaß vom 11. d. Mts. — Nr. 379** — zu berichten, daß ich den darin enthaltenen Auftrag gehorsamst ausgeführt habe, nachdem der österreichisch-ungarische Herr Botschafter heute früh eine gleichlautende Instruktion erhalten hatte. Herr Iswolsky hat mir ebenso wie dem Grafen Berchtold gesagt, er werde auf das ihm überreichte Aide-mémoire sobald als möglich eingehend ant-

* Siehe Nr. 7931.
** Siehe Nr. 7936.

worten, möchte jedoch schon jetzt bemerken, daß es ihm bei dem ersten flüchtigen Durchlesen scheine, als ob man durchaus mit der Besprechung der Abrüstungsfrage rechne. Hingegen läge doch noch zunächst die Möglichkeit vor, daß von dem Präsidium oder von einer anderen Person irgendeine Form gefunden werde, in welcher die ganze Abrüstungsfrage mit einigen freundlichen Worten berührt und in einem Zuge abgetan werde. Italien und Frankreich hätten mit Rücksicht auf ihre Beziehungen zu den verschiedenen Mächten vor allem ein Interesse daran, nach einer solchen Formel zu suchen.

Das nach Benehmen mit dem Grafen Berchtold Herrn Iswolsky überreichte Aide-mémoire* beehre ich mich Euerer Durchlaucht in Abschrift einzureichen.

Miquel

Nr. 7940

Aide-mémoire

St. Pétersbourg, le 15/2 mai 1907

Les invitations formelles à la deuxième Conférence de la Paix ayant été faites par le Gouvernement Royal Néerlandais, le moment semble venu au Gouvernement Impérial d'Allemagne pour arriver, sans plus de délai, à une entente définitive avec le Gouvernement Impérial Russe quant à la ligne de conduite à prescrire aux délégués dans le cas où la question des armements serait soulevée.

Sans perdre de vue la situation proéminente dans laquelle se trouve la Russie, appelée à présider la Conférence, le Gouvernement Allemand croit pouvoir recommander à l'appréciation du Gouvernement Impérial le point de vue qui l'inspire en cette occurrence.

Dans le cas où une motion visant la dite question serait déposée séance tenante, le Président aurait à énoncer que, d'après les informations de son Gouvernement, plusieurs Puissances n'entendaient pas prendre part à une discussion du sujet. — Pour offrir aux délégués de ces dernières Puissances la possibilité de ne pas assister aux débats, le Président convoquerait une nouvelle séance où serait traitée la matière. Cette nouvelle séance pourrait suivre immédiatement celle dans laquelle cette énonciation présidentielle aura été faite.

Si, par contre, une motion touchant la question des armements venait à être présentée hors séance, le Président aurait à procéder dans la prochaine réunion à une déclaration dans le sens indiqué, ou bien il n'aurait qu'à fixer une séance spéciale ayant pour unique objet la question des armements.

Dans cette hypothèse le fait de l'absence des délégués non-participants se produirait simplement sans qu'on eût besoin de procéder à une énonciation expresse.

* Siehe Nr. 7940.

Il s'entend que les séances ultérieures dont l'ordre du jour appellerait la question des armements, et les séances dans lesquelles seraient débattues les autres matières, devront toujours avoir lieu séparément.

Dans la séance destinée à arrêter le texte de l'acte final de la Conférence, les délégués de toutes les Puissances devront, il est vrai, être présents sans exception, même quand on y traiterait les résolutions touchant la question des armements. Le fait de la non-participation des délégués respectifs à la discussion de ce dernier thème devrait, cependant, clairement ressortir du texte même de l'acte final.

La manière de procéder telle qu'elle vient d'être envisagée, ne formerait, d'ailleurs, pas d'obstacle à ce que dans le cas où la discussion intervenue à propos de la question des armements aboutirait à une proposition positive et acceptable, cette dernière pût ensuite être prise en considération par les Puissances qui se sont abstenues de participer aux débats.

Le Gouvernement Allemand suppose que le plénipotentiaire russe, présidant la Conférence, déférera son siège au Viceprésident toutes les fois que la discussion portera sur la question des armements.

Nr. 7941

Der Reichskanzler Fürst von Bülow an den Botschafter in Wien Grafen Karl von Wedel

Telegramm. Konzept

Nr. 105 Berlin, den 21. Mai 1907

Geschäftsträger Petersburg telegraphierte gestern:

„Minister weist auf besondere Stellung Rußlands namentlich mit Rücksicht auf das Präsidium hin*. Er meint, wenn es überhaupt zur Diskussion käme, so müßten die Delegierten der Dreikaisermächte den Versammlungen fernbleiben.

Diese Eventualität könne jedoch vielleicht vermieden werden. Nach Einbringung des englischen oder amerikanischen Abrüstungsvorschlags müsse zunächst nach Ansicht der russischen Regierung der Präsident eine historische Übersicht über die Frage in ihrer Bedeutung für die erste Haager Konferenz geben. Da seither nichts geschehen sei, und um nutzlose Erörterungen zu vermeiden, sei vorzuziehen, den 1899 ausgesprochenen Wunsch zu entwickeln und zu erneuern.

---

* Nämlich in einem dem Geschäftsträger von Miquel am 20. Mai überreichten Memorandum.

Vielleicht ließe sich hierfür Majorität oder Einstimmigkeit erzielen. Dann könne Beschluß in derselben Sitzung gefaßt werden.

Sollten jedoch Engländer oder Amerikaner auf Diskussion bestehen, so könne Präsident die Plenarsitzung schließen und die Frage einer Spezialkommission überweisen, an welcher Dreikaisermächte nicht teilnehmen würden.

Wenn der Kommissionsbeschluß an das Plenum zurückkäme, so könnten die sich nicht beteiligenden Delegierten prüfen, ob Vorschläge praktisch durchführbar. Seien die Delegierten nicht dieser Meinung, so könnten sie sich des Votums enthalten, ohne daß der erste russische Delegierte das Präsidium zeitweilig aufgebe. (Auf letzteren Punkt scheint Herr Iswolsky viel Gewicht zu legen.)

Regierung glaubt, daß der gesamte Erfolg der Konferenz so am besten gesichert werde.

Österreichisch-ungarischer Botschafter erhielt gleiche Antwort."

Die russischen Vorschläge geben zu ernsten Bedenken Anlaß, da sie in allen Stadien zu Diskussionen führen könnten, die wir unter allen Umständen vermeiden wollen.

Schon die in Aussicht genommene historische Übersicht des Präsidenten und sein Vorschlag, den vœu von 1899 zu erneuern oder gar weiter zu entwickeln, würde ein Eingehen auf die Sache bedeuten und so gut wie sicher eine Diskussion nach sich ziehen.

Sollte aber die Abrüstungsfrage selbst zur Erörterung gelangen, so würde der Präsident nicht in der Lage sein, sie von sich aus ohne weiteres einer Spezialkommission zu überweisen; vielmehr würde auch diese der Konferenz selbst zustehende Überweisung sofort zu einer Diskussion Anlaß geben können.

Endlich würde die Rückkehr des Kommissionsbeschlusses an das Plenum unzweifelhaft Diskussion eröffnen, wobei wir uns nach russischem Vorschlage nur des Votums enthalten sollen, während wir, um jeder Diskussion fernzubleiben, verlangen müssen, daß dieser Kommissionsbeschluß überhaupt nicht in einer Plenarsitzung, an der wir teilnehmen, zur Erörterung gelangt. Dazu kommt übrigens noch, daß wir keineswegs die Absicht haben, einen etwaigen Kommissionsbeschluß auf der Konferenz selbst zu prüfen, sondern uns diese Prüfung bis nach Abschluß der Konferenz vorbehalten wollen.

Wir glauben daher, daß es sich empfiehlt, an den zwischen uns und Österreich-Ungarn vereinbarten Vorschlägen festzuhalten. Euere pp. bitte ich, die Angelegenheit in diesem Sinne alsbald mit Baron Aehrenthal zu besprechen und entsprechende Instruktionen an die beiderseitigen Vertreter in Petersburg vorzuschlagen.

Bülow

Nr. 7942

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 144 St. Petersburg, den 25. Mai 1907

Herr Iswolsky, dem ich einstweilen als meine persönliche Ansicht dargelegt, daß der von ihm vorgeschlagene modus procedendi bei Vorkommen der Abrüstungsfrage auf der Haager Konferenz wiederholt zu bedenklichen Diskussionen in Gegenwart der Delegierten der Dreikaisermächte führen könnte, meinte, das wolle er eben vermeiden, und deshalb lege er Wert darauf, daß das Präsidium in keinem Moment in andere Hände übergehe. Herr von Nelidow würde in seiner erläuternden Rede sehr vorsichtig sein und unter keinen Umständen eine Diskussion im Plenum zulassen, auch nicht bei Rückkehr eines etwaigen Kommissionsbeschlusses. In letzterem Stadium werde es sich lediglich um formelle Abstimmung handeln, von der sich die drei Delegationen natürlich enthalten würden.

Darüber, daß wir in eine Prüfung eines Kommissionsbeschlusses nicht auf der Konferenz selbst eintreten würden, habe ich Herrn Iswolsky ausdrücklich aufgeklärt.

Schoen

Nr. 7943

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Botschafter in Petersburg von Schoen

Telegramm. Konzept

Nr. 90 Berlin, den 27. Mai 1907

Mit Beziehung auf dortiges Telegramm Nr. 144*.

Graf Berchtold hat gestern folgende telegraphische Instruktion erhalten:

„Bericht über die unseren Konferenzdelegierten bezüglich der Abrüstungsfrage zu erteilenden Instruktionen erhalten, und habe ich bei Prüfung der Gegenvorschläge Herrn Iswolskys die spezielle Situation, in welcher sich Rußland als Präsidialmacht befindet, vollauf zu würdigen getrachtet. Hiernach schiene mir — wenn ich auch von der Notwendigkeit eines solchen Vorganges nicht vollkommen überzeugt bin — jener Vorschlag Herrn Iswolskys akzeptabel, wonach der Präsident in dem Falle, als von einer Seite die Diskussion der Frage der Rüstungseinschränkung

* Siehe Nr. 7942.

angeregt würde, einen kurzen Rückblick auf die Behandlung dieses Gegenstandes auf der ersten Haager Konferenz machen und, daran anschließend, die Erneuerung des damals ausgesprochenen ‚voeu' proponieren würde. Auch ich möchte es als wahrscheinlich betrachten, daß in diesem Falle der Antrag des Präsidenten, sei es einstimmig, sei es mit großer Majorität, angenommen würde, und daß hiermit die ganze Frage in einer jede Differenzierung zwischen den Mächten ausschließenden Weise erledigt wäre. Immerhin muß aber — schon wegen der großen Anzahl der auf der Konferenz vertretenen Staaten — auch mit anderen Möglichkeiten und speziell mit jener gerechnet werden, daß entweder als Gegenantrag oder noch außer der Annahme jenes ‚vœu' auf einer weiteren Diskussion der Frage bestanden wird. In diesem Falle müßte meines Dafürhaltens an unseren ursprünglichen Vereinbarungen der Nichtbeteiligung an einer solchen Diskussion festgehalten werden. Speziell für Rußland als antragstellende Macht träte ja dann der Umstand, daß sein Antrag entweder nicht angenommen oder doch als nicht genügend befunden wäre, als weiteres Motiv für die Enthaltung von der Teilnahme an der übrigen Diskussion hinzu. Auch scheint es mir nicht möglich, daß der Präsident aus eigener Machtvollkommenheit die Frage einer Kommission zuweist, sondern dürfte hierzu ein durch Abstimmung zu fassender Beschluß der Konferenz nötig sein, was bereits zu einer Diskussion des Themas selbst führen könnte. Um diese unseren Intentionen zuwiderlaufende Eventualität zu vermeiden, müßte somit, wenn der Antrag des Präsidenten auf Wiederholung des ‚vœu' von 1899 nicht glatt angenommen und damit das Thema endgiltig erschöpft wäre, die Sitzung geschlossen und eine neue Sitzung der Konferenz, an welcher die Delegierten der Dreikaisermächte nicht teilzunehmen hätten, zur Diskussion der Abrüstungsfrage, eventuell behufs Verweisung derselben an eine Spezialkommission anberaumt werden. Derselbe Vorgang wäre bezüglich jener Plenarsitzung einzuhalten, in welcher der Bericht dieser Kommission zur Diskussion käme, umsomehr da — wie ich betonen möchte — die von mir vorbehaltene Prüfung des etwaigen Resultates der einschlägigen Beratungen nicht auf der Konferenz selbst, sondern erst nach Schluß derselben zu erfolgen hätte.

Ich ersuche Euer Exzellenz, vorstehende Erwägungen umgehend der russischen Regierung mitzuteilen."

Wir haben uns mit dieser Instruktion unter der Voraussetzung einverstanden erklärt, daß der erste russische Delegierte kategorische Weisung erhält, als Präsident der Konferenz nur eine Wiederholung, nicht aber eine weitere Ausgestaltung des vœus von 1899 vorzuschlagen und keinerlei Diskussion über diesen Vorschlag zuzulassen.

Die österreichisch-ungarische Regierung ist der Ansicht, daß dieser Gedanke bereits in dem Passus der Instruktion „wenn der Antrag des Präsidenten auf Wiederholung des vœu von 1899 nicht glatt angenommen und damit das Thema endgültig erschöpft wäre" vollständig enthalten sei. Sie erachtet es indes für nicht unzweckmäßig, wenn wir

unsererseits dem Gedanken in Petersburg noch besonderen Ausdruck gäben; die beiderseitigen Instruktionen würden alsdann im wesentlichen gleichlautend bleiben und nur in der Fassung etwas von einander abweichen.

Euere pp. bitte ich, im Einvernehmen mit Graf Berchtold und in derselben Form wie dieser das russische Aide-mémoire vom 15. Mai zu beantworten, dabei aber der vorstehend bezeichneten Voraussetzung noch bestimmten Ausdruck zu geben.

Mühlberg

Nr. 7944

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 146 St. Petersburg, den 28. Mai 1907

Antwort auf Telegramm Nr. 90*.

Ich habe ebenso wie Graf Berchtold Herrn Iswolsky ein den Instruktionen entsprechendes Aide-mémoire übergeben und in diesem sowie mündlich noch unsere besondere Voraussetzung betont.

Herr Iswolsky, der unser Entgegenkommen dankbar anerkannte, hat keinerlei Bedenken gegen Unterlassung des développement, mit dem er übrigens nicht sowohl die weitere Ausgestaltung als die Erläuterung des vœu im Auge gehabt hatte.

Weniger nachgiebig ist er bezüglich Anberaumung besonderer Sitzung behufs eventueller Verweisung von Abrüstungsfrage an Kommission, da er offenbar Abgabe des Präsidiums vermeiden möchte. Er meint, es wäre bedenklich, die Leitung der Konferenz in andere Hände gelangen zu lassen, da es alsdann zu sehr unwillkommenen Reden und Beschlüssen kommen könnte, während er bestimmte Garantie zu bieten bereit sei, daß Herr von Nelidow keinerlei materielle Diskussion zulassen würde. Nur für den Notfall, d. h. höchst unwahrscheinliches Bestehen auf Diskussion im Plenum, wäre Aufhebung der Sitzung und Anberaumen neuer ohne russische, deutsche und österreichisch-ungarische Delegierte ins Auge zu fassen.

Herr Iswolsky will tunlichst umgehend eine genau präzisierende Antwort geben. Er erwähnte noch als selbstverständlich, daß Nelidow sich über sein Reden und Vorgehen in Abrüstungsfrage zuvor mit deutschem und österreichisch-ungarischem ersten Vertreter ins Benehmen setze.

Schoen

---

* Siehe Nr. 7943.

Nr. 7945

Der Botschafter in Paris Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 375 Paris, den 28. Mai 1907

Der österreichisch-ungarische Botschafter, welcher dieser Tage ein längeres Gespräch über die Friedenskonferenz mit Herrn Bourgeois gehabt hat, teilte mir heute den wesentlichen Inhalt der Ausführungen des ersten französischen Konferenzdelegierten mit.

Herr Bourgeois habe nachdrücklichst betont, daß die Konferenz reichliche und nützliche Arbeit zu leisten vorfinde. Insbesondere schiene ihm der möglichste Ausbau der Idee des obligatorischen Schiedsgerichts praktische Resultate zu gewährleisten. Die Schiedsgerichtsfrage dürfte überhaupt das Lieblingsthema Herrn Bourgeois' darstellen, der sich schon 1899 als Präsident der betreffenden Kommission eingehend mit dem Problem befaßt hat und offenbar erwartet, auch auf der bevorstehenden Konferenz wieder zum Präsidenten der analogen Kommission gewählt zu werden.

Als leitenden Grundsatz für die gesamten Konferenzarbeiten habe Herr Bourgeois das Prinzip aufgestellt, möglichst wenig im Plenum zu verhandeln, wo nur den stets vorhandenen Vielrednern Gelegenheit geboten werde, sich an Phrasen und Theorien zu berauschen. Die ernsthafte Arbeit müsse und werde in der Kommission getan werden.

Hinsichtlich der Frage der Rüstungsbeschränkungen meinte Herr Bourgeois, daß es am besten sein würde, sie überhaupt gar nicht zum Gegenstand irgendwelcher formeller Diskussionen zu machen. Denn es müsse vor allen Dingen alles verhütet werden, was eine Spaltung der Konferenz in zwei deutlich geschiedene Lager herbeiführen könnte. Ihm würde es wünschenswert erscheinen, wenn die Delegierten in mehr zwanglosen Besprechungen hinter den Kulissen eine Formel fänden, welche, ohne in der Sache selbst einen schroff ablehnenden Standpunkt einzunehmen, die Behandlung des Gegenstands einer späteren Zukunft vorbehielte. Graf Khevenhüller zweifelt nicht, daß Herr Bourgeois, der unter anderem auch auf seine dialektische Gewandtheit nicht wenig stolz ist, sich in Gedanken bereits lebhaft mit der redaktionellen Fassung jener Formel beschäftige.

Zum Schlusse habe Herr Bourgeois durchaus spontan und nachdrücklichst zum Ausdruck gebracht, daß er auf das Zusammenwirken mit Freiherrn von Marschall ganz besonderen Wert lege*.

Radolin

---

* Freiherr von Marschall war inzwischen zum Ersten deutschen Delegierten für die zweite Haager Konferenz ernannt worden.

Nr. 7946

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 148 London, den 31. Mai 1907

Sir E. Grey sagte mir heute, die Instruktionen für die englischen Delegierten seien noch nicht fertiggestellt. Er warte zunächst eine Unterredung mit Herrn Choate* ab. Die amerikanische Regierung habe noch vor der englischen den Wunsch nach Erörterung der Rüstungsfrage kundgegeben. Er wolle daher auch jetzt abwarten, was Herr Choate bringe. Im übrigen sei er überzeugt, daß nach den Äußerungen Euerer Durchlaucht im Reichstag keine Friktion mehr über die Rüstungsfrage entstehen werde. Auch bei den Fragen, wo zwar allgemeine Beteiligung an der Diskusison stattfinde, aber keine Einigung erzielt würde, brauche keine Mißstimmung zu entstehen. Diese Fragen könnten einfach als unerledigt für die nächste Konferenz aufbewahrt bleiben**.

Der Minister ist für die Errichtung eines internationalen Prisengerichts eingenommen, wie er mir aus eigenem Antrieb bemerkte. Ich sprach mich auch über diesen Punkt günstig aus.

Als ich darauf hinwies, daß das russische Programm noch manch andere wichtige Fragen über den Seekrieg und den Schutz des Eigentums enthielte, England und andere Staaten sich allerdings vorbehalten hätten, der Erörterung von Fragen, die ihnen nicht zweckmäßig erschienen, fernzubleiben, bemerkte Sir E. Grey in demselben Gedankengang, daß

---

* Amerikanischer Erster Delegierter für die zweite Haager Konferenz, früher Botschafter in London. Er traf Anfang Juni in England ein.

** Aus der den englischen Konferenzdelegierten unter dem 12. Juni erteilten Instruktion (siehe deren Text im englischen Blaubuch: Miscellaneous No. 1 (1908) [Cd. 3857]. Correspondence respecting the second Peace Conference held at The Hague in 1907, p. 11 ff.) geht hervor, daß England nicht mehr daran dachte, seinen Abrüstungsvorschlag im Haag vorzubringen, sondern sich nur vorbehielt, einen von amerikanischer Seite ausgehenden Vorschlag zu unterstützen: „His Majesty's Government have reserved their right to bring this question forward at the Conference, and have told the United States' Government, who have made a similar reservation, that they would support them in promoting a discussion." Indessen waren die amerikanischen Delegierten ebenfalls in ihrer vom 31. Mai datierten Instruktion (siehe den Text bei J. B. Scott, The Hague Peace Conferences of 1899 and 1907 II, 181 ff.) ausdrücklich zur Zurückhaltung in dieser Beziehung angewiesen: „If no European power proposes consideration of the subject, and no new affirmative evidence is presented to satisfy you that a useful purpose would be subversed by your making such a proposal, you may assume that the limitations above stated by way of guidance to your action preclude you from asking the Conference to consider the subject." Im Grunde genommen stand es also seit dem 31. Mai fest, daß es nicht zu einem Abrüstungsvorschlag, ja nicht einmal zu einer Erörterung dieses Gedankens im Haag, sondern allenfalls nur zu einer sang- und klanglosen Wiederholung des „vœu" von 1899 kommen werde.

England sich nicht von einer Diskussion über die Frage der Unverletzlichkeit des Eigentums zur See ausschließen werde. Er betonte dabei das Wort Diskussion und fügte wieder hinzu, daß etwaige unerledigt bleibende Fragen einer späteren Konferenz vorbehalten bleiben könnten. Näher ließ er sich nicht über das englische Programm aus.

Auf eine Frage seinerseits bemerkte ich, daß zur Zeit meiner Anwesenheit in Berlin* noch keine definitive Instruktionen für unsere Delegierten festgestellt worden seien. Auch hänge die Behandlung der einzelnen Programmpunkte von der Haltung der übrigen Großmächte ab.

Metternich

Nr. 7947

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Botschafter in Petersburg von Schoen

Telegramm. Konzept

Nr. 93 Berlin, den 31. Mai 1907
[abgegangen am 1. Juni]

Botschafter Wien telegraphierte gestern:

„Herr von Mérey war soeben im Auftrage des Freiherrn von Aehrenthal bei mir, um mir folgendes zu sagen:

Herr Iswolsky habe in vorläufiger Beantwortung der Mitteilungen des Grafen von Berchtold an dem Wunsche festgehalten, daß Herr von Nelidow den Vorsitz eventuell nicht abgebe, da er besser als ein anderer in der Lage sein werde, jede meritorische Diskussion der Abrüstungsfrage zu verhindern. Er, Iswolsky, werde darüber noch mit dem ersten russischen Konferenzdelegierten sprechen und dann definitive Antwort geben.

Graf Berchtold hätte hinzugefügt, dieselbe provisorische Antwort habe Herr von Schoen erhalten.

Wie Herr von Mérey hieran anschließend bemerkte, werde der K. u. K. Botschafter in St. Petersburg telegraphisch angewiesen, dem russischen Minister, womöglich noch vor Eingang von dessen definitiver Antwort, zu eröffnen, daß man der letzteren hier entgegensehe, daß Freiherr von Aehrenthal indessen in der angedeuteten Absicht des Herrn Iswolsky, Herrn von Nelidow im Vorsitz zu belassen, eine Abweichung von der zwischen uns Dreien getroffenen Abmachung erblicken müsse."

Euere pp. bitte ich, Herrn Iswolsky sobald als möglich mitzuteilen, daß wir uns der vorstehend erwähnten Auffassung des Baron Aehrenthal vollständig anschließen.

Mühlberg

---

* Graf Metternich hatte um den 10. Mai in Berlin geweilt und hier unter anderem ein größeres Memoire über die Frage des Seebeuterechts ausgearbeitet. Vgl. Kap. CLXXII, Nr. 8008.

Nr. 7948

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Botschafter in Wien Grafen Karl von Wedel

Telegramm. Konzept

Nr. 115 Berlin, den 1. Juni 1907

Im Anschluß an mein Telegramm Nr. 114*.

Botschafter Petersburg hat gestern von Iswolsky folgendes Aide-mémoire erhalten.

„Le Gouvernement Impérial constate avec plaisir que le Gouvernement allemand s'associe à la proposition d'après laquelle le Président de la Conférence devrait, aussitôt qu'une motion sur la limitation des armements sera produite, faire un court exposé explicatif de la question et proposer à la Conférence de renouveler le vœu formulé en 1899. Il est bien entendu qu'en parlant de ‚développer' ce vœu, le Gouvernement Impérial n'avait en vue que des changements de forme dans la rédaction de la formule, et nullement une extension quelconque de sa portée.

Tout en espérant que cette proposition sera acceptée par la Conférence le Gouvernement Impérial croit, de même que le Gouvernement allemand, qu'il faut aussi envisager l'éventualité qui se produirait, si malgré cette acceptation ou, au contraire, par suite d'un refus ou, enfin, par la motion d'un contre-projet, une ou plusieurs Puissances insisteraient pour continuer la discussion. Il semble au Gouvernement Impérial que dans ce cas il dépendra entièrement du Président d'empêcher tout débat sur le fond de la question et de ne soumettre à la Conférence qu'une résolution de pure forme, — celle de renvoyer la proposition qui a trait à la limitation des armements à une commission spéciale. Ce n'est que dans le cas très peu probable où la Conférence rejeterait cette résolution et déciderait d'ouvrir en séance plénière un débat sur le fond de la proposition susindiquée, que le Président devrait clore la séance et renvoyer la discussion à une autre séance plénière à laquelle il est bien entendu que les délégués des trois Puissances impériales ne prendront plus part.

Les choses pourraient se passer à peu près d'une manière analogue dans la séance plénière dans laquelle la commission spéciale présenterait son rapport. Comme ce rapport aura été préalablement distribué aux délégués de toutes les Puissances, le Président pourrait encore une fois empêcher la Conférence d'ouvrir en séance plénière une discussion sur son sujet et proposerait de passer directement au vote de la partie résolutive du rapport, vote auquel les délégués des trois Puissances s'abstiendraient de prendre part; et ce n'est que dans le cas où la Conférence insisterait sur une discussion, que la séance pourrait être close et le débat renvoyé à une

* Durch Telegramm Nr. 114 vom 31. Mai war das Petersburger Telegramm Nr. 146 (siehe Nr. 7944) nach Wien mitgeteilt worden.

autre séance plénière à laquelle les délégués des trois Puissances impériales ne prendront pas part.

En suggérant ce mode de procéder, le Gouvernement Impérial a surtout en vue l'importance qu'il y aurait pour les trois Puissances impériales de se dessaisir le moins possible du rôle qui leur revient dans les travaux de Conférence.

Ce but sera pleinement à atteindre si le Président réussissait à faire reléguer la proposition relative à la limitation des armements dans une commission et à empêcher, en séance plénière, tout débat sur le fond de cette proposition. Une abstention des délégués de ces trois Puissances de paraître à une séance plénière ne devrait être considérée que comme une ‚ultima ratio' à laquelle on aurait recours que si la Conférence se refusait à suivre l'ordre des débats proposé par le Président, ce qui est une éventualité peu probable.

Le Gouvernement Impérial croit sincèrement que le mode de procéder ci-dessus donne toutes les garanties d'une observation de l'accord survenu entre les trois Puissances impériales et aime à espérer que le Gouvernement allemand ne refusera pas à y donner son adhésion définitive."

Der in meinem Telegramm Nr. 114 erwähnte Auftrag ist bisher weder von unserem noch von österreichisch-ungarischem Botschafter ausgeführt worden, da ihn beide erst nach Eingang von Iswolskys Antwort erhalten haben.

Weitere Instruktion folgt.

Mühlberg

Nr. 7949

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 153 St. Petersburg, den 1. Juni 1907

Graf Berchtold hat nun doch, ohne Äußerung von Wien auf das gestrige Aide-mémoire von Herrn Iswolsky abzuwarten, den in Telegramm Nr. 93* erwähnten Auftrag ausgeführt, und ich habe mich ihm angeschlossen. Herr Iswolsky beharrt bei seiner Auffassung, daß sein Vorschlag den großen Vorteil habe, jederzeit Herr der Situation zu bleiben, eine Diskussion tunlichst zu vermeiden und nur im Notfall zu der Aufsehen erregenden Aufhebung der Sitzung und Anberaumung einer neuen zu greifen, während unser Vorschlag von vornherein einen derartigen Zwischenfall schaffe. Im übrigen erklärt er sich bereit, falls seine gestrigen Vorschläge in Berlin und Wien nach eingehender Prüfung gleichwohl ernsten Einwendungen begegnen sollten, diese in Erwägung zu ziehen.

Schoen

* Siehe Nr. 7947.

Nr. 7950

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Botschafter in Wien Grafen Karl von Wedel

Telegramm. Konzept

Nr. 116 Berlin, den 1. Juni 1907

Im Verfolg meines Telegramms Nr. 115*.

Die von uns und Österreich-Ungarn gegen die früheren russischen Vorschläge geltend gemachten Bedenken erscheinen durch das vorliegende neue Aide-mémoire nicht gehoben.

Die russische Regierung glaubt, daß der Präsident der Konferenz in der Lage sein werde, jede Diskussion über die Abrüstungsfrage während der Anwesenheit unserer Delegierten zu verhindern, und zwar sowohl bei der Verhandlung über den von ihm vorzuschlagenden vœu wie bei einer etwaigen Überweisung des Gegenstandes an eine Kommission wie endlich bei Behandlung des Kommissionsbeschlusses im Plenum. Daß die Überweisung an eine Kommission und die Behandlung des Kommissionsbeschlusses im Plenum nicht zu einer Diskussion führen sollte, dürfte kaum anzunehmen sein. Auch wird der Präsident eine bei diesen Gelegenheiten sich entwickelnde Diskussion schwerlich sofort abbrechen können. Aber selbst wenn solche Schwierigkeiten nicht entstehen sollten, erscheint es nach unserer Auffassung nicht angängig, daß die Delegierten der Dreikaisermächte, wenn auch nur stillschweigend, in der Plenarversammlung Beschlußfassungen beiwohnen, woran sie unter keinen Umständen teilnehmen sollen. Übrigens würde sich nach den russischen Vorschlägen der Präsident an diesen Beschlußfassungen insofern zu beteiligen haben, als er selbst den Antrag auf Überweisung an die Kommission stellen und später den Kommissionsbeschluß der Konferenz unterbreiten würde.

Wir glauben daher, daß es sich empfiehlt, an dem Standpunkte der letzten von uns und Österreich-Ungarn aufgestellten Denkschriften festzuhalten und, sofern nicht der vœu von 1899 ohne irgendwelche Diskussion von neuem beschlossen wird, allen weiteren Verhandlungen fernzubleiben. Die russische Regierung könnte, dem letzten Vorschlage des Baron Aehrenthal entsprechend, darauf hingewiesen werden, daß wir in ihrer Absicht, Herrn von Nelidow bei den weiteren Verhandlungen im Vorsitze zu belassen, eine Abweichung von der zwischen den Dreikaisermächten getroffenen Abmachung erblicken müßten.

Euere pp. bitte ich, die Angelegenheit hiernach alsbald mit Baron Aehrenthal zu besprechen.

Mühlberg

---

* Siehe Nr. 7948.

Nr. 7951

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 158 St. Petersburg, den 5. Juni 1907

Nachdem Graf Berchtold Herrn Iswolsky gestern Inhalt seiner jüngsten Instruktion mitgeteilt*, habe ich heute ein inhaltlich gleiches Aide-mémoire übergeben.

Herr Iswolsky versprach baldige Äußerung hierauf, ließ indessen schon jetzt erkennen, daß er weiter wie in seinem Aide-mémoire vom 18./31. Mai** nicht gehen könne. Seine Vorschläge entsprächen durchaus dem Geist und Wortlaut der Vereinbarung, wonach die Delegierten der Dreikaisermächte an keiner Diskussion teilnehmen sollen. Alle Details schon jetzt zu regeln, sei untunlich; man müsse dem Präsidenten, der keinerlei Diskussion zulassen werde, vertrauensvoll eine gewisse Latitüde lassen. Die eventuelle Verweisung der Frage könne auch von anderer Seite als dem Präsidenten angeregt werden und werde aller Voraussicht nach ohne Diskussion und Abstimmung verlaufen. Unsere Delegierten würden sich einfach nicht in die Liste der Kommissionsmitglieder einschreiben. Den Verzicht auf Präsidium, solange es nicht zu unerwünschter Diskussion komme, könne man Rußland als Initiatorin der Konferenz nicht wohl zumuten. Dies sei auch die Ansicht des Kaisers, dem er eingehend Vortrag gehalten habe.

Privatim ließ Herr Iswolsky noch eine gewisse Empfindlichkeit über die von Berlin und Wien auf ihn ausgeübte, einer Bevormundung ähnelnde Pression erkennen.

Schoen

Nr. 7952

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 165 St. Petersburg, den 8. Juni 1907

Bin im Sinne des Auftrags nochmals eindringlichst bei Herrn Iswolsky vorstellig geworden und habe dabei noch mein Erstaunen nicht verhehlt,

---

* Diese Instruktion ging nach einem Telegramm Graf Wedels vom 3. Juni dahin: Österreich und Deutschland müßten darauf bestehen, daß die Überweisung des Abrüstungsvorschlages an eine Kommission nicht von dem russischen Vorsitzenden ausgehe, da der Vorschlag einer solchen Überweisung voraussichtlich die Eröffnung einer Diskussion involviere.

** Vgl. Nr. 7948.

daß er entgegen früheren, allerdings wenig präzisen Äußerungen nunmehr das russische Präsidium sogar bei etwaiger sachlicher Diskussion aufrechthalten will.

Herr Iswolsky blieb unverrückbar bei seinem im letzten Aide-mémoire eingenommenen Standpunkt, der auf reiflicher Erwägung und ausdrücklicher Genehmigung Seiner Majestät des Kaisers beruhe. Er bitte dringend, der besonderen Stellung Rußlands als Initiatorin der Konferenz und Präsidialmacht Rechnung zu tragen, dem Präsidenten Latitüde zu lassen und Vertrauen in seine Loyalität, Erfahrung und Gewandtheit zu setzen, der es sicher gelingen werde, bei allem Festhalten an dem Grundsatz der Nichtbeteiligung an einer Diskussion über Abrüstungsfragen einen für die Delegierten der drei Mächte gangbaren Ausweg zu bereiten. Eine Aufhebung der Sitzung oder gar Exodus unserer Vertreter wäre Zwischenfall, der allgemeines Aufsehen erregen und auch hier besonders peinlich berühren und dem monarchischen Ansehen schädlich sein würde.

Über Beibehaltung des russischen Präsidiums unter allen Umständen sei er sich erst neuerdings in Unterredungen mit Herrn von Nelidow und Seiner Majestät dem Kaiser ganz klar geworden. Es sei nicht nur unbedenklich, weil Herr von Nelidow als Präsident aufhöre, russischer Delegierter zu sein, und zu einer streng neutralen Person werde, sondern auch dringend empfehlenswert, um eine Verirrung der Konferenz in unerwünschte und uferlose Diskussionen zu verhindern.

Schoen

Nr. 7953

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Mühlberg an den Botschafter in Petersburg von Schoen

Telegramm. Konzept

Nr. 100 Berlin, den 12. Juni 1907

Dortiges Telegramm Nr. 165* ist Botschafter Wien mit folgender Instruktion mitgeteilt worden:

„Russische Auffassung weicht in zwei Punkten von unsriger ab. Einmal soll Nelidow als Präsident der Konferenz den Vorsitz auch während etwaiger Diskussion über Abrüstungsfrage beibehalten; ferner soll er aus solcher Diskussion nicht Anlaß zur Anberaumung neuer Sitzung entnehmen.

Eine Nachgiebigkeit Rußlands im ersten Punkte erscheint nach letzten russischen Erklärungen ausgeschlossen, so daß weiteres Drängen in dieser Beziehung keinen Erfolg verspricht. Dagegen fragt es sich, ob nicht darauf bestanden werden soll, daß, falls Wiederholung des vœu von 1899 nicht ohne weiteres angenommen wird, Präsident wenigstens auf kurze Zeit

* Siehe Nr. 7952.

unter geeigneter geschäftlicher Begründung Sitzung unterbricht, damit Delegierte der Mächte, die an Diskussion nicht teilnehmen wollen, den weiteren Verhandlungen über diesen Gegenstand fern bleiben können. Dabei würde der russischen Regierung kein Zweifel darüber zu lassen sein, daß die deutschen und die österreichisch-ungarischen Delegierten, sofern der vœu nicht glatt angenommen wird, ferneren Beratungen keinesfalls beiwohnen werden, und daß es zur Vermeidung eines auch Rußland unerwünschten Eklats erforderlich erscheint, einen Ausweg zu wählen, der demonstrativem Exodus unserer Delegierten während offener Sitzung vorbeugt.

Euere Exzellenz bitte ich, in diesem Sinne Angelegenheit mit Baron Aehrenthal zu besprechen und ihn zu fragen, ob er mit solcher Instruktion an unsere beiderseitigen Botschafter Petersburg einverstanden ist."

Graf Wedel telegraphierte darauf gestern abend:

„Freiherr von Aehrenthal, der erst morgen abend aus Budapest zurückkehrt, hat auf Grund meines gestrigen Gesprächs mit Herrn von Cali* dem letzteren eine Instruktion für Graf Berchtold gedrahtet, die noch heute abend nach St. Petersburg abgeht. In derselben gibt der österreichisch-ungarische Minister des Äußern in ziemlich schroffen Worten seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß Iswolsky unter dem Einfluß Nelidows seinen Standpunkt in einer Weise geändert habe, daß derselbe eine Abweichung von unseren Abmachungen bedeute.

Es wird sodann das positive Verlangen gestellt, daß der Präsident der Konferenz in dem Falle, als der vœu nicht glatt angenommen werde, die Sitzung suspendiere und dadurch den deutschen und österreichisch-ungarischen Delegierten die Möglichkeit böte, der Wiederaufnahme der Sitzung fernzubleiben."

Euere Exzellenz bitte ich, sich dem Vorgehen des Grafen Berchtold vollständig anzuschließen.

Mühlberg

Nr. 7954

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 204 St. Petersburg, den 11. Juni 1907

Wenn man sich erinnert, wie schwer es seinerzeit Herrn Iswolsky geworden ist, sich unserem und dem österreichisch-ungarischen Vorschlag gemeinschaftlicher passiver, aber bestimmter Abwehr jeglichen Antrages der Rüstungsbeschränkung auf der Haager Konferenz anzuschließen, wie sehr

* Erster Sektionschef im K. u. K. Ministerium des Äußern.

er nachträglich über die ihm bereitete Lage gejammert und wie sehnsüchtig er nach einem Vermittelungsvorschlag von irgendeiner dritten Seite ausgeschaut hat, kann es nicht wundernehmen, daß er bei dem näheren Eingehen auf die Einzelheiten des Verhaltens im Haag schließlich selbst den Versuch gewagt hat, einen Weg zu finden, der die ablehnende Stellungnahme weniger schroff erscheinen lassen sollte.

Nachdem sein Vorschlag, die Rüstungsfrage möglichst durch einfache Erneuerung des vœu von 1899 unauffällig abzutun, Euerer Durchlaucht und des Wiener Kabinetts Zustimmung gefunden hatte, handelte es sich in den weiteren Verhandlungen wesentlich um die Bedeutung einer etwa gleichwohl sich einstellenden Diskussion sowie um das russische Präsidium. Dafür, daß die Delegierten der Dreikaisermächte einer Diskussion fernzubleiben haben würden, hatte Herr Iswolsky sich uns gegenüber bestimmt gebunden, und er betonte bei allen Besprechungen, daß er dieser Zusage treu bleiben werde. Allein er unterschied zwischen einer rein formalen Berührung der Frage und einem sachlichen Eingehen. Nur in letzterem wollte er eine wirkliche Diskussion erblicken. Solange es sich nur um erstere Form handle, etwa die Verweisung an eine Kommission, betrachtete er die Anwesenheit unserer Vertretungen nicht [nur] für unbedenklich, sondern auch für erwünscht. Unbedenklich deshalb, weil sie nicht in die Lage kommen würden, zur Sache irgendwie Stellung zu nehmen; der Präsident werde sorgsam und energisch jedem Versuch zur Eröffnung einer sachlichen Erörterung zu begegnen, auch eine Abstimmung zu vermeiden wissen. Wer an der Kommission teilnehmen wolle, könne sich einfach in eine Liste einschreiben, wer fern bleiben wolle, dies stillschweigend unterlassen. Erwünscht sei die Anwesenheit unserer Delegierten bei einer derartigen formalen Sitzung deshalb, weil der Verlauf dann ein ganz glatter und unauffälliger sein würde, während ein Abbruch der Sitzung und die Anberaumung einer neuen, geschweige denn ein Exodus der Gegner der Rüstungsfrage einen sehr unliebsamen Zwischenfall schaffen würde. Einen solchen zu vermeiden, liege im allgemeinen und besonders im russischen Interesse. Rußland sei nun einmal (sehr gegen Herrn Iswolskys persönliche Meinung) die Initiatorin der Konferenz und der Kaiser persönlich engagiert. Jedes unangenehme Vorkommnis auf der Konferenz würde auf Rußland zurückfallen und das Ansehen des Monarchen, das in den jetzigen schwierigen Zeiten besonderen Schutzes bedürfe, schwer beeinträchtigen. Sein Bemühen richte sich daher darauf, jeden peinlichen Zwischenfall zu vermeiden. Er appelliere an die freundschaftlichen Gesinnungen und die monarchischen Interessen der Kaiserlichen Regierung, ihn bei seinen Bestrebungen nicht im Stich zu lassen.

Was das russische Präsidium betrifft, so hat Herr Iswolsky, obwohl er auf Beibehaltung desselben von Anfang an stets großen Wert legte, zeitweise zugegeben, daß es eine Unterbrechung erfahren müßte, wenn es wirklich zu eingehender Besprechung der Rüstungsbeschränkung kommen sollte. Später hat er in diesem Punkte seine Meinung geändert, wie er

sagt, nach Beratung mit Herrn Nelidow und Seiner Majestät dem Kaiser. Sein allerhöchster Herr lege ebenfalls großes Gewicht darauf, daß das russische Präsidium in keinem Falle unterbrochen, geschweige denn aufgegeben werde. Übrigens sei es höchst unwahrscheinlich, daß es zu sachlicher Diskussion im Plenum kommen würde. Nach seinen Nachrichten sei alle Aussicht vorhanden, daß die Erneuerung des vœu glatt durchgehe, und daß nicht einmal auf Kommissionsberatung bestanden werde. Sein Rundschreiben an die Botschafter, wonach Rußland bei einer Diskussion in peinliche Lage geraten würde, seine Delegierten einer solchen daher fern bleiben müßten, werde in dieser Beziehung von guter Wirkung sein. Komme es gleichwohl zu weiterer Behandlung der Frage, so liege ein dringendes Interesse vor, daß der russische Präsident die Verhandlung über die Verweisung an die Kommission leite, eben um jedes sachliche Eingehen zu vermeiden. Herr Nelidow werde das sicher in geschickter Weise fertig bringen. Das gleiche gelte für den höchst unwahrscheinlichen Fall, daß gleichwohl vor oder nach etwaiger Kommissionsberatung eine sachliche Diskussion im Plenum sich entwickeln sollte. Unter einem anderen als dem russischen Präsidenten sei man nicht sicher, wohin die Erörterungen führten. Es sei denkbar, daß man zu dem Beschlusse gelangte, den Gegnern der Abrüstung diese zu imponieren. Vielleicht entwickele sich alsdann eine lange Reihe von Sitzungen, denen die Delegierten der Kaisermächte fortgesetzt demonstrativ fernzubleiben haben würden. Unbedenklich sei die Beibehaltung des russischen Vorsitzes deshalb, weil der Präsident, einmal von der Konferenz dazu ernannt, aufhöre, Vertreter einer einzelnen Macht zu sein, eine ganz neutrale Persönlichkeit werde, lediglich dazu berufen, den Gang der Konferenz zu bestimmen und die Verhandlungen zu leiten, nicht aber an diesen sich in irgendeiner Weise zu beteiligen.

Ich brauche nicht zu versichern, daß ich, ebenso wie mein österreichisch-ungarischer Kollege, den Anschauungen Herrn Iswolskys eindringlichst ernste Gegengründe und Bedenken entgegengestellt habe. Wir haben betont, daß eine formale Berührung der Rüstungsfrage bei etwaiger Verweisung an eine Kommission schon einer Diskussion gleichkomme, in die wir nicht nur nicht hineingezogen, sondern bei der wir auch nicht gegenwärtig sein wollen. Das russische Präsidium bei Besprechung der Frage, formal oder sachlich, stehe im Widerspruch mit der Tatsache, daß diese von dem russischen Programm ausdrücklich ausgeschlossen sei, und wäre geeignet, den Anschein zu erwecken, daß Rußland gleichwohl dieser Frage wohlwollendes Interesse entgegenbringe.

Je mehr Graf Berchtold und ich auf Herrn Iswolsky eindrangen, um so hartnäckiger verteidigte er seinen Standpunkt. Er zeigte wiederholt nervöse Gereiztheit und vergaß sich in einem Moment so weit, in weinerlichem Tone lebhaft darüber zu klagen, daß Wien und Berlin sich in den Einzelphasen jeweils verständigten und ihn fast in drohender Weise vor gefaßte Beschlüsse stellten; das sei eine Pression, eine Bevormundung, die

dem gemeinschaftlichen Interesse und dem Ansehen, das er zu vertreten habe, nicht entspreche.

Im Privatkreise hat Herr Iswolsky, wie ich höre, sich geäußert, er habe noch nie so schwierige und unangenehme Verhandlungen zu führen gehabt wie in bezug auf die Haager Konferenz. Graf Berchtold und ich können von uns das gleiche sagen. Wir haben das Bewußtsein, unsere ganze Kraft eingesetzt, schließlich aber, wenn auch wesentliches, so doch nicht alles erreicht zu haben. Wir müssen angesichts des letzten hartnäckigen Verhaltens Herrn Iswolskys leider bekennen, daß wir weitere Anstrengungen für aussichtslos halten.

Wir haben im Laufe der Verhandlungen, in dem wir stets im engsten freundschaftlichen Einvernehmen gehandelt, wiederholt die Frage erwogen, ob wir bei unseren Regierungen einen Auftrag zu einem erneuten Appell an den Zaren anregen sollten. Wir sind indessen zu der Meinung gekommen, daß ein solcher ungewöhnlicher Schritt nicht ohne Bedenken wäre. Er würde Seine Majestät den Kaiser noch weiter in die Konferenzfrage, die ihm höchst unerwünscht, persönlich engagieren, er würde nach außen großes Aufsehen erregen und tendenziöse Deutungen hervorrufen, vielleicht sogar Herrn Iswolsky zur Stellung der Kabinettsfrage veranlassen und damit den Kaiser in eine peinliche Lage bringen. Wir würden möglicherweise einem non possumus begegnen, und überdies könnte die Demarche hier wie anderwärts den Eindruck machen, daß wir auf die Unterstützung Rußlands angewiesen seien, und daß uns an derselben mehr gelegen, als es tatsächlich der Fall. Wenn Rußland sich nicht aus eigener Einsicht entschließen will, in der vorliegenden Frage durch dick und dünn mit uns zu gehen, hat seine Freundschaft und Hilfe wenig Wert für uns. Sie flehentlich zu erbitten, entspricht nicht unserer Stellung, unserer Würde und noch weniger den Erfahrungen, die wir mit russischer Freundschaft und Zuverlässigkeit gemacht haben.

Meine und Graf Berchtolds Meinung ist die, daß wir uns, wie die Dinge nun liegen, mit der Hauptsache, der zugesicherten Nichtbeteiligung der Russen an einer sachlichen Diskussion der Rüstungsfrage, begnügen und der anscheinend berechtigten Hoffnung hingeben müssen, daß im Haag alles glatt mit dem frommen Wunsch weiterer Prüfung der Rüstungsbeschränkung verläuft. Sollte diese Hoffnung sich nicht erfüllen, so dürfte uns nichts anderes übrig bleiben, als unbekümmert um das, was die Russen zu tun und zu lassen belieben, unsere eigenen Wege zu gehen. Vielleicht entschließt sich Herr Nelidow doch noch, unseren Delegierten den Weggang unauffällig zu ermöglichen, wenn er sieht, daß es uns bitterer Ernst ist, denjenigen, die das Abrüstungsroß besteigen wollen, nicht die Steigbügel zu halten. Auf Dank der Russen werden wir schwerlich zu rechnen haben, ob wir ihnen nun den Gefallen tun, bei dem Begräbnis der Abrüstungsidee gegenwärtig zu sein, oder nicht.

v. Schoen

Nr. 7955

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 169 St. Petersburg, den 13. Juni 1907

Antwort auf Telegramm Nr. 100*.

Iswolsky, dem es ersichtlich angenehm, daß wir in der Frage des Präsidiums nicht weiter insistieren, war nach einigem Zögern nicht abgeneigt, auf Gedanken einer Unterbrechung der Sitzung, um unseren Delegierten, falls Erneuerung des vœu nicht glatt durchgeht, unauffälliges Fernbleiben von weiterer Beratung zu ermöglichen, einzugehen. Er behielt sich indessen noch aktenmäßige Prüfung vor und will definitive Antwort in kürzester Frist geben.

Mein englischer Kollege** sagte mir gestern gesprächsweise, daß es ihm nicht bekannt sei, ob und in welcher Weise seine Regierung einen Antrag auf Rüstungsbeschränkung vorbringen werde. Jedenfalls habe er seit der ersten Anmeldung hier nicht mehr über die Frage zu verhandeln gehabt. Er glaube, daß der Vorschlag Nelidows betreffend Erneuerung des vœu allgemein gern angenommen werde.

Schoen

Nr. 7956

Der Botschafter in Petersburg von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 170 St. Petersburg, den 14. Juni 1907

Im Anschluß an Telegramm Nr. 169***.

Herr Iswolsky teilt mir nunmehr mit, daß er Herrn von Nelidow telegraphisch angewiesen hat, im Falle daß der vœu nicht glatt von der Konferenz angenommen wird, eine Unterbrechung der Sitzung eintreten zu lassen, um unseren Delegierten Fernbleiben von weiterer Verhandlung zu ermöglichen.

Schoen

---

* Siehe Nr. 7953.
** Sir A. Nicolson.
*** Siehe Nr. 7955.

Nr. 7957

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 160 London, den 14. Juni 1907

Mein russischer Kollege hat aus einer Unterredung mit Sir E. Grey den Eindruck gewonnen, daß die englische Regierung sich in Übereinstimmung mit derjenigen der Vereinigten Staaten in der Abrüstungsfrage auf der Konferenz die größte Mäßigung auferlegen* und sich voraussichtlich auf das Vorbringen eines Wunsches nach dem Vorgang der Konferenz von 1900 beschränken wird.

Metternich

---

* Das wird bestätigt durch die den englischen und amerikanischen Delegierten erteilten Instruktionen vom 12. Juni bzw. 31. Mai 1907. Wegen der englischen Instruktion vgl. Nr. 7946 und Kap. CLXX, Nr. 9766, Fußnote *. Die amerikanische Instruktion ist, wie Präsident Roosevelt später zu Freiherrn von Sternburg sagte (vgl. Kap. CLXX, Nr. 7986), „teilweise mitbestimmt" gewesen von einem Briefe des Botschafters, der die Ansichten der deutschen Regierung in der Abrüstungsfrage an der Hand eines deutschen Memoires auseinandersetzte. Die amerikanische Mäßigung zeigte sich vor allem auch darin, daß die Vereinigten Staaten davon Abstand nahmen, die Rooseveltsche Forderung der Herabsetzung des Deplacements von Schlachtschiffen, zu der der Präsident sich noch im April 1907 in seinem auf dem ersten amerikanischen Nationalfriedenskongreß verlesenen Briefe an Carnegie bekannte, auf der Haager Konferenz vorzubringen. Der Beantragung eines vœu nach dem Vorbild von 1899 wird weder in der englischen noch in der amerikanischen Instruktion gedacht; ein solches Resultat vorweg in Aussicht zu nehmen in Schriftstücken, von denen wenigstens das englische im Hinblick auf die demnächstige Veröffentlichung in einem parlamentarischen Blaubuch angelegt war, mochte inopportun erscheinen.

Kapitel CLXIX

Der Verlauf der Konferenz

Nr. 7958

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow an die Delegation auf der 2. Haager Friedenskonferenz**

Konzept

Geheim Berlin, den 14. Juni 1907

Die Instruktionen für unsere Delegation zur zweiten Haager Friedenskonferenz ergeben sich im wesentlichen aus der anliegenden

* Als Hauptdelegierte Deutschlands auf der zweiten Haager Konferenz waren der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall und der erste Vortragende Rat in der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes Dr. Kriege schon seit Februar 1907 ausersehen. Am 23. Februar schrieb Fürst Bülow an Freiherrn von Marschall: „Mein Augenmerk ist in erster Linie auf Eure Exzellenz gerichtet, da ich der Ansicht bin, daß Sie vermöge Ihrer großen diplomatischen Erfahrung wie auf Grund Ihrer gründlichen staatsrechtlichen und juristischen Kenntnisse ganz besonders geeignet sein würden, diese für den Augenblick wohl wichtigste Aufgabe auf dem Gebiet der auswärtigen Politik zu übernehmen und mit Erfolg durchzuführen. Die Vertretung unserer Interessen auf der Haager Konferenz wird manche Schwierigkeiten zu überwinden haben, denn es muß stets damit gerechnet werden, daß der Versuch gemacht wird, uns in der Abrüstungsfrage, die England und Amerika aufzurollen beabsichtigen, zu isolieren und uns in den Augen der Welt zu Friedensstörern zu stempeln." Über die Berufung Marschalls vgl. auch Zorn, Deutschland und die beiden Haager Friedenskonferenzen, S. 55 f. Das Urteil Zorns, die deutsche Arbeit auf der zweiten Friedenskonferenz sei vollkommen durch den zweiten Delegierten Kriege beherrscht und nach allen Richtungen entscheidend bestimmt worden, auch Marschall habe sich dessen Willen beugen müssen, Fürst Bülow und Tschirschky seien lediglich den Ratschlägen Krieges gefolgt, ist nach Ausweis der Akten stark übertrieben. Der hervorragende und selbständige Anteil, den Freiherr von Marschall an den Arbeiten der Konferenz nahm, geht schon daraus hervor, daß er nicht nur in erster Linie die rednerische Vertretung Deutschlands bis in die Subkommission der Schiedsgerichtskommission hinein übernahm, sondern sich auch nahezu die gesamte Berichterstattung an das Auswärtige Amt vorbehielt, während auf der ersten Haager Konferenz die Vertretung und zum Teil auch die Berichterstattung in Ansehung der juristischen Materien dem Delegierten Professor Zorn anheimgefallen war. Auf der zweiten Konferenz, wo Zorn der deutschen Delegation ebenfalls als „wissenschaftlicher Beirat" beigegeben war, hat dieser eine aktive Rolle nicht zu spielen vermocht. Den ihm zugedachten Sitz in der Schiedsgerichtskommission bzw. dem Comité d'examen konnte er nicht einnehmen, da der zweite Delegierte Kriege, in dessen Händen schon die gesamte Vorbereitung der Konferenz gelegen hatte, wie natürlich, auf diesen Sitz Anspruch erhob. In den Konferenzakten befindet sich nur ein einziges Schriftstück von Zorns Hand: ein Dankbrief an

Aufzeichnung über das von der russischen Regierung vorgeschlagene Programm*. Die in der Aufzeichnung enthaltenen Gesichtspunkte, mit denen, abgesehen von einer weiterhin besonders behandelten Frage, sämtliche beteiligte Ressorts sich einverstanden erklärt haben, werden für die Haltung der Delegation maßgebend sein. Die gleichfalls angeschlossenen fünf Vertragsentwürfe für die einzelnen Abschnitte des russischen Programms** sind nicht dazu bestimmt, der Konferenz von vornherein oder im ganzen vorgelegt zu werden; sie sollen aber unserer Delegation die Möglichkeit geben, ihre Vorschläge, wenn es nach Lage der Umstände angezeigt erscheint, in juristisch klarer Form vorzubringen. Ob und wann sich eine solche Vorlage empfiehlt, bleibt dem Ermessen der Delegation überlassen.

Die einzige nach der Aufzeichnung offen gebliebene Frage ist die des Seebeuterechts, die für Deutschland bei den einander widerstreitenden

---

den Chef des Zivilkabinetts von Lucanus für die Verleihung eines Ordens (vgl. Nr. 7964, S. 288, Fußnote). Im übrigen ist die Berichterstattung der deutschen Delegation über die Arbeiten der zweiten Konferenz nur eine spärliche gewesen. Zu eingehender Berichterstattung, wenigstens hinsichtlich einzelner Materien, gelangten nur die Delegierten der Marine und des Militärs, Konteradmiral Siegel, der auch schon an der ersten Konferenz teilgenommen hatte, und Generalmajor von Gündell; Freiherr von Marschall aber und Dr. Kriege waren von den zahlreichen Sitzungen und der Vorbereitung auf sie derart in Anspruch genommen, daß sie zu solcher Berichterstattung, die sich fast nur auf spezielle Fragen beschränkte, kaum Zeit fanden. Ein Generalbericht ist von dem sonst so schreibfreudigen Freiherrn von Marschall nur ein einziges Mal eingefordert und erstattet worden: als der Kaiser in der zweiten Hälfte Juli einmal seine Verwunderung darüber ausgesprochen hatte, daß ihm noch nicht ein einziger Bericht Marschalls aus dem Haag vorgelegt worden sei. Im übrigen hat das Auswärtige Amt, das der Delegation im Haag in den Dingen der Konferenz ziemlich freien Spielraum ließ, nie auf eine eingehendere Berichterstattung gedrängt. Einen Ersatz für die mangelnde Berichterstattung während der Tagung der Konferenz gewähren eine Anzahl zusammenfassender Schlußberichte, die Freiherr von Marschall nach Ablauf der Konferenz von seinem Gute Neuershausen aus erstattete. Über die Ergebnisse der Konferenz siehe das deutsche Weißbuch: Ergebnisse der im Jahre 1907 im Haag abgehaltenen Zweiten Internationalen Friedenskonferenz und die weitschichtige Literatur über die Konferenz.

* Bei der „Aufzeichnung über das von der russischen Regierung vorgeschlagene Programm der zweiten Haager Friedenskonferenz" handelt es sich um das Protokoll über die am 21. April, 27., 28., 29. Mai und 6. Juli 1906 im Auswärtigen Amt stattgefundenen kommissarischen Beratungen, an denen Vertreter des Auswärtigen Amts, des Reichsamts des Innern, des Reichsmarineamts, des Admiralstabs der Marine, des Reichspostamts, der preußischen Ministerien des Handels, des Innern und des Krieges sowie des Großen Generalstabes teilgenommen hatten. Vgl. Kap. CLXVII Nr. 7814, S. 83, Fußnote **.

** Die fünf Entwürfe betrafen 1. Verbesserung der Bestimmungen des Haager Schiedsabkommens vom 29. Juli 1899; 2. Ergänzungen zur Haager Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkriegs; 3. Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Seekriegs; 4. Reglement für das internationale Oberprisengericht im Haag; 5. Ergänzung des Haager Abkommens betreffend die Anwendung der Genfer Konvention auf den Seekrieg vom 29. Juli 1899. Ein Abdruck würde zu sehr ins Detail führen.

Interessen ungewöhnliche Schwierigkeiten bietet. Falls diese Frage auf der Konferenz zur Diskussion gestellt wird, würde zunächst eine Erklärung in folgendem Sinne abzugeben sein:

Deutschland habe der Abschaffung des Seebeuterechts von jeher sympathisch gegenübergestanden. Dieser Gegenstand bilde indes nur einen Teil des Komplexes derjenigen Fragen, die sich auf den Schutz des Privateigentums zur See beziehen, und könne daher nicht getrennt erledigt werden. Solle dem Privateigentum zur See im Falle eines Seekriegs ein weitergehender Schutz als bisher gewährt werden, so bedürfe es zunächst einer Erörterung und Entscheidung über andere Fragen des Seekriegsrechts, die bei diesem Gegenstande gleichfalls in Betracht kämen und in solcher Weise geregelt werden müßten, daß die Abschaffung des Seebeuterechts allen Nationen gleichmäßig zugute komme. Erst nach Verständigung über diese Fragen werde es möglich sein, die Tragweite der Abschaffung des Seebeuterechts zu übersehen und endgültig zu ihr Stellung zu nehmen.

Es wird hiernach vom Verlaufe der Konferenzverhandlungen abhängen, ob und nach welchen Richtungen es noch weiterer Instruktionen an die Delegation bedarf. Gegebenenfalls bitte ich solche Instruktionen unter eingehender Darlegung der Sachlage einzuholen.

Abgesehen vom russischen Programm könnten noch folgende politische Fragen zu einer Stellungnahme Anlaß geben.

1. Die Abrüstungsfrage. Wie bekannt, wollen wir uns an einer etwaigen Verhandlung über diese Frage nur insoweit beteiligen, als die Wiederholung des vœu von 1899 ohne Diskussion angenommen wird. Weiteren Verhandlungen würde die Delegation fernzubleiben haben. Sollte man in Petersburg auf den von uns und Österreich-Ungarn gestellten Antrag, wonach der Präsident der Konferenz bei Nichtannahme des vœu die Sitzung wenigstens auf kurze Zeit unterbrechen soll, wider Erwarten nicht eingehen, so würde nur übrig bleiben, daß die ersten bevollmächtigten Delegierten Deutschlands und Österreich-Ungarns folgende kurze Erklärung abgeben: Nach den ihnen erteilten Instruktionen könnten sie sich an den weiteren Verhandlungen über die Abrüstungsfrage nicht beteiligen und bäten daher um Suspendierung der Sitzung, um ihren und etwaigen anderen mit ähnlichen Weisungen versehenen Delegationen die Möglichkeit zu geben, sich von den Verhandlungen zurückzuziehen.

2. Die obligatorische Schiedssprechung. Wenngleich wir uns nach den mit Rußland geführten Verhandlungen auf eine Diskussion über die obligatorische Schiedssprechung nicht einzulassen brauchten, wollen wir uns doch nach den mit Österreich-Ungarn getroffenen Verabredungen einer etwaigen Erörterung dieser Frage nicht von vornherein entziehen. Dabei würden von uns die gegen eine solche Einrichtung sprechenden Gründe geltend zu machen und etwaige gegen unser Votum angenommene Vertragsbestimmungen abzulehnen sein. Dies hätte in der Weise zu geschehen, daß der in Aussicht genommene Zusatzvertrag zum Haager

Schiedsabkommen unter Ausschluß der einschlägigen Bestimmungen gezeichnet würde.

Andererseits wäre es erwünscht, wenn in den Zusatzvertrag Bestimmungen Aufnahme fänden, durch welche die Ausführung einer etwa zwischen Signatarmächten vereinbarten obligatorischen Schiedssprechung für alle Fälle gesichert wird*. Dem Ermessen der Delegation bleibt es überlassen, ob sie entsprechende Vorschläge im Sinne der in der weiteren Anlage enthaltenen Formulierungen vorbringen will.

3. Die Dragotheorie. Die Annahme dieser Theorie ist in jeder Form unerwünscht. Doch würden wir uns, wenn dies für unsere Stellung auf der Konferenz taktisch vorteilhaft erscheint, insoweit darauf einlassen können, als die Theorie nur auf Streitigkeiten über Geldforderungen aus Vertragsverhältnissen zur Anwendung gebracht wird, und als die zu übernehmende Verpflichtung nur darin bestehen würde, vor der Anwendung von Gewalt das Haager Schiedsgericht anzurufen. Das Nähere ergibt sich aus den in der Anlage 7 formulierten Vorschlägen, von denen jedoch der zweite nur im Notfalle vorzubringen wäre **.

Die Behandlung geschäftlicher Fragen glaube ich dem Ermessen der Delegation überlassen zu dürfen. Sollten sich Zweifel ergeben, so würden dieserhalb Instruktionen einzuholen sein.

Bülow

Nr. 7959

Der Erste Delegierte bei der 2. Haager Friedenskonferenz Botschafter Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 7 Scheveningen, den 19. Juni 1907

In der heutigen zweiten Sitzung der Konferenz*** wurde auf Grund einer vorherigen Verständigung unter den großmächtlichen Delegierten die

---

* Dieser Wunsch der deutschen Regierung erklärt sich aus den Erfahrungen, die sie mit dem deutsch-englischen Schiedsvertrage vom 12. Juli 1904 gemacht hatte. In einem Erlaß an Graf Metternich vom 26. April 1907 hatte die deutsche Regierung die Absicht angekündigt, die deutschen Reklamationen wegen des Verhaltens der englischen Truppen und Behörden im Burenkriege gegenüber deutschen Untertanen, und zwar zunächst den Fall Sunkel vor das Haager Schiedsgericht zu bringen. Nach dem von dem englischen Kabinett in dieser Angelegenheit eingenommenen, völlig abweisenden Standpunkte war aber nicht zu erwarten, daß es sich hier der obligatorischen Schiedssprechung unterwerfen werde. Tatsächlich lehnte dann eine englische Note vom 16. September 1907 kategorisch den deutschen Vorschlag ab, die unerledigten Reklamationen dem Schiedsgericht zu unterbreiten. Vgl. Kap. CLXXI, Nr. 7999.

** Die Vorschläge bezweckten eine Einengung des in dem Haager Schiedsabkommen vom 29. Juli 1899 vorgesehenen Verfahrens zur Erledigung von Streitigkeiten über Geldforderungen.

*** Die Konferenz war am 15. Juni eröffnet worden.

Arbeitsverteilung für die Kommissionen vorgenommen. Es werden vier Kommissionen gebildet, die eine für das Schiedsgericht, der wiederum Herr Bourgeois präsidieren soll, eine für die den Landkrieg betreffenden Fragen und zwei Kommissionen für den Seekrieg. Präsident sind Beernaert*, Graf Tornielli und Martens. Ich erklärte darauf, daß ich beauftragt sei, Vorschläge wegen Errichtung eines internationalen Oberprisengerichts zu machen, und ich dieselben bei der Schiedsgerichtskommission unterbreiten werde, da hier enger Konnex mit dem im Jahre 1899 geschaffenen ständigen Schiedsgerichtshof insofern bestehe, als unsere Vorschläge ebenfalls den Zweck verfolgten, internationale Streitigkeiten auf friedlichem Wege zu schlichten. Sofort erhob sich der erste englische Delegierte, um seine volle Zustimmung zu unserem Gedanken auszusprechen. Die gleiche Erklärung gab der amerikanische Delegierte ab. Letzterer bemerkte sodann, er beabsichtige in der Schiedsgerichtskommission auch die Beschränkung von Waffengewalt zur Eintreibung von Geldforderungen zur Sprache zu bringen.

Vertraulich sagte mir Sir Edward Fry, er beabsichtige zu unseren Anträgen bezüglich des Oberprisengerichts das Amendement einzubringen, daß dasselbe nur von Neutralen, nicht aber von Kriegführenden angerufen werden könne. Das ist wohl eine Konsequenz der englischen Vorschläge über Seebeuterecht und Konterbande**, über die ich bereits berichtet habe.

Marschall

Nr. 7960

*Der Reichskanzler Fürst von Bülow an Kaiser Wilhelm II.****, z. Z. auf der Nordlandreise*

Ausfertigung

Berlin, den 26. Juli 1907

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät bitte ich über den bisherigen Verlauf der zweiten Haager Friedenskonferenz folgendes in tiefster Ehrfurcht berichten zu dürfen.

Die Konferenz hat in sechswöchiger Tagung nur geringe greifbare Ergebnisse erzielt, was bei der heiklen Natur der zur Beratung stehenden

---

* Belgischer Staatsminister.

** Vgl. Kap. CLXXII.

*** Die Erstattung des Immediatberichts erfolgte auf eine Äußerung des Kaisers hin, „die Konferenz scheine bisher wenig praktische Resultate erzielt zu haben, denn ihm sei bis jetzt noch kein einziger Bericht des Botschafters Freiherrn von Marschall vorgelegt worden." Die Bemerkung des Kaisers gab Veranlassung, daß bei Freiherrn von Marschall die Erstattung eines Berichts über die bisherigen Arbeiten und dei Aussichten der Konferenz angeregt wurde. Siehe das folgende Schriftstück.

Gegenstände, der großen Zahl der Teilnehmer und dem Widerstreite der trotz aller internationalen Friedensphantasien zu wahrenden nationalen Interessen nicht überraschend ist.

Die Beratungen finden in vier Kommissionen statt, von denen sich die ersten drei in je zwei Unterkommissionen geteilt haben.

In der ersten Kommission, die unter dem Vorsitze des früheren französischen Ministers des Äußern Bourgeois steht, und die sich mit dem Ausbaue des internationalen Schiedswesens befaßt, wird der deutsche Vorschlag über die Errichtung eines internationalen Oberprisengerichts beraten, der von der Konferenz seinerzeit mit großem Beifalle begrüßt und als Zeichen dafür gedeutet worden ist, daß Deutschland mit praktischem, auf das Erreichbare gerichteten Sinne an den Arbeiten der Konferenz tätigen Anteil zu nehmen gedenkt. Dem deutschen Vorschlage steht ein englischer Antrag gegenüber, der auf zum Teil abweichenden Wegen gleichfalls die Einführung einer internationalen Prisengerichtsbarkeit erstrebt. Ein Kompromiß zwischen den beiden Anträgen wird voraussichtlich das Ergebnis sein.

Die zweite Kommission, die sich unter dem Vorsitze des belgischen Staatsministers Beernaert mit dem Landkriegsrechte beschäftigt, ist bisher zu keinem abschließenden Ergebnisse gelangt, da die Unterkommissionen mit den Entwürfen und Vorschlägen noch beschäftigt sind.

Die dritte Kommission, der einzelne Fragen des Seekriegsrechts zugewiesen sind, und deren Verhandlungen von dem italienischen Botschafter in Paris Grafen Tornielli geleitet werden, hat kürzlich ihre Beratungen über die Anwendung der im vorigen Jahre revidierten Genfer Konvention auf den Seekrieg zu Ende geführt. Den Beratungen lag ein von der deutschen Delegation überreichter Vertragsentwurf zugrunde, der dem Grafen Tornielli Anlaß zu Worten dankbarer Anerkennung gegeben und nach dem Ausspruche des zum Berichterstatter bestellten französischen Kommissionsmitglieds die Arbeit wesentlich erleichtert hat. Dank den deutschen Vorarbeiten war die dritte Kommission in der Lage, dem Plenum der Konferenz den ersten fertigen Entwurf — ganz im Sinne der deutschen Vorschläge — zur Beschlußfassung vorzulegen.

In der vierten Kommission, die unter dem Vorsitze des zweiten russischen Delegierten von Martens unter anderem über Seebeuterecht und Konterbande zu beraten hat, ist der Antrag der Vereinigten Staaten von Amerika auf Abschaffung des Seebeuterechts an dem Widerspruch Englands und Rußlands gescheitert, der bei Frankreich, Spanien, Japan und mehreren kleineren Staaten Unterstützung fand. Euerer Majestät erster bevollmächtigter Delegierter Freiherr von Marschall hat sich weisungsgemäß auf die Erklärung beschränkt, daß Deutschland der Abschaffung des Seebeuterechts von jeher sympathisch gegenübergestanden habe, seine endgültige Stellungnahme zu dem amerikanischen Vorschlag aber von der vorherigen Regelung anderer mit dem Seebeuterecht im Zusammenhange stehender Fragen des Seekriegs abhängig machen müsse.

um Sicherheit dafür zu gewinnen, daß der Schutz des Privateigentums zur See allen Nationen gleichmäßig zugute komme. Zwei von Belgien und von Brasilien eingebrachte Vermittelungsvorschläge über den Schutz des Privateigentums zur See wurden zurückgezogen, da sie bei der ablehnenden Haltung insbesondere Englands, Rußlands, Spaniens und Japans ebensowenig wie der amerikanische Vorschlag Aussicht hatten, einstimmig angenommen zu werden. Dem englischen Vorschlag auf Abschaffung des Begriffs der Konterbande wird angesichts der von Deutschland, Frankreich und anderen Mächten eingenommenen Stellung kein günstigeres Schicksal beschieden sein.

Der Abrüstungsvorschlag, dessen Ankündigung seinerzeit so viel Staub aufgewirbelt hat, ist von den englischen Delegierten noch nicht eingebracht worden, wird aber für die nächsten Tage erwartet.

Euerer Majestät bevollmächtigten Delegierten sind bei ihrer Entsendung nach dem Haag eingehende Instruktionen* mitgegeben worden, die unter Zuziehung von Vertretern der Militär- und Marineressorts und der sonst beteiligten Ressorts des Reichs wie Preußens im Auswärtigen Amte ausgearbeitet sind. Diese Instruktionen haben sich bisher als ausreichend erwiesen, sodaß sich die Delegierten nur in Einzelheiten zur Einholung weiterer Weisungen genötigt sahen. Im Hinblick auf die ungeklärte Lage der Konferenzarbeiten und die Geringfügigkeit der bisher erzielten Ergebnisse haben sich die Delegierten im übrigen darauf beschränken können, die gedruckten Protokolle der Konferenzsitzungen hierher einzureichen, die über den Gang der Verhandlungen Aufschluß geben, ohne bisher ein allgemeineres politisches Interesse zu bieten.

Wir können auf den bisherigen Verlauf der Verhandlungen mit Befriedigung zurückblicken. Wie mir bekannt geworden ist, haben wiederholt ganz unparteiische Personen, die im Haag gewesen sind und zu Mitgliedern der Konferenz nahe Beziehungen unterhielten, hervorgehoben, welch vorzüglichen Eindruck die deutsche Delegation und ihre gründliche Vorbereitung für die Aufgaben der Konferenz allseitig gemacht haben. Auch die Presse hat sich durchweg in einem günstigen Sinne geäußert und hat das Bestreben Deutschlands anerkannt, eifrig und ernst an den Fragen der Konferenz mitzuarbeiten.

Die Erstattung eines weiteren alleruntertänigsten Berichts darf ich mir ehrfurchtsvoll vorbehalten.

Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Gut! Sassnitz 30/VII 07 W.

---

* Siehe Nr. 7958.

Nr. 7961

Der Erste Delegierte bei der 2. Haager Friedenskonferenz Botschafter Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 24 Scheveningen, den 28. Juli 1907

Sechs Wochen sind nunmehr vergangen, seitdem die zweite Friedenskonferenz zusammengetreten ist. Und noch hat sie nach außen hin erkennbare positive Arbeit nicht geleistet. Denn die paar ergänzenden Bestimmungen über das Rote Kreuz im Seekriege, die wir definitiv beschlossen haben, sind allzu bescheiden, um als Leistung zu gelten. Und doch war Mühe und Arbeit sehr groß. Seitdem ich mich aufs juristische Examen vorbereitet habe[1], bin ich nicht so angestrengt fleißig gewesen als in den vergangenen Wochen. Was man allein an Drucksachen zu lesen hat, ist erstaunlich. Dazu fast täglich zwei Sitzungen, dann die Vorbereitung auf die Diskussion, die umso schwieriger ist, als dieselbe fast ausschließlich in französischer Sprache stattfindet; ferner die zahllosen vertraulichen Besprechungen mit den Delegierten anderer Staaten, um Kompromisse anzubahnen. Überaus zeitraubend ist auch der Verkehr mit der Presse. Endlich — last not least — die sogenannten geselligen „Vergnügungen", die täglich um 8 Uhr mit einem Diner beginnen und meist erst um Mitternacht mit jener qualvollen Einrichtung enden, die man einen „Rout" zu nennen pflegt.

Man kann sich unmöglich einen ungefügigeren Versammlungskörper denken als diese Friedenskonferenz. In ihr sind 46 Staaten mit zirka 250 Delegierten vertreten. Dabei fehlt das einzige Mittel, mit welchem man eine größere Versammlung dirigieren kann, nämlich das Majoritätsprinzip. Man kann wohl in einer Kommission eine Abstimmung vornehmen, um die Chancen irgend eines Prinzips oder Antrags zu prüfen. Aber praktisch sind diese Abstimmungen ohne Wert, da am letzten Ende Einstimmigkeit erforderlich ist. Selbst bezüglich der Rangordnung der Staaten sind wir ganz demokratisch. Maßgebend dafür ist allein das französische Alphabet. Darum rangiert Deutschland an erster Stelle, während sich Großbritannien und Frankreich mit dem Platze hinter Brasilien, Bolivien, Ecuador und andern begnügen müssen.

Eine Diskussion im Plenum ist natürlich ganz ausgeschlossen. Auch ist die Akustik des „Rittersaales" so schlecht, daß man bei großer Aufmerksamkeit wohl seinen Nachbar, aber sonst niemanden verstehen kann. Als in der letzten Plenarsitzung über die Genfer Konvention der erste englische Delegierte das Wort ergriff, um eine Reserve zu machen, bestand nachher unter den Delegierten lebhafter Streit darüber, ob er englisch oder französisch gesprochen habe[2]. Unter diesen Umständen sind

Kommissionen für alle Fragen unentbehrlich. Da aber wegen Ausschluß des Majoritätsprinzips eine Wahl unmöglich ist, so werden die Kommissionen in der Weise gebildet, daß jede Delegation so viele Mitglieder in dieselbe entsendet, als es ihr beliebt. Natürlich werden dadurch die Kommissionen fast ebenso groß wie das Plenum. Es müssen daher Subkommissionen gebildet werden, bei denen im wesentlichen sich dasselbe Spiel wiederholt. Nur finden die Sitzungen in einem kleineren Lokale statt, welches den Vorzug hat, daß man etwas hört. Im ganzen sind vier Kommissionen gebildet worden, von denen die drei ersten in zwei Subkommissionen geteilt sind. Charakteristischerweise beschäftigt sich nur die erste Subkommission der ersten Kommission mit dem Frieden, nämlich mit dem Schiedsgerichte und dem Schiedsgerichtshofe. Alle anderen Kommissionen und Subkommissionen beziehen sich lediglich auf den Krieg zu Lande und zur See, auf die Rechte und Pflichten der Neutralen, auf Seebeuterecht, Konterbande und Prisenrecht und anderes. Eine besondere Stellung auf der Friedenskonferenz nimmt die Subkommission ein, die sich mit dem Legen von Seeminen und dem Bombardement freier Städte befaßt. Man nennt dieselbe allgemein die „Commission explosive", und ihr Präsident, der sanfte und friedliche Graf Tornielli, klagt mir fast täglich darüber, daß die Admirale überall auf dem Weltmeer Minen legen wollten[3]. Ich konnte ihn leider nicht trösten, da meine Erfahrungen auf dem Gebiete der Seeminen zu geringe sind, um erfolgreich in die Diskussion einzugreifen. Das Überwiegen der Kriegsfragen zieht uns natürlich manchen Spott und von seiten der Pazifisten, als da sind Mr. Stead und Bertha von Suttner, sogar kräftige Angriffe zu*. Als jüngst Nachrichten eingingen über zunehmende Spannung zwischen den Vereinigten Staaten und Japan, meinte ein Witzbold, die Friedenskonferenz werde, um ihrem Namen Ehre zu machen, beschließen, daß der nächste Krieg im „Pacific" stattfinden solle.

Vorbereitet auf die Verhandlungen sind eigentlich nur Deutschland,

---

* Über solche Angriffe Steads berichtete Graf Metternich am 29. Juli (Nr. 636) aus London: „Mr. Stead, der vom Haag auf einen kurzen Besuch nach London zurückgekehrt ist, hat sich einem Vertreter der Presse gegenüber sehr entrüstet über die Haltung der englischen Delegierten auf der Haager Konferenz ausgesprochen. Er sei, so erklärte Mr. Stead, nach England herübergekommen, um zu sehen, ob Sir Henry Campbell-Bannerman noch am Ruder sei, oder ob die englischen Delegierten im Haag jetzt ihre Instruktionen von dem englischen Botschafter in Paris Sir Francis Bertie erhielten, der als Gegner der Abrüstungspolitik bekannt sei. Die englischen Delegierten hätten nichts für die Sache des Friedens geleistet und hätten es fertig gebracht, Englands Renommee als eines Vorkämpfers des Friedensgedankens gänzlich zu vernichten. —

Bis zum vergangenen Dienstag hätte man alle Hoffnung aufgegeben, daß die Konferenz eine Friedenskonferenz werde, da sie bis dahin den Charakter einer Kriegskonferenz getragen habe. Nach den vom Baron Marschall am Dienstag gegebenen Erklärungen aber könne man jetzt die Hoffnung hegen, daß die Konferenz sich noch ‚unter Deutschlands und Amerikas Führung' zu einer Friedenskonferenz gestalten werde." Vgl. dazu auch Bertha von Suttner, Der Kampf um die Vermeidung des Weltkriegs, hrsg. von A. Fried, II, 42.

Frankreich, England und die Vereinigten Staaten nach dem Haag gekommen. Sie haben alsbald nach dem Zusammentritt der Konferenz eine Reihe formulierter Anträge über die verschiedensten Materien gemacht. Gänzlich unvorbereitet kam Rußland[4], das als Einberufer der Konferenz vielleicht Anlaß zu einer gewissen Vorarbeit gehabt hätte. Nach dem Zusammentritt der Konferenz aber sind, namentlich auch von kleineren Staaten, eine ganze Unmenge von Anträgen eingelaufen, welche in so mannigfach verschiedener Weise die schwebenden Fragen zu lösen trachten, daß eine Beratung der einzelnen Anträge im parlamentarischen Sinne ganz ausgeschlossen war. Man griff daher zu dem Auskunftsmittel, sogenannte „questionnaires" aufzustellen, welche den Inhalt der gestellten Anträge in der Form von Prinzipienfragen wiedergeben. Diese „questionnaires" werden dann in den Subkommissionen Punkt für Punkt diskutiert. Und wenn nach einer Reihe von Sitzungen allgemeine Erschöpfung eintritt, wird die Sache einem „comité de rédaction" überwiesen, das aus neun bis zwölf Mitgliedern besteht und die Aufgabe hat, positive Vorschläge zu machen. Ein Franzose bezeichnete mir diese engeren Komitees nicht unpassend als „creusets", was, soviel ich weiß, „Schmelztiegel" heißt. Eine besonders elegante Art hat Monsieur Bourgeois, wenn er als Präsident einer Subkommission die Bildung eines solchen Komitees vorschlägt. Er pflegt dann, obgleich regelmäßig gerade in den Prinzipienfragen alles auseinandergeht, seinen bezüglichen Vorschlag mit den Worten zu begründen: „La discussion ayant constaté un accord complet sur les principes" usw.

Jetzt erst, nach langen und mühevollen sechs Wochen kann man inmitten des dunklen Wirrwarrs der Verhandlungen, wenn auch erst in weiter Ferne, ein kleines Licht erblicken, von dem es aber noch keineswegs feststeht, ob es nicht ein Irrlicht ist. Als ziemlich sicher kann gelten, daß in der Frage des Seekriegsrechtes nicht viel herauskommen wird. Bezüglich des Seebeuterechtes haben sich die beiden Antipoden England und die Vereinigten Staaten grimmig bekämpft, indem letztere für die Abschaffung, ersteres für die Beibehaltung mit allem Aufwand der Rethorik plädierten. Schließlich blieb Amerika formell, England aber materiell Sieger. Der Antrag auf Abschaffung des Seebeuterechtes wurde mit der großen Majorität von 27 zu 11 Stimmen angenommen. Aber eben darum wird es bleiben. Ich habe mich im Prinzip für den amerikanischen Vorschlag ausgesprochen, aber mit dem Vorbehalt, daß zuerst die Fragen der Konterbande und der Blockade in einer Weise geregelt werden müßten, daß die Abschaffung effektiv werde. Mit diesem Vorbehalt habe ich bei der Abstimmung über den amerikanischen Antrag mit „ja" gestimmt. Herr Bourgeois, der bei der Abstimmung neben mir saß, und der ersichtlich sehr gern ebenso gestimmt hätte wie ich, sagte mir, als das Resultat verkündet wurde: „Vous avez une manière très élégante de dire ‚non' en disant ‚oui'". Das ist ein Zeugnis dafür, daß unsere Taktik richtig war.

Auch bezüglich der Konterbande wird wahrscheinlich nichts Erheb-

liches herauskommen. Der englische Antrag, die Konterbande abzuschaffen, dieselbe aber in verschärfter Form im Wege der Definierung von Kriegsschiffen wieder einzuführen, ist doch zu durchsichtig englisch, um in einer Weltkonferenz Aussicht auf Erfolg zu haben. Sowohl die Vereinigten Staaten wie Frankreich haben diesen Vorschlag sehr kräftig bekämpft. Auch wir sind dagegen aufgetreten. Ob unsere eigenen Vorschläge, welche die ganze Frage in einer Weise ordnen wollen, welche den Kriegführenden und den Neutralen und gleichzeitig den Interessen der Kontinentalstaaten wie der Inselstaaten gerecht wird, Aussicht haben, erscheint angesichts der Haltung Englands mehr als zweifelhaft. Auch bezüglich der Seeminen wird möglicherweise alles beim alten bleiben, und das wäre schließlich kein großer Schade. Dagegen haben wir uns in der Frage der Errichtung eines internationalen Oberprisengerichts mit den Engländern soweit verständigt, daß die Stellung eines gemeinsamen Antrages möglich sein wird*.

Unsere Anträge bezüglich der Rechte und der Pflichten der Neutralen haben Aussicht, in einigen wesentlichen Punkten angenommen zu werden. Der amerikanische Antrag — Antrag Porter —, dahin gehend daß wegen Kontraktschulden eine bewaffnete Intervention gegen einen Staat nicht eintreten dürfe, es sei denn, daß man dem Schuldner zuvor ein Schiedsgericht angeboten und dieser dasselbe entweder abgelehnt hat, oder daß er sich weigert, den ergangenen Schiedsspruch auszuführen, hat zwar gestern fast einstimmige Annahme gefunden, aber eine Reihe von südamerikanischen Staaten haben dabei starke Reserven gemacht. Diese wollen nämlich ihre Schulden überhaupt nicht bezahlen und trotzdem gegen bewaffnete Intervention geschützt sein.

Der Schwerpunkt der ganzen Konferenz hat sich allmählich auf die erste Subkommission der ersten Kommission geschoben, die, wie gesagt, die einzige ist, die vom Frieden redet. Davon, ob hier etwas zustande kommt, wird es abhängen, ob im Jahre 1907 eine Friedens- oder eine Kriegskonferenz getagt hat. Es handelt sich dabei wesentlich um zwei Fragen, einmal, ob es möglich ist, die obligatorische Schiedsklausel in irgend einer, wenn auch noch so beschränkten Weise in einem Weltvertrag zu stipulieren, und dann, ob man einen ständigen Schiedsgerichtshof errichten kann oder nicht. In letzterer Beziehung sind die Chancen nicht schlecht, obgleich die Zusammensetzung große Schwierigkeiten bieten wird. Denn voraussichtlich werden alle Staaten Mitglieder dahin entsenden wollen, aber mit 46 Richtern, die nicht einmal alle dieselbe Hautfarbe besitzen, kann man keinen Gerichtshof bilden. Ich habe mich im Prinzip für den Gedanken ausgesprochen, der viele Anhänger in der Konferenz besitzt**.

---

* Vgl. darüber O. Nippold, Die zweite Haager Friedenskonferenz, I, 159f.

** Tatsächlich scheiterten die auch von Deutschland lebhaft unterstützten Bestrebungen auf Errichtung eines ständigen Weltschiedshofs an der Schwierigkeit der Zusammensetzung.

Die allerschwierigste Frage ist aber die obligatorische Schiedsklausel[5]. Die Vereinigten Staaten haben einen Antrag dahin gestellt, daß für juristische Fragen und solche, die sich auf die Auslegung internationaler Verträge beziehen, das Schiedsgericht obligatorisch sein soll mit Ausnahme der Fälle, wo es sich um die Ehre, die vitalen Interessen und die Unabhängigkeit eines Staates handelt. Ob eine solche Ausnahme vorliegt, soll der Staat allein entscheiden, der dies behauptet. Außerdem soll jeder Staat berechtigt sein, jederzeit mit sechsmonatlicher Frist den Vertrag entweder allgemein oder bestimmten Staaten gegenüber zu kündigen[6]. Der Antrag erinnert stark an das Messer ohne Klinge, dem das Heft fehlt. Denn wo bleibt die obligatorische Klausel, wenn jeder Staat tun und lassen kann, was ihm gerade paßt? Trotzdem und vielleicht gerade deshalb hat der Antrag Anklang und unter anderem die Unterstützung Englands und Österreich-Ungarns gefunden.

Monsieur Bourgeois, der Vorsitzende der fraglichen Kommission, setzt seine ganze Kraft daran, uns zu irgend einem Kompromiß mit ihm bezüglich einer obligatorischen Schiedsgerichtsklausel zu bewegen. Er würde sich mit sehr wenigem, unter anderem damit begnügen, daß für ein eng begrenztes Terrain, vielleicht den einen oder anderen bestehenden Vertrag universellen Charakters eine solche Klausel stipuliert werde. Die Franzosen haben von Anfang an die freundschaftlichsten Beziehungen mit uns angeknüpft und sowohl geschäftlich wie sozial mit uns unterhalten, während bei ihnen irgend ein Merkmal von Intimität weder den Engländern, noch weniger den Russen gegenüber wahrnehmbar gewesen ist. Bourgeois würde es offenbar als ein politisch günstiges Moment betrachten, wenn es gelänge, diese wichtigste Frage der Konferenz durch einen gemeinschaftlichen deutsch-französischen Antrag der Lösung zuzuführen. Ich kann ihm darin auch von unserem Gesichtspunkte aus rein politisch genommen nicht unrecht geben. Allein bisher ist keine Basis der Verständigung vorhanden. Ich habe in meiner letzten Rede die schweren Bedenken gegen jede obligatorische Schiedsklausel in einem Weltvertrage eingehend dargelegt[7], aber die Brücken nicht abgebrochen. Ein schroffes prinzipielles „Unannehmbar" von meiner Seite würde natürlich eine sofortige Lösung der Frage in negativem Sinne bewirkt haben; denn von den europäischen Großmächten hat eigentlich keine eine rechte Freude an der Sache; wohl würde es einigen derselben besonderes Vergnügen bereiten, wenn sie uns als Störenfriede bezeichnen könnten. Die Frage ist jetzt der „commission de rédaction" überwiesen. In derselben werden wir mitraten. Ob es dabei zu irgend einem Vorschlage kommen wird, der für uns äußersten Falles annehmbar wäre[8], steht natürlich dahin.

Wenn ich nunmehr auf einige der hervorragendsten Persönlichkeiten der Konferenz eingehe, so ist neben Bourgeois zweifellos der Amerikaner Mr. Choate die markanteste Persönlichkeit. Ein Mann von ungewöhnlicher Intelligenz, von tiefem juristischen Wissen, gepaart mit großer politischer Geschicklichkeit, hat sich Mr. Choate sofort eine große Stellung

geschaffen. Bei seiner Beredsamkeit ist es bedauerlich, daß er der französischen Sprache nicht mächtig ist und daher nur englisch spricht. Aber obgleich die Zahl derer, die ihn verstehen, eine beschränkte ist, sind seine Reden doch sehr wirksam. Er sowohl wie sein Kollege General Porter haben sich sofort aus eigener Initiative uns genähert und uns in einer Reihe von Fragen wirksam unterstützt. Dagegen scheint mir das Verhältnis zwischen den Amerikanern und den Engländern einigermaßen kühl zu sein. Ich kann mich nach dem, was ich in dieser Beziehung sehe, des Gedankens nicht erwehren, daß das amerikanisch-englische Verhältnis, auf das man in London so großen Wert legt, in zunehmendem Maße erkaltet, seitdem England der Verbündete Japans geworden ist[9].

Die englische Delegation ist sehr eigenartig zusammengesetzt. An ihrer Spitze steht Sir Edward Fry, ein Mann von 82 Jahren, Quäker, der Typ eines englischen Juristen und gewiß ein vortrefflicher Oberrichter. Er ist mir sofort vertrauensvoll entgegengekommen. Aber der gute alte Herr ist ganz weltfremd und in dem modernen politischen Leben gänzlich unerfahren. Ein Beispiel in dieser Beziehung. Gleich nach Beginn der Konferenz ließ er sämtliche englische Korrespondenten zu sich rufen und eröffnete ihnen, es seien viel zu viel „reporters" hier, und er rate ihnen, wieder nach Hause zu gehen, da sie von ihm nichts erfahren würden. Aber damit nicht genug, hat sich Sir Edward inzwischen bei dem Präsidenten Nelidow darüber beschwert, daß aus der Konferenz so viel in die Presse komme. Herr Nelidow hat darauf in einem Zirkular eine neue Mahnung zur Geheimhaltung an die Mitglieder erlassen und dabei bemerkt, daß dies auf den Wunsch einer großmächtlichen Delegation geschehe. Privatim sagt er jedermann, daß es die englische gewesen sei. Nun steht natürlich auch dieser Vorgang nebst Kommentar in der englischen Presse. Es ist schwer, wirksamere Mittel zu finden, um sich eine schlechte Presse zu verschaffen, als diejenigen, welche Sir Edward verwendet hat*. Der zweite Delegierte Sir Ernest Satow, der früher in

---

* In der englischen Presse wurden um die gleiche Zeit Stimmen laut, die die Haltung der deutschen Delegierten im Gegensatz zu der der eigenen rühmten. So berichtete Graf Metternich am 31. Juli (Nr. 645): „Die ‚Daily News' beklagt sich heute wieder an leitender Stelle über die Haltung Englands auf der Haager Konferenz. Der Ruhm auf der Konferenz sei bisher Deutschland und den Vereinigten Staaten zugefallen. Wenn man einen Vergleich zwischen der Haltung Deutschlands und Englands ziehe, so müsse man die alte Einteilung der Mächte in liberale und reaktionäre aufgeben. Englands Stellungnahme zur Frage des Seebeuterechts müsse in Deutschland Mißtrauen hervorrufen, sie habe England eines moralischen Prestiges beraubt und diene dazu, das Mißtrauen, welches immer noch die offiziellen Kreise Englands von denen Deutschlands trenne, fortbestehen zu lassen. Man müsse hoffen, daß noch in elfter Stunde eine Abänderung in den Instruktionen Sir Edward Frys erfolgt. — Auch der ‚Daily Chronicle' findet es bedauerlich, daß die Leitung auf der Konferenz, die England hätte ergreifen müssen, eigentlich den Vereinigten Staaten und Deutschland zugefallen sei. Doch sei es erfreulich, daß durch die Stellungnahme des Baron Marschall wie die der Delegierten der Vereinigten Staaten die Friedensidee auf der Konferenz an Boden gewonnen habe."

der diplomatischen Laufbahn und auch Gesandter in Peking war, ist meines Erachtens der bedeutendste unter den englischen Delegierten. Aber Sir Edward Fry will anscheinend sich das Heft nicht aus den Händen nehmen lassen. Er läßt Satow, der ziemlich gut französisch spricht, nicht reden, sondern radebrecht selber ein Französisch mit englischer Aussprache, das kaum zu verstehen ist. Der dritte Delegierte Lord Reay ist holländischen Ursprungs. Er spricht vortrefflich französisch und hat sich durch seine rein sachliche Haltung wie seine persönliche Liebenswürdigkeit viele Freunde auf der Konferenz gemacht.

Wenig Gutes ist von den Russen zu sagen. Herr Nelidow ist ein Diplomat ganz alter Schule, dabei selbst alt, unsicher und konfus, um nicht zu sagen unzuverlässig. Ihm sind die Ehren des Präsidenten zugefallen. Aber auf den Gang der Geschäfte übt er kaum einen Einfluß aus. Dabei steht er mit den anderen Mitgliedern seiner Delegation, wie dies bei den Russen üblich ist, auf schlechtem Fuße. Dies Verhältnis wird schon äußerlich dadurch angedeutet, daß die russische Delegation teils in Scheveningen, teils im Haag wohnt, und auch an diesen Orten in verschiedenen Hotels. Es scheint im Schoße dieser Friedensdelegation bereits schlimme Händel gegeben zu haben. Als jüngst Herr Nelidow im hiesigen Palace Hotel einen großen Ball gab, erzählten seine eigenen Kollegen, wieviel er für dieses Fest von der Regierung erhalten und wie wenig er dafür ausgegeben habe. Bei den Holländern ist Herr Nelidow wenig beliebt, weil seine erste Amtshandlung darin bestand, Polizeiagenten zum Schutze seiner Person zu verlangen[10]. Sie sind ihm auch gewährt worden, aber ungern. — Bezüglich des Herrn von Martens hatte ich mich schon vorher keiner Illusion hingegeben. Er ist, wie man im gewöhnlichen Leben sagt, ein „Schaumschläger“[11], aber keineswegs ein solcher erster Klasse. Er ist eitel, besitzt kein gründliches Wissen und ist mit einem geradezu erstaunlichen Übermaße von Mangel an Takt begabt. Er hat die Unklugheit begangen, sich zum Präsidenten einer der schwierigsten Kommissionen, nämlich derjenigen des Seekriegsrechtes ernennen zu lassen. Bei dieser Amtsführung hat er mit unnachahmlicher Sicherheit jede sich irgendwie darbietende Gelegenheit ergriffen, um sich bloßzustellen. Auch die verschiedenen Rettungsversuche, die Herr Bourgeois in solchen Fällen anstellte, sind ohne Erfolg geblieben, und man kann wohl sagen, daß Herr von Martens für diese Konferenz abgetan ist[12]. Wenig rühmlich hat sich auch der russische Oberst Michelson hervorgetan. Die Franzosen hatten einen sehr verständigen Antrag über die Erfordernisse der Kriegserklärung eingebracht, den ich sofort ohne Reserve annahm. Da hielt dieser Oberst eine Rede zugunsten der Einführung eines „délai“[13] für den Beginn der Feindseligkeiten mit einer längeren Begründung, die darin gipfelte, daß der Krieg etwas sehr Schreckliches[14] sei und man daher alles tun müsse, um noch in letzter Stunde die Möglichkeit einer Mediation zu schaffen, damit das Unheil verhütet werde. Es war eine Rede, die, von Bertha von Suttner gehalten, verständlich gewesen wäre,

aus dem Munde eines Obersten dagegen bei den Offizieren und auch bei Zivilisten geradezu Ärgernis erregte.

Einen bedeutenden Mann habe ich in dem ersten japanischen Delegierten Tsudzuki kennen gelernt[15]. Er hat seine Studien in Deutschland gemacht, spricht geläufig unsere Sprache und schwärmt für unser Land wie seine Einrichtungen. Er hat die höchste Verehrung für Seine Majestät den Kaiser und hat mir in größter Dankbarkeit von dem gnädigen Empfange gesprochen, den er bei allerhöchstdemselben jüngst gefunden hat.

Von anderen Delegierten möchte ich noch zwei Persönlichkeiten nennen, den argentinischen Minister Drago und den Brasilianer Ruy Barbosa. Ersterer ist Erfinder der sogenannten Dragotheorie, die im wesentlichen besagt, daß es ein unveräußerliches Attribut der Staatssouveränität sei, seine Schulden nicht zu bezahlen[16], und daß es völkerrechtswidrige Barbarei sei, wenn europäische Staaten gewaltsam zugunsten der Beitreibung solcher Schulden intervenierten. Diese Theorie hat in Mittel- und Südamerika begeisterte Anhänger gefunden. Die Nordamerikaner haben dieselbe allerdings durch den obenerwähnten Antrag Porter stark beschnitten. — Herr Ruy Barbosa hat sich dadurch hervorgetan, daß er der längste und langweiligste Dauerredner oder richtiger gesagt Vorleser ist, den ich je gehört habe. Er liest stundenlang in den Kommissionen Reden vor. Was sie enthalten, weiß ich nicht, da ich nicht zuhöre. Nur manchmal klingt ein kräftig betontes Schlagwort „culture", „civilisation", „indépendence", „liberté" und dergleichen an mein Ohr. Natürlich läßt der Ruhm Barbosas die Vertreter der übrigen Staaten Südamerikas nicht schlafen; sie tun desgleichen. Man sagt, daß Ruy Barbosa sich durch seine hiesigen Konferenzreden die Anwartschaft auf die Präsidentschaft Brasiliens gesichert habe und man in Rio beabsichtige, ihn bei seiner Rückkehr mit einem Fackelzug und Feuerwerk zu empfangen[17]. Relata refero.

Zum Schluß möchte ich mir noch einige Bemerkungen über die hiesigen Preßverhältnisse gestatten. Im Widerspruche zu der Taktik Sir Edward Frys und in Nichtachtung der Mahnungen Nelidows pflege ich die Korrespondenten hervorragender Blätter zu empfangen und ihnen zu sagen, was ich für richtig halte. Ich glaube, die Konferenz hat ein Interesse daran, daß die Presse richtig informiert werde[18]. Sonst schreibt dieselbe Falsches oder garnichts über die Konferenz. Beides ist nicht wünschenswert. Die Anordnungen, die Herr Nelidow bezüglich der Presse getroffen hat, sind durchaus ungenügend. Er läßt den Korrespondenten durch den russisch-polnischen Grafen Prozor täglich eine Übersicht über das Verhandelte zustellen, die so dürftig ist, daß ein französischer Journalist mir dieselbe als „une lanterne sans lumière" bezeichnete. Die deutschen Spezialkorrespondenten, die beim Beginne der Konferenz hier waren, sind alle längst wieder abgereist. Vertreter haben nur noch die „Kölner" und die „Frankfurter Zeitung". Dagegen ist die fremde und namentlich

die englische Presse durchweg stark vertreten. Und während die großen Telegraphenagenturen, Reuter, Agencia Stefani, Agence Havas und die amerikanische Associated Press hier während der ganzen Konferenz durch hervorragende Leute vertreten sind, läßt das deutsche Wolffsche Büro[19], wahrscheinlich aus Sparsamkeitsrücksichten, nachdem es acht Tage lang einen Spezialvertreter hier gehabt hatte, sich wieder durch ein mir völlig unbekanntes holländisches Büro mit Nachrichten versorgen, die ausschließlich aus der erwähnten russisch-polnischen Laterne ohne Licht herrühren. Eine Lücke wird dadurch für mich nicht geschaffen, da ich bei meinen Beziehungen in der Lage bin, Mitteilungen oder Richtigstellungen auf andere wirksamere Weise in die ausländische Presse zu bringen.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Hübsche Aufgabe für einen Diplomaten von Fach
[2] !
[3] natürlich
[4] !!
[5] geht ja doch nicht!
[6] Blech!
[7] richtig
[8] ich glaube kaum
[9] ganz natürlich!
[10] !
[11] richtig!
[12] bravo!
[13] weil die Russen eine so langsame Mobilmachung haben!
[14] !!
[15] richtig!
[16] gut!
[17] !
[18] ja
[19] !
Schlußbemerkung des Kaisers:
Vorzüglich!

Nr. 7962

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Nr. 671 London, den 6. August 1907

Sir Edward Grey machte heute einige allgemeine Bemerkungen über den Fortgang der Verhandlungen auf der Haager Konferenz. Während anfangs dort eine gewisse Verworrenheit über die Behandlung der verschiedenen in Betracht kommenden Materien geherrscht habe, schiene jetzt mehr Klarheit in die Verhandlungen zu kommen, und es sei anzu-

nehmen, daß mit Ende des Monats die Konferenz beendigt würde. Es erscheine wünschenswert, daß in Zukunft vor Zusammentritt einer neuen Haager Konferenz die Regierungen über ihr jeweiliges Programm sich schon vorher ins Benehmen setzten, damit die Arbeiten auf der Konferenz von vornherein einen raschen Gang nehmen könnten.

Ich bemerkte, er habe mir im vergangenen Winter die Absicht kundgegeben, über die Haltung der englischen Regierung zum Konferenzprogramm mit uns in Verbindung zu treten, es dann aber unterlassen, dies zu tun*. Der Minister erwiderte, die verschiedenen Behörden seien hier mit der Prüfung des Programms nicht rechtzeitig zustande gekommen. Die parlamentarischen Arbeiten nähmen hier so viel Zeit in Anspruch, daß darüber andere Fragen häufig erst im letzten Augenblick erledigt werden könnten.

Der englische Vorschlag zur Abschaffung der Kriegskonterbande sei auf Widerstand gestoßen, auch von unserer Seite, wie es scheine, hauptsächlich wegen der englischen Definition für Kriegsschiffe. Er hoffe aber, daß hierin sich ein Kompromiß erzielen lasse. Hinsichtlich des permanenten Schiedsgerichtes folgten wir und England dem amerikanischen Vorschlag.

Als ich den Minister verließ, begegnete ich dem italienischen Botschafter**, der mir sagte, er sei, wie ich wohl wisse, auf unseren Wunsch von Herrn Tittoni beauftragt worden, bei der hiesigen Regierung die Fassung der Resolution betreffend Abrüstung und speziell den englischen Vorschlag betreffend Hereinziehung des Wortes „urgent“*** zur Sprache zu bringen.

Auf meine Frage, wie sich denn Herr Tittoni zu „urgent“ verhalte, erwiderte Marquis di San Giuliano, seine Regierung lege gar keinen Wert auf „urgent“.

Er gab aber nicht an, ob er beauftragt sei, mir mitzuteilen, daß seine Regierung gegen „urgent“ stimmen werde.

P. Metternich

---

* Die Berichte Graf Metternichs aus dem Winter 1906/07 enthalten nichts über eine solche Zusage Sir E. Greys, wenn nicht dessen Äußerung vom 8. März gemeint sein sollte: falls die englische Regierung mit ihrem Konferenzprogramm bei einzelnen Mächten auf Widerstand stoßen sollte, werde sie bereit sein, mit diesen über die Frage zu verhandeln. Vgl. Kap. CLXVIII, Nr. 7869. Anfang Mai 1907 sagte dann Sir E. Grey zu dem Geschäftsträger von Stumm, er hoffe, in kurzer Zeit in der Lage zu sein, ihm in den großen Grundzügen die Stellung der englischen Regierung zu den wichtigen völkerrechtlichen Fragen mitteilen zu können, die auf der Konferenz zur Diskussion gelangen würden. Vgl. Kap. CLXVIII, Nr. 7931. Weder die eine noch die andere Zusage ist von Sir Edward Grey eingelöst worden. Und dabei war von Kaiser Wilhelm II. schon im August 1906 der dringende Wunsch nach einer voraufgehenden Verständigung, besonders in marinetechnischen Fragen, gegenüber König Eduard VII. und Unterstaatssekretär Sir Ch. Hardinge zum Ausdruck gebracht worden. Vgl. Kap. CLXVII, Nr. 7815.

** Marquis di San Giuliano.

*** Vgl. Kap. CLXX.

Nr. 7963

Der Erste Delegierte bei der 2. Haager Friedenskonferenz Botschafter Freiherr von Marschall, z. Z. in Neuershausen, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Neuershausen, den 21. Oktober 1907

Die Friedenskonferenz ist geschlossen. Es war Zeit. Denn unsere raschlebige Welt liebt im öffentlichen Leben die Sensation und kümmert sich wenig um ernste andauernde Arbeit. Als am 15. Juni etwa 250 Vertreter von 45 Staaten im Binnenhofe zusammentraten, waren im landläufigen Sinne die Augen der ganzen Welt auf die holländische Residenzstadt gerichtet. Aber schon nach wenigen Wochen war das anders geworden. Der ungeheure Arbeitsstoff, der uns größtenteils ohne die nötige Vorbereitung unterbreitet und durch Anträge von allen Seiten fortwährend vermehrt wurde, bot für die Allgemeinheit kaum ein Interesse. Die Journalisten waren außerstande, den Verhandlungen, die sich in Kommissionen, Subkommissionen und Redaktionskommissionen vollzogen, zu folgen. Und die große Mehrheit der Zeitungsleser hat sehr bald alles, was aus dem Haage kam, sorgfältig übergangen[1]. Das Gefühl drängte sich allmählich allen Delegierten auf, daß, je ernster wir arbeiteten, um so langweiliger wir nach außen hin wurden. Noch einmal machte die Friedenskonferenz einen verzweifelten Versuch, interessant zu werden. Das war, als Sir Edward Fry seine Leichenrede für den englischen Abrüstungsvorschlag hielt*. Damit war es aber auch zu Ende. Die Friedenskonferenz hatte sich der öffentlichen Meinung gegenüber überlebt. Viele werden wohl erst durch die Nachricht vom feierlichen Schlusse erfahren haben, daß die Konferenz noch am Leben war[2].

Auf der anderen Seite wäre es ungerecht zu bestreiten, daß die Konferenz nicht nur sehr fleißig gearbeitet, sondern auch manches positiv Nützliche geschaffen hat. Wenn sie trotzdem üble Nachrede finden wird, so liegt dies nicht an ihr, sondern an denjenigen, die ihr den Titel „Friedenskonferenz" gegeben haben. Das war — offen gesprochen — eine falsche Etikette, die auf die Täuschung des großen Publikums hinauslief. Denn mit dem Worte „Frieden" war der Konferenz ein Programm gestellt, das überall und zu allen Zeiten völlig undurchführbar ist. Es ist eigentlich ein Gemeinplatz, wenn ich sage: die Frage, ob zwischen zwei Staaten Frieden oder Krieg sein solle, wird im entscheidenden Augenblicke durch eine solche Fülle von Imponderabilien, Stimmungen, Strömungen und Interessen bestimmt, daß jeder Versuch, alle diese Faktoren im voraus paragraphenweise zu fesseln und in den Dienst des Friedens zu stellen,

---

* Vgl. darüber Kap. CLXX, Nr. 7984.

in das Gebiet des Widersinns gehört. Zu diesem Gebiete rechne ich auch den von Nordamerika gestellten, von England nach anfänglichem Widerstande unterstützten und von den Franzosen eifrig geförderten Antrag auf Abschluß eines Weltschiedsgerichtsvertrages. In einer langen Rede habe ich die ganze Hohlheit dieses Werkes dargelegt und nachgewiesen, daß darin kein einziger klarer und unzweideutiger Begriff enthalten sei, so daß nach menschlicher Voraussicht dadurch nicht die Eintracht, sondern die Zwietracht unter den Völkern werde gefördert werden*. Am Schlusse der Sitzung beglückwünschte mich unter anderen der kubanische Delegierte und Gesandte in Washington, Mr. Quesada, ein sehr verständiger Mann, mit den Worten: „You are quite right, that is all American humbug."

Was wir sein konnten, nämlich eine Völkerrechtskonferenz, das sind wir gewesen. Das Wort ist weniger sensationell, aber es entspricht der Wahrheit. Auf dem Gebiete des Völkerrechtes haben wir Nützliches geleistet. Die Errichtung eines Oberprisengerichtes, vorausgesetzt, daß das englische Parlament demselben nicht den Garaus macht**, ist für die neutrale Schiffahrt von erheblicher Bedeutung, ohne die Rechte der Kriegführenden anzutasten, die Konventionen über die Kriegserklärung[3], den sogenannten „délai de faveur" für feindliche Handelsschiffe, über die Rechte der Neutralen und andere Vereinbarungen füllen Lücken in unserem Völkerrechte aus. Mehr als die Pazifisten, die uns eine schlechte Note geben, werden sich die Professoren des Völkerrechtes freuen, denen unsere Debatten für ihre Bücher und Vorlesungen ein reiches und um so wertvolleres Material bieten, als die meisten Fragen nicht nur vom rechtlichen, sondern auch vom praktischen Gesichtspunkte aus behandelt wurden.

Wenn ich nun auf einige politische Momente zu sprechen komme, die während der Konferenz hervorgetreten sind, so muß ich zunächst offen bekennen, daß mich während der vier Monate ihrer Dauer das Zukunftsbild eines nordamerikanisch-japanischen Krieges[4] nicht verlassen hat. Für einen Friedenskonferenzler ist das wohl kaum ziemlich, aber verschweigen möchte ich es doch nicht. Denn meine Stimmung entsprang keineswegs einer Autosuggestion. Sie gründete sich auf manche Beobachtungen und auf gewisse, freilich nur indirekte Schlußfolgerungen. Im Vordergrund in dieser Beziehung standen für mich die Beziehungen der nordamerikanischen Delegation zu denjenigen der süd- und mittelamerikanischen

---

* Siehe den Text der Rede vom 23. Juli 1907 in Deuxième Conférence Internationale de la Paix. Actes et Documents II, 285 ss.

** Tatsächlich ist das schließlich der Fall gewesen, indem die Londoner Deklaration vom 26. Februar 1909, die auf Grund der im Haag unvollendet gebliebenen Beratungen über das Seekriegsrecht von der Londoner Seekriegsrechtskonferenz (4. Dezember 1908 bis 26. Februar 1909) ausgearbeitet wurde, an dem Widerspruch des Oberhauses scheiterte.

Staaten. Sie waren in den ersten 14 Tagen so, wie man sie erwartet hatte. Der erste nordamerikanische Delegierte, Mr. Choate, ein Hüne von Gestalt, schien seine Kollegen der übrigen amerikanischen Staaten, wie man zu sagen pflegte, „in der Tasche zu haben". Das war uns nicht nur der Machtverhältnisse wegen, sondern auch aus andern Gründen fast selbstverständlich, denn die Vereinigten Staaten hatten sich durch Auslegung der Monroedoktrin neuerdings wiederholt Europa gegenüber als uneigennütziger Beschützer[5] der schwächeren amerikanischen Staatsgebilde gezeigt und den letzteren die Einladung zu der zweiten Friedenskonferenz verschafft, die ihnen seitens Europas mit der Ausnahme von Mexiko im Jahre 1899 versagt worden war. In diesem Verhältnis trat bald nach der Eröffnung der Friedenskonferenz ein vollkommener Umschwung ein, der sich bis zum Schlusse derselben nicht nur erhalten und sogar wesentlich verschärft hat. Der Beginn desselben fiel zeitlich zusammen mit den von englischen Blättern verbreiteten Nachrichten über eine Verschlechterung der nordamerikanisch-japanischen Beziehungen und der bevorstehenden Entsendung eines Teiles der amerikanischen Panzerflotte nach der Westküste Nordamerikas*. Ich kann natürlich das „post hoc ergo propter hoc" nicht beweisen. Aber ich weiß positiv, daß diese Nachrichten in den Kreisen der südamerikanischen Delegationen sehr eifrig besprochen und kommentiert wurden und zwar vielfach in dem Sinne, daß die Stärkung Japans für Süd- und Mittelamerika keinerlei Gefahr bilde, sondern im Gegenteile dem Wachsen der nordamerikanischen Bäume eine erwünschte Beschränkung auferlege. —

Zum ersten Male erfolgte eine scharfe Opposition eines südamerikanischen Staates gegen Nordamerika in der Sitzung vom 5. Juli. Es handelte sich um den von Mr. Choate warm begründeten Antrag der Abschaffung

---

* Die Nachrichten über die Entsendung eines großen amerikanischen Schlachtschiffgeschwaders in den Stillen Ozean tauchten Ende Juni in der englischen Presse auf. Es kam indessen vorerst nicht zu einer Entsendung der Flotte und zu der vielfach erwarteten amerikanisch-japanischen Konflagration, dank der vorsichtigen Politik Roosevelts. In einem Briefe an Freiherrn Speck von Sternburg vom 16. Juli 1907 ließ sich der Präsident der Vereinigten Staaten über diese seine Politik dahin aus: „Our more unscrupulous and foolish newspapers and certain jingoes and labor leaders, and a corresponding people in Japan, do all they can to cause trouble between the two countries; but as yet there is literally not one reason why war should ensue. I am endeavoring to right every wrong that the Japanese suffer here, and have as yet not received a protest from their government about any conduct of ours. I shall treat them not only with justice but with every courtesy and consideration, and have gathered enough troops in the neighbourhood of San Francisco to be able to take prompt action should there be such rioting and violence against the Japanese that the municipal and state authorities could not protect them. At the same time I am keeping the fleet exercised and trained, and shall of course pay not the slightest heed to the yell of physical cowards like Hale against our sending this fleet to the Pacific. I decline for one moment to consider any protest against our sending our entire battle fleet to any part of our own dominions which it seems advisable the fleet should visit; and I think a cruise from one ocean to the other, or around the world, is mighty good practice for a fleet.

des Seebeuterechtes. Da hielt der Delegierte von Kolumbien, Mr. Triana, eine oratorisch glänzende Rede, die in ihrem ganzen Inhalte scharf gegen die Vereinigten Staaten pointiert war und in dem Gedanken gipfelte, daß ein schwächeres Land das Seebeuterecht nicht aufgeben könne und selbst zur Kaperei zurückkehren dürfe[6], wenn dies zur Wahrung der Unabhängigkeit notwendig erscheine. Er schloß mit folgenden Worten, die eigentlich eine scharfe Verurteilung des Grundgedankens der Friedenskonferenzen enthalten:

„Pour en finir nous n'acceptons pas la proposition de Mr. Choate parce que nos conditions et nos circonstances ne nous permettent pas ce beau luxe en faveur des principes abstraits de la justice et de l'humanité. On peut être apôtre et chercher le martyre individuellement; quand on représente un pays on a le devoir de défendre ses intérêts; dans le cas présent il s'agit de politique internationale et non pas de philantropie[7]".

Bei dem Kolumbier spielte wohl bei dieser Rede auch die Erinnerung an Panama eine Rolle. Als es aber später zur Abstimmung kam, stimmten nur vier amerikanische Staaten für den Antrag Choate, die übrigen enthielten sich oder stimmten dagegen. Aber eine noch viel schwerere Niederlage hat sich die nordamerikanische Delegation in der Frage des permanenten Schiedsgerichtshofes zugezogen. Es handelte sich darum, mit 45 Staaten einen Schiedshof zu bilden, der, wenn er überhaupt fungieren sollte, nicht mehr als 17 Mitglieder haben konnte. Die Nordamerikaner, die einen sehr großen Wert auf die Errichtung dieses Schiedshofes legten, stellten nun den ganz verständigen Antrag, daß jeder Staat einen Schiedsrichter ernennen solle und diese nach einem gewissen Turnus derart zu fungieren hätten, daß die Schiedsrichter der Großmächte für immer, die Richter der kleineren Mächte aber nur für eine bestimmte Anzahl von Jahren eintreten. Dieser Vorschlag hat bei den südamerikanischen Staaten einen förmlichen Sturm der Entrüstung entfesselt. Führer der Bewegung war der Brasilianer Ruy Barbosa[8], körperlich ein kleiner David gegenüber dem Goliath Choate. Aber in mehreren meist einstündigen — natürlich verlesenen — Reden stellte Barbosa ein förmliches Requisitorium gegen den amerikanischen Antrag auf. Er erblickte darin eine schwere Verletzung der „Souveränität" und führte aus, daß dieser Begriff keine irgendwie geartete Nuance in den Rechten der auf der Konferenz vertretenen Staaten zulasse. Dabei sprach er von der „Amérique latine", ein Schlagwort, das später wiederholt von südamerikanischen Rednern gebraucht wurde. Und das lateinische Amerika folgte dem Brasilianer; selbst die Argentinier, die sonst bei allen Abstimmungen anders als die Brasilianer stimmten, leisteten Heeresfolge. Mr. Choate versuchte es erst mit der Grobheit. Er ließ durch den Spezialkorrespondenten des „New York Herald" einen Feldzug gegen Barbosa in diesem Blatte eröffnen, das kurzerhand den Brasilianer als das „enfant terrible" der Konferenz bezeichnete, der seinem Lande keine Ehre bringe. Aber Barbosa hatte sich gedeckt und durch seine Telegramme nach Rio wie durch seine journalisti-

schen Beziehungen eine so starke Bewegung in Brasilien in Szene gesetzt, daß es den Herren in Washington bange wurde. Eines Tages kam von dort ein amtliches Telegramm an Mr. Choate, besagend, daß „für Mr. Root die Erhaltung guter Beziehungen zu den südamerikanischen Staaten wichtiger sei als der Schiedsgerichtshof"[9]. Damit hatte Mr. Choate die Schlacht verloren. Aber der kleine Barbosa gab erst recht nicht nach. Sooft in der Kommission Mr. Choate das Wort ergriff, so replizierte ihm der Brasilianer in einer Weise, die man, höflich ausgedrückt, als wenig verbindlich bezeichnen kann. Schließlich fiel, da Barbosa erklärte, daß er nur seinen eigenen, nebenbei gesagt ganz unmöglichen Vorschlag annehmen könne, die Besetzung des Schiedsgerichtshofes mit Richtern ins Wasser, was die Konferenz nicht hinderte, den verbliebenen Torso den Regierungen mit der Bitte zu übermitteln, sich untereinander über die Besetzung zu einigen und dann den Schiedsgerichtshof in Funktion treten zu lassen[10].

Die letzte Niederlage hatten die Nordamerikaner sich in der Frage des Weltschiedsgerichtsvertrages zugezogen*. Als die von unserer Seite geführte Opposition eine Minorität von neun Staaten, darunter drei Großmächte, gegen den Vertrag vereinigt hatte, während vier Staaten, darunter zwei Großmächte, sich der Stimme enthielten, so war die Voraussetzung eines Konferenzbeschlusses, nämlich „unanimité" oder mindestens „quasi-unanimité" entfallen. Der italienische Delegierte Graf Tornielli stellte daher einen Vermittlungsantrag des Inhaltes, auf den Weltschiedsvertrag zu verzichten und statt dessen eine „déclaration" anzunehmen, welche besagt, daß die Konferenz einmütig sei in Anerkennung des Prinzips des obligatorischen Schiedsgerichts und darüber, daß es Fragen gäbe, bei denen dies Prinzip Anwendung finde, und daß endlich wir uns nur um juristische Fragen gestritten hätten, sonst aber ganz einig seien. Gegen diesen Vermittlungsantrag, der in der Tat gar nichts besagt, erhob sich nun sehr lebhaft Mr. Choate. Er berief sich auf die „overwhelming majority", die sein Antrag gefunden, bestritt das Prinzip der „unanimité" und erklärte, daß er diesen Rückzug nicht mitmachen werde. Bei der darauf stattfindenden Abstimmung schlossen sich nur Kuba und Haiti den Ausführungen Choates an. Alle anderen amerikanischen Staaten votierten für den Antrag Tornielli. —

Die bis zum Schluß der Konferenz stets steigende Unbotmäßigkeit des lateinischen Amerikas gegen das große nordische Staatswesen, das sich seit langer Zeit Europa gegenüber als den Schützer und Verteidiger Gesamtamerikas geriert hat, kam uns Europäern vollkommen überraschend. Wir hatten wohl erwartet, von südamerikanischer Seite schwülstige Reden über Humanität, Zivilisation und Souveränität und dabei auch Spitzen gegen die Großmacht im Norden zu hören, aber wir glaubten doch, daß in wichtigen Momenten ein „quos ego" von Washington aus genügen werde, um die kleineren Lärmmacher zur Raison zu bringen. Das war ein

* Näheres über diese Frage in Kap. CLXXI.

Irrtum. Ich habe ihn mit allen meinen großstaatlichen Kollegen des europäischen Kontinents geteilt. Wir hatten aus der Monroedoktrin und den panamerikanischen Bestrebungen, die sich in den letzten Jahren bei verschiedenen Gelegenheiten, namentlich auf Kongressen breit machten, Schlußfolgerungen gezogen, die auf der Friedenskonferenz in nichts zerfielen. Bei einer auf europäischem Boden stattfindenden großen Weltvereinigung war doch die beste Gelegenheit gegeben, die panamerikanische Idee wenigstens zu markieren. Das ist nicht geschehen. Im Gegenteil. Europa, dem man häufig seine Zerrissenheit vorwirft, war verhältnismäßig einiger als Amerika. Denn hier traten außer dem Gegensatze zwischen Nord und Süd anscheinend recht ernste Spannungen innerhalb der lateinischen Zone zutage. Die Beziehungen zwischen Brasilien und Argentinien müssen recht prekäre sein. Das war bei einer Reihe von Gelegenheiten auf der Konferenz ersichtlich, unter anderem in fast demonstrativer Weise, als Herr Barbosa eines Tages den Antrag stellte, es solle keine Verletzung der Neutralität sein, wenn ein neutraler Staat einem kriegführenden Staate Kriegsschiffe abliefere, die vor Beginn des Krieges bestellt seien[11]. Sofort erhob sich der erste argentinische Delegierte zu einem scharfen und erfolgreichen Proteste. Wie er mir später sagte, läßt nämlich Brasilien zurzeit zwei „Dreadnoughts" in England bauen[12].

Ich habe diese Vorgänge etwas ausführlicher behandelt, weil sie von dem Gesichtspunkte eines nordamerikanisch-japanischen Krieges Anlaß zu interessanten Kombinationen bilden könnten. Ich kenne die amerikanischen Verhältnisse zu wenig, um nach irgend einer Seite eine Prognose zu stellen. Aber die Tatsache weiß ich bestimmt, daß der erste japanische Delegierte Tsudzuki, den ich bei näherer Bekanntschaft in zunehmendem Maße schätzen lernte, diese Dinge sehr ernst beobachtet und während der ganzen Konferenz enge Fühlung mit den Delegierten des lateinischen Amerikas gehalten hat. Im Gegensatze zu allen übrigen Delegationen, welche ihre Gastfreundschaft in der Form von Völkerfesten, das heißt Diners von 60—90 Gedecken ausübten, gab Herr Tsudzuki nur kleinere Tafeln von 10—15 Personen, zu denen er stets nur eine einzige fremde Delegation einlud. In dieser Weise sind auch die Südamerikaner seine Gäste gewesen. Da er ein ebenso angenehmer Causeur wie liebenswürdiger Wirt ist, an seiner Tafel die besten Weine flossen und die Diskretion der Amerikaner sich in engen Grenzen hält, so muß er bei diesen Gelegenheiten ein sehr reiches Material gesammelt haben. Als hervorragender Staatsmann und als vorsichtiger Politiker wird er dieses Material zweifellos erheblich gesichtet haben, allein ganz sicher konnte er nach Japan berichten, daß im lateinischen Amerika starke Gegensätze gegen die Vereinigten Staaten latitieren, die bei geschickter Behandlung für Japan bei gewissen Eventualitäten politisch und vielleicht sogar militärisch verwendbar wären[13]. Die japanische Delegation hat überhaupt auf der Konferenz eine vorwiegend beobachtende Rolle gespielt. Der erste Delegierte allein hat das Wort geführt; er war bemüht, sich soweit wie möglich nicht in einen

Gegensatz zu England zu stellen, aber in allen großen Fragen hat er sich der Stimme enthalten und dies näher begründet. Mir hat er einmal gesagt: „Wir Japaner sind ein junges Volk und noch nicht reif für diese Sachen, später werden wir dann den Anschluß finden." Das heißt mit anderen Worten: Japan ist ein aufstrebendes, noch nicht saturiertes Land, das sich vorläufig nicht durch die Zwirnsfäden völkerrechtlicher Paragraphen binden lassen kann, sondern für die nächste Zukunft, wie man zu sagen pflegt, der „Ellenbogenfreiheit" bedarf[14]. Das zeigt, daß die Japaner nicht nur gute Soldaten, sondern auch gute Politiker sind.

Die Nordamerikaner hatten übrigens noch einen anderen Grund, mit dem Gange der Dinge auf der Konferenz unzufrieden zu sein. Sie hatten gehofft, dem russischen Kaiser die Initiative zu entwinden. Und das mißlang. Als im Anfange der Konferenz die russische Leitung Anlaß fast zu allgemeiner Unzufriedenheit gab, arbeitete Mr. Choate im Vereine mit den Engländern einen Antrag aus, welcher besagte, daß periodisch alle sieben Jahre Friedenskonferenzen stattfinden sollten, daß ein Exekutivkomitee einzusetzen sei, welches diese Konferenzen vorbereite, und daß die Konferenz selbst ihre Funktionäre ernenne usw. Dieser Antrag wurde später auf unser Verlangen wesentlich modifiziert und insbesondere die Periodizität der Konferenzen beseitigt. Aber interessanterweise hatte der amerikanisch-englische Antrag speziell bei den europäischen Mittelstaaten den berechtigten Argwohn hervorgerufen, daß die Absicht dahinter stehe, die Konferenzleitung für künftige Zeiten von Rußland auf Nordamerika zu übertragen. Da schien denn doch die russische Herrschaft noch besser. Der tapfere Rumäne, Herr Beldiman, übernahm nun die Führung in dieser Sache. Nachdem er Baron Mérey und mir vorher von seiner Absicht Kenntnis gegeben hatte, ergriff er im Plenum bei Beratung des amerikanisch-englischen Antrages das Wort, um dem Zaren in warmen Worten für seine bisherige Initiative zu danken und hervorzuheben, daß die Annahme des gegenwärtigen Antrages keineswegs der Zukunft präjudiziere, er vielmehr hoffe, daß auch späterhin es bei der kaiserlichen Initiative verbleiben werde. Noch schärfer sprach sich darauf Baron Mérey dahin aus: „Nous considérons l'initiative de la Russie comme définitivement acquise en cette matière". Ich schloß mich Baron Mérey an, dann folgte Bourgeois und eine Reihe von anderen Delegierten, die in demselben Sinne das Wort nahmen. Mr. Choate, mit dem ich während der ganzen Konferenz die besten Beziehungen unterhalten habe, sprach mir am Schluß der Sitzung ganz offen seine Unzufriedenheit über den Vorgang aus. Er tadelte scharf die Inkonsequenz, die darin liege, daß alle Welt über die russische Präsidentschaft räsonniere, und wenn es darauf ankomme, in warmen Worten für deren Beibehaltung plädiere. Den Schlüssel zu diesem Rätsel konnte ich meinem Kollegen natürlich nicht geben, daß nämlich für die europäischen Delegationen die russische Leitung das „pis aller" gegenüber der Gefahr der amerikanischen bilde.

Weitere Berichterstattung über Vorgänge auf der Konferenz, die eine gewisse politische Bedeutung besitzen, darf ich mir vorbehalten.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig
[2] richtig
[3] ein Streich gegen unsere schnelle Mobilmachung. Ich werde mich nicht daran halten!
[4] richtig
[5] ?
[6] richtig in derselben Lage sind wir auch!
[7] sehr gut
[8] furchtbar eitel!
[9] au!
[10] !
[11] wie seitens Englands aus Genua Katori und Kaschima gegeben wurden!
[12] dann sollen die Argentinier 4 in Deutschland bestellen
[13] richtig.
[14] d[as] h[eißt] sie wollen noch Fechten!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Vorzüglich

Nr. 7964

Der Erste Delegierte bei der 2. Haager Friedenskonferenz Botschafter Freiherr von Marschall, z. Z. in Neuershausen, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Neuershausen, den 28. Oktober 1907

Unter den 45 Delegationen, welche auf der zweiten Friedenskonferenz versammelt waren, hat diejenige Großbritanniens einen ganz hervorragenden Platz eingenommen, und zwar nicht nur wegen der Machtstellung des Weltreiches, zu dessen Vertretung sie berufen war, sondern auch aus anderen Gründen. Die Zusammensetzung der Delegation war schon an sich eine sehr eigenartige und von derjenigen der übrigen Staaten abweichende. Entgegen der allgemeinen Übung, einen Diplomaten oder Politiker an die Spitze zu stellen, war die englische Delegation durch einen Berufsjuristen, den Oberrichter Sir Edward Fry, geführt, einen Quäker, der auf politisch-diplomatischem Gebiete ein vollkommener Neuling war*. An zweiter Stelle befand sich Sir Ernest Satow, ein früherer Diplomat, der lange in Ostasien tätig war und seit einigen Jahren, ich weiß nicht aus

* Vgl. dazu A Memoir of the Right Honourable Sir Edward Fry 1827—1918. By his Daughter Agnes Fry. Compiled largely from an Autobiography, p. 193ff. Leider ist der Auszug aus der Selbstbiographie Sir E. Frys sehr dürftig ausgefallen. Wir erfahren darin kaum etwas von den Instruktionen, mit denen der erste englische Delegierte zur Konferenz ging, und gar nichts von den Gründen, die die englische Regierung veranlaßten, während der Konferenz ihren Standpunkt z. B. in der Frage des Weltschiedsgerichts durchgreifend zu wechseln. Immerhin gewinnt man aus dem Auszuge der Fryschen Selbstbiographie den Eindruck, als ob Freiherr von Marschall, der gerade

welchen Gründen, die Karriere verlassen hat. Er war zweifellos der bedeutendste Mann der Delegation; aber es wurde bald ersichtlich, daß Sir Edward ihn nicht aufkommen lassen wollte. Der dritte Delegierte Lord Reay ist holländischer Abkunft. Er spricht fast ebenso gut französisch wie englisch, hat sich aber auf der Konferenz den Ruf zugezogen, mehr unzuverlässig als bedeutend zu sein.

Ich habe in meinem ziemlich langen politischen Leben viele Vertreter Englands kennen gelernt. Darunter waren ganz hervorragende Männer, auch minder bedeutende und auch solche, deren geistige Minderwertigkeit so offenkundig hervortrat, daß man sich darüber wundern mußte, wie ein Großstaat solches Menschenmaterial in hervorragenden Stellungen im Auslande verwenden konnte. Aber trotz aller dieser starken geistigen Schattierungen war der Hintergrund stets derselbe Gedanke „right or wrong, my country". So war es auch auf der Konferenz. Die englische Delegation hat vom Anfang an bis zum Ende ausschließlich und mit unentwegter, rücksichtsloser Einseitigkeit englische Interessen vertreten und alle fremden Vorschläge zurückgewiesen, die dies Interesse zu tangieren drohten. Man sollte glauben, daß die Durchführung einer solchen Politik störend und selbst abstoßend wirken müsse auf einer Friedenskonferenz, deren edler Grundgedanke der Ausgleich der Interessen auf dem Boden der Liebe und der Versöhnung bildet. Aber das war keineswegs der Fall. Was England in seinem speziellen Interesse tut und verlangt, wird stets als Gebot der „Freiheit, der Humanität und der Zivilisation" verteidigt. Und die Welt glaubt das. Jene drei Schlagwörter sind nicht Gemeingut aller Nationen. Sie sind Monopol Englands insofern, als sie, von dort kommend, auf weite Volkskreise der ganzen Welt eine unwiderstehliche Anziehungskraft ausüben. Das ist eine der Stärken Englands. Man kann ihm nicht übel nehmen, daß es dieselbe nach Kraft ausbeutet.

Als England vor bald zwei Jahrhunderten seine Handelsflotte und seine Industrie durch die denkbar schärfsten Schutzmittel, durch hohe Zölle, durch Einfuhrverbote, ja selbst durch Gewaltaket so weit gehoben hatte, daß in beiden Beziehungen seine Superiorität in der ganzen Welt außer Frage stand, da erging von dort die verheißungsvolle Botschaft der Handelsfreiheit und des Freihandels. Das wirtschaftliche Wohl

in seiner Berichterstattung über die 2. Haager Friedenskonferenz seiner starken satirischen Neigung die Zügel schießen ließ, der Bedeutung Sir E. Frys nicht ganz gerecht geworden sei. Seine Reden müssen bei aller Kürze doch einen mächtigen Eindruck auf die Versammlung der Delegierten gemacht haben. Léon Bourgeois hat noch im Herbst 1918 auf die Nachricht von dem Tode Sir E. Frys den unauslöschlichen Eindruck, den ihm das Auftreten des englischen Delegierten hinterlassen hatte, in die Worte gekleidet: „Je me rappellerai toute ma vie la terrible réponse qu'en qualité de doyen des juris-consultes de la Conférence Sir E. Fry fit, en quelques mots décisifs, au long discours du Baron de Marschall contre l'arbitrage, reproche prophétique que la victoire définitive des soldats du droit vient, aujourd'hui même, de confirmer et de conquérir pour tous les siècles à venir." A. a. O. p. 213. Vgl. übrigens auch das Urteil, das Sir E. Fry seinerseits über Freiherrn von Marschall fällt (a. a. O. p. 199), in dem ebenfalls ein sarkastischer Unterton anklingt.

der gesamten Menschheit erheischte, daß alle Schranken fielen und jeder die von ihm gebrauchten Industrieprodukte da kaufe, wo sie am billigsten und am besten waren, das heißt in England. Der Triumphzug dieses Dogmas ist eine der seltsamsten Erscheinungen in der Geschichte der Handelspolitik. Sie ist fast nur durch den faszinierenden Klang des Wortes „Freiheit" erklärbar. Natürlich fielen die Deutschen am gründlichsten herein. Und jetzt im 20. Jahrhundert, nachdem England seine Kriegsflotte bis zum „Two-Power-Standard" und darüber hinaus vergrößert hat, verlangt dasselbe die vertragsmäßige Begrenzung der militärischen Rüstungen. Die Analogie ist frappant. Damals galt es die handelspolitische und industrielle Suprematie Englands zu realisieren und für die Zukunft festzulegen; heute sollte dasselbe bezüglich der militärischen Suprematie zur See geschehen. Damals schien die Verkündung eines Dogmas genügend; heute begehrt man die sichere Form eines „accord mondial". Die gesamten Staaten der Erde sollten sich zu der Erklärung verbinden, die in der Wirkung darauf hinauslief, der englischen Kriegsflotte den „Two-Power-Standard" zu garantieren. Denn die arme Menschheit seufzt unter den Kriegslasten! Freiheit, Humanität und Zivilisation verlangen Begrenzung der Rüstungen, das heißt die Fixierung des Zustands, wie er zum Vorteile Englands heute besteht. Es war rührend. Aber wenn Deutschland, unterstützt von Österreich-Ungarn, nicht so entschieden von Anfang an gegen den englischen Antrag aufgetreten wäre, so hätte er Chancen gehabt. Denn Spanien und Portugal stimmten auf der Konferenz konsequent ohne Ansehung der Materie, um die es sich handelte, allezeit mit England. Für Italien war es wegen seiner öffentlichen Meinung schwer, in „Humanitätsfragen" England entgegenzutreten. Sämtliche neutrale, das heißt nicht kriegführende Staaten, schwärmen natürlich für Abrüstung. Frankreich stand ganz auf unserer Seite, würde aber niemals die Kraft gefunden haben, selbständig, das heißt ohne unsere Rückendeckung gegen England zu stimmen. Daß in Amerika Abrüstungsvelleitäten einen fruchtbaren Boden finden, beweist der bekannte chilenisch-argentinische Vertrag*. Japan würde sich seinem Prinzip entsprechend der Stimme enthalten haben. Und Rußland? Das weiß niemand.

Daß England auf der Konferenz bezüglich des Seekriegsrechts einzig und allein seine Spezialinteressen verfolgte, bedarf kaum einer Erwähnung. Dabei war nicht nur vom militärischen, sondern auch vom politischen Gesichtspunkte aus die Tatsache von Bedeutung, daß England, das auf der ersten Konferenz die Behandlung des Seekriegsrechtes überhaupt abgelehnt hatte, diesmal den darauf bezüglichen Fragen einen ganz besonderen Eifer zuwandte. Als Laie in militärischen Dingen habe ich aus der Haltung der englischen Delegation den bestimmten Eindruck gewonnen, daß die in verschiedenen Schriften wiederholt ausgesprochene Befürchtung, es könne,

* Am 10. Januar 1903 war zwischen Argentinien und Chile ein maritimer Abrüstungsvertrag abgeschlossen, der den Verkauf der in Bau befindlichen und die Desarmierung der übrigen Kriegsschiffe vorsah.

falls England in einen Krieg mit einer Seemacht gerate, seine Versorgung mit Rohstoffen und speziell Lebensmitteln ernstlich in Frage gestellt werden, gegenwärtig an maßgebender Stelle in London geteilt wird. Daraus entstand der überraschende englische Antrag, den Begriff „Konterbande" überhaupt abzuschaffen. Das Mittel wäre probat; denn dann könnte die gesamte Handelsflotte der neutralen Staaten die Verproviantierung Englands besorgen, ohne daß ein Kriegsschiff nötig wäre, um diesen Prozeß zu schützen. Lord Reay, der den Antrag in längerer Rede begründete, schilderte die schweren Übel, welche dem neutralen Handel namentlich durch den Begriff der relativen Konterbande zugefügt werden, und schloß mit den Worten: „Mon Gouvernement demeure fermement convaincu que, dans l'état actuel du commerce mondial et des sciences humaines, l'exercice du droit de saisie n'a pour résultat que d'entraver le commerce des neutres sans donner aux belligérants des avantages compensateurs et d'amener l'ingérence de ceux-là dans la lutte."

Man kann die volle Uneigennützigkeit Englands in dieser Frage nicht eindrucksvoller darstellen, als es hier der dritte englische Delegierte getan hat. Nach seiner Darstellung bildet die Fürsorge für andere die Eigenart der englischen Politik. Aber die Marinedelegierten der anderen Staaten fanden, als sie die Sachlage näher prüften, an anderer Stelle einen weiteren englischen Antrag dahin gehend, daß „als ‚Hilfskriegsschiff' angesehen und behandelt werden solle jedes Schiff, auch wenn es die neutrale Flagge führe, welches verwendet wird zum Transport von Seeleuten, Kriegsmunition, Heizstoffen, Lebensmitteln, Wasser und anderen Kriegsutensilien, falls dieses Schiff sich den Befehlen fügen müsse, die ihm direkt oder indirekt von der feindlichen Flotte erteilt würden." Damit war durch eine Hintertür die Konterbande wieder eingeführt und zwar mit den schwersten Folgen für die neutralen Schiffe, die als Kriegsschiffe nach dem alleinigen Urteile eines Kommandanten genommen oder zusammengeschossen werden konnten, ohne daß irgend ein Prisengericht darüber zu befinden haben würde. Die deutsche Delegation war unverbindlich genug, diese beiden Anträge im Zusammenhange zu beleuchten. Ich habe vor der Abstimmung über den englischen Antrag auf Abschaffung der Konterbande erklärt, daß ich dagegen stimme, nicht, weil ich der neutralen Schiffahrt einen Vorteil vorenthalten wolle, sondern weil die Lage derselben durch den Antrag bezüglich der Hilfskriegsschiffe gegenüber dem jetzigen Zustande wesentlich verschlechtert werde. Lord Reay versicherte zwar, daß die beiden Anträge gar nichts miteinander zu tun hätten. Aber der Antrag über die Hilfskriegsschiffe verschwand von der Bildfläche und gelangte nie zur Diskussion. Die Engländer sahen offenbar ein, daß sie mit Stellung desselben eine grobe Ungeschicklichkeit begangen hatten. Denn was der Antrag bezweckte, das tut man im Kriege; aber man redet nicht vorher davon, am wenigsten dann, wenn man die Abschaffung der Konterbande mit den Interessen der neutralen Schiffahrt begründen will. Diese Abschaffung kann in der denkbar formellsten Weise

vereinbart werden — ein englischer ebenso wie ein deutscher Seeoffizier wird darum doch ein neutrales Schiff, welches dem Feinde zuführt, was derselbe zur Kriegsführung braucht, beschlagnahmen, versenken oder auch zusammenschießen. Denn das ist militärisch sein Recht und seine Pflicht. Als ich aber bei einer anderen Gelegenheit einmal davor warnte, Bestimmungen für den Krieg zu vereinbaren, die gegenüber der „force des choses" nicht Stand halten können, da entstand in einem Teile der englischen Presse große Aufregung. Die „Times" voran verkündete, daß nach deutscher Ansicht das „law of facts" bindender sei als das „written law". Und Sir Alfred Austin* richtete aus diesem Anlasse an die „Times" einen zwei Spalten langen Brief, der dadurch bemerkenswert war, daß er ohne jegliches „lucidum intervallum" von Anfang bis zu Ende lediglich Unsinn enthielt. Der Mann wollte offenbar der Welt beweisen, daß man englischer poeta laureatus sein und doch an einem erheblichen geistigen Defekte leiden kann. Der Beweis ist gelungen.

Die Frage der Konterbande hatte noch ein lustiges Nachspiel. 25 Staaten hatten für Aufhebung der Konterbande gestimmt, darunter von Großmächten Österreich-Ungarn und Italien, fünf Staaten waren dagegen, darunter Deutschland, Frankreich, Rußland und die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die übrigen Delegationen enthielten sich oder waren abwesend. Nun schrieb Sir Edward Fry an die ersten Delegierten der 25 Staaten einen Brief, in dem er ausführte, daß es wünschenswert sei „de donner suite au vote exprimé relativement à l'abolition de la contrebande". Zu diesem Zwecke lud er die Delegierten auf den folgenden Tag zu einer bestimmten Stunde in das „Hôtel des Indes", das Hauptquartier der Engländer, ein, um eine dem Brief beiliegende Deklaration über Aufhebung der Konterbande zu unterzeichnen. Die Versammlung nahm einen eigentümlichen Verlauf. Zuerst erklärte Baron Mérey, er habe für Abschaffung der Konterbande votiert in der Voraussetzung, sich damit innerhalb der Grenzen der Konferenz zu binden, entsprechend dem Grundsatze, daß Beschlüsse dort nur mit Einstimmigkeit oder quasi Einstimmigkeit gefaßt werden könnten. Eine Instruktion, außerhalb der Konferenz Vereinbarungen zu treffen, besitze er nicht; auch fürchte er, daß solche Aktionen wie die gegenwärtige dazu führen würden, weitere Konferenzen überhaupt unmöglich zu machen. Darauf sagte Graf Tornielli dasselbe; ihm schloß sich der Brasilianer, der Serbe, der Schweizer und der Grieche usw. an. Nur der Haitianer trat auf die englische Seite. Damit war die Sache zu Ende. Der bekannte Pazifist Mr. Stead brachte am folgenden Tag in seinem „Courier de la Conférence" einen ausführlichen Bericht über den ganzen Vorgang unter dem Titel: „Une débacle britannique". Am Schlusse des Berichtes hieß es:

„Ensuite la réunion s'est évaporée. Après avoir tué l'agneau favori de leur hôte, les invités n'ont pas l'habitude de s'attarder pour dire adieu au propriétaire désolé."

* Bekannter englischer Publizist, Herausgeber der „National Review".

So löste sich die Sache schließlich in allgemeine Heiterkeit auf. Sieht man jedoch genau zu, so überstieg der englische Versuch, neben der offiziellen Konferenz noch eine Spezialkonferenz zu installieren, um die England erwünschten Beschlüsse durch Majorität fassen zu lassen, doch recht erheblich die Grenzen dessen, was man im allgemeinen für zulässig erachtet. Den Engländern pflegt man freilich solche Dinge nachzusehen. Aber wenn Deutschland etwas derartiges versucht hätte!

Der Verlauf der Minenfrage ist bekannt. Was da in „Humanität und Zivilisation" gearbeitet wurde, übersteigt alle Begriffe. Selbst die alte Lady Fry trat ins Gefecht. In der Hoffnung, bei einem Familienvater noch irgend welche menschliche Regungen zu finden, gab sie mir, als ich einmal bei einem Diner neben ihr saß, in ernsten Worten zu bedenken, daß durch die Minen unschuldige Frauen und Kinder getötet, ja ganze Familien vernichtet werden könnten! Aber ich ließ mich nicht erweichen. Denn immer fester ward in mir die Überzeugung, daß das englische Humanitätsgefühl in der Minenfrage mit speziellen englischen Interessen in einem sehr engen Kausalnexus steht. Die Abneigung gegen das Legen von Streuminen auf hoher See und gegen die Verwendung derselben zur Blockade von Handelshäfen und der heiße Wunsch, daß Minen niemals zu Angriffszwecken, sondern stets nur zur Verteidigung verwendet werden dürfen, alle diese seelischen Vorgänge sind ganz gewiß nicht auf „humanem" Boden erwachsen. Schließlich ist eine Vereinbarung zustande gekommen, die, indem sie das Blindwerden der Streuminen, die sich losreißen, vorsieht, jedenfalls den seinerzeit im Anschluß an den russisch-japanischen Krieg stattgehabten Unfällen in vollem Maße Rechnung trägt. Daß Sir Ernest Satow in der Plenarsitzung der Konferenz entgegen aller Übung nach der Abstimmung noch einen Vorstoß gegen angeblich inhumane Gesinnung unternahm, war eine Geschmacklosigkeit, die dadurch an diesem Charakter nichts einbüßte, daß es dabei auf eine Überrumpelung abgesehen war. Die kräftige Erklärung, die ich darauf gab, hat eine gewisse Sensation gemacht. Sie wurde speziell von den Amerikanern mit Beifall begleitet. Übrigens muß ich den Engländern zu ihrem Lobe nachsagen, daß sie für eine sachlich kräftige Antwort ein Verständnis haben, auch wenn dieselbe gegen sie gerichtet ist. Meine persönlichen Beziehungen zu den englischen Delegierten haben durch den kleinen Zusammenstoß in keiner Weise gelitten.

Für die neueste französisch-englische Entente bot die Friedenskonferenz keinen günstigen Nährboden. Im Gegenteil. Die beiden nun angeblich so enge befreundeten Staaten standen meist in gegnerischen Lagern. Dabei tat die französische Delegation alles, um den englischen Freund zu schonen. Reziprozität wurde in dieser Hinsicht nicht geübt. So waren die Franzosen meist, namentlich in den Fragen des Seekriegsrechtes, gezwungen, mit uns zu gehen. Nur in der Frage des Weltschiedsgerichtes gingen Frankreich und England zusammen. Aber dieses Zusammengehen war kein natürliches, es war mehr ein diplomatisches Kunst-

produkt. Als ich meine erste Unterredung mit Sir Edward Fry hatte*, sagte er mir, daß die englische Delegation gegen das Weltschiedsgericht sei. Die Gründe, die er für diese Haltung angab, waren nicht wesentlich verschieden von denen, die uns veranlaßten, dieselbe Stellung einzunehmen. Drei Wochen später sagte mir Sir Edward aus eigner Initiative: „With respect to compulsory arbitration I have changed my mind". Und als ich nach den Gründen frug, ergab sich, daß aus London andere Instruktionen eingelaufen waren. Das hing mit einer Reise des ersten portugiesischen Delegierten Marquis de Soveral zusammen**. Dieser war in London gewesen und mit Seiner Majestät dem Könige Eduard bis Vlissingen zurückgefahren. Der Marquis hing mit einer gewissen Begeisterung an dem obligatorischen Schiedsgericht, wohl kaum der Sache selbst wegen, sondern aus politischen Gründen. Er wollte, daß in dieser Frage nicht nur England und Frankreich so zusammengingen, sondern daß Deutschland sich anschlösse. Im Haag war niemand im Zweifel darüber, daß die veränderten englischen Instruktionen auf eine Unterredung Soverals mit dem Könige zurückzuführen seien, bei allerhöchstwelchem er bekanntlich in höchster Gunst steht. Sir Edward Fry hat, wie ich aus dem Kreise der englischen Delegation gehört, die erste Nachricht von den veränderten Instruktionen durch Soveral erfahren. Der alte Herr war dadurch etwas froissiert und erwiderte, daß er Instruktionen nur direkt von dem Foreign Office in Empfang zu nehmen habe. Nach diesem Erfolge hat Marquis de Soveral, den ich von Berlin her, wo er mit einem minder großartigen Namen bezeichnet wurde***, persönlich kannte, sich alle erdenkliche Mühe gegeben, auch mich umzustimmen. Er war zu allen möglichen Konzessionen bereit, aber das, was er wollte, das Prinzip des Weltschiedsgerichtes, konnte ich nicht annehmen. Die wiederholten Unterredungen, die ich aus diesem Anlasse mit ihm hatte, ließen mir von seiner Persönlichkeit keinen ungünstigen Eindruck zurück. Er ist noch Lebemann, wie er früher war, aber doch ein Politiker, mit dem man in London zu rechnen hat. Denn auch die Engländer haben mir, nicht ohne eine gewisse Nuance der Kritik, bestätigt, daß seine Stellung beim Könige eine starke und einflußreiche ist.

Mit den Franzosen bin ich sehr gut ausgekommen, obgleich ich ihre Hoffnungen, mich für das Weltschiedsgericht zu bekehren, zu Schanden machte. Warum eigentlich M. Bourgeois und sein Adlatus, der Senator Baron Constant d'Estournelles, einen solchen Wert auf diese Frage legten, habe ich nie vollkommen verstanden. Bei Baron Constant ist dies noch eher erklärlich, denn er ist eine Marquis Posa Natur, der auch jetzt noch auf „verbrannte menschliche Gebeine" stößt und ernstlich an

---

* Vgl. Kap. CLXXI, Nr. 7987.

** Vgl. dazu Zorn, Deutschland und die beiden Haager Friedenskonferenzen (1920), S. 71 f.

*** Vgl. Bd. XV, S. 405 nebst Fußnote *.

eine Art Weltverbrüderung glaubt. Bourgeois dagegen ist praktischer Politiker, allerdings kein starker Mann, der einem politischen Sturme trotzen könnte. Vielleicht hat die Eitelkeit ihn gereizt, als Präsident der Kommission das Weltschiedsgericht als Trophäe mit nach Paris zu bringen. Er vereinigt in sich sehr viele gute Eigenschaften des Franzosen. Er ist liebenswürdig, ein angenehmer Causeur, ein glänzender Redner, sofern man mehr auf die Form als auf den Inhalt sieht, ein ungewöhnlich gewandter Präsident, der selbst in recht schwierigen Lagen sich zurecht findet. Dabei hat er eine große Herzenseigenschaft: „Il ne porte pas rancune". Obgleich ich in der Schiedsgerichtsfrage sein entschiedenster Gegner war, hat er die besten Beziehungen mit mir aufrechterhalten und mich nach meiner großen Rede, die dem Weltschiedsgericht den Garaus machte, beglückwünscht*. Als ich dann meinerseits im Plenum einige für ihn freundliche Worte sagte, die er als Präsident wohl verdient hatte, kam er gleich zu mir, um mir in gerührten Worten zu danken. Und am folgenden Tage machte er mir noch einen Besuch zu demselben

---

* Gemeint ist die Rede Marschalls vom 5. Oktober. Siehe den Text in Deuxième Conférence Internationale de la Paix, Actes et Documents II, 49ss. Es mag festgestellt sein, daß diese Rede Freiherrn von Marschall nicht bloß die Beglückwünschung von seiten Bourgeois', sondern „Applaudissements" eintrug, die sich wiederholten, als Marschall auf den Vorhalt des Amerikaners Choate, daß der deutsche Delegierte seit dem 23. Julii seine Stellung in der Frage des Weltschiedsvertrags geändert habe, mit den Worten replizierte: „Aujourd'hui comme alors, je ne suis pas un partisan de l'arbitrage obligatoire abstrait mais un partisan de l'arbitrage obligatoire réel, qui est réalisable seulement dans le système individuel et que je considère impossible dans le système mondial." Wäre das, was Marschall sagte, wie H. Lammasch behauptet (Marga Lammasch und Hans Sperl, Heinrich Lammasch S. 42, 56), von der Konferenz schließlich „nur mehr als Komödie angesehen" und hätte er „infolge seiner Hinterhältigkeit allen Kredit verloren", so wäre der Beifall, den die Konferenz am 5. Oktober Marschall spendete und Choate vorenthielt, etwas Schlimmeres als Komödie gewesen. Wenn auch Zorn (Deutschland und die beiden Haager Friedenskonferenzen S. 73, 76) sich jetzt ähnlich über die Einbuße an Achtung und Sympathie äußert, die die deutsche Delegation infolge ihrer Haltung auf der Konferenz erlitten habe, so hat er wenigstens noch am 5. August 1907 ein ganz anderes Urteil gefällt. In einem bei den Akten befindlichen Briefe an den Chef des Zivilkabinetts von Lucanus von diesem Tage (vgl. Nr. 7958, Fußnote *) heißt es: „Ich will mich nur freuen der herrlichen Stellung, die Seine Exzellenz der Herr Botschafter Freiherr von Marschall für das Deutsche Reich hier errungen hat. Mit großer geistiger Überlegenheit beherrscht er die Beratungsstoffe und greift mit besonderem Geschick bei allen wichtigeren Fragen in die Verhandlungen ein; vor allem aber ist seine ebenso feste wie liebenswürdig gewinnende Persönlichkeit für eine derartige Weltkonferenz, wo es so viel auf persönliche Besprechungen ankommt, hervorragend geeignet. Schon bald nach Beginn der Konferenz war Herr von Marschall ein Mittelpunkt geworden, auf den man allenthalben mit Vertrauen blickte, um so mehr, als sich bald auch ein schönes Vertrauensverhältnis mit Frankreich und den Vereinigten Staaten entwickelte, deren Botschafter Bourgeois und Choate auch einen starken Einfluß auf die Konferenz üben. Man kann heute ohne Überhebung sagen: diese drei Staatsmänner beherrschen die Konferenz, aber Herr von Marschall ist der bedeutendste des Dreigestirns." Ganz ähnlich wie das Urteil Zorns über Marschalls Auftreten auf der Konferenz klingt überraschenderweise das Bertha von Suttners: „Was die Rolle betrifft, die in dieser zweiten Konferenz der erste Delegierte Deutschlands

Zwecke. Die Franzosen sind eben wie die Türken in mancher Beziehung Kinder. Und in der Kinderbehandlung habe ich durch meine Tätigkeit in Konstantinopel eine gewisse Erfahrung.

In einem letzten Berichte werde ich die Haltung der Delegationen unserer beiden Verbündeten beleuchten. In dieser Beziehung kann ich nur sehr Erfreuliches melden.

Marschall

Nr. 7965

Der Erste Delegierte bei der 2. Haager Friedenskonferenz Botschafter Freiherr von Marschall, z. Z. in Neuershausen, an den Reichskanzler Fürsten von Bülow

Ausfertigung

Neuershausen, den 10. November 1907

Internationale Friedenskonferenzen scheinen ein sehr ungünstiges Terrain für die Betätigung politischer Bündnisse zu sein. Das liegt zum großen Teil in der Natur der Sache. Denn das Programm solcher Konferenzen pflegt so reichhaltig zu sein und eine solche Fülle von divergierenden Interessen auf die Oberfläche zu treiben, daß die Abstimmungen unmöglich mit den bestehenden politischen Gruppierungen kongruieren können. Das galt besonders für jenen Komplex von Materien, den man „Seekriegsrecht" zu nennen pflegt, und der bekanntlich einen der wichtigsten Beratungsgegenstände im Haag gebildet hat. Da gingen beispielsweise England und Frankreich, die in den letzten Jahren mit einer fast demonstrativen Geflissenheit die Innigkeit ihrer „Entente" markiert hatten, vollkommen auseinander. Nur insofern waren bei genauer Beobachtung gewisse Spuren dieser Entente bemerkbar, als die französischen Delegierten in der Diskussion eine offene Verteidigung der Interessen ihres Landes gegen die eigennützigen englischen Vorschläge vermieden, den Kampf uns überließen und erst am Schlusse sich mit uns zu einem verneinenden Votum vereinigten. Das war eine zarte französische Rücksichtnahme, die auf englischer Seite keinerlei Gegenseitigkeit fand. Daß es eine russisch-französische Allianz gab, war überhaupt nicht wahrnehmbar. Die Beziehungen zwischen England und den Vereinigten Staaten von

---

Baron Marschall von Bieberstein spielt, so gibt es dafür in und außerhalb der Konferenz nur e i n e Stimme der bewundernden Anerkennung. Ebenso allgemein wird die Art gepriesen, in der Léon Bourgeois den Vorsitz zu führen und die auseinandergehenden Ansichten zu versöhnen weiß. Ist der von gegenseitiger Achtung getragene und lebhafte persönliche Verkehr dieser beiden Männer nicht schon ein lebendiges Vorzeichen der in der Luft schwebenden deutsch-französischen Entente?" Bertha von Suttner, Der Kampf um die Vermeidung des Weltkriegs, hrsg. von A. H. Fried, II, 42. Vgl. jedoch die Autobiographie Sir E. Frys a. a. O., p. 199, 211.

Nordamerika waren nichts weniger als herzlich. Sie waren sichtlich durch das englisch-japanische Bündnis beeinflußt, das, wenn ich richtig beobachtet habe, in den Vereinigten Staaten als ein Akt englischer Untreue angesehen und bitter empfunden wird. Die Japaner haben, wie ich bereits an anderer Stelle erwähnte, ihren engen Beziehungen zu England dadurch Rechnung getragen, daß sie sich regelmäßig englischen Vorschlägen gegenüber der Stimme enthielten. Den Eindruck eines wetterfesten, gegen alle Stürme gesicherten Bündnisses machte dagegen die Haltung, welche Spanien und Portugal während der Konferenz England gegenüber einnahmen. Denn die beiden erstgenannten Länder haben konsequent, auch in solchen Fragen, in welchen man auf Grund der Sonderinteressen ein gegenteiliges Votum erwartet hätte, mit England gestimmt. Sie hätten England ihre Vertretung auf der Konferenz überlassen können, ohne daß irgend eine sachliche Änderung eingetreten wäre. —

Am besten hat auf der Konferenz der Dreibund abgeschnitten. Ich danke dies wesentlich dem ersten österreichisch-ungarischen Delegierten Baron Mérey und dem ersten Delegierten Italiens Grafen Tornielli. Wir haben selbstverständlich wiederholt in technischen Fragen gegen einander gestimmt, aber in der einzigen politischen Frage, welche die Konferenz ernstlich beschäftigt hat — die Abrüstungsfrage rechne ich nicht zu dieser Kategorie, da sie niemals ernst war —, sind die Dreibundsdelegierten am Schlusse nicht nur einig gewesen, sondern es ist ihrer Initiative zu danken, daß der Gedanke schließlich in Form einer nichtssagenden Resolution begraben wurde. —

Bezüglich des Weltschiedsgerichtes war die Lage für uns im Beginne der Konferenz insofern wenig günstig, als wir für unsere prinzipiell ablehnende Haltung nur auf die Unterstützung der Türkei und Rumäniens rechnen konnten. Die Situation wurde noch schwieriger, als England, dessen erster Delegierter mir zuerst erklärt hatte, er werde instruktionsgemäß gegen den Gedanken eines Weltschiedsgerichtes stimmen, unmittelbar nach der Englandreise des Marquis von Soveral umfiel und, wie dies bei Renegaten öfters vorkommt, zum eifrigsten Verfechter des Weltschiedsgerichts wurde. Nach den Gründen des Umfalls habe ich mich niemals erkundigt. Der politische Gedanke, uns auf diese Weise in eine unbequeme Lage bringen zu können, hat dabei wahrscheinlich mitgespielt*. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika hatten einen Vorschlag auf Abschluß eines Weltschiedsgerichtsvertrages gestellt, Frankreich denselben aufs wärmste unterstützt, mit England waren Spanien und Portugal dem Vorschlage sicher, und Italien galt stets als Förderer des Schiedsgerichtsgedankens. Da auch die große Mehrzahl der mittleren Staaten sich in demselben Fahrwasser befand, so lagen die Chancen, uns einzukreisen, recht günstig. Auf Rußland war gar kein Verlaß, zumal Herr Nelidow als Präsident der Konferenz die Führung der russischen Stimme an Herrn

---

* Vgl. dazu Kap. CLXXI, Nr. 7993, S. 331, Fußnote *.

von Martens abgetreten hatte. Und dieser Herr war nur in einer Beziehung ein sicherer Faktor, nämlich daß er in dem, was er sprach, allezeit konfus und in dem, was er tat, stets unzuverlässig war. Die Stellung Österreich-Ungarns schien damals noch nicht definitiv festgelegt. Aber selbst wenn es auf unsere Seite trat, so würden wir mit ihm und der Türkei noch keine besonders gute Figur gespielt haben*.

Ich hätte daran denken können, in dieser Lage bei meinen beiden Dreibundkollegen unter Verwertung von politischen Momenten Unterstützung zu suchen. Damit hätte ich die Rolle eines Hilfesuchenden gespielt, die mir nicht paßte. Aber ebensowenig konnte ich mich entschließen, sofort bei den ersten Beratungen in der großen Kommission — die ungefähr ebenso stark besetzt waren wie das Plenum — mit einem prinzipiellen „unannehmbar" hervorzutreten. Derartige frühzeitige Unannehmbarkeitserklärungen pflegen nach meiner Erfahrung nachteilig zu sein. Sie entheben die Befürworter eines äußerlich verlockenden, aber innerlich ungesunden Vorschlags der unbequemen Last, denselben gegenüber der Detailkritik zu verteidigen, und sie üben eine verstimmende und insofern einigende Wirkung auf die übrigen Konferenzmitglieder, als diese sich dann in gemeinsamer Trauer zusammenschließen mit der Klage, „daß das ein schönes Kind gewesen, aber der grobe Deutsche es mit der Keule totgeschlagen habe". Um diese Wirkung zu vermeiden, habe ich bei der ersten Beratung** eine längere Rede gehalten, von der ich heute noch, wenn ich sie wieder lese, nicht sagen kann, ob sie gegen oder für das Weltschiedsgericht gerichtet war. Ich habe darauf hingewiesen, daß Deutschland mit verschiedenen Staaten obligatorische Schiedsverträge abgeschlossen habe und auf diesem Wege fortfahren werde. Ich habe dann ausführlich dargelegt, daß Ausdrücke, die in einem Einzelvertrag klar und unzweideutig sind, diese Eigenschaften in einem Weltvertrag nicht haben, daß daher, wenn man einen solchen schließen wolle, eine Reihe von Punkten die ernsteste Beachtung verdienten, daß alles dies sorgfältig geprüft werden müsse usw. Und dann habe ich mit einer ebenso schönen wie nichtssagenden peroratio geschlossen, indem ich die Hoffnung aussprach, daß die Konferenz beitragen werde „au maintien de la paix en étendant l'empire du droit et en fortifiant le sentiment de la justice internationale". Darauf erfolgte der erwartete lebhafte Beifall. Wie ich später gehört, ist noch am Abende meiner Rede ein Streit unter verschiedenen Delegierten darüber entstanden, ob ich eigentlich gegen oder für das Weltschiedsgericht gesprochen hätte. Die Ansichten gingen auseinander. Aber der kluge und, wie man bei uns sagt, „gerissene" belgische Gesandte Baron Guillaume traf den Nagel auf den Kopf, indem er sich dahin äußerte, „er wünsche eines Tages so schmerzlos zu sterben, wie Baron Marschall heute das Weltschiedsgericht umgebracht habe".

---

* Näheres darüber in Kap. CLXXI.
** Am 23. Juli 1907. Vgl. Nr. 7992, S. 329, Fußnote.

Um so unbarmherziger bin ich dann in dem sogenannten „Comité d'examen" mit den Details des Weltschiedsgerichtsvorschlages umgegangen. Ich habe mit Aufwendung aller juristischen Schärfe, die mir von altersgrauer Zeit her noch zur Verfügung stand, die Widersprüche und Unmöglichkeiten aufgedeckt, welche der Vorschlag enthielt, und unter anderem dargelegt, daß die internationalen Schiedssprüche mit den Urteilen der nationalen bürgerlichen Gerichtsbarkeit mit der Wirkung einer völligen Rechtsverwirrung konkurrieren würden, daß Schiedssprüche in die innere Gesetzgebung der Staaten eingreifen und den Regierungen unter Umständen Verpflichtungen auferlegen würden, die sie angesichts der den Parlamenten verfassungsmäßig zustehenden Gerechtsame gar nicht erfüllen könnten. In höflichster Weise habe ich die „éminents jurisconsultes" des Komitees gebeten, mich über die Lösung dieser Probleme aufzuklären. Da ergab sich nun das eigenartige Bild, daß die „éminents jurisconsultes" über alle diese Fragen verschiedener Meinung waren. Der Österreicher Lammasch vertrat die eine, der Franzose Renault eine andere, der Italiener Fusinato eine dritte Ansicht usw., und als gar der berühmte Herr von Martens in längerer Rede loslegte, war die Konfusion vollständig. Dieser Zustand, den ich einmal zum Entsetzen des Präsidenten Bourgeois „un gâchis juridique" nannte, blieb die Signatur des „Comité d'examen", das nicht weniger als zweieinhalb Monate in Tätigkeit war. Man suchte nun zu flicken, um meinen Bedenken gerecht zu werden, man machte ein Loch zu, um ein viel größeres zu öffnen, und als wir schließlich unsere Arbeiten beendeten, war das viel gepriesene Kind eine so üble Mißgeburt geworden, daß nur wenige noch rechte Freude daran hatten.

In dieser kritischen Zeit bin ich dem ersten österreichisch-ungarischen Delegierten Baron Mérey näher getreten. Ich habe in ihm einen ganz hervorragend tüchtigen, ernsten, zuverlässigen Mann kennen gelernt. Wir sind uns im Beginne der Konferenz freundlich, aber kühl gegenübergestanden, vielleicht deshalb, weil wir beide keine expansiven Naturen sind. Aber in jener Zeit sind wir uns näher gekommen. Wir haben auf Grund fortgesetzten privaten Meinungsaustausches von da an gemeinsam agiert. Baron Mérey, der bei der ersten vorläufigen Abstimmung in der großen Kommission prinzipiell für das Weltschiedsgericht gestimmt hatte, war auf Grund seiner eigenen Prüfung ein entschiedener Gegner desselben geworden*. Wir sind uns im Laufe unserer Besprechungen über verschiedene Dinge klar geworden, die man öffentlich nicht verwerten kann, die aber recht erhebliche Bedeutung haben. Für Großmächte und namentlich für solche, die kleinere und mittlere Staaten als Nachbarn besitzen, würde ein Weltschiedsgerichtsvertrag, der sich naturgemäß auf dem Prinzipe der absoluten Gleichheit der Staaten aufbaut, in vielen Fällen gleichbedeutend sein mit dem Verzicht auf den Machtfaktor, über welchen der Stärkere dem Schwächeren gegenüber gebietet. An Stelle dieses Machtfaktors

* Vgl. dazu Marga Lammasch und Hans Sperl, Heinrich Lammasch, S. 52f.

träte dann überall der Rechtsfaktor, der dem Schwächeren gestattet, in Streitfällen den Großen ohne weiteres nach dem Haag zu schleppen. Mit anderen Worten, man würde die Machtverhältnisse in Rechtsverhältnisse umwandeln und eine Art internationales Spinngewebe schaffen, in welchem auch die kleinsten Staaten sich als Spinnen fühlen würden, vielleicht da und dort mit der Tendenz, daß die Großmächte die Fliegen sein werden, die sich in dem Spinngewebe fangen lassen. Man braucht deshalb noch nicht dem Grundsatze „Macht geht vor Recht" huldigen, wenn man sich derartigen Nivellierungsgedanken widersetzt, die sich auf allen internationalen Konferenzen breit zu machen pflegen. — Baron Mérey ist ein zu selbständiger politischer Kopf, als daß ich mir schmeicheln könnte, ihn überzeugt zu haben. Das hat er selbst getan. Die Hauptsache war, daß wir gemeinsam gekämpft haben. Und ich muß der Wahrheit die Ehre geben, daß Baron Mérey sich dabei als ganz vorzüglicher Debatter bewährt hat. Als nach meiner letzten großen Rede im Plenum der Kommission* der Franzose Renault mich mit einer Reihe fadenscheiniger Argumente zu widerlegen suchte,** hat Baron Mérey folgenden Tages ihm in sachlich und oratorisch so glänzender Weise erwidert***, daß ich eine lange Rede, die ich vorbereitet hatte, ruhig wieder in meine Mappe steckte in dem Bewußtsein, daß mein verbündeter Kollege die Sache besser gemacht hatte, als ich sie hätte machen können.

Was nun die Haltung Italiens in der Frage betrifft, so muß ich zunächst ganz offen aussprechen, daß die Beziehungen, die ich mit dem ersten italienischen Delegierten Grafen Tornielli angeknüpft habe, zu den angenehmsten Erinnerungen an die Konferenz gehören. Da ich mit demselben niemals über eigentlich politische Fragen gesprochen habe, so kann ich mir kein Urteil über seine politischen Gesinnungen anmaßen, ich weiß insbesondere nicht, inwieweit seine langjährige Tätigkeit als Botschafter in London und dann in Paris auf seine Sympathien und Antipathien eingewirkt hat. Ich kann nur sagen, daß Graf Tornielli zwar kein Blender ist wie M. Bourgeois, der sofort durch geistreiche Causerie bestrickt, wohl aber ein überaus feiner Kopf, ein Mann von umfassendem, namentlich auch staatsrechtlichem Wissen, trotz seinen 72 Jahren ein unermüdlicher Arbeiter und dabei ein Diplomat der alten Schule in dem besten Sinne des Wortes. Seine Stellung in der Frage des Weltschiedsgerichtes war eine recht schwierige. Denn in Italien pflegen wohlklingende Phrasen wie „Weltschiedsgericht" einen sehr fruchtbaren Nährboden in der öffentlichen Meinung zu finden. Und die italienischen Vertreter sind gebunden, dieser Stimmung Rechnung zu tragen. Dabei war die Zusammensetzung der italienischen Delegation insofern eigentümlich, als der zweite und dritte Delegierte Deputierte waren. Als zweiter Delegierter

* Vom 5. Oktober. Siehe den Text in: Deuxième Conférence Internationale de la Paix. Actes et Documents, II, 49ss. Vgl. Nr. 7964, S. 288, Fußnote.
** Actes et Documents II, 66ss.
*** Actes et Documents II, 111ss.

fungierte Herr Pompilj, der zurzeit nicht nur Abgeordneter, sondern Unterstaatssekretär im Auswärtigen Ministerium ist. Was er eigentlich auf der Konferenz getan, ist aller Welt ein Geheimnis geblieben. Er hat niemals bei irgend einer Gelegenheit das Wort ergriffen, und ich habe überhaupt niemals etwas anderes aus seinem Munde gehört als die banalen Begrüßungsworte „bon jour" und „bon soir". Dagegen hat der dritte Delegierte, der Deputierte Herr Fusinato, „ancien ministre de l'instruction publique", eine sehr umfassende Tätigkeit entfaltet. Er war der Rechtsgelehrte der Delegation und hat als solcher auch an den Diskussionen über das Weltschiedsgericht, natürlich in zustimmendem Sinne, lebhaften Anteil genommen, während Graf Tornielli sich in dieser Frage zurückhielt und nur selten in die Diskussion eingriff.

So war im „Comité d'examen" der Moment gekommen, den man mit den lateinischen Worten bezeichnet „res ad triarios venit". Da bat Graf Tornielli eines Abends nach einem großen Diner den Baron Mérey und mich zu einer vertraulichen Unterredung*. Er frug mich ganz offen, ob ich in der Lage sei, in der Frage des Weltschiedsgerichtes irgend eine Konzession zu machen. Ich habe diese Frage mit derselben Offenheit bestimmt verneint und die Gründe dieser Haltung eingehend auseinandergesetzt. In demselben Sinne sprach sich Baron Mérey aus, der besonders scharf hervorhob, daß an dem Grundsatze der „unanimité" oder „quasi unanimité" festgehalten werden müsse und wir die Lage nicht akzeptieren könnten, daß man die Frage des Weltschiedsgerichts vor das Plenum bringe, dort einen Majoritätsbeschluß fasse und auf der Konferenz selbst eine Konvention unter Ausschluß der Minoritätsstaaten vereinbare. In dieser Beziehung stellte sich Graf Tornielli vollkommen auf unsere Seite. Mit keinem Worte hat er versucht, uns in unseren Entschlüssen wankend zu machen.

In einer der nächsten Sitzungen des „Comité d'examen" hat Graf Tornielli die Konsequenzen aus unserer Unterredung gezogen. Er ergriff das Wort zu der Erklärung, daß nach dem bisherigen Gange der Diskussion die Aussicht geschwunden sei, über die Frage eines Weltschiedsgerichtsvertrages Einstimmigkeit oder nahezu Einstimmigkeit zu erzielen. Da aber nach den auf allen internationalen Konferenzen beobachteten Grundsätzen ohne diese Erfordernisse Beschlüsse nicht gefaßt werden könnten, so müsse sich die italienische Delegation für den gegebenen Moment die Stellung solcher Anträge vorbehalten, welche die Gesamtheit der Stimmen auf sich vereinigen könnten. Die Franzosen, Engländer und die Nordamerikaner waren erstaunt und verstimmt, denn mit dieser Erklärung war das Weltschiedsgericht mitsamt den politischen Nebengedanken, die vielleicht da und dort bestanden, gefallen.

Als dann der Entwurf wieder in die Kommission zurückgelangt war, stimmten bei der schließlichen Abstimmung** neun Staaten mit „Nein",

* Am 31. August. Vgl. Kap. CLXXI, Nr. 7997.
** Am 7. Oktober. Vgl. Kap. CLXXI, Nr. 8000.

darunter drei Großmächte, und vier Staaten* enthielten sich, darunter zwei Großmächte, nämlich Japan und Italien. In Wirklichkeit war auch von Rußland ein verneinendes Votum abgegeben worden, aber Herr von Martens, der prinzipiell keine Gelegenheit versäumt, sich bloßzustellen, hatte für die russische Abstimmung die Form „oui, à condition d'unanimité" gewählt, obgleich vor Rußland bereits acht Staaten mit „Nein" gestimmt hatten. Ohne die Zustimmung von sechs Großmächten konnte der Entwurf unmöglich an das Plenum gelangen. Das sahen nunmehr alle Delegierten ein mit Ausnahme des Amerikaners Choate, der sich auf die „overwhelming majority" bezog und noch einen vergeblichen Versuch machte, den amerikanischen Vorschlag zu retten. Nun brachte Graf Tornielli seiner Ankündigung gemäß, nachdem er sich Baron Méreys und meiner Zustimmung vorher versichert hatte, seine bekannte Resolution ein, die von dem Weltschiedsgericht überhaupt nicht spricht und lediglich ein völlig unverbindliches Anerkenntnis enthielt, daß das obligatorische Schiedsgericht in gewissen Fällen anwendbar sei. Als ich dann nach einstimmiger Annahme dieses Vorschlages im Plenum mich erhob und in sehr schmeichelhaften Worten die Verdienste Herrn Bourgeois' als Präsidenten unserer Kommission hervorhob, waren die Franzosen überaus zufrieden. Und der lange Streit fand in dieser Beziehung einen versöhnenden Abschluß.

Nach vorstehender Schilderung darf ich wohl sagen, daß der Dreibund sich auf der Friedenskonferenz wohl bewährt hat und das wesentliche Verdienst daran dem Baron Mérey und dem Grafen Tornielli zufällt.

Marschall

---

* In Wirklichkeit drei (Italien, Japan, Luxemburg).